Zeitschrift für Sozialforschung

Herausgegeben im Auftrag des

INSTITUTS FÜR SOZIALFORSCHUNG

von Max Horkheimer

Jahrgang III 1934 Heft 2

LIBRAIRIE FÉLIX ALCAN / PARIS

INHALT.

I. Aufsätze.

II. Besprechungen.

Fortsetzung des Inhaltsverzeichnisses am Schluss des Heftes.

Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung.

Von

Herbert Marcuse.

Die Konstituierung des total-autoritären Staates wurde begleitet von der Verkündigung einer neuen politischen Weltanschauung: der „heroisch-völkische Realismus" wurde zur herrschenden Theorie. „Es erhebt sich... das Blut gegen den formalen Verstand, die Rasse gegen das rationale Zweckstreben, die Ehre gegen den Profit, die Bindung gegen die ‚Freiheit' zubenannte Willkür, die organische Ganzheit gegen die individualistische Auflösung, Wehrhaftigkeit gegen bürgerliche Sekurität, Politik gegen den Primat der Wirtschaft, Staat gegen Gesellschaft, Volk gegen Einzelmensch und Masse[1])." Die neue Weltanschauung[2]) ist das grosse Sammelbekken all der Strömungen geworden, die seit dem Weltkrieg gegen die „liberalistische" Staats- und Gesellschaftstheorie vorgetrieben wurden. Der Kampf begann zunächst fern der politischen Ebene als philosophische und wissenschaftstheoretische Auseinandersetzung mit dem Rationalismus, Individualismus und Materialismus des 19. Jahrhunderts. Bald bildete sich eine gemeinsame Front heraus, die mit der Verschärfung der ökonomischen und sozialen Gegensätze in der Nachkriegszeit schnell ihre politische und gesellschaftliche Funktion offenbarte, dergegenüber der Kampf gegen den Liberalismus sich (wie im folgenden gezeigt werden soll) nur

---

[1]) Ernst Krieck, Nationalpolitische Erziehung. 14-16. Aufl., 1933, S. 68.

[2]) Wir bezeichnen im folgenden terminologisch als „heroisch-völkischen Realismus" das Ganze der Geschichts- und Gesellschaftsauffassung, die der total-autoritäre Staat sich zuordnet. Auch wo wir von „totalitärer Staatsauffassung" sprechen, ist nicht nur die eigentliche Staatslehre gemeint, sondern die von diesem Staate in Anspruch genommene „Weltanschauung".

Die jüngste Entwicklung zeigt das Bestreben, den Begriff des totalen Staates aufzuspalten und ihn je nach der bestimmten Weise der Totalisierung zu differenzieren. So spricht man für Deutschland von einem totalen „völkischen", „autoritären", „Führerstaat" u. a. m. (vgl. Koellreutter, Allgemeine Staatslehre, 1933, S. 64; Freisler in der „Deutschen Justiz" 1934, Heft 2; E. R. Huber in der „Tat", 26. Jahrgang 1934, Heft 1). Aber diese Differenzierungen betreffen nicht die Grundlagen des totalen Staates, auf die sich die hier versuchte Interpretation richtet; soweit sie in ihren Bereich fallen, sind sie im folgenden mitgemeint, auch wenn sie nicht terminologisch ausdrücklich gemacht sind.

als eine periphere Erscheinung darstellt. Wir geben vorgreifend einen Ueberblick über die wichtigsten Quellen der gegenwärtigen Theorie :

1) Die Heroisierung des Menschen. Schon lange vor dem Weltkrieg hat sich die Feier eines neuen Menschentypus durchgesetzt ; sie fand in fast allen Geisteswissenschaften von der Nationalökonomie bis zur Philosophie ihre Adepten. Auf der ganzen Linie wurde der Angriff eröffnet gegen die hypertrophische Rationalisierung und Technisierung des Lebens, gegen den „Bourgeois" des 19. Jahrhunderts mit seinem kleinen Glück und seinen kleinen Zielen, gegen den Krämer- und Händlergeist und die zersetzende „Blutarmut" des Daseins. Dem wurde ein neues Bild des Menschen entgegengehalten, zusammengemischt mit den Farben der Wikingerzeit, der deutschen Mystik, der Renaissance und des preussischen Soldatentums : der heldische Mensch, gebunden an die Mächte des Blutes und der Erde, — der Mensch, der durch Himmel und Hölle geht, der sich fraglos „einsetzt" und opfert, nicht zu irgendeinem Zweck, sondern demütig gehorsam den dunklen Kräften, aus denen er lebt. Dieses Bild steigert sich bis zur Vision des charismatischen Führers, dessen Führertum nicht gerechtfertigt zu werden braucht aus dem, wohin er führt, dessen blosses Erscheinen vielmehr schon sein „Beweis" und als eine unverdiente Gnade hinzunehmen ist. In mannigfachen Abwandlungen, aber stets in derselben Frontstellung gegen die bourgeoise und intellektualistische Existenz, findet sich dieser Menschentypus im George-Kreis, bei Mœller van den Bruck, Sombart, Scheler, Hielscher, Jünger u. a. Seine philosophische Begründung sucht man in einer sogenannten

2) Philosophie des Lebens. „Das Leben" als solches ist eine „Urgegebenheit", hinter die man nicht zurückgehen kann, die jeder rationalen Begründung, Rechtfertigung und Zwecksetzung entzogen ist. Das so verstandene Leben wird zum unerschöpflichen Reservoir aller irrationalen Mächte : mit ihm beschwört man die „seelische Unterwelt" herauf, die „so wenig böse" ist „wie die kosmische..., vielmehr Hort und Mutterschoss aller zeugenden und gebärenden Kräfte, aller formlosen, aber jeder Form zum Gehalt dienenden Mächte, aller schicksalhaften Bewegungen[1]". Indem man nun in diesem Leben „jenseits von Gut und Böse" die eigentlich „geschichtsbildende" Gewalt sieht, gewinnt man eine anti-rationalistische und anti-materialistische Geschichtsauffassung, die im politischen Existenzialismus und seiner Theorie des Totalen Staates ihre soziologische Fruchtbarkeit erweisen wird. — Solche Philosophie des Lebens hat mit der echten Lebensphilosophie Diltheys nur den Namen gemein und übernimmt von Nietzsche nur Beiwerk und Pathos ; am offensten treten ihre gesellschaftlichen Funktionen bei Spengler zutage[2]), wo sie zum Unterbau der imperialistischen Wirtschaftstheorie wird. — Die diesen beiden Strömungen eigene Tendenz zur „Befreiung" des Lebens von dem Zwang einer

---

[1]) Krieck, a. a. O. S. 37.

[2]) vgl. die Besprechung von Spenglers „Jahre der Entscheidung" in Heft 3 des II. Jahrgangs dieser Zeitschrift.

„allgemein" über bestimmte gerade herrschende Interessen hinaus verpflichtenden Ratio (und der von ihr ausgehenden Forderung einer vernunftgemässen Gestaltung der menschlichen Gesellschaft) und zur Ueberantwortung des Daseins an vorgegebene „unverletzbare" Mächte führt zum

3) irrationalistischen Naturalismus. Die Interpretation des geschichtlich-gesellschaftlichen Geschehens auf ein naturhaft-organisches Geschehen hin greift hinter die wirklichen (ökonomischen und sozialen) Triebfedern der Geschichte zurück in die Sphäre der ewigen und unwandelbaren Natur. Die Natur wird gefasst als eine Dimension mythischer Ursprünglichkeit (treffend durch das Begriffspaar „Blut und Boden" bezeichnet), die sich in allem als eine vor-geschichtliche Dimension charakterisiert, mit deren umgestaltender Ueberwindung die Menschengeschichte in Wahrheit allererst beginnt. Die mythisch-vorgeschichtliche Natur hat in der neuen Weltanschauung die Funktion, als der eigentliche Gegenspieler gegen die selbstverantwortliche rationale Praxis zu dienen. Diese Natur steht als das schon durch ihr Dasein Gerechtfertigte gegen alles, was erst der vernünftigen Rechtfertigung bedarf, als das schlechthin nur Anzuerkennende gegen alles erst kritisch zu Erkennende, als das wesentlich Dunkle gegen alles, was nur im erhellenden Lichte Bestand hat, als das Unzerstörbare gegen alles der geschichtlichen Veränderung Unterworfene. Der Naturalismus beruht auf einer für die neue Weltanschauung konstitutiven Gleichung : die Natur ist als das Ursprüngliche zugleich das Natürliche, Echte, Gesunde, Wertvolle, Heilige. Das Diesseits der Vernunft erhöht sich, kraft seiner Funktion „jenseits von Gut und Böse", zum Jenseits der Vernunft.

Doch noch fehlt dem ganzen Gebäude der Schlusstein. Allzu krass sticht der Hymnus der naturhaft-organischen Ordnung ab gegen die faktisch bestehende Ordnung : ein schreiender Widerspruch der Produktionsverhältnisse gegen den erreichten Stand der Produktivkräfte und der durch ihn schon möglichen Bedürfniserfüllung, — eine Wirtschaft und Gesellschaft also wider alle „Natur", eine Ordnung, die durch die Gewalt eines riesigen Apparates aufrechterhalten wird, — ein Apparat, der deshalb das Ganze über den Individuen vertreten kann, weil er sie im Ganzen unterdrückt, eine „Totalität" nur kraft der totalen Beherrschung von allen. Die theoretische Verklärung solcher Totalität gibt

4) der Universalismus. Hier stehen nicht die echten Ansätze zu neuen philosophischen und wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Diskussion, die im Universalismus vorliegen (etwa in der Gestalttheorie); entscheidend für unseren Zusammenhang ist, dass der Universalismus auf dem Gebiet der Gesellschaftstheorie sehr schnell die Funktion einer politischen Rechtfertigungslehre übernommen hat. Das gesellschaftliche Ganze als eigenständige und primäre Wirklichkeit vor den Individuen wird kraft seiner puren Ganzheit auch schon zum eigenständigen und primären Wert : das Ganze ist als Ganzes das Wahre und Echte. Die Frage wird nicht gestellt, ob nicht jede Ganzheit sich allererst auszuweisen hat vor den Individuen, inwiefern deren Möglichkeiten und Notwendigkeiten bei ihr aufgehoben sind. Indem die Ganzheit statt an das Ende an den Anfang rückt, wird der zu dieser Ganzheit führende Weg theoretischer

und praktischer Kritik der Gesellschaft abgeschnitten. Die Ganzheit wird programmatisch mystifiziert : sie ist „niemals mit Händen zu greifen, noch mit äusseren Augen zu sehen. Sammlung, Tiefe des Geistes ist nötig, um sie mit dem inneren Auge zu erblicken"[1]). Als die reale Repräsentanz solcher Ganzheit fungiert in der politischen Theorie das Volk und zwar als eine wesentlich „naturhaft-organische" Einheit und Ganzheit, die vor aller Differenzierung der Gesellschaft in Klassen, Interessengruppen usw. liegt — mit welcher These sich der Universalismus wieder dem Naturalismus verbindet.

Wir brechen die Skizze der im heroisch-völkischen Realismus zusammenlaufenden Strömungen hier ab; ihre Einigung zur totalen politischen Theorie sowie die gesellschaftliche Funktion dieser Theorie soll später behandelt werden. Vor der zusammenhängenden Interpretation aber ist der geschichtliche Ort anzudeuten, an dem ihre Einigung sich vollzieht. Er wird sichtbar von ihrem Gegenpol her. Mit voller Einstimmigkeit fasst der heroisch-völkische Realismus alles, wogegen er kämpft, unter dem Titel „Liberalismus" zusammen : „Am Liberalismus gehen die Völker zu Grunde", mit diesen Worten überschreibt Moeller v. d. Bruck das dem Todfeind gewidmete Kapitel seines Buches[2]). Im Gegenzug zum Liberalismus ist die Theorie des total-autoritären Staates zur „Weltanschauung" geworden ; erst aus dieser Frontstellung gewinnt sie ihre politische Schärfe (selbst der Marxismus erscheint ihm stets im Gefolge des Liberalismus[3]) als dessen Erbe oder Partner). Wir müssen also zunächst fragen : was versteht diese Theorie unter dem Liberalismus, den sie mit einem beinahe eschatologischen Pathos verdammt, und was hat ihm diese Verdammung zugezogen ?

Wenn wir die Programmatiker der neuen Weltanschauung fragen, wogegen sie in ihrem Angriff auf den Liberalismus kämpft, dann hören wir von den „Ideen von 1789", vom weichlichen Humanismus und Pazifismus, westlichen Intellektualismus, selbstsüchtigen Individualismus, Auslieferung der Nation und des Staates an die Interessenkämpfe bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, abstrakter Gleichmacherei, Parteiensystem, Hypertrophie der Wirtschaft über den Staat, zersetzendem Technizismus und Materialis-

---

[1]) O. Spann, Gesellschaftslehre. 3. Aufl. 1930, S. 98.

[2]) Das dritte Reich, Sonderausg. d. Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg 1933, S. 69. — Den staatstheoretischen Antiliberalismus kreiert Carl Schmitt ; ihm folgen Koellreutter, Hans J. Wolff u. a.

[3]) Koellreutter, Allgemeine Staatslehre, 1933, S. 21 : „Der Marxismus ist eine geistige Frucht des Liberalismus...".

mus. Das sind noch die konkretesten Aeusserungen[1]), — vielfach dient der Begriff „liberal“ ausschliesslich der Diffamierung : „liberal“ ist der politische Gegner, ganz gleich wo er steht, und als solcher der schlechthin „Böse“[2]).

An diesem dem Liberalismus vorgehaltenen Sündenregister überrascht zunächst seine abstrakte Allgemeinheit und Ungeschichtlichkeit : kaum eine einzige dieser Sünden ist für den historischen Liberalismus charakteristisch. Die Ideen von 1789 sind keineswegs immer das Panier des Liberalismus gewesen : sie sind von ihm zuweilen sogar aufs schärfste bekämpft worden. Der Liberalismus ist eine der stärksten Stützen der Forderung nach einer mächtigen Nation gewesen ; Pazifismus und Internationalismus waren nicht immer seine Sache, und er hat sich oft genug schwere Eingriffe des Staates in die Wirtschaft gefallen lassen. Was übrig bleibt, ist eine vage „Weltanschauung“, deren historische Zuordnung zum Liberalismus durchaus nicht eindeutig ist; ihre Qualifikation zum Angriffsobjekt der totalitären Staatstheorie wird noch verständlich werden. Doch gerade diese Abdrängung des wirklichen Gehalts des Liberalismus auf eine Weltanschauung ist das Entscheidende : entscheidend durch das, was dabei verschwiegen und verdeckt wird. Die Verdeckung gibt einen Hinweis auf die wahre Frontstellung : sie weicht aus vor der ökonomischen und sozialen Struktur des Liberalismus. Deren summarische Rekonstruktion ist notwendig, um den geschichtlich-gesellschaftlichen Boden erkennen zu können, auf dem der Kampf der „Weltanschauungen“ verständlich wird.

Der Liberalismus ist die Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie des europäischen Industriekapitalismus in jener Periode, da der eigentliche ökonomische Träger des Kapitalismus der „Einzelkapitalist“ war, der Privat-Unternehmer im wörtlichsten Sinne. Bei aller strukturellen Verschiedenheit des Liberalismus und seiner Träger in den einzelnen Ländern und Epochen bleibt die einheitliche Grundlage erhalten : die freie Verfügung des individuellen Wirtschaftssubjekts über das Privateigentum und die staatlich-rechtlich garantierte Sicherheit dieser Verfügung. Alle ökonomischen und sozialen Forderungen des Liberalismus sind wandelbar

---

[1]) Eine gute Zusammenstellung aller antiliberalistischen Schlagworte bei Krieck a. a. O. S. 9. — Die beste Darstellung des Liberalismus vom Standpunkt der totalitären Staatstheorie aus gibt Carl Schmitt in der Einleitung und im Anhang zur 2. Aufl. des „Begriff des Politischen“, ferner in „Die geistige Lage des heutigen Parlamentarismus“, 2. Aufl. 1926.

[2]) So wenn Moeller v. d. Bruck „definiert“ : „Der Liberalismus ist die Freiheit, keine Gesinnung zu haben und gleichwohl zu behaupten, dass eben dies Gesinnung sei“ (a. a. O. S. 70). Der Gipfel der Verwirrung ist erreicht, wenn Krieck Liberalismus, Kapitalismus und Marxismus als die „Formen der Gegenbewegung“ zusammennimmt (a. a. O. S. 32).

um dieses eine stabile Zentrum, — wandelbar bis zur Selbstaufhebung. So sind selbst gewaltsamste Eingriffe der Staatsgewalt in das Wirtschaftsleben oft genug während der Herrschaft des Liberalismus geschehen, sobald es die bedrohte Freiheit und Sicherheit des Privateigentums verlangte, besonders gegenüber dem Proletariat. Der Gedanke der Diktatur und der autoritären Staatsführung ist dem Liberalismus (wie wir gleich sehen werden) durchaus nicht fremd ; und oft genug sind in der Zeit des pazifistisch-humanitären Liberalismus nationale Kriege geführt worden. Die heute so verhassten politischen Grundforderungen des Liberalismus, die sich auf der Basis seiner Wirtschaftsauffassung ergeben (wie Rede- und Pressfreiheit, volle Oeffentlichkeit des politischen Lebens, Repraesentativsystem und Parlamentarismus, Teilung bzw. Balanzierung der Gewalten) sind faktisch niemals ganz verwirklicht worden : sie wurden je nach der gesellschaftlichen Situation eingeschränkt oder ganz ausgesetzt[1]).

Um hinter den üblichen Verschleierungen und Verschiebungen das wahre Bild des liberalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu erkennen, braucht man nur die Darstellung des Liberalismus von Mises (1927) zur Hand zu nehmen. „Das Programm des Liberalismus hätte.., in ein einziges Wort zusammengefasst, zu lauten : Eigentum, das heisst : Sondereigentum an den Produktionsmitteln... Alle anderen Forderungen des Liberalismus ergeben sich aus dieser Grundforderung“ (S. 17). In der freien Privatinitiative des Unternehmers sieht er den sichersten Garanten des ökonomischen und sozialen Fortschritts. Deshalb gilt für den Liberalismus „der Kapitalismus als die einzig mögliche Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen“ (S. 75), und dementsprechend hat er nur einen einzigen Feind : den marxistischen Sozialismus (S. 13 f). Dagegen hält der Liberalismus dafür, dass „der Faszismus und alle ähnlichen Diktaturbestrebungen... für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet hat. Das Verdienst, das sich der Faszismus damit erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben“ (S. 45).

Wir können jetzt schon den Grund erkennen, warum der total-autoritäre Staat seinen Kampf gegen den Liberalismus auf einen Kampf der „Weltanschauungen“ ablenkt, warum er die gesellschaftliche Grundstruktur des Liberalismus beiseitelässt : er ist mit dieser Grundstruktur weitgehend einverstanden. Als ihr Fundament war die privatwirtschaftliche Organisation der Gesellschaft auf der Basis der Anerkennung des Sondereigentums und der Privatinitiative des Unternehmers bezeichnet worden. Und eben

---

[1]) L. v. Wiese : „Ich wiederhole meine Behauptung, dass es ihn (den Liberalismus) praktisch in ausreichendem Grade überhaupt noch nicht gegeben hat...“ (Festgabe für L. Brentano, 1925, I. S. 16). — „In keiner Periode der Weltgeschichte hat sich ökonomische Rationalität auf längere Zeit massgebend ausgewirkt. Man kann und muss bestreiten, dass der Liberalismus auch im 19. Jahrhundert jemals in diesem Sinne als herrschende Macht gelten konnte“ (Richard Behrendt in Schmollers Jahrbuch 57, Heft 3, S. 14). — Speziell für den deutschen Liberalismus vgl. H. Schroth, Welt- und Staatsideen des deutschen Liberalismus..., 1931, bes. S. 69 und 95 ff.

diese Organisation bleibt auch für den total-autoritären Staat grundlegend : in einer Fülle von programmatischen Kundgebungen ist sie ausdrücklich sanktioniert worden[1]). Die starken Abwandlungen und Einschränkungen, die überall vorgenommen werden, entsprechen den monopolkapitalistischen Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung selbst; sie lassen das Prinzip der Gestaltung der Produktionsverhältnisse unangetastet.

Es gibt ein klassisches Zeugnis für die innerste Verwandtschaft zwischen der liberalistischen Gesellschaftstheorie und der scheinbar so antiliberalen totalitären Staatstheorie : ein Schreiben, das Gentile bei seinem Eintritt in die faschistische Partei an Mussolini gerichtet hat. Dort heisst es : „Als Liberaler aus tiefster Ueberzeugung habe ich mich in den Monaten, die ich die Ehre hatte, an Ihrem Regierungswerk mitzuarbeiten und aus der Nähe die Entwicklung der Prinzipien zu beobachten, die Ihre Politik bestimmen, überzeugen müssen, dass der Liberalismus, wie ich ihn verstehe, der Liberalismus der Freiheit im Gesetz und daher in einem starken Staate, im Staate als ethischer Realität, heute in Italien nicht von den Liberalen vertreten wird, die mehr oder weniger offen Ihre Gegner sind, sondern im Gegenteil von Ihnen selbst. Daher habe ich mich davon überzeugt, dass bei der Wahl zwischen dem heutigen Liberalismus und den Faschisten, die den Gedanken Ihres Faschismus verstehen, ein echter Liberaler, der die Zweideutigkeit verachtet und auf seinem Posten stehen will, sich in die Scharen Ihrer Anhänger einreihen muss“[2]).

Dass vollends ausser dieser positiven Verbundenheit die neue Weltanschauung mit dem Liberalismus in seinem Kampf gegen den marxistischen Sozialismus ganz einig ist, dafür bedarf es heute keiner Belege. Allerdings finden sich im heroisch-völkischen Realismus auch häufig heftige Ausfälle gegen den kapitalistischen Ungeist, gegen den Bürger und seine „Profitgier“ usw. Aber da die Wirtschaftsordnung, die allein den Bürger möglich macht, in ihren Grundlagen erhalten bleibt, richten sich solche Ausfälle immer nur gegen eine bestimmte Gestalt des Bürgers (den Typus des kleinen und kleinlichen „Händlertums“) und gegen eine be-

---

[1]) „Der korporative Staat erblickt in der Privatinitiative auf dem Gebiet der Produktion das wertvollste und wirksamste Instrument zur Wahrnehmung der Interessen der Nation“. — „Ein Eingriff des Staates in die Wirtschaft erfolgt nur, wo die Privatinitiative fehlt, ungenügend ist oder die politischen Interessen des Staates auf dem Spiele stehen“ (Carta del Lavoro Art. VII u. IX, bei Niederer, Der Ständestaat des Faschismus, 1932, S. 179). „Der Faschismus bejaht grundsätzlich den Privatunternehmer als Produktionsleiter und als Werkzeug der Vermehrung des Reichtums“ (W. Koch, Politik und Wirtschaft im Denken der faschistischen Führer, in : Schmollers Jahrbuch 1933, Heft 5, S. 44). — Für Deutschland bes. das Zitat bei Koellreutter a. a. O. S. 179 f.

[2]) Zitiert in der Zeitschrift „Aufbau“, hrsg. v. F. Karsen, Jahrgang IV 1931, S. 233.

stimmte Gestalt des Kapitalismus (repräsentiert durch den Typus der freien Konkurrenz selbständiger Einzelkapitalisten), — nie aber gegen die ökonomischen Funktionen des Bürgers in der kapitalistischen Produktionsordnung. Die bekämpften Gestalten des Bürgers und des Kapitalismus sind schon durch die ökonomische Entwicklung selbst gestürzt worden, geblieben aber ist der Bürger als kapitalistisches Wirtschaftssubjekt. Die neue Weltanschauung schmäht den „Händler" und feiert den „genialen Wirtschaftsführer" : dadurch wird nur verdeckt, dass sie die ökonomischen Funktionen des Bürgers unangetastet lässt. Die antibürgerliche Gesinnung ist bloss eine Abart der „Heroisierung" des Menschen, deren gesellschaftlicher Sinn noch geklärt werden soll.

Da so die vom Liberalismus gemeinte Gesellschaftsordnung in ihrer Grundstruktur weitgehend intakt gelassen wird, kann es nicht Wunder nehmen, wenn sich auch in der ideologischen Interpretation dieser Gesellschaftsordnung zwischen Liberalismus und Antiliberalismus eine bedeutsame Uebereinstimmung herausstellt. Genauer : aus der liberalistischen Interpretation werden entscheidende Momente aufgegriffen und in der von den veränderten ökonomisch-sozialen Verhältnissen geforderten Weise umgedeutet und weiterentwickelt. Wir betrachten im folgenden die beiden wichtigsten Ansatzstellen der neuen Staats- und Gesellschaftslehre im Liberalismus : die naturalistische Interpretation der Gesellschaft und den im Irrationalismus auslaufenden liberalistischen Rationalismus.

Der Liberalismus sieht hinter den ökonomischen Kräften und Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft „natürliche" Gesetze, die sich in ihrer ganzen heilsamen Naturhaftigkeit erweisen werden, wenn man sie nur frei und ohne künstliche Störung zur Entfaltung kommen lässt. Rousseau gibt das Stichwort : „ce qui est bien et conforme à l'ordre est tel par la nature des choses et indépendamment des conventions humaines[1])". Es gibt eine „Natur der Dinge", die unabhängig von Menschenwerk und Menschenmacht ihre ureigene Gesetzmässigkeit hat, die sich durch alle Störungen hindurch immer wieder selbst herstellt. Ein neuer Naturbegriff kündet sich hier an, der im schroffen Gegensatz zu dem mathematisch-rationalen Naturbegriff des 16. und 17. Jahrhunderts wieder zurückgreift auf den antiken Begriff der Natur als φύσις ; seine gesellschaftlichen Funktionen innerhalb des bürgerlichen Denkens werden nach einer kurzen revolutionären Epoche wesentlich retardierende und reaktionäre (sie sollen später dargestellt werden).

[1]) a. a. O. S. 258.

Entscheidend wird die Verwendung dieses Naturbegriffs in der politischen Oekonomie. „Die Existenz natürlicher Gesetze war stets die charakteristische Behauptung der klassischen Schule. Diese Gesetze... sind ganz einfach ‚natürlich', ganz so wie die physischen Gesetze und folglich amoralisch ; sie können nützlich oder schädlich sein : dem Menschen liegt es ob, sich ihnen, so gut er kann, anzupassen[1])". Der Liberalismus glaubt, dass bei Anpassung an diese „Naturgesetze" das Gegeneinander der verschiedenen Bedürfnisse, der Widerstreit zwischen Allgemein- und Privatinteresse, die soziale Ungleichheit sich am Ende aufhebt in der allumfassenden Harmonie des Ganzen und vom Ganzen aus auch dem Einzelnen zum Segen wird[2]). Hier, in der Mitte des liberalistischen Systems, findet sich schon die Rückinterpretation der Gesellschaft auf die „Natur" in ihrer harmonisierenden Funktion : als die ablenkende Rechtfertigung einer widerspruchsvollen Gesellschaftsordnung[3]).

Vorgreifend stellen wir fest, dass auch der neue Antiliberalismus ebenso wie der krasseste Liberalismus an die ewigen natürlichen Gesetze im gesellschaftlichen Leben glaubt : „Es gibt ein Ewiges in unserer Natur, das sich immer wieder herstellt und zu dem jede Entwicklung zurückkehren muss...". „Die Natur ist konservativ, weil sie auf einer nicht zu erschütternden Konstanz der Erscheinungen beruht, die sich auch dann, wenn sie vorübergehend gestört wird, immer wieder herstellt." Das sagt kein Liberalist, sondern niemand anders als Moeller van den Bruck[4]). Und mit dem Liberalismus teilt die totalitäre Staatstheorie die Ueberzeugung, dass im Ganzen schliesslich „das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Interessen und Kräfte hergestellt wird" (Mussolini)[5]). Ja selbst das Naturrecht, eine der typischsten liberalistischen Konzeptionen,

---

[1]) Gide-Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, 1913, S. 402. — Charakteristisch ist der Satz W. v. Humboldts : „Die besten menschlichen Operationen sind diejenigen, welche die Operationen der Natur am getreuesten nachahmen" (Ueber die Grenzen der Wirksamkeit des Staates", Klassiker d. Politik Band 6, 1922, S. 12).

[2]) Klassische Belegstellen bei Adam Smith das erste Kapitel des 3. Buches des „Wealth of Nations" : „Vom natürlichen Fortschritt des Wohlstandes". Ferner Bastiat bei Gide-Rist a. a. O. S. 373. — Für den Liberalismus steht „nichts auf so schwachen Füssen wie die Behauptung von der angeblichen Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt" (Mises a. a. O. S. 25). Er geht gerade von der wesentlichen Ungleichheit der Menschen aus ; sie ist ihm Voraussetzung der Harmonie des Ganzen. (vgl. R. Thoma in der Erinnerungsgabe für Max Weber, 1923, II S. 40.)

[3]) Zu dieser Funktion des liberalistischen Naturbegriffs vgl. Myrdal, Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung, 1932, S. 177 : der Naturbegriff ist ein „Klischee, das ebenso gut für jede andere politische Rekommendation passt". Er kommt zur Anwendung, „wenn irgend jemand in irgend einer politischen Frage irgend etwas hat behaupten wollen, ohne Beweise dafür anzuführen".

[4]) a. a. O. S. 200, 210.

[5]) „Der Faschismus", deutsch von Wagenführ, 1933, S. 38.

wird heute auf veränderter historischer Stufe wiederholt. „Wir treten in eine neue naturrechtliche Epoche!" ruft Hans J. Wolff in einer Abhandlung über „die neue Regierungsform des deutschen Reiches": in der Krise des Rechtsdenkens sind heute die Würfel „zugunsten der Natur gefallen". Nur dass es „nicht mehr die Natur des Menschen" ist, aus der „die angemessene Normierung entwickelt wird: es ist die Natur, die Eigenart des Volkes (der Völker) als natürliche Gegeben- und historische Gewordenheit"[1]).

Allerdings: der liberalistische Naturalismus steht in einem wesentlich rationalistischen, der antiliberalistische in einem wesentlich irrationalistischen Gedankensystem. Der Unterschied muss festgehalten werden, um nicht die Grenzen beider Theorien künstlich zu verwischen und ihre veränderte gesellschaftliche Funktion nicht zu verkennen. Aber im liberalistischen Rationalismus sind schon jene Tendenzen präformiert, die dann später, mit der Wendung vom industriellen zum monopolistischen Kapitalismus, irrationalistischen Charakter annehmen.

Welche Stellungnahme zur Antithese Rationalismus — Irrationalismus sich für eine wissenschaftliche Theorie der Gesellschaft ergibt, ist in dieser Zeitschrift für einige Hauptpunkte dargelegt worden[2]). Im folgenden handelt es sich nur um eine Herausarbeitung der irrationalistischen Grundtendenz der zum Thema gemachten Theorie der Gesellschaft. „Irrationalismus" ist ein Gegen-Begriff: zum Verständnis einer wesentlich irrationalistischen Weltanschauung ist die „idealtypische" Konstruktion einer rationalistischen Theorie der Gesellschaft notwendig:

Rationalistisch wäre eine Theorie der Gesellschaft, die die von ihr geforderte Praxis unter die Idee der autonomen Ratio stellt, d. h. des menschlichen Vermögens, durch begriffliches Denken das Wahre, Gute und Richtige zu erfassen. Vor dem massgebenden Richterspruch der Ratio hätte sich jedes Tun, jede Zielsetzung innerhalb der Gesellschaft, aber auch die gesellschaftliche Organisation als Ganzes auszuweisen. In ihr bedarf alles der vernünftigen Rechtfertigung, um als Tatsache und Ziel bestehen zu können; das Prinzip vom zureichenden Grunde, das eigentliche rationalistische Grundprinzip, nimmt den Zusammenhang der „Sachen" als einen „vernünftigen" Zusammenhang in Anspruch: der Grund setzt das von ihm Begründete eo ipso auch als ein Vernunftgemässes[3]).

---

[1]) Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart Heft 104, 1933, S. 8 f.

[2]) 3. Jahrgang, Heft, 1, S. 1 ff.

[3]) Dieses „Zusammenfallen" von Grund und Vernunft kommt schlagend in Leibnitzens Formulierung des rationalistischen Grundprinzips zum Ausdruck: „Ce principe est celui du besoin d'une raison suffisante, pour qu'une chose existe, qu'un événement arrive, qu'une vérité ait lieu" (Briefe an Clarke; 5. Schreiben, zu § 46).

Niemals folgt schon aus der puren Existenz einer Tatsache oder Zwecksetzung die Notwendigkeit ihrer Anerkennung, vielmehr muss aller Anerkennung die freie Erkenntnis des Anzuerkennenden als eines Vernunftgemässen vorangehen. Die rationalistische Theorie der Gesellschaft ist daher wesentlich „kritisch“: sie stellt die Gesellschaft unter die Idee einer theoretischen und praktischen, positiven und negativen Kritik. Leitfaden dieser Kritik ist einerseits die gegebene Daseins-Situation des Menschen als eines vernünftigen Lebewesens, d. h. eines Lebewesens, dem die freie, durch das erkennende Wissen geführte Selbstgestaltung seines Daseins im Hinblick auf sein irdisches „Glück“ aufgegeben ist, — und andererseits der gegebene Stand der Produktivkräfte und die ihm entsprechenden bzw. widersprechenden Produktionsverhältnisse, als der Masstab für die jeweils realisierbaren Möglichkeiten der vernünftigen Selbstgestaltung der Gesellschaft[1]). Die rationalistische Theorie weiss sehr wohl um die Grenzen menschlichen Wissens und um die Grenzen der vernunftgemässen Selbstgestaltung, aber sie vermeidet es, diese Grenzen allzu vorschnell abzustecken, und sie vermeidet es vor allem, aus ihnen Kapital zu schlagen für eine unkritische Sanktionierung bestehender Ordnungen.

Die irrationalistische Theorie der Gesellschaft hat es nicht nötig, die Wirklichkeit der kritischen Vernunft radikal zu verneinen: zwischen der Bindung der Vernunft an vorgegebene „naturhaft-organische“ Sachverhalte und der Versklavung der Vernunft an das „Raubtier im Menschen“ gibt es genügend grossen Spielraum für alle Arten einer derivierten Ratio. Entscheidend ist, dass hier vor die Autonomie der Vernunft als ihre prinzipielle (nicht bloss faktische) Schranke irrationale Gegebenheiten gelagert werden („Natur“, „Blut und Boden“, „Volkstum“, „existenzielle Sachverhalte“, „Ganzheit“ usw.), von denen die Vernunft kausal, funktional oder organisch abhängig ist und bleibt. Gegenüber allen abschwächenden Versuchen kann nicht oft genug betont werden, dass eine solche Funktionalisierung der Vernunft bzw. des Menschen als vernünftigen Lebewesens die Kraft und Wirkung der Ratio an ihren Wurzeln vernichtet, denn sie führt immer dazu, die irrationalen Vorgegebenheiten in normative umzudeuten, die Ratio unter die Heteronomie des Irrationalen zu stellen. — Das Ausspielen

---

[1]) „Autonomie der Ratio“ bedeutet also innerhalb einer rationalistischen Theorie der Gesellschaft durchaus nicht schon die Absolutsetzung der Ratio als Grund oder Wesen des Seienden. Sofern die Ratio vielmehr als Ratio der konkreten Individuen in ihrer bestimmten gesellschaftlichen Situation gefasst wird, gehen die „materiellen“ Bedingungen dieser Situation auch als Bedingungen in die geforderte rationale Praxis ein. Aber auch diese Bedingungen sind rational zu begreifen und auf Grund solchen Begreifens — zu verändern.

naturhaft-organischer Sachverhalte gegen die „wurzellose“ Vernunft hat in der Theorie der gegenwärtigen Gesellschaft den Sinn, eine rational nicht mehr zu rechtfertigende Gesellschaft durch irrationale Mächte zu rechtfertigen, ihre Widersprüche aus der Helligkeit des begreifenden Wissens in die verhüllende Dunkelheit des „Blutes“ oder der „Seele“ zu tauchen und auf diese Weise die erkennende Kritik abzuschneiden. „Die Wirklichkeit lässt sich nicht erkennen, sie lässt sich nur anerkennen“[1]) : in dieser „klassischen“ Formulierung erreicht die irrationalistische Theorie den äussersten Gegenpol zu allem vernünftigen Denken und enthüllt sie zugleich ihre tiefsten Absichten. Die irrationalistische Theorie der Gesellschaft ist heute so wesentlich unkritisch, wie die rationalistische kritisch ist, und sie ist wesentlich anti-materialistisch, denn sie muss das diesseitige Glück der Menschen, das nur durch eine vernünftige Organisation der Gesellschaft herbeizuführen ist, diffamieren und es durch andere, weniger „handgreifliche“ Werte ersetzen. Was sie dem Materialismus entgegenstellt, ist ein heroischer Pauperismus : eine ethische Verklärung der Armut, des Opfers und des Dienstes und ein „völkischer Realismus“ (Krieck), dessen gesellschaftlicher Sinn noch aufgezeigt werden soll.

Verglichen mit dem heroisch-völkischen Realismus ist der Liberalismus eine rationalistische Theorie. Sein Lebenselement ist der optimistische Glaube an den endlichen Sieg der Vernunft, die sich über allem Widerstreit der Interessen und Meinungen in der Harmonie des Ganzen durchsetzt. Diesen Sieg der Vernunft bindet der Liberalismus (und hier beginnt die typisch liberalistische Konzeption des Rationalismus), konsequent seinen ökonomischen Anschauungen, an die Möglichkeit eines freien und offenen Gegeneinander-wirkens der verschiedenen Ansichten und Erkenntnisse, als deren Resultat sich die vernünftige Wahrheit und Richtigkeit ergeben soll[2]).

Wie die ökonomische Organisation der Gesellschaft auf der freien Konkurrenz der privaten Wirtschaftssubjekte aufgebaut wird, also gerade auf der Einheit der Gegensätze und der Einigung des Ungleichen, so wird die Wahrheitsfindung gegründet auf dem offenen Sich-aussprechen, dem freien Rede und Antwort-stehen, auf dem argumentativen Ueberzeugen und Sich-überzeugen-lassen, also gerade auf dem Widerspruch und der Kritik des Gegners. All die Tendenzen, aus denen die politischen Forderungen des Liberalismus

---

[1]) H. Forsthoff, Das Ende der humanistischen Illusion, 1933, S. 25.

[2]) Eine glänzende Darstellung des liberalistischen Rationalismus gibt Carl Schmitt in der „Geistesgeschichtlichen Lage des heutigen Parlamentarismus“, 2. Aufl. bes. S. 45 ff.

ihre theoretische Gültigkeit holen (Rede- und Pressfreiheit, Publizität, Toleranz, Parlamentarismus usw.) — es sind Elemente eines echten Rationalismus.

Noch von einer anderen Richtung her wird die liberalistische Gesellschaft rationalistisch unterbaut. Die Erklärung der Menschenrechte führt als drittes Grundrecht die „sûreté" an. Diese „Sicherheit" meint sehr entschieden eine Sicherung der freien Wirtschaftsführung und zwar nicht nur die staatliche Sicherung der Verfügung über das Privateigentum, sondern auch die private Sicherung seiner grösstmöglichen Rentabilität und Stabilität. Hierzu gehört vor allem zweierlei : ein Höchstmass an allgemeiner Rechtssicherheit der Privatverträge und ein Höchstmass an exakter Berechenbarkeit von Gewinn und Verlust, Angebot und Nachfrage. Die Rationalisierung des Rechtes und die Rationalisierung des Betriebes (die Momente, die Max Weber als entscheidend für den Geist des abendländischen Kapitalismus herausgestellt hat) werden in der liberalistischen Epoche des Kapitalismus in bisher nicht gekannter Weise verwirklicht. Doch gerade hier stösst der liberalistische Rationalismus sehr bald auf Schranken, die er aus sich heraus nicht mehr überwinden kann : irrationalistische Elemente dringen in ihn ein und sprengen die theoretische Grundkonzeption.

Die liberalistische Rationalisierung der Wirtschaftsführung (wie überhaupt der gesellschaftlichen Organisation) ist wesentlich eine private : sie ist gebunden an die rationale Praxis des einzelnen Wirtschaftssubjektes bzw. einer Vielheit einzelner Wirtschaftssubjekte. Zwar soll sich am Ende die Rationalität der liberalistischen Praxis auch im Ganzen und am Ganzen erweisen, aber dieses Ganze selbst bleibt der Rationalisierung entzogen[1]). Der Einklang von Allgemein- und Privatinteresse soll sich im ungestörten Ablauf der privaten Praxis „von selbst" ergeben ; er wird prinzipiell nicht in die Kritik genommen, er gehört prinzipiell nicht mehr zum rationalen Entwurf der Praxis.

Durch diese Privatisierung der Ratio wird der vernunftgemässe Aufbau der Gesellschaft um sein zielgebendes Ende gebracht (wie beim Irrationalismus durch die Funktionalisierung der Ratio um seinen richtunggebenden Anfang). Gerade die rationale Bestimmung und Bedingung jener „Allgemeinheit", bei der schliesslich das „Glück" des Einzelnen aufgehoben sein soll, fehlt. Insofern (und nur insofern) wirft man dem Liberalismus mit Recht vor, dass seine Rede von der Allgemeinheit, der Mensch-

---

[1]) In der Rechtssphäre ist zwar die Rationalisierung prinzipiell eine „allgemeine", aber sie erkauft diese Allgemeinheit mit einer völligen Formalisierung im Privatrecht und mit einer völligen Abstraktheit im Staatsrecht.

heit usw., in puren Abstraktionen stecken bleibt. Struktur und Ordnung des Ganzen bleibt letztlich irrationalen Kräften überlassen : einer zufälligen „Harmonie", einem „natürlichen Gleichgewicht". Die Tragfähigkeit des liberalistischen Rationalismus hört daher sofort auf, wenn mit der Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze und der ökonomischen Krisen die allgemeine „Harmonie" immer unwahrscheinlicher wird ; an diesem Punkt muss auch die liberalistische Theorie zu irrationalen Rechtfertigungen greifen. Die rationale Kritik gibt sich selbst auf ; sie ist allzu leicht bereit, „natürliche" Vorrechte und Begnadungen anzuerkennen. Der charismatisch-autoritäre Führergedanke ist schon präformiert in der liberalistischen Feier des genialen Wirtschaftsführers, des „geborenen" Chefs.

Die rohe Skizze der liberalistischen Gesellschaftstheorie hat gezeigt, wie viele Elemente der totalitären Staatsauffassung in ihr schon angelegt sind. Von der ökonomischen Struktur aus enthüllt sich eine fast lückenlose Kontinuität in der Entwicklung der theoretischen Interpretation der Gesellschaft. Die ökonomischen Grundlagen dieser Entwicklung von der liberalistischen zur totalitären Theorie müssen hier vorausgesetzt werden[1]) : sie liegen im wesentlichen alle auf der Linie der Wandlung der kapitalistischen Gesellschaft von dem auf der freien Konkurrenz der selbständigen Einzelunternehmer aufgebauten Handels- und Industriekapitalismus zum modernen Monopolkapitalismus, in dem die veränderten Produktionsverhältnisse (und besonders die grossen „Einheiten" der Kartelle, Trusts, etc.) eine alle Machtmittel mobilisierende starke Staatsgewalt fordern. Offen und klar spricht die Wirtschaftstheorie es aus, weshalb der Liberalismus jetzt zum Todfeind der Gesellschaftstheorie wird : „Der Imperialismus hat... dem Kapitalismus die Hilfsmittel einer starken Staatsgewalt zur Verfügung gestellt... Die liberalen Ideen von der freischwebenden Konkurrenz von Einzelwirtschaften haben sich für den Kapitalismus ... als ungeeignet erwiesen"[2]). Die Wendung vom liberalistischen zum total-autoritären Staate vollzieht sich auf dem Boden derselben Gesellschaftsordnung. Im Hinblick auf diese Einheit der ökonomischen Basis lässt sich sagen : es ist der Liberalismus selbst, der den total-autoritären Staat aus sich „erzeugt" : als seine eigene Vollen-

[1]) Wir können dies umso eher, als sie von F. Pollock im 3. Heft des 2. Jahrgangs dieser Zeitschrift dargelegt worden sind.

[2]) Sombart, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, 1927, I. Halbband, S. 69.

dung auf einer fortgeschrittenen Stufe der Entwicklung. Der total-autoritäre Staat bringt die dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus entsprechende Organisation und Theorie der Gesellschaft.

Diese Organisation und ihre Theorie enthält allerdings auch „neue" Elemente, die über die alte liberalistische Gesellschaftsordnung und ihre blosse Negation hinausweisen : Elemente, in denen sich ein echter dialektischer Gegenschlag gegen den Liberalismus ankündet, die aber zu ihrer Verwirklichung gerade die Aufhebung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen voraussetzen, die der total-autoritäre Staat noch festhält. Die neue Staats- und Gesellschaftstheorie darf daher nicht einfach als ein Prozess der „Ideologie-Anpassung" gedeutet werden. Um einen Beitrag zur Erkenntnis ihrer wirklichen gesellschaftlichen Funktion zu geben, soll sie im folgenden in ihren Grundzügen interpretiert werden und zwar an ihren drei konstitutiven Bestandteilen : dem Universalismus, Naturalismus (Organizismus) und Existenzialismus.

Der Universalismus.

Die Vorgängigkeit und der Vorrang des Ganzen vor allen „Gliedern" („Teilen") ist eine Grundthese des heroisch-völkischen Realismus : das Ganze nicht nur als Summe oder abstrakte Totalität verstanden, sondern als die die Teile einigende Einheit, in der jeder Teil sich allererst erfüllt und vollendet. Die Forderung nach Verwirklichung einer solchen Ganzheit steht in den programmatischen Verkündigungen des total-autoritären Staates an erster Stelle. In der organischen Lebensordnung „ist das Ganze in seiner organischen Gliederung urgegeben : die Glieder dienen dem Ganzen, das ihnen als Gesetz übergeordnet ist, aber sie dienen ihm nach ihrer gliedhaften Eigengesetzlichkeit..., worin sich zugleich im Grade ihrer Teilhabe am Ganzen ihre persönliche Bestimmung, der Sinn ihrer Persönlichkeit erfüllt[1]". Als geschichtliche Grösse soll dieses Ganze die Allheit der geschichtlichen Sachverhalte und Beziehungen in sich fassen : „sowohl der nationale wie der soziale Gedanke" sind von ihm „umschlossen"[2]).

Wir haben gesehen, dass in der Aussonderung des Ganzen aus dem rationalen Gestaltungsprozess ein schweres Versäumnis der liberalistischen Theorie sichtbar wurde. Die liberalistischen Forderungen, die über die Sicherung und Ausnutzung des Privateigentums hinaus wirklich eine vernünftige Gestaltung der menschlichen

---

[1]) Krieck a. a. O. S. 23.
[2]) Nicolai, Grundlagen der kommenden Verfassung, 1933, S. 9.

Praxis betreffen, bedürften zu ihrer Realisierung gerade der vernünftigen Gestaltung des Ganzen der Produktionsverhältnisse, innerhalb deren die Individuen ihr Dasein auszuleben haben. Der Vorrang des Ganzen vor den Individuen besteht zu Recht, sofern die Formen der Produktion und Reproduktion des Lebens als „allgemeine" den Individuen vorgegeben sind und sofern die angemessene Gestaltung dieser Formen die Bedingung der Möglichkeit des individuellen Glückes der Menschen ist. Losgelöst von seinem ökonomisch-sozialen Gehalt, hat der Begriff des „Ganzen" in der Gesellschaftstheorie überhaupt keinen konkreten Sinn ; wir werden sehen, dass auch seine organizistische Fassung : die Deutung des Verhältnisses von Ganzheit und Gliedern als organisch-natürliche Beziehung, diesen Sinn nicht zu geben vermag ; auch das „Volk" wird erst kraft einer ökonomisch-sozialen Einheit eine wirkliche Ganzheit, — nicht umgekehrt.

Die starke universalistische Tendenz kommt nicht etwa als philosophische Spekulation zur Wirkung ; sie wird von der ökonomischen Entwicklung selbst geradezu gefordert. Es ist eines der wichtigsten Kennzeichen des Monopolkapitalismus, dass er in der Tat eine ganz bestimmte „Vereinheitlichung" innerhalb der Gesellschaft zur Folge hat. Er schafft ein neues „System von Abhängigkeiten verschiedenster Art" : der kleinen und mittleren Betriebe von den Kartellen und Trusts, des Grundbesitzes und der Grossindustrie vom Finanzkapital usw.[1])

Hier, in der ökonomischen Struktur der monopolkapitalistischen Gesellschaft, liegen die faktischen Grundlagen des Universalismus. Aber in der Theorie erfahren sie eine totale Umdeutung : das von ihr vertretene Ganze ist nicht die auf dem Boden der Klassengesellschaft durch die Herrschaft einer Klasse herbeigeführte Vereinheitlichung, sondern eine alle Klassen einigende Einheit, die die Realität des Klassenkampfes und damit die Realität der Klassen selbst aufheben soll : die „Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft, die sich über die Interessen und Gegensätze der Stände und Klassen erhebt"[2]). Die klassenlose Gesellschaft also ist das Ziel, aber die klassenlose Gesellschaft auf der Basis und im Rahmen — der bestehenden Klassengesellschaft. Denn in der totalitären Staatstheorie werden die Fundamente dieser Gesellschaft : die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgebaute Wirtschaftsordnung, nicht angegriffen, sondern nur soweit modifiziert, als es das monopolistische Stadium dieser Wirtschaftsordnung selbst verlangt. Damit werden aber auch all die in solcher Ordnung lie-

[1]) Sombart in den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik 1928, S. 30.
[2]) Koellreutter, Allgemeine Staatslehre, a. a. O. S. 184 f.

genden Gegensätze übernommen, die eine wirkliche Ganzheit immer wieder unmöglich machen. Die Realisation des erstrebten einigenden Ganzen wäre in Wahrheit primär eine ökonomische Aufgabe : Beseitigung der Wirtschaftsordnung, die der Grund der Klassen und Klassenkämpfe ist. Eben diese Aufgabe kann und will der Universalismus nicht lösen, ja er darf sie nicht einmal als eine ökonomische anerkennen : „Es sind nicht die ökonomischen Bedingungen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen, sondern es sind umgekehrt die sittlichen Auffassungen, die die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmen"[1]. Er muss sowohl von dem einzig möglichen Weg zur Realisation des „Ganzen" wie von der einzig möglichen Gestalt jenes Ganzen selbst ablenken und sie auf anderem, weniger gefährlichen Boden suchen : er findet sie in der „Urgegebenheit" des Volkes, des Volkstums.

Wir gehen auf die verschiedenen Versuche der Fassung des Volksbegriffs hier nicht ein. Entscheidend ist, dass damit auf eine „Urgegebenheit" abgezielt wird, die als „natürliche" vor dem „künstlichen" System der Gesellschaft liegt, auf die „Sozialstruktur der organischen Schicht des Geschehens"[2], die als solche eine „letzte", „gewachsene" Einheit darstellt. „Das Volk ist kein durch menschliche Macht entstandenes Gebilde"[3] ; es ist ein „von Gott gewollter" Baustein der menschlichen Gesellschaft. So kommt die neue Gesellschaftstheorie zu jener Gleichung, durch die sie konsequent auf den Boden des irrationalistischen „Organizismus" geführt wird : die erste und letzte Ganzheit, die der Grund und die Grenze aller Bindungen ist, ist als naturhaft-organische auch schon die echte, gottgewollte, ewige Wirklichkeit im Gegensatz zur unorganischen, „abgeleiteten" Wirklichkeit der Gesellschaft. Und sie ist als solche von ihrem Ursprung her weitgehend aller menschlichen Planung und Entscheidung entzogen. Damit sind alle Versuche, durch eine planmässige Umgestaltung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse die jetzt noch anarchisch gegeneinander kämpfenden Strebungen und Bedürfnisse der Individuen in einer wahrhaften Ganzheit aufzuheben, „apriori" diskreditiert. Der Weg ist frei gemacht zum „heroisch-völkischen" Organizismus, auf dessen Boden die totalitäre Staatstheorie allein ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen kann.

---

[1]) Bernhard Köhler, Das dritte Reich und der Kapitalismus, 1933, S. 10.
[2]) G. Ipsen, Programm einer Soziologie des deutschen Volkstums. 1933, S. 11. — Vgl. Koellreutter, Allg. Staatslehre, S. 34 ff.
[3]) Forsthoff, Der totale Staat, a. a. O. S. 40 ff.

Der Naturalismus.

In immer neuen Wendungen betont der heroisch-völkische Realismus die natürlichen Eigenschaften der durch das Volk repräsentierten Ganzheit. Das Volk ist „blutbedingt", aus dem „Boden", der Heimat schöpft es seine unverwüstliche Kraft und Dauer, Charaktere der „Rasse" einigen es, deren Reinhaltung ist Bedingung seiner „Gesundheit". Im Zuge dieses Naturalismus erfolgt eine Verklärung des Bauerntums[1]) als des einzig noch „naturgebundenen" Standes: er wird als der „schöpferische Urquell", als das ewige Fundament der Gesellschaft gefeiert. Dem mythischen Preis der Reagrarisierung entspricht der Kampf gegen die Grosstadt und ihren „widernatürlichen" Geist; dieser Kampf wächst sich aus zum Angriff gegen die Herrschaft der Ratio überhaupt, zur Entbindung aller irrationalen Mächte, — eine Bewegung, die mit der totalen Funktionalisierung des Geistes endet. Die „Natur" ist die erste in der Reihe der bedingenden Voraussetzungen, denen die Vernunft unterstellt wird, die unbedingte Autorität des Staates die vorläufig letzte. Die vom Organizismus gefeierte „Natur" erscheint aber nicht als Produktionsfaktor im Zusammenhang der faktischen Produktionsverhältnisse, nicht als Produktionsbedingung, nicht als der selbst geschichtliche Boden der Menschengeschichte. Sie wird zum *Mythos*, und als Mythos verdeckt sie die organizistische Depravierung und Abdrängung des geschichtlich-gesellschaftlichen Geschehens. Die Natur wird zum grossen Gegenspieler der Geschichte.

Der naturalistische Mythos beginnt mit der Apostrophierung des Natürlichen als des „Ewigen", „Gottgewollten". Dies gilt vor allem für die von ihm geforderte natürliche Ganzheit des Volkes. Die besonderen Schicksale der Individuen, ihre Strebungen und Bedürfnisse, ihre Not und ihr Glück, — all das ist nichtig, vergänglich, das Volk allein ist bleibend; es steht in der Geschichte wie die Natur selbst: als die ewige Substanz, das ewig Beharrende in dem ständigen Wechsel der ökonomischen und sozialen Verhältnisse, die ihm gegenüber akzidentiell sind, vergänglich, „unbedeutend".

In diesen Formulierungen kündet sich eine charakteristische Tendenz des heroisch-völkischen Realismus an: die *Depravierung der Geschichte* zu einem „nur" zeitlichen Geschehen, in dem alle Gestaltungen der Zeit unterworfen und deshalb „minderwertig" sind. Eine solche Ent-geschichtlichung findet sich allenthalben in der organizistischen Theorie: als die Entwertung der Zeit gegen-

---

[1]) G. *Ipsen*, Das Landvolk, 1933, bes. S. 17.

über dem Raume, als die Erhöhung des Statischen über das Dynamische, des Konservativen über das Revolutionäre, als die Ablehnung aller Dialektik, als Preis der Tradition um der Tradition willen[1]). Niemals ist die Geschichte weniger ernst genommen worden als jetzt, wo sie primär auf die Erhaltung und Pflege des Erbes ausgerichtet wird, wo Revolutionen als „Nebengeräusche", als „Störungen" der Naturgesetze gelten und wo naturhaften Kräften des „Blutes" und des „Bodens" die Entscheidung über Menschenglück und Menschenwürde ausgeliefert wird. In solcher Entgeschichtlichung des Geschichtlichen verrät sich eine Theorie, die das Interesse an der Stabilisierung einer vor der geschichtlichen Situation nicht mehr zu rechtfertigenden Form der Lebensverhältnisse ausdrückt. Das wirkliche Ernstnehmen der Geschichte könnte allzusehr an die Entstehung dieser Form erinnern und an die Möglichkeiten ihrer Veränderung, die sich aus ihrer Entstehungsgeschichte ergeben, — kurz : an ihre Vergänglichkeit, und dass „die Stunde ihrer Geburt... die Stunde ihres Todes ist" (Hegel). Sie wird ideologisch verewigt, indem sie als „natürliche Lebensordnung" in Anspruch genommen wird.

Die neue Geschichts- und Gesellschaftslehre wehrt sich allerdings vielfach dagegen, durch die Inanspruchnahme von Rasse, Volkstum, Blut, Boden usw. einem naturalistischen Biologismus das Wort zu reden. Sie betont, dass ihr diese naturhaft-organischen Gegebenheiten zugleich und wesentlich „geschichtlich-geistige" Sachverhalte sind, aus denen eine geschichtliche „Schicksalsgemeinschaft" erwächst.

Aber wenn das Wort „Schicksal" nicht nur dazu dienen soll,

---

[1]) Wir geben einige charakteristische Belege aus Mœller v. d. Brucks „Drittem Reich" : „Das konservative Denken... ist nur aus dem Raume zu verstehen. Aber der Raum ist übergeordnet. Die Zeit setzt den Raum voraus". „In diesem Raume, und aus ihm wachsen die Dinge. In der Zeit vermodern sie". „Es mag sich in der Geschichte eines Volkes mit der Zeit verändern was immer sich verändern will : das Unveränderliche, das bleibt, ist mächtiger und wichtiger als das Veränderliche, das immer nur darin besteht, dass etwas abgezogen oder hinzugefügt wird. Das Unveränderliche ist die Voraussetzung aller Veränderungen, und ewig fällt, was sich auch verändern möge, nach Ablauf seiner Zeit wieder in das Unveränderliche zurück". „Alle Revolution ist Nebengeräusch, Zeichen von Störungen, doch nicht Gang des Schöpfers durch seine Werkstatt, nicht Erfüllung seiner Gebote, noch Uebereinstimmung mit seinem Willen. Die Welt ist erhaltend gedacht, und wenn sie sich verwirrt hat, dann renkt sie sich alsbald aus eigener Kraft wieder ein : sie kehrt in ihr Gleichgewicht zurück" (a. a. O. S. 180-182). — Wie die „Gestalttheorie" zur Depravierung der Geschichte verwendet wird, dafür nur ein charakteristischer Beleg : „Eine Gestalt ist, und keine Entwicklung vermehrt oder vermindert sie. Entwicklungsgeschichte ist daher nicht Geschichte der Gestalt, sondern höchstens ihr dynamischer Kommentar. Die Entwicklung kennt Anfang und Ende, Geburt und Tod, denen die Gestalt entzogen ist". „Eine historische Gestalt ist im tiefsten unabhängig von der Zeit und den Umständen, denen sie zu entspringen scheint" (Ernst Jünger, Der Arbeiter, 2. Aufl., 1932, S. 79).

noch vor der Erkenntnis der wirklichen Triebfedern und Faktoren der Geschichte Halt zu machen, dann hebt es gerade den organizistischen Mythos der „natürlichen Gemeinschaft" und damit die theoretische Grundlage dieser Geschichtsphilosophie auf. Gewiss hat jedes Volk sein eigenes Schicksal (sofern es eine ökonomische, geopolitische, kulturelle Einheit ist), doch dieses Schicksal eben ist es, welches die Einheit des Volkes aufspaltet in die gesellschaftlichen Gegensätze. Die gemeinsamen Schicksale treffen die verschiedenen Gruppen innerhalb des Volkes sehr verschieden, und jede von ihnen reagiert auf sie in anderer Weise. Ein Krieg, der zweifellos das ganze Volk trifft, kann die Massen in furchtbare Not stossen, während gewisse herrschende Schichten daraus nur Vorteile ziehen. Eine allgemeine Krise bietet den ökonomisch Mächtigsten weit reichere Möglichkeiten der Resistenz und des Ausweichens als der wirtschaftlich schwächeren Mehrheit. Die Schicksalsgemeinschaft geht fast immer auf Kosten des weitaus grössten Teiles des Volkes, hebt sich also selbst auf. In der bisherigen Geschichte der Menschheit ist diese Aufspaltung der volklichen Einheit in die gesellschaftlichen Gegensätze nicht blosses Beiwerk, nicht Schuld und Verfehlung von Einzelnen, vielmehr macht sie ihren eigentlichen Inhalt aus. Nicht durch Anpassung an irgendwelche natürliche Ordnungen kann dieser Inhalt verändert werden. Es gibt in der Geschichte keine natürlichen Ordnungen mehr, die als Vorbilder und Ideen der geschichtlichen Bewegtheit dienen könnten. In dem Auseinandersetzungsprozess zwischen den vergesellschafteten Menschen mit der Natur und mit ihrer eigenen geschichtlichen Wirklichkeit (dessen jeweiligen Stand die verschiedenen Lebensverhältnisse anzeigen) ist die „Natur" längst vergeschichtlicht, d. h. in steigendem Masse ihrer Naturhaftigkeit entkleidet und rationaler menschlicher Planung und Technik unterworfen worden. Die natürlichen Ordnungen und Gegebenheiten geschehen als ökonomisch-gesellschaftliche Verhältnisse (so dass z. B. der bäuerliche Boden nicht so sehr als Scholle in der Heimat wie als Parzelle im Hypothekengrundbuch liegt[1])).

Freilich bleibt diese wirkliche Gestalt dem Bewusstsein der meisten Menschen verborgen. „Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, das heisst des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewusster planmässiger Kontrolle steht"[2]). Bis dahin wird es im Interesse derjenigen Gruppen, deren ökonomischer Situation die Erreichung

---

[1]) **Marx**, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Berlin, 1927, S. 122 f.
[2]) **Marx**, Das Kapital. Volksausgabe. Berlin, 1928, I, S. 43.

dieses Zieles widerspricht, liegen, bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse als „natürliche“ zu verewigen, um die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten und vor kritischen Störungen zu bewahren.

Der Weg, den die organizistische Theorie hierbei geht, führt über die Naturalisierung der Wirtschaft als solcher zur Naturalisierung der monopolkapitalistischen Wirtschaft und des von ihr bewirkten Massenelends : alle diese Erscheinungen werden als „natürliche“ sanktioniert. Am Ende dieses Weges (den wir im folgenden nur in seinen wichtigsten Etappen andeuten) liegt der Punkt, wo die illusionierende Funktion der Ideologie in eine desillusionierende umschlägt : an die Stelle der Verklärung und Verdeckung tritt die offene Brutalität.

Die Wirtschaft wird als ein „lebendiger Organismus“ aufgefasst, den man nicht „mit einem Schlage“ verwandeln kann ; sie baue sich nach „primitiven Gesetzen“ auf, die in der menschlichen „Natur“ verankert sind : das ist die erste Etappe.

Der Schritt von der Wirtschaft im allgemeinen zur gegenwärtigen Wirtschaft ist schnell getan : die gegenwärtige Krise gilt als die „Rache der Natur“ gegen den „intellektuellen Versuch, ihre Gesetze durchbrechen zu wollen... Am Ende aber siegt immer die Natur...“ Die Verklärung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse als natürlicher Ordnungen muss jedoch immer wieder mit der so ganz „unnatürlichen“ furchtbaren Faktizität der gegenwärtigen Lebensformen zusammenstossen. Um diesen Widerspruch zu verdecken, bedarf es einer radikalen Entwertung der materiellen Sphäre des Daseins, der „äusseren Glücksgüter“ des Lebens. Sie werden „aufgehoben“ in einem „Heroismus“ der Armut und des „Dienstes“, des Opfers und der Zucht. Der Kampf gegen den Materialismus ist für den heroisch-völkischen Realismus in Theorie und Praxis eine Notwendigkeit : er muss das irdische Glück der Menschen, das die von ihm gemeinte Gesellschaftsordnung nicht bringen kann, prinzipiell desavouieren zugunsten „ideeller“ Werte (Ehre, Sittlichkeit, Pflicht, Heroismus usw.). Diesem Zug zum „Idealismus“ wirkt nun aber eine sehr starke andere Tendenz entgegen : die durch den Monopolkapitalismus und seine politische Situation geforderte äusserste Kraftaufbietung und dauernde Anspannung der Menschen in der Besorgung der zu produzierenden „irdischen“ Güter ; sie führt dazu, dass das ganze Leben unter der Kategorie des Dienstes und der Arbeit begriffen wird, — eine rein „innerweltliche“ Askese. Und dazu kommt ein Drittes, das den Idealismus diskreditiert : der klassische Idealismus ist wesentlich rationalistisch gewesen, ein Idealismus des „Geistes“, der Vernunft. Sofern er in irgendeiner Form immer die Autonomie der Vernunft enthält und die menschliche Praxis unter die Idee des begreifenden Wis-

sens stellt, muss er sich die Feindschaft des total-autoritären Staates zuziehen. Dieser hat alle Ursache, die Kritik der Vernunft für gefährlich zu halten und unter vorgeordnete Tatbestände zu binden. „Der deutsche Idealismus muss darum nach Form und Inhalt überwunden werden, wenn wir ein politisches, ein handelndes Volk werden wollen[1]."

So durchzieht die antiliberalistische Theorie eine fundamentale Zweideutigkeit. Während sie einerseits einen ständigen, harten, fast zynischen Realismus fordert, preist sie andererseits die „ideellen" Werte als den ersten und letzten Sinn des Lebens und ruft zur Rettung des „Geistes" auf. Nebeneinander finden sich Aeusserungen gegen den weltfremden, schwachen „Idealisten", dem der neue Typus des heroischen Menschen entgegengestellt wird: „er lebt nicht aus dem Geist, sondern aus Blut und Erde. Er lebt nicht der Bildung, sondern der Tat[2)]", — und Passagen wie diese: „Das Banner des Geistes weht als ihr Wahrzeichen über der Menschheit. Und wenn wir auch zuweilen von grossartigen und triebhaften Willensstössen fortgerissen werden, der Geist tritt immer wieder in seine Rechte ein"[3]. Alle möglichen „metaphysischen Gewissheiten" werden heraufbeschworen, aber niemals sind sie wohl leichtfertiger angeboten und zur offiziellen Weltanschauung erhoben worden als heute, wo unter der Knute des Imperialismus die endgültige Ueberwindung der Metaphysik des humanistischen Idealismus verkündet wird:

> „Wir leben nicht mehr im Zeitalter der Bildung, der Kultur, der Humanität und des reinen Geistes, sondern unter der Notwendigkeit des Kampfes, der politischen Wirklichkeitsgestaltung, des Soldatentums, der völkischen Zucht, der völkischen Ehre und Zukunft. Es wird von dem Menschen dieses Zeitalters darum nicht die idealistische, sondern die heroische Haltung als Lebensaufgabe und Lebensnotwendigkeit gefordert[4]."

Niemals ist aber auch jene anti-idealistische „Wirklichkeitsgestaltung" trostloser und ärmer gesehen und gedeutet worden: „Dienst, der nicht zu Ende geht, weil Dienst und Leben zusammenfallen"[5].

In der Tat: es gehört ein rational überhaupt nicht mehr zu

---

[1]) Ernst Krieck in „Volk im Werden", 1933. Heft 3, S. 4.

[2]) Derselbe, ebenda S. 1. — Noch deutlicher ebenda Heft 5, S. 69, 71: „Radikale Kritik lehrt einsehen, dass die sog. Kultur gänzlich unwesentlich geworden ist und jedenfalls keinen Höchstwert darstellt." — „Sehen wir endlich auch hier schlicht, wahrhaft und echt, damit die wachsende Kraft und Gesundheit des Volkes nicht durch den Kulturschwindel verfälscht wird. Sie mögen uns Barbaren schelten!"

[3]) Eugen Diesel in der Deutschen Rundschau, Januar 1934, S. 2.

[4]) Ernst Krieck ebenda, Heft 3, S. 1.

[5]) Der deutsche Student, Augustheft 1933, S. 1.

rechtfertigender „Heroismus" dazu, um die Opfer zu bringen, die die Erhaltung der bestehenden Ordnung verlangt. Gegenüber dem alltäglichen Elend der Massen, gegenüber der Gefahr neuer furchtbarer Kriege und Krisen kann auch die Berufung auf die „Natürlichkeit" solcher Ordnung nichts mehr fruchten. Das letzte Wort spricht nicht mehr die „Natur", sondern der Kapitalismus, so wie er in Wahrheit aussieht. Wir stehen an der letzten Etappe des Weges, wo diese Theorie die verklärenden Schleier fallen lässt und das wahre Gesicht der Gesellschaftsordnung enthüllt: „Wir betrachten... das Sinken des Lebensstandards als unvermeidlich und achten für die dringendste Ueberlegung die, wie wir diesen Vorgang aufzufassen und wie wir uns dazu zu verhalten haben"[1]). Nicht also der Sorge um die Beseitigung des Massenelends gelten die Anstrengungen dieser Theorie; sie betrachtet vielmehr das Wachsen dieses Elends als ihre unvermeidliche Voraussetzung. Näher ist der neue „Realismus" nirgends an die Wahrheit herangekommen. Er folgt dieser Wahrheit getreulich weiter: „Das Erste, was not, ist die Einsicht aller, dass Armut, Einschränkung, zumal Verzicht auf ‚Kulturgüter' von jedem gefordert wird". Die Einsichtigkeit dieser Forderung dürfte allerdings nicht von jedermann zugestanden werden: gegen sie „wehren sich zur Zeit noch immer biologische Individualinstinkte". Das Hauptanliegen der Theorie wird also sein, diese Instinkte „zum Kuschen zu bringen" (ebd.). Mit Scharfblick erkennt der Theoretiker, dass dies nicht durch „Vernunftvermögen" geschehen kann, wohl aber, „sobald die Armut wieder einen sittlichen Wertstempel erhält, sobald Armut weder Schande noch Unglück mehr ist, sondern würdige und selbstverständliche Haltung einem schweren und allgemeinen Schicksal gegenüber" (ebd.). Und der Theoretiker offenbart uns auch die Funktion dieser und ähnlicher „Ethik": sie ist das „Fussgestell", dessen „der Politiker bedarf..., um seine Massregeln sicher zu treffen" (ebd.).

Der Heroismus, das Ethos der Armut als „Fussgestell" der Politik: hier enthüllt sich der Kampf gegen die materialistische Weltanschauung in seinem letzten Sinn: „Zum-Kuschenbringen" der gegen das Sinken des Lebensstandards rebellierenden Instinkte. Ein für bestimmte Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung charakteristischer Funktionswandel der Ideologie hat sich vollzogen: sie zeigt unmittelbar das, was ist, aber mit einer radikalen Umwertung der Werte: Unglück wird zur Gnade, Not zum Segen, Elend zum Schicksal; und umgekehrt Streben nach Glück, nach

[1]) H. Kutzleb, Ethos der Armut als Aufgabe, in „Volk im Werden", 1933, Heft 1, S. 24 ff.

materieller Besserung wird zu Sünde und Unrecht. Der Mensch wird zum Tier gemacht, — doch das Tier im Menschen gilt als die Krone des Menschentums.

Pflichterfüllung, Opfer und Hingabe, die der „heroische Realismus" von den Menschen verlangt, werden im Dienst einer Gesellschaftsordnung gebracht, die Not und Glücklosigkeit der Individuen verewigt. Obwohl am „Rande der Sinnlosigkeit" dargebracht, haben sie doch einen verborgenen sehr „rationalen" Zweck: das gegenwärtige System der Produktion und Reproduktion des Lebens faktisch und ideologisch zu stabilisieren[1]). Der heroische Realismus versündigt sich gegen die grossen Ideen von Pflicht, Opfer und Hingabe, indem er, was nur als freie Gabe freier Menschen geschehen kann, programmatisch in die Apparatur eines Herrschaftssystems einbaut.

Der Mensch, dessen Dasein sich in fraglosen Opfern und unbedingten Hingaben erfüllt, dessen Ethos die Armut ist und dem alle äusseren Glücksgüter in Dienst und Zucht untergegangen sind: dieses Bild des Menschen, wie es der heroische Realismus der Zeit als Vorbild entwirft, steht in schroffem Gegensatz zu allen Idealen, die die abendländische Menschheit sich in den letzten Jahrhunderten erobert hat. Wie ein solches Dasein rechtfertigen? Es geht nicht mehr um das irdische Heil des Menschen; es gibt also keine Rechtfertigung aus seinen natürlichen Bedürfnissen und Trieben. Es geht aber auch nicht mehr um sein überirdisches Heil: die Rechtfertigung aus dem Glauben ist abgeschnitten. Und in dem universalen Kampf gegen die Ratio gilt die Rechtfertigung aus dem Wissen überhaupt nicht mehr als Rechtfertigung.

Soweit sich die Theorie auf dem Boden wissenschaftlicher Diskussion bewegt, wird ihr wenigstens die Problematik des hier vorliegenden Sachverhalts bewusst: für den „Ernstfall", in dem das Opfer des eigenen Lebens und der Tötung anderer Menschen verlangt wird, stellt Carl Schmitt die Frage nach dem Grunde solchen Opfers: „Es gibt keinen rationalen Zweck, keine noch so richtige Norm, kein noch so vorbildliches Programm, kein noch so schönes soziales Ideal, keine Legitimität oder Legalität, die es rechtfertigen könnte, dass Menschen sich gegenseitig dafür töten"[2]). Was aber bleibt dann noch als mögliche Rechtfertigung übrig? Nur noch die, dass hier ein Sachverhalt vorliegt, der schon durch seine Existenz, sein Vorhandensein jeder Rechtfertigung enthoben ist, d. h. ein „existenzieller", ein „seinsmässiger" Sachverhalt:

---

[1]) Ueber diese Funktion des heroischen Realismus siehe diese Zeitschrift, Jahrgang III, Heft 1, S. 42 ff.

[2]) Der Begriff des Politischen a. a. O. S. 37.

Rechtfertigung durch die blosse Existenz. Der „Existenzialismus" in seiner politischen Form wird die Theorie von der (negativen) Rechtfertigung des nicht mehr zu Rechtfertigenden.

Der Existenzialismus.

Wir haben es hier nicht mit der philosophischen Form des Existenzialismus zu tun, sondern nur mit seiner politischen Gestalt, in der er ein entscheidendes Moment der totalitären Staatstheorie geworden ist.

Es muss gleich anfangs betont werden, dass im politischen Existenzialismus auch nur der Versuch, das „Existenzielle" begrifflich zu umschreiben, völlig fehlt. Die einzige Handhabe, den gemeinten Sinn des Existenziellen sichtbar zu machen, bietet die oben zitierte Stelle bei Carl Schmitt. Das Existenzielle steht dort wesentlich als Gegenbegriff zum „Normativen" : etwas was unter keine ausserhalb seiner selbst liegende Norm gestellt werden kann. Daraus folgt, dass man über einen existenziellen Sachverhalt überhaupt nicht als „unparteiischer Dritter" denken, urteilen und entscheiden kann : „die Möglichkeit richtigen Erkennens und Verstehens und damit auch die Befugnis mitzusprechen und zu urteilen ist hier nämlich nur durch das existenzielle Teilhaben und Teilnehmen gegeben"[1]. Welche Sachverhalte denn nun als existenzielle zu gelten haben, dafür gibt es im Existenzialismus keine prinzipielle und allgemeine Bestimmung; es bleibt grundsätzlich der Entscheidung des existenziellen Theoretikers überlassen. Ist aber einmal ein Sachverhalt von ihm als existenzieller in Anspruch genommen, so haben alle, die nicht an seiner Realität „teilhaben und teilnehmen", zu schweigen. Es sind vorwiegend die politischen Sachverhalte und Beziehungen, die hier als existenzielle sanktioniert werden; und innerhalb der politischen Dimension ist es wieder — sehr bezeichnend! — das Feind-Verhältnis[2]), der Krieg, der als die schlechthin existenzielle Beziehung gilt (als zweite ist dann „Volk und Volkszugehörigkeit" ebenbürtig hinzugekommen).

Bei diesem Mangel jeder exakten Begrifflichkeit ist es notwendig, wenigstens in ganz roher Weise vom politischen auf den philosophischen Existenzialismus zurückzugehen. Der Sinn des philosophischen Existenzialismus war es, gegenüber dem abstrakten „logischen" Subjekt des rationalen Idealismus die volle Konkretion

---

[1]) Der Begriff des Politischen, a. a. O. S. 15.

[2]) Zwar lautet die Formel der politischen Beziehung: „Freund-Feind-Gruppierung", doch ist vom Freund-Verhältnis immer nur beiläufig und im Gefolge der Feind-Gruppierung die Rede.

des geschichtlichen Subjekts wiederzugewinnen, also die von Descartes bis Husserl unerschütterte Herrschaft des „ego cogito“ zu beseitigen. Die Position Heideggers bis „Sein und Zeit“ bezeichnet den weitesten Vorstoss der Philosophie in dieser Richtung. Dann erfolgt der Rückschlag. Die Philosophie hat es aus guten Gründen vermieden, sich die geschichtliche Situation des von ihr angesprochenen Subjekts auf ihre materiale Faktizität hin näher anzusehen. Hier hörte die Konkretion auf, hier begnügte sie sich mit der Rede von der „Schicksalsverbundenheit“ des Volkes, vom „Erbe“, das jeder Einzelne zu übernehmen hat, von der Gemeinschaft der „Generation“, während die anderen Dimensionen der Faktizität unter den Kategorien des „Man“, des „Geredes“ usw. abgehandelt und auf diese Weise dem „uneigentlichen“ Existieren zugewiesen wurden. Die Philosophie fragte nicht weiter nach der Art des Erbes, nach der Seinsweise des Volkes, nach den wirklichen Mächten und Kräften, die die Geschichte *sind*. So begab sie sich jeder Möglichkeit, die Faktizität geschichtlicher Situationen begreifen und gegeneinander entscheidend abheben zu können.

Dafür bildete sich aber allmählich, unter ständig verflachender Aufnahme der fruchtbaren Entdeckungen der existenzialen Analytik, so etwas wie eine neue *Anthropologie* heraus, die jetzt die philosophische Begründung des vom heroischen Realismus entworfenen Menschenideals übernimmt.

„Der theoretische Mensch, auf den sich die umlaufenden Wertbegriffe beziehen, ist eine Fiktion... Der Mensch ist wesentlich ein politisches Wesen, d. h... er ist nicht ein Wesen, dessen Sein dadurch bestimmt ist, dass er teilnimmt an einer höheren ‚geistigen Welt'..., sondern er ist ein *ursprünglich* handelndes Wesen[1]).“

Eine totale Aktivierung, Konkretisierung und Politisierung aller Dimensionen des Daseins wird gefordert. Die Autonomie des Denkens, die Objektivität und Neutralität der Wissenschaft wird als Irrlehre oder gar als politische Fälschung des Liberalismus verworfen. „Wir sind aktive, handelnde Wesen und machen uns schuldig, indem wir dieses unser Wesen verleugnen, schuldig durch Neutralität und Toleranz“[2]). Programmatisch verkündet man die „Lebensbedingtheit, Wirklichkeitsbezogenheit, geschichtliche Bedingtheit und Standortgebundenheit aller Wissenschaft“[3]). — Viele dieser Thesen gehören seit langem zum Gedankengut der wis-

---

[1]) *Alfred Bäumler*, Männerbund und Wissenschaft, 1934, S. 94.
[2]) a. a. O. S. 109.
[3]) *Ernst Krieck* : Zehn Grundsätze einer ganzheitlichen Wissenschaftslehre, in : Volk im Werden, Heft 6, S. 6 ff.

senschaftlichen Theorie der Gesellschaft; die ihnen zugrundeliegenden Sachverhalte haben im historischen Materialismus bereits ihre Ausweisung erfahren. Wenn solche Erkenntnisse jetzt im Dienst eben jener Gesellschaftsordnung verwendet werden, zu deren Bekämpfung sie ursprünglich entdeckt worden waren, so setzt sich hiermit auch im Gebiete der Theorie die Dialektik durch: die Stabilisierung der gegenwärtigen Lebensordnung ist nur noch auf eine Weise möglich, die zugleich vorwärtstreibende Kräfte der Entwicklung befreit. Aber wie in der faktischen Gestaltung des politischen Daseins diese Kräfte in eine Form gezwungen werden, durch die ihre ursprüngliche Richtung gehemmt und ihre befreiende Wirkung illusionär gemacht wird, so kommt auch in der zu ihrer Begründung verwendeten Theorie dieser Funktionswandel zum Ausdruck:

Die Ansetzung des Menschen als eines primär geschichtlichen, politischen und politisch-handelnden Wesens enthüllt sich in ihrem konkreten gesellschaftlichen Sinn erst dann, wenn gefragt ist: welche Weise der „Geschichtlichkeit" ist gemeint, auf welche Form des politischen Handelns, auf welche Art der Praxis ist abgezielt? Was für ein Handeln ist es denn, das in der neuen Anthropologie als die „eigentliche" Praxis des Menschen gefordert wird?

> „Handeln heisst nicht: sich entscheiden für..., denn das setzt voraus, dass man wisse, wofür man sich entscheidet, sondern Handeln heisst: eine Richtung einschlagen, Partei nehmen, kraft eines schicksalhaften Auftrags, kraft 'eigenen Rechts'... Die Entscheidung für etwas, das ich erkannt habe, ist schon sekundär[1])."

Diese typische Formulierung beleuchtet blitzartig das traurige Bild, das sich die „existenzielle" Anthropologie vom handelnden Menschen macht. Er handelt, — aber er weiss nicht, wozu er handelt. Er handelt, — aber er hat sich garnicht selbst für sich entschieden, wofür er handelt. Er nimmt einfach „Partei", er „setzt sich ein", — „die Entscheidung für etwas, das ich erkannt habe, ist schon sekundär". Diese Anthropologie gewinnt ihr Pathos aus der radikalen Entwertung des Logos als des offenbarenden und entscheidenden Wissens. Aristoteles war der Meinung, dass sich eben hierdurch der Mensch vom Tier unterscheide: durch das Vermögen δηλοῦν τὸ συμφέρον καὶ τὸ βλαβερόν, ὥστε καὶ τὸ δίκαιον καὶ τὸ ἄδικον[2]). Die existenzielle Anthropologie glaubt, dass das Wissen um das Wofür der Entscheidung, um

---

[1]) Bäumler a. a. O. S. 108.
[2]) Aristoteles Pol. 1253 a 14 f.

das Wozu des Einsatzes, durch das alles menschliche Handeln erst seinen Sinn und Wert bekommt, sekundär ist. Wesentlich ist nur, dass eine Richtung eingeschlagen, dass Partei genommen wird. „Nicht im rein Sachlichen liegen die erschreckenden Differenzen der Standpunkte", sondern „in der synthetischen Kraft existenziell verwurzelter Fragerichtungen".[1]) Erst in dieser irrationalen Tönung wird die existenzielle Anthropologie fähig, ihre gesellschaftliche Funktion im Dienste eines Herrschaftssystems zu erfüllen, dem an nichts weniger gelegen sein kann als an einer „sachlichen" Rechtfertigung des von ihm verlangten Handelns.

Von hier aus enthüllt sich auch die starke Betonung der Geschichtlichkeit des Daseins als nichtig : sie ist nur auf dem Grunde der oben angedeuteten Depravierung der Geschichte möglich. Während echte Geschichtlichkeit das wissend-erkennende Verhalten des Daseins zu den geschichtlichen Mächten und die hierin gegründete theoretische und praktische Kritik dieser Mächte voraussetzt, wird solches Verhalten hier eingeschränkt auf die Uebernahme eines „Auftrags", der durch das „Volk" an das Dasein ergeht. Als selbstverständlich gilt, dass es das „Volk" ist, das den Auftrag erteilt und in das der Auftrag zurückgeht, — und nicht etwa bestimmte Interessengruppen. Ein säkularisiert-theologisches Geschichtsbild wird entworfen : jedes Volk hat seinen geschichtlichen Auftrag als „Sendung"; sie bedeutet die erste und letzte, unbegrenzte Verpflichtung des Daseins. In einem Saltomortale (dessen Geschwindigkeit nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass in ihm die ganze Tradition der abendländischen Wissenschaft abgeworfen wird) wird der „Wille zur Wissenschaft" dem angeblichen Auftrag des eigenen Volkes unterworfen. Und das Volk gilt als Einheit und Ganzheit unterhalb der ökonomischen und sozialen Sphäre; auch der Existenzialismus sieht in „erd- und bluthaften Kräften" die eigentlichen geschichtlichen Mächte[2]). So werden auch die existenzialistischen Strömungen aus dem grossen naturalistischen Sammelbecken gespeist.

Der politische Existenzialismus ist an diesem Punkte feinfühliger als der philosophische : er weiss, dass auch die „erd- und bluthaften Kräfte" eines Volkes nur geschichtlich werden in bestimmten politischen Formen, wenn über dem Volk sich ein wirkliches Herrschaftsgebilde aufgerichtet hat : der Staat. Auch der Existenzialismus bedarf einer ausdrücklichen Staatstheorie : er wird zur Grundlage der Lehre vom totalen Staate. Wir geben hier keine

---

[1]) E. Rothacker, Geschichtsphilosophie, 1934, S. 96.
[2]) Heidegger, Die Selbstbehauptung der deutschen Universität, 1933, S. 13.

explizite Auseinandersetzung mit dieser Theorie und heben nur das für unseren Zusammenhang Entscheidende heraus.

Die politischen Beziehungen und Sachverhalte werden als existenzielle, seinsmässige in Anspruch genommen. Das wäre eine blosse Selbstverständlichkeit, wenn nichts anderes gemeint wäre, als dass der Mensch seinem Sein nach, φύσει, ein politisches Lebewesen ist. Es heisst aber mehr. Wir sahen, dass das Existenzielle als solches jeder über es hinausgehenden Rationalisierung und Normierung enthoben wird : es ist sich selbst absolute Norm und keiner rationalen Kritik und Rechtfertigung zugänglich. In diesem Sinne werden jetzt die politischen Sachverhalte und Beziehungen als die in prägnantester Bedeutung über das Dasein „entscheidenden“ Verhältnisse angesetzt. Und innerhalb der politischen Verhältnisse sind wieder alle Beziehungen auf den äussersten „Ernstfall“ hin orientiert : auf die Entscheidung über den „Ausnahmezustand“, über Krieg und Frieden. Der wahre Inhaber der politischen Macht definiert sich jenseits aller Legalität und Legitimität : „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“[1]) ; die Souveränität gründet in der faktischen Macht zu dieser Entscheidung (Dezisionismus). Die politische Beziehung schlechthin ist die „Freund-Feind-Beziehung“ ; ihr Ernstfall wiederum ist der Krieg, der bis zur physischen Vernichtung des Feindes geht. — Es gibt keine gesellschaftliche Beziehung, die nicht im Ernstfall in eine politische Beziehung umschlägt : hinter allen ökonomischen, sozialen, religiösen, kulturellen Verhältnissen steht die totale Politisierung. Es gibt keine Sphäre des privaten und öffentlichen Daseins, keine rechtliche und rationale Instanz, die sich dieser Politisierung widersetzen könnte. — An diesem Punkte vollzieht sich die Entfesselung vorwärtstreibender Kräfte, auf die wir bereits hingewiesen haben. Die totale Aktivierung und Politisierung entreisst breite Schichten ihrer hemmenden Neutralität und schafft auf einer an Länge und Dichte bisher nicht erreichten Front neue Formen des politischen Kampfes und neue Methoden der politischen Organisation. Die Trennung von Staat und Gesellschaft, die das liberalistische 19. Jahrhundert durchzuführen versucht hatte, wird aufgehoben : der Staat übernimmt die politische Integration der Gesellschaft. Und der Staat wird — auf dem Wege über die Existenzialisierung und Totalisierung des Politischen — auch der Träger der eigentlichen Möglichkeiten des Daseins selbst. Der Staat hat sich nicht dem Menschen, sondern

---

[1]) Carl Schmitt, Politische Theologie, 1922, S. 1. — Die Grundthesen der Theorie des totalen Staates werden nach Carl Schmitts „Begriff des Politischen“ referiert ; die überreichliche Nachfolgeliteratur bringt nur Abhub von Schmittschen Gedanken.

der Mensch hat sich dem Staat zu verantworten : er ist ihm in Gänze ausgeliefert. — Auf der Ebene, in der sich der politische Existenzialismus bewegt, kann es überhaupt kein Problem sein, ob der Staat in seiner „totalen" Gestalt solche Forderungen mit Recht stellt, ob die Herrschaftsordnung, die er mit allen Mitteln verteidigt, überhaupt noch die Möglichkeit für eine mehr als illusionäre Erfüllung des Daseins der meisten Menschen gewährleistet. Die Existenzialität der politischen Verhältnisse ist solchen „rationalistischen" Fragen entrückt ; schon die Fragestellung ist ein Verbrechen : „Alle diese Versuche, dem Staate das neu gewonnene Wirkungsrecht zu bestreiten, bedeuten eine Sabotage... Diese Art gesellschaftlichen Denkens mit aller Schonungslosigkeit auszurotten, ist vornehmste Pflicht des heutigen Staates"[1]).

Die Herrschaftsform dieses nicht mehr auf dem Pluralismus der gesellschaftlichen Interessen und ihrer Parteien gegründeten, aller formalrechtlichen Legalität und Legitimität enthobenen Staates ist das autoritäre Führertum und seine „Gefolgschaft". „Die politische und staatsrechtliche Prägung des nationalen Rechtsstaates ist im bewussten Gegensatz zu der des liberalen bürgerlichen Rechtsstaates die des autoritären Führerstaates. Der autoritäre Führerstaat sieht in der Staatsautorität das wesentlichste Merkmal des Staates[2]) ".

Das autoritäre Führertum schöpft seine politische Qualifikation wesentlich aus zwei Quellen, die untereinander wieder in Verbindung stehen : es ist einmal eine irrationale, „metaphysische" Macht, und es ist zweitens eine „nicht-gesellschaftliche" Macht. — Der Gedanke der „Rechtfertigung" beunruhigt noch immer die Theorie : „Eine autoritäre Regierung braucht eine über alles Persönliche hinausgehende Rechtfertigung". Eine materiale und rationale Rechtfertigung gibt es nicht, also : die „Rechtfertigung muss eine metaphysische sein... Die Unterscheidung von Führern und Geführten, als staatliches Ordnungsprinzip, ist nur metaphysisch vollziehbar"[3]). Der politisch-gesellschaftliche Sinn des Begriffs „metaphysisch" verrät sich : „eine Regierung, die nur darum regiert, weil sie einen Auftrag des Volkes hat, ist keine autoritäre Regierung. Autorität ist nur aus der Transzendenz möglich..."[4]). Das Wort „Transzendenz" darf hier einmal ernst genommen werden : der Grund der Autorität übersteigt alle gesellschaftliche Faktizität so, dass er auf sie zu seiner Ausweisung nicht angewiesen ist,

---

[1]) Forsthoff, Der totale Staat, a. a. O. S. 29.

[2]) Koellreutter, Vom Sinn und Wesen der nationalen Revolution, 1933, S. 30. — Vgl. Allgemeine Staatslehre, a. a. O. S. 58.

[3]) Forsthoff, a. a. O. S. 31.

[4]) a. a. O. S. 30.

und er übersteigt vor allem die faktische Situation und das Fassungsvermögen des „Volkes": „Autorität setzt einen Rang voraus, der darum gegenüber dem Volke gilt, weil das Volk ihn nicht verleiht, sondern anerkennt"[1]). Die Anerkennung begründet die Autorität: eine wahrhaft „existenzielle" Begründung!

Betrachten wir jetzt noch kurz das „dialektische" Schicksal der existenzialistischen Theorie im totalen Staat. Es ist eine „passive" Dialektik: sie geht über die Theorie hinweg, ohne dass diese sie aufnehmen und sich in ihr weitertreiben kann. Mit der Verwirklichung des total-autoritären Staates hebt der Existenzialismus sich selbst auf, oder vielmehr er wird aufgehoben. „Der totale Staat muss ein Staat der totalen Verantwortung sein. Er stellt die totale Inpflichtnahme jedes einzelnen für die Nation dar. Diese Inpflichtnahme hebt den privaten Charakter der Einzelexistenz auf"[2]). Der Existenzialismus war aber ursprünglich gegründet auf dem „privaten" Charakter der Einzelexistenz, auf ihrer unüberholbaren personalen „Jemeinigkeit". Der totale Staat übernimmt für die Einzelexistenz die totale Verantwortung; — der Existenzialismus hatte die unabnehmbare Selbstverantwortlichkeit der Existenz gefordert. Der totale Staat entscheidet in allen Dimensionen des Daseins über die Existenz; — der Existenzialismus hatte die nur vom je einzelnen Dasein selbst zu entwerfende „Entschlossenheit" als Grundkategorie der Existenz aufgestellt. Der totale Staat verlangt die totale Inpflichtnahme, ohne auch nur die Frage nach der Wahrheit solcher Verpflichtung zuzulassen; — der Existenzialismus hatte (hierin mit Kant einig) die autonome Selbstgebung der Pflicht als die eigene Würde des Menschen gefeiert. Der totale Staat hat die individuelle Freiheit als ein „Postulat menschheitlichen Denkens... überwunden"[3]); — der Existenzialismus hatte (wieder einig mit Kant) „das Wesen der menschlichen Freiheit" als Autonomie der Person an den Anfang des Philosophierens gestellt, die Freiheit zur Bedingung der Wahrheit gemacht[4]). Diese Freiheit war für ihn die „Selbst-

---

[1]) a. a. O. S. 30. — Forsthoffs Rechtfertigung der Autorität wird unterboten durch die geradezu zoologische Begründung, die Carl Schmitt in seiner neuesten Schrift dem Autoritätsbegriff gibt: „Auf der Artgleichheit beruht sowohl der fortwährende untrügliche Kontakt zwischen Führer und Gefolgschaft wie ihre gegenseitige Treue. Nur die Artgleichheit kann es verhindern, dass die Macht des Führers Tyrannei und Willkür wird..." (Staat, Bewegung, Volk, 1933, S. 42; Sperrung von uns).

[2]) Forsthoff, a. a. O. S. 42 (Sperrung von uns).

[3]) a. a. O. S. 41.

[4]) Der Vorwurf, dass hier der philosophische Existenzialismus gegen den politischen ausgespielt wird, ist dadurch widerlegt, dass (wie die letzten Veröffentlichungen Heideggers zeigen) der philosophische Existenzialismus sich selbst politisiert hat. Die anfängliche Gegensätzlichkeit ist dadurch aufgehoben.

ermächtigung" des Menschen zu seinem Dasein und zum Seienden als solchen; — jetzt wird umgekehrt der Mensch von der „autoritativ geführten Volksgemeinschaft zur Freiheit ermächtigt"[1]).

Noch scheint sich eine Ausflucht aus diesem hoffnungslosen Heteronomismus zu bieten. Man kann die Aufhebung der menschlichen Freiheit verdecken mit der Vorgabe, es sei nur der schlechte liberalistische Freiheitsbegriff, der aufgehoben werde, und den „wahren" Freiheitsbegriff etwa so definieren: „Das Wesen der Freiheit liegt gerade in der Bindung an Volk und Staat[2])". — Nun hat auch der überzeugteste Liberalist niemals geleugnet, dass Freiheit Bindung nicht ausschliesst, sondern vielmehr fordert. Und seitdem Aristoteles im letzten Buch der Nikomachischen Ethik die Frage nach der „Glückseligkeit" des Menschen untrennbar mit der Frage nach dem „besten Staate" verknüpft, „Politik" und „Ethik" (erstere als Erfüllung der letzteren) wesentlich ineinander fundiert hatte, wissen wir, dass Freiheit ein eminent „politischer" Begriff ist. Wirkliche Freiheit der Einzelexistenz (und zwar nicht bloss im liberalistischen Sinne) ist nur in einer bestimmt gestalteten Polis, in einer „vernunftgemäss" organisierten Gesellschaft möglich. In der bewussten Politisierung der Existenzbegriffe, in der Ent-Privatisierung und Ent-Innerlichung der liberalistisch-idealistischen Konzeption des Menschen liegt ein Fortschritt der totalitären Staatsauffassung, durch den sie über ihren eigenen Boden, über die von ihr statuierte Gesellschaftsordnung hinausgetrieben wird. Bleibt sie auf ihrem Boden, wirkt der Fortschritt als Rückschritt: die Ent-Privatisierung und Politisierung vernichtet die Einzelexistenz, statt sie in der „Allgemeinheit" wahrhaft aufzuheben. Dies wird am antiliberalistischen Freiheitsbegriff deutlich.

Die politische Identifizierung von Freiheit und Bindung ist nur dann mehr als eine Phrase, wenn das Gemeinwesen, an das der freie Mensch apriori gebunden wird, die Möglichkeit menschenwürdiger Erfüllung des Daseins gewährleistet bzw. in eine solche Möglichkeit gebracht werden kann. Die Identität von Freiheit und politischer Bindung (die als solche durchaus anzuerkennen ist) enthebt nicht, sondern zwingt erst recht zu der kritisch-rationalen Frage: wie sieht dieses Gemeinwesen aus, an das ich mich binden soll? Kann bei ihm das, was das Glück und die Würde des Menschen ausmacht, aufbewahrt sein? Die „natürlichen" Gebundenheiten des „Blutes" und des „Bodens" rechtfertigen allein noch niemals

---

[1]) „Volk im Werden", 1933, Heft 2, S. 13.

[2]) Koellreutter Der deutsche Führerstaat, a. a. O. S. 31. — Allgemeine Staatslehre, a. a. O. S. 101.

die totale Ueberantwortung des Einzelnen an die Gemeinschaft. Der Mensch ist mehr als Natur, mehr als Tier, „und das Denken einmal können wir nirgends unterlassen. Denn der Mensch ist denkend; dadurch unterscheidet er sich von dem Tier“[1]). Und ebensowenig kann bloss deswegen, weil der Mensch „seinsmässig“ ein politisches Wesen ist, weil die politischen Beziehungen „existenzielle“ Beziehungen sind, die totale Auslieferung des Einzelnen an den faktisch gerade vorhandenen Staat gefordert werden. Die politische Bindung der Freiheit ist, wenn anders sie das Wesen der menschlichen Freiheit nicht vernichten, sondern erfüllen soll, nur als die freie Praxis des Einzelnen selbst möglich: sie beginnt mit der „Kritik“ und endet mit der freien Selbstverwirklichung des Einzelnen in der vernunftgemäss organisierten Gesellschaft. Diese Organisation der Gesellschaft und diese Praxis sind die Todfeinde, die der politische Existenzialismus mit allen Mitteln bekämpft.

Der Existenzialismus bricht zusammen in dem Augenblick, da sich seine politische Theorie verwirklicht. Der total-autoritäre Staat, den er herbeigesehnt hat, straft alle seine Wahrheiten Lügen. Der Existenzialismus begleitet seinen Zusammenbruch mit einer in der Geistesgeschichte einzig dastehenden Selbsterniedrigung; er führt seine eigene Geschichte als Satyrspiel zu Ende. Er begann philosophisch als eine grosse Auseinandersetzung mit dem abendländischen Rationalismus und Idealismus, um dessen Gedankengut wieder in die geschichtliche Konkretion der Einzelexistenz hineinzuretten. Und er endet philosophisch mit der radikalen Verleugnung seines eigenen Ursprungs; der Kampf gegen die Vernunft treibt ihn den herrschenden Gewalten blind in die Arme. In ihrem Dienst und Schutz wird er nun zum Verräter an jener grossen Philosophie, die er einst als den Gipfel des abendländischen Denkens gefeiert hatte. Unüberbrückbar allerdings ist jetzt der Abgrund, der ihn von ihr trennt. Kant war davon überzeugt, dass es „unveräusserliche“ Menschenrechte gibt, die „der Mensch nicht aufgeben kann, selbst wenn er will“. „Das Recht der Menschen muss heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es auch noch so grosse Aufopferung kosten. Man kann hier nicht halbieren und das Mittelding eines pragmatisch-bedingten Rechts... aussinnen, sondern alle Politik muss ihre Knie vor dem erstern beugen...“[2]). Kant hatte den Menschen an die selbstgegebene Pflicht, an die freie Selbstbestimmung als einziges Grundgesetz gebunden; der Existenzialismus hebt dieses Grundgesetz auf und

[1]) Hegel, Vorlesungen zur Philosophie der Weltgeschichte, Ausgabe Lasson, S. 1.

[2]) Werke, ed. Cassirer VI, S. 468.

bindet den Menschen „an den Führer und die ihm unbedingt verschriebene Bewegung“[1]). — Hegel hatte noch geglaubt:

„Was im Leben wahr, gross und göttlich ist, ist es durch die Idee... Alles was das menschliche Leben zusammenhält, was Werth hat und gilt, ist geistiger Natur und dies Reich des Geistes existirt allein durch das Bewusstseyn von Wahrheit und Recht, durch das Erfassen der Ideen“[2]).

Heute weiss es der Existenzialismus besser:

„Nicht Lehrsätze und ‚Ideen' seien die Regeln Eures Seins. Der Führer selbst und allein ist die heutige und künftige deutsche Wirklichkeit und ihr Gesetz“[3]).

Die Frage nach dem „Standpunkt“ der Philosophie ist damals wie heute aufgeworfen worden. Kant: „Hier sehen wir nun die Philosophie in der Tat auf einen misslichen Standpunkt gestellet, der fest sein soll, unerachtet er weder im Himmel, noch auf der Erde an etwas gehängt oder woran gestützt wird. Hier soll sie ihre Lauterkeit beweisen als Selbsthalterin ihrer Gesetze, nicht als Herold derjenigen, welche ihr ein eingepflanzter Sinn, oder wer weiss welche vormundschaftliche Natur einflüstert...“[4]). — Heute wird der Philosophie just der entgegengesetzte Standpunkt zugewiesen: „was soll die Philosophie in dieser Stunde tun? Vielleicht bleibt ihr heute nur das Geschäft, aus ihrem tieferen Wissen um den Menschen den Anspruch derjenigen zu rechtfertigen, die nicht wissen, sondern handeln wollen“![5]) Diese Philosophie ist den Weg vom kritischen Idealismus zum „existenziellen“ Opportunismus mit unerbittlicher Konsequenz zu Ende gegangen.

Der Existenzialismus, der sich einst als Erbe des deutschen Idealismus verstand, hat die grösste geistige Erbschaft der deutschen Geschichte ausgeschlagen. Nicht mit Hegels Tode, sondern jetzt erst geschieht der Titanensturz der klassischen deutschen Philosophie[6]). Damals wurden ihre entscheidenden Errungenschaften in die wissenschaftliche Theorie der Gesellschaft, in die Kritik der politischen Oekonomie hinübergerettet. Heute liegt das Schicksal der Arbeiterbewegung, bei der das Erbe dieser Philosophie aufgehoben war, im Ungewissen.

---

[1]) Heidegger in der Freiburger Studentenzeitung vom 10. November 1933.

[2]) Hegels Anrede an seine Zuhörer bei Eröffnung seiner Vorlesungen in Berlin 1818 (Werke VI, 2. Aufl., 1843, S. XL).

[3]) Heidegger in der Freiburger Studentenzeitung vom 3. November 1933.

[4]) Kant a. a. O. IV, S. 284.

[5]) Der deutsche Student a. a. O. S. 14.

[6]) Carl Schmitt spricht eine tiefe (freilich ganz anders gemeinte) Erkenntnis aus, wenn er sagt: „An diesem Tage (dem 30. Januar 1933) ist demnach, so kann man sagen, „Hegel gestorben““ (Staat, Bewegung, Volk, S. 32).

La critique du libéralisme dans la conception totalitaire de l'État.

L'auteur cherche, au moyen d'une analyse de la théorie totalitaire de l'État et de la société, à décrire les fonctions idéologiques de cette conception. Après avoir esquissé les différentes sources de cette théorie et le développement économique qui a précédé l'état autoritaire total qu'elle préconise, il expose ses principaux éléments : l'universalisme, l'organicisme, le „réalisme héroïque" et l'existencialisme politique (Carl Schmitt). Cette théorie combat le libéralisme comme son grand adversaire. On voit toutefois nettement que son anti-libéralisme cache sa position effective dans la situation actuelle : les bases économiques du libéralisme subsistent comme telles et ne sont qu'adaptées aux nécessités nouvelles de la société monopolo-capitaliste ; l'état autoritaire total organise la société sans modifier sa base d'une manière décisive ; il n'est qu'une auto-transformation de l'état libéral. La théorie de l'état autoritaire total n'est toutefois pas uniquement le résultat d'une manœuvre idéologique. Par l'état autoritaire et par les pensées qu'il suscite dans un but propagandiste, se développent des forces qui dépassent ses propres formes politiques et tendent vers un autre état de choses.

The Struggle against Liberalism in the Totalitarian Theory of the State.

The author attempts by means of an interpretation of the historical and social theory of the totalitarian state to demonstrate its social functions. After sketching the various sources of the new world-outlook and of the economic developments preceding the totalitarian state, the author presents the main points of his analysis : popular universalism, irrational organicism, „heroic realism" and political existencialism (Carl Schmitt). Liberalism is the great antagonist of this political and social theory. It is clear, however, that the anti-liberalism of the latter conceals the actual attitude in the present situation ; the economic foundations of liberalism remain as they were and are merely adapted to the changed needs of the monopolistic capitalistic society. The totalitarian state organizes society without any real change in its basis ; it is only a self-transformation of the liberalistic state. The totalitarian state is however not merely an ideological adaptation. The dialectics of an historical process emerge within it, and unchain forces which point to something beyond the political forms by which the totalitarian state stabilises social conditions.

Die sozialpsychologische Bedeutung der Mutterrechtstheorie.

Von
Erich Fromm.

I

Das 1861 erschienene „Mutterrecht“ des Basler Professors Johann Jakob Bachofen teilt ein bemerkenswertes Schicksal mit zwei fast gleichzeitig veröffentlichten wissenschaftlichen Untersuchungen : Darwins „Entstehung der Arten“ und Marx’ „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ (beide 1859). Alle drei Untersuchungen behandelten wissenschaftliche Spezialfragen, erregten aber weit über den Kreis der engeren Fachleute hinaus die Affekte von Wissenschaftlern und Laien. Für Marx und Darwin ist dieser Tatbestand ohne weiteres durchsichtig. Komplizierter liegt der Fall bei Bachofen. Einmal deshalb, weil das Problem des Matriarchats weit weniger mit den für die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft vitalen Interessen zu tun zu haben scheint als Marxismus und Darwinismus ; zum anderen, weil die begeisterte Zustimmung zur matriarchalischen Theorie aus zwei weltanschaulich und politisch völlig entgegengesetzten Lagern kam. Zuerst wurde Bachofen entdeckt und gefeiert von sozialistischer Seite, von Marx, Engels, Bebel u. a. ; dann, nach jahrzehntelangem fast völligem Totschweigen wurde er neu entdeckt und neu gefeiert von soziologisch und politisch entgegengesetzt eingestellten Philosophen wie Klages und Bäumler. Diesen Extremen stand in fast geschlossener Front der Ablehnung oder des Ignorierens die offizielle Wissenschaft gegenüber, bis hin zu Vertretern sozialistischer Anschauungen wie Heinrich Cunow. In den letzten Jahren hat das Problem des Mutterrechts eine dauernd wachsende Rolle in der wissenschaftlichen Diskussion gespielt. In einer Reihe mehr oder minder ausführlicher Publikationen wurde das Problem immer häufiger behandelt, teils zustimmend, teils ablehnend, fast stets aber mit einem sichtbaren emotionellen Anteil der Autoren.

Die folgenden Ausführungen wollen zu zeigen versuchen, warum das Problem des Matriarchats so starke Affekte auslöst oder, was dasselbe ist, welche vitalen gesellschaftlichen Interessen es berührt ; weiterhin, welches die Hintergründe einerseits der revolutionären

und andererseits der ihnen entgegengesetzten Sympathien für die Mutterrechtstheorie sind; endlich wollen sie andeuten, worin die Bedeutung des Problems für die Erforschung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Struktur und ihrer Wandlungen liegt.

Eine Gemeinsamkeit zwischen den Sympathien ist unschwer zu finden. Sie liegt in der Distanz zur bürgerlich-demokratischen Gesellschaft. Offenbar ist zumindest die Distanz notwendig, um überhaupt eine gesellschaftliche Struktur verstehen und aus den Zeugnissen von Mythen, Symbolen, Rechtsinstitutionen usw. entdecken zu können, falls diese Gesellschaft nicht nur in einzelnen Inhalten, sondern in ihren grundlegenden sozialpsychologischen Zügen radikal verschieden von der bürgerlichen Gesellschaft ist. Bachofen hat dies selbst sehr klar gesehen. In der Vorrede zum „Mutterrecht"[1]) sagt er:

„Die Erreichung eines solchen Resultats (gemeint ist das Verständnis der mutterrechtlichen Erscheinungen. E. F.) hängt hauptsächlich von einer Vorbedingung ab. Sie verlangt die Fähigkeit des Forschers, den Ideen seiner Zeit, den Anschauungen, mit welchen diese seinen Geist erfüllen, gänzlich zu entsagen und sich in den Mittelpunkt einer durchaus verschiedenen Gedankenwelt zu versetzen... Wer die Anschauungen späterer Geschlechter zu seinem Ausgangspunkt wählt, wird durch sie vom Verständnis früherer immer mehr abgelenkt."

Die von Bachofen genannte Vorbedingung ist bei denjenigen gegeben, die diese Zeit verneinen, sei es, dass sie die Vergangenheit als ein verlorenes Paradies verherrlichen, sei es, dass sie an eine bessere Zukunft glauben. Aber in dieser Distanz zur Gegenwart dürfte wohl auch die einzige Gemeinsamkeit beider so verschiedener Anhänger der Matriarchatstheorie liegen. Die schroffe Gegensätzlichkeit dieser Gruppen in allen anderen wesentlichen Anschauungen weist darauf hin, dass in der Mutterrechtstheorie selbst wie in dem Gegenstand, den sie behandelt, ganz heterogene Elemente vorhanden sein müssen, von denen die eine Gruppe die einen, die andere davon verschiedene als entscheidend empfindet und zur Basis ihrer Vorliebe für die Matriarchatstheorie macht. Sicherlich liegt aber das Problem nicht so einfach, wie Bäumler es in seiner Abhandlung „Bachofen als Mythologe der Romantik"[2]) sieht:

„Wenn aber der Sozialismus Bachofen zusammen mit Morgan unter die Begründer seiner Geschichtsphilosophie zählt, die die Entwicklung der Menschheit mit kommunistischen Zuständen beginnen lässt, so kann man

---

[1]) S. 16. — Bachofen wird zitiert nach der von Manfred Schroeter herausgegebenen Bachofen-Ausgabe „Der Mythus von Orient und Okzident", München 1926.

[2]) In: „Der Mythus von Orient und Okzident", S. CCIV f.

sich keine schlimmere Verkennung des Geistes, in dem Bachofen seine Forschungen unternahm, denken als diese. ... Der völlig der Vergangenheit zugewandte Romantiker Bachofen und der leidenschaftliche Revolutionär und Fanatiker der Zukunft Marx sind die grössten Gegensätze des 19. Jahrhunderts. ... Es wäre zu begrüssen, wenn zukünftig der Name Bachofen in der Literatur des Sozialismus mit grösserer Vorsicht gebraucht würde."

Einige Kenntnis der Dialektik hätte Bäumler belehren können, dass Gegensätze oft mehr miteinander zu tun haben, als er ahnt, und dass zum Verständnis ihrer Verwandtschaft mehr verlangt wird als „Vorsicht".

II

Was begründet die besonderen Sympathien der romantisierenden, in ihren gesellschaftlichen Idealen rückläufig orientierten Schriftsteller für die Mutterrechtstheorie ?

Engels hat auf einen Gesichtspunkt hingewiesen[1]), den er zum Kern seiner Kritik an Bachofen macht, nämlich auf seine religiöse Grundhaltung. Dieser selbst drückt sich deutlich genug aus:

„Es gibt nur einen einzigen mächtigen Hebel aller Zivilisation, die Religion. Jede Hebung, jede Senkung des menschlichen Daseins entspringt aus einer Bewegung, die auf diesem höchsten Gebiete ihren Ursprung nimmt... Die kultischen Vorstellungen sind das Ursprüngliche, die bürgerlichen Lebensformen Folge und Ausdruck[2])."

Wenn diese Haltung auch gewiss nicht typisch für Bachofen allein ist[3]), so ist sie doch von grundlegender Bedeutung für seine Theorie, die eine enge Verbindung zwischen der Frau und dem religiösen Gefühl annimmt.

„Dass die gynäkokratische Kultur vorzugsweise dieses hieratische Gepräge tragen muss, dafür bürgt die innere Anlage der weiblichen Natur, jenes tiefe ahnungsreiche Gottesbewusstsein, das, mit dem Gefühl der Liebe sich verschmelzend, zumal der Frau eine in den wildesten Zeiten am mächtigsten wirkende religiöse Weihe leiht[4])."

Hier wird also die religiöse Begabung selbst als besondere „Anlage" der Frau angesehen und die Religion als ein für das Matriarchat spezifischer Zug aufgefasst. Allerdings sieht Bachofen

---

[1] Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, 23. Aufl., S. XII ff.

[2]) Vorrede zum „Mutterrecht", a. a. O., S. 20.

[3]) Die folgenden Ausführungen berücksichtigen nur den Kern der Mutterrechtstheorie und nicht ihre allgemeinen philosophischen Grundlagen.

[4]) Bachofen, Vorrede zum „Mutterrecht", a. a. O., S. 20.

in der Religion durchaus nicht nur eine Form des Bewusstseins und des Kultus. Es gehört vielmehr gerade zu seinen genialsten Leistungen, dass er eine bestimmte Struktur der menschlichen Psyche als einer bestimmten Religion zugeordnet ansieht, wenn er auch die Verhältnisse auf den Kopf stellt und die psychische Struktur aus der Religion hervorgehen lässt.

Die romantische Seite der Bachofenschen Theorie wird noch deutlicher in seiner rückwärts gewandten, das Glück in der Vergangenheit suchenden Einstellung. Sie drückt sich nicht nur darin aus, dass Bachofen seine Liebe und sein Interesse in hohem Masse der frühesten Vergangenheit der Menschheit zuwandte und diese idealisierte, sondern noch mehr darin, dass er als einen der wesentlichsten Züge der mutterrechtlichen Kultur ihre den Toten zugewandte Haltung preist. In seiner Darstellung des lykischen Mutterrechts sagt er, „dass die ganze Lebensrichtung eines Volkes wesentlich aus seinem Verhalten gegenüber der Gräberwelt sich erkennen lässt. Die Ehre der Toten ist von der Hochachtung der Vorfahren, diese von der Liebe zu dem Herkommen und von einer vorzugsweise der Vergangenheit zugekehrten Geistesrichtung unzertrennlich[1])". In dem mütterlich-tellurischen Mysterienkult findet er die „nachdrückliche Hervorhebung der finsteren Todesseite des Naturlebens" verwurzelt, die für das matriarchalische Fühlen so charakteristisch ist. Auch Bäumler drückt diesen Gegensatz zwischen der romantischen und revolutionären Haltung sehr deutlich aus :

„Der Mensch, der Mythen verstehen will, muss ein durchdringendes Gefühl von der Macht der Vergangenheit haben, so wie der Mensch, der eine Revolution und Revolutionäre verstehen will, stärkstes Bewusstsein des Zukünftigen haben muss[2])." — „Man muss sich, um die Eigenart dieser Auffassung zu verstehen, immer vor Augen halten, dass es keineswegs die einzig mögliche Auffassung der Geschichte ist. Auch aus dem Zeitgefühl der Zukunft kann eine Geschichtsanschauung entwickelt werden : die männlich-aktive, die bewusst handelnde, die revolutionäre. Nach dieser steht der Mensch frei und unabhängig in der Gegenwart da und bringt die Zukunft selbsttätig aus sich wie aus dem Nichts hervor. Nach jener ist er in den „Kreis der Geburten", in die Überlieferung des Blutes und der Sitte eingereiht, Glied eines „Ganzen", das sich nach rückwärts in unbekannte Fernen verliert... Die Toten wollen dabei sein, wenn die Lebenden Beschlüsse fassen. Sie sind nicht ein für alle mal gestorben und von der Erde verschwunden : die Ahnen sind, und sie raten und taten fort in der Gemeinde der Enkel[3])."

---

[1]) a. a. O., S. 92.
[2]) a. a. O., S. CXII.
[3]) a. a. O., S. CXVIII.

Der entscheidende Zug der Bachofenschen Konzeption der matriarchalischen psychischen Struktur wie der dem Matriarchat zugeordneten chtonischen Religion ist die Stellung zur Natur, zum Stofflichen als Gegensatz zum Geistigen.

„Das Mutterrecht gehört dem Stoffe und einer Religionsstufe, die nur das Leibesleben kennt...[1])" — „In der Hervorhebung der Paternität liegt die Losmachung des Geistes von den Erscheinungen der Natur, in ihrer siegreichen Durchführung eine Erhebung des menschlichen Daseins über die Gesetze des stofflichen Lebens. Ist das Prinzip des Muttertums allen Sphären der tellurischen Schöpfung gemeinsam, so tritt der Mensch durch das Übergewicht, das er der zeugenden Potenz einräumt, aus jener Verbindung heraus und wird sich seines höheren Berufes bewusst. Über das körperliche Dasein erhebt sich das geistige, und der Zusammenhang mit den tieferen Kreisen der Schöpfung wird nun auf jenes beschränkt. Das Muttertum gehört der leiblichen Seite des Menschen, und nur für diese wird fortan sein Zusammenhang mit den übrigen Wesen festgehalten ; das väterlich — geistige Prinzip eignet ihm allein. In diesem durchbricht er die Bande des Tellurismus und erhebt seinen Blick zu den höheren Regionen des Kosmos[2])."

Zwei Züge sind es also, die das Verhältnis der matriarchalischen Gesellschaft zur Natur kennzeichnen : die passive Hingabe an die Natur und die ausschliessliche Anerkennung aller natürlichen, biologischen Werte im Gegensatz zu geistigen. So wie im Mittelpunkt dieser Kultur die Mutter steht, so auch die Natur, der gegenüber der Mensch immer das hilflose Kind bleibt[3]).

„Dort (in der mutterrechtlichen Kultur. E. F.) stoffliche Gebundenheit, hier (in der vaterrechtlichen Kultur. E. F.) geistige Entwicklung ; dort unbewusste Gesetzmässigkeit, hier Individualismus ; dort Hingabe an die Natur, hier Erhebung über dieselbe, Durchbrechung der alten Schranken des Daseins, das Streben und Leiden des prometheischen Lebens an der Stelle beharrender Ruhe, friedlichen Genusses und ewiger Unmündigkeit im alternden Leibe. Freie Gabe der Mutter ist die höhere Hoffnung des demetrischen Mysteriums, das in dem Schicksal des Samenkorns erkannt wird. Der Hellene dagegen will alles, auch das Höchste sich selbst erringen. Im Kampf wird er sich seiner Vaternatur bewusst, kämpfend erhebt er sich über das Muttertum, dem er früher ganz angehörte, kämpfend ringt er sich zu eigener Göttlichkeit empor. Für ihn liegt die Quelle der Unsterblichkeit nicht mehr im gebärenden Weibe, sondern in dem männlich-schaffenden

---

[1]) a. a. O., S. 74.
[2]) a. a. O., S. 48.
[3]) Der Romantik war dieser Gedankengang geläufig ; Görres etwa vergleicht die frühe Menschheit mit einem Kind im Mutterleib, dessen Plazenta noch nicht gelöst ist.

Prinzip, dieses bekleidet er nun mit der Göttlichkeit, die die frühere Welt enem allein zuerkannte[1])."

Der passiven Hingegebenheit an Mutter, Natur, Erde und ihrer zentralen Rolle entspricht das Wertsystem der mutterrechtlichen Kultur. Das Naturale, Biologische allein ist wertvoll, das Geistige, Kulturelle, Rationale wertlos. Bachofen hat diesen Gedanken am ausführlichsten und klarsten für die Rechtsvorstellung durchgeführt. Im Gegensatz zum bürgerlichen Naturrecht, in dem die „Natur" die Verabsolutierung der patriarchalischen Gesellschaft ist, wird sein Naturrecht durch das Vorherrschen der triebhaften, natürlichen, blutmässigen Wertungen charakterisiert. In ihm gibt es kein verstehendes vernünftiges Abwägen von Schuld und Sühne, in ihm herrscht das „natürliche" Prinzip der Talion, der Vergeltung von Gleichem mit Gleichem. Die ausschliessliche Bewertung der Blutsbande im „Naturrecht" des Matriarchats ist von Bachofen am eindrucksvollsten in seiner Deutung der Orestie des Aeschylos dargelegt worden. Klytemnaestra hat ihres Geliebten Aegysthos wegen ihren aus dem Kampf um Troja heimkehrenden Gatten Agamemnon erschlagen. Diesen Gattenmord rächt ihr und Agamemnons Sohn Orestes, indem er seine Mutter tötet. Die Erinnyen, die alten mütterlichen gestürzten Gottheiten verfolgen ihn für diese Tat, während Apollo und Athene, die aus dem Haupt des Zeus und nicht aus dem Mutterleib stammende, die neuen Gottheiten des siegreichen Vaterrechts, ihn verteidigen. Worum geht der prinzipielle Streit? Für das Mutterrecht gibt es nur ein Verbrechen : die Verletzung der Blutsbande. Warum verfolgen die Erinnyen nicht die treulose Gattenmörderin?

„Sie war dem Mann, den sie erschlug, nicht blutsverwandt". Die hinterlistige Verletzung der Treue geht die Erinnyen nichts an ; aber wo Blutsbande verletzt sind, kann kein vernünftiges Abwägen gerechter oder doch entschuldbarer Motive des Täters ihn vor der mitleidslosen Strenge des naturalen Talionsprinzips retten.

Die Gynäkokratie ist „die Weltzeit des Blutbandes und der Liebe, im Gegensatz zu der männlich-apollinischen der bewussten Tat[2])." Ihre Kategorien sind : „Tradition, Generation, lebendiger Zusammenhang durch Blut und Zeugung"[3]). Diese Kategorien erhalten bei Bachofen einen konkreten Sinn. Sie werden aus dem Bereich philosophischer Spekulation in den der Erforschung empirischer ethnologischer Dokumente gehoben und verleihen damit

---

[1]) Bachofen a. a. O., S. 49.
[2]) Bäumler, a. a. O, S. CCXXXIII.
[3]) Bäumler, a. a. O., S. CXIX.

auch jener neues Gewicht. An Stelle des vagen Begriffs der Natur und einer „natürlichen“ Lebensordnung tritt die konkrete Gestalt der Mutter und einer empirisch nachweisbaren matrizentrischen Rechtsordnung.

Bachofen teilt nicht nur die rückwärtsgewandte, naturergebene, naturale Werte bejahende Haltung, die weitgehend die der Romantik war, sondern er hat einen der fruchtbarsten Gedanken der Romantik zu einem Kerngedanken seines Werkes gemacht und ihn gleichzeitig weit über das hinaus entfaltet, was er in der romantischen Philosophie bedeutet hatte : den Unterschied zwischen Männlichem und Weiblichem als zweier Qualitäten, die sich sowohl in der ganzen organischen Natur als auch im Geistigen und Seelischen als grundlegende Unterschiede vorfinden. Die Romantik, und mit ihr einige Vertreter des deutschen Idealismus standen mit dieser Auffassung in striktem Gegensatz zu den Theorien, wie sie besonders im 17. und 18. Jahrhundert in Frankreich in den Vordergrund getreten waren. Der Kerngedanke dieser Theorien war der Satz : „Les âmes n'ont point de sexe.“ In einer Reihe von Schriften wurde das Verhältnis von Mann und Frau diskutiert, und immer wieder kam man zum Ergebnis, dass Männliches und Weibliches keine Qualitäten seien, die sich auch im Geistigen und Seelischen ausdrückten, sondern dass der Unterschied, der sich psychisch zwischen Männern und Frauen vorfände, einzig und allein auf die verschiedenartige Erziehung zurückzuführen sei. Diese bewirke ein Anderssein der Frau, wie sie auch bei gewissen anderen Gruppen der Gesellschaft (etwa Fürsten und Dienstboten, wie Helvetius sagt) den gleichen Effekt habe[1]).

Die Anschauung von der grundsätzlichen Gleichheit der Geschlechter[2]) war eng verknüpft mit einer politischen Forderung, die — mehr oder weniger deutlich und radikal vertreten — in jener Epoche der bürgerlichen Revolution eine wichtige Rolle spielte, der Emanzipation der Frau, ihrer geistigen, gesellschaftlichen und sogar politischen Gleichstellung. Es ist leicht zu sehen, in welchem Verhältnis hier Theorie und politische Forderung stehen. Die Theorie von der Gleichartigkeit der Frau war die Begründung für die Forderung ihrer politischen Gleichberechtigung. Gleichartigkeit der

---

[1]) Vgl. hierzu und zu den folgenden historischen Ausführungen vor allem die reiche Materialsammlung bei Paul Kluckhohn, Die Auffassung der Liebe im 18. Jahrhundert und in der Romantik. 2. Aufl. Halle 1931.

[2]) Eine Konsequenz dieser Auffassung dürfte es auch gewesen sein, wenn man in der Aufklärung die Frau vielfach für sexuell unempfindlich hielt. Diese Auffassung findet man auch heute bei solchen Personen, für welche die Frau in Wirklichkeit nur ein verstümmelter Mann ist. Auch Freuds Psychologie der Frau zeigt in diesem Punkt eine enge Beziehung zur Aufklärung.

Frau hiess aber ausgesprochener- oder unausgesprochenermassen, dass die Frau ihrem Wesen nach dem Manne der bürgerlichen Gesellschaft gleich sei, und Emanzipation bedeutete in erster Linie nicht Befreiung der Frau zur Entfaltung ihrer als solcher noch gar nicht bekannten spezifischen Anlagen und Möglichkeiten, sondern ihre Emanzipation zum bürgerlichen Mann. Die „menschliche" Emanzipation der Frau hiess in Wirklichkeit ihre bürgerlich-männliche Emanzipation.

Mit der politisch rückläufigen Bewegung (1793 werden in Paris die Frauenklubs geschlossen) ändert sich die Theorie über das Verhältnis der Geschlechter bezw. über das „Wesen" von Mann und Frau, Männlichem und Weiblichem. An Stelle der Theorie von der Geschlechtslosigkeit der Seele und der prinzipiellen Gleichartigkeit von Mann und Frau tritt die Auffassung von der grundlegenden „natürlichen" und unveränderbaren Verschiedenheit der Geschlechter[1]).

Bei den Spätromantikern wird der universelle Unterschied zwischen Männlichkeit und Weiblichkeit noch weiter ausgebaut und durch seine Anwendung auf historische, soziologische, linguistische, mythologische und physiologische Probleme bereichert. Zum Unterschied vom deutschen Idealismus und der Frühromantik scheint sich dabei aber tendenziell ein Bedeutungswandel mit dem, was unter Frau verstanden wird, zu vollziehen. Ist dort die Frau wesentlich Geliebte und die Vereinigung mit ihr das Eingehen in wahre „Menschlichkeit", so wird sie allmählich immer mehr Mutter und die Beziehung zu ihr eine Rückkehr zum „Natürlichen", eine neue Harmonie im Schosse der Natur[2]).

Wenn die Aufklärung den Geschlechtsunterschied im Seelischen leugnete und die Gleichheit der Geschlechter proklamierte, so verstand sie zwar unter dem Menschlichen das Bürgerlich-Männliche, aber diese Theorie war der Ausdruck ihres Strebens nach der gesellschaftlichen Befreiung und Gleichstellung der Frau. Die bürgerliche Konsolidierung bedurfte der Idee der Gleichheit der Geschlechter nicht mehr. In dieser Periode musste eine Theorie von der natürlichen Verschiedenartigkeit der Geschlechter entstehen und aus dieser Verschiedenartigkeit des Wesens auf eine Verschiedenheit der gesellschaftlichen Funktionen von Mann und Frau geschlossen

---

[1]) Diese Auffassung wird in neuerer Zeit mehr oder minder deutlich vertreten von Rousseau, Herder, W. v. Humboldt, Schiller, Fichte, Schlegel, Schleiermacher und Schelling. Vgl. Kluckhohn, a. a. O., passim.

[2]) Hierin liegt wohl ein wesentlicher Unterschied zwischen Früh- und Spätromantik und nicht nur, wie Bäumler meint (a. a. O., S. CLXXVIII), darin, dass erst diese die Frau als Mutter auffasst. — Vgl. bei Kluckhohn die Referate bes. über Görres, A. Müller und J. Grimm.

werden. Wenn dabei auch psychologisch ungleich tiefere und in vielem richtigere Auffassungen als die der „flachen" Aufklärung zutage gefördert wurden, so dienten diese Theorien, mögen sie noch so erhabene Worte über die Würde der Frau gefunden haben, doch dazu, die Frau in ihrer unselbständigen Position als Dienerin des Mannes zu erhalten. Es wird später noch zu zeigen sein, warum und in welcher Weise die Klassengesellschaft so eng mit der Herrschaft des Mannes in der Familie verknüpft ist. Aber soviel dürfte schon klar geworden sein, dass die Theorie von der universellen Bedeutung des Geschlechtsunterschiedes für die Vertreter einer männlich-hierarchischen Klassenherrschaft sehr anziehend sein muss und dass hierin einer der wichtigsten Gründe der Sympathien für Bachofen aus dem konservativen Lager liegen dürfte. Es soll allerdings schon hier betont werden, dass Bachofen, indem er das Prinzip der Geschlechterverschiedenheit am konsequentesten durchführt und auf frühe gesellschaftliche und kulturelle Erscheinungen anwendet, in denen er gerade die Überlegenheit und Autorität der Frau entdeckt, selbst schon bis zu einem hohen Grade den möglichen reaktionären Sinn jener Theorie überwindet.

Ein wesentlicher Zug der romantischen Auffassung besteht auch darin, dass der Geschlechtsunterschied durchaus nicht als etwas sozial Bedingtes, historisch Gewordenes, sondern als etwas biologisch Gegebenes und Ewiges erscheint. Um die Begründung der Natürlichkeit männlicher und weiblicher Qualitäten hat man sich verhältnismässig nicht viel Mühe gegeben. Entweder man nahm den Charakter der bürgerlichen Frau als Ausdruck ihres „Wesens", oder man leitete den Wesensunterschied zwischen männlichem und weiblichem Prinzip in so oberflächlicher Weise, wie Fichte es tat, von den „natürlichen" Verschiedenheiten des Verhaltens beim Geschlechtsakt ab. Indem die Spätromantiker den Begriff des Weibes auf den der Mutter reduzieren und gleichzeitig über vage Ableitungen hinaus zu empirischen Untersuchungen über die Rolle des mütterlich-weiblichen Prinzips in der geschichtlichen und biologischen Wirklichkeit zu kommen beginnen, geben sie den Begriffen eine ausserordentliche Vertiefung. Wenn auch Bachofen selbst teilweise in der Vorstellung der „Natürlichkeit" der Wesensunterschiede befangen bleibt, so kommt er doch andererseits schon zu Einsichten wie der, dass das weibliche Wesen sich aus der Lebenspraxis der Frau, ihrer durch die biologische Situation bedingten frühen Fürsorge für das hilflose Kind entwickelt, ein Gedanke, der dann, vielfach unterbaut, eine entscheidende Rolle in Briffaults Werk spielt[1]).

---

[1]) Vgl. Zeitschrift für Sozialforschung, Bd. II (1933), S. 355 ff. u. S. 382 ff.

Aus diesen, wie aus anderen zum Teil schon erwähnten Tatsachen geht hervor, dass Bachofen bei weitem nicht der eindeutige Romantiker war, zu dem ihn die Gruppe Klages-Bäumler machen will. Die matriarchalische Gesellschaft, die Bachofen in den höchsten Worten eine „segensreiche" nennt, enthält, worauf später ausführlich eingegangen wird, in seiner Darstellung Züge, die eine enge Verwandtschaft mit Idealen des Sozialismus haben : die Sorge für die materielle Wohlfahrt und das irdische Glück der Menschen wird als einer der zentralen Gedanken der mutterrechtlichen Gesellschaft hingestellt. Auch in anderen Punkten ist die Realität der mutterrechtlichen Gesellschaft, wie sie von Bachofen dargestellt wird, ebenso sozialistischen Zielsetzungen verwandt wie romantisch-reaktionären Wünschen entgegengesetzt. Er stellt sie als eine Gesellschaft dar, in der die Sexualität frei war von der christlichen Entwertung, als eine Gesellschaft urwüchsiger Demokratie, in der mütterliche Liebe und Mitleid die tragenden moralischen Prinzipien waren und die Verletzung des Mitmenschen die schwerste Sünde, eine Gesellschaft, in der noch kein Privateigentum existiert und zu deren Charakterisierung er, worauf Kelles-Krauz[1]) hinweist, in den „Antiquarischen Briefen" dem Athenaeus das schöne Märchen nacherzählt von dem üppigen Fruchtstrauch, der zu wachsen aufhörte, und von der wunderbaren Quelle, die nicht mehr floss, als die Menschen sie in Privateigentum verwandelten. Bachofen erweist sich auch häufig, wenn auch durchaus nicht durchgängig, als dialektischer Denker. So etwa, wenn er sagt : „Die demetrische Gynaikokratie fordert, um begreiflich zu sein, frühere, rohere Zustände, das Grundgesetz ihres Lebens ein entgegengesetztes, aus dessen Bekämpfung es hervorgegangen ist. So wird die Geschichtlichkeit des Mutterrechts eine Bürgschaft für die des Hetärismus"[2]). Die Geschichtsphilosophie Bachofens ist in mancher Weise der Hegels verwandt :

> „Der Fortschritt von der mütterlichen zu der väterlichen Auffassung des Menschen bildet den wichtigsten Wendepunkt in der Geschichte des Geschlechtsverhältnisses... In der Hervorhebung der Paternität liegt die Losmachung des Geistes von den Erscheinungen der Natur, in ihrer siegreichen Durchführung eine Erhebung des menschlichen Daseins über die Gesetze des stofflichen Lebens[3])."

Das höchste Ziel der menschlichen Bestimmung ist ihm „die Erhebung des irdischen Daseins zu der Reinheit des göttlichen

---

[1]) „Neue Zeit", Jahrg. 1901/02, Bd. 1, S. 522.
[2]) Vorrede a. a. O., S. 31.
[3]) a. a. O., S. 48/49.

Vaterprinzips"[1]). Die geschichtliche Verwirklichung des Sieges des väterlich-geistigen Prinzips über das mütterlich-stoffliche sieht er im Siege Roms über den Orient, speziell über Karthago und Jerusalem.

„Römisch ist jener Gedanke, durch welchen die europäische Menschheit sich bereitet, dem ganzen Erdball das eigene Gepräge aufzudrücken, der nämlich, dass kein stoffliches Gesetz, sondern nur allein das freie Walten des Geistes das Los der Völker bestimmt[2])."

Zwischen diesem Bachofen und dem Baseler Aristokraten, der sagt : „Die Demokratie führt immer durch die Macht der Umstände die Tyrannei herbei ; mein Ideal ist die Republik, die nicht von vielen, aber von den besten Bürgern regiert wird",[3]) und der ein Gegner der politischen Emanzipation der Frau ist, besteht ein schroffer Widerspruch. Der Widerspruch liegt in verschiedenen Ebenen : in der philosophischen ist es der Widerspruch zwischen dem gläubigen Protestanten und Idealisten und dem Romantiker wie der zwischen dem Dialektiker und dem naturalistischen Metaphysiker ; in der sozialen und politischen Ebene ist es der zwischen dem Antidemokraten und dem Verehrer einer kommunistisch-demokratischen Gesellschaftsstruktur ; in der moralischen ist es der zwischen dem Anhänger protestantisch-bürgerlicher Moral und dem Verteidiger einer Gesellschaft, in der an Stelle der Monogamie sexuelle Ungebundenheit herrscht.

Im Gegensatz zu Klages und Bäumler macht Bachofen kaum den Versuch, diese Widersprüche zu harmonisieren, und die Tatsache, dass er sie stehen liess, bildet die Grundlage dafür, dass er in so hohem Masse die Zustimmung jener Sozialisten fand, denen es nicht auf Reformen, sondern auf eine grundlegende Veränderung der sozialen und seelischen Struktur der Gesellschaft ankam.

Die Tatsache, dass Bachofen solche Widersprüche in sich trug und kaum versuchte, sie zu verdecken, dürfte zu einem wesentlichen Teil auf psychologischen und ökonomischen Bedingungen seiner individuellen Existenz beruhen. Zunächst auf der Tatsache seiner menschlichen und geistigen Weite ; ferner darauf, dass seine Liebe zum Matriarchat offenbar auf der intensiven Fixierung an seine Mutter beruhte, was in der Tatsache, dass er erst nach dem Tode seiner Mutter, mit 40 Jahren heiratet, einen deutlichen Ausdruck findet. Ferner ermöglichte ihm wohl sein ererbtes Vermögen von

---

[1]) a. a. O., S. 57.
[2]) a. a. O., S. 571.
[3]) Bachofens Lebensbeschreibung von Rusanow, zit. in : „Russkaja Mysel", 1889, zitiert bei Kelles-Krauz, a. a. O., S. 522.

10 Millionen jene Distanz von gewissen bürgerlichen Idealen, wie sie für Bachofen als Bewunderer des Mutterrechts notwendig ist. Andererseits war dieser Baseler Patrizier aber so eingewurzelt in seiner festen und unerschütterten patriarchalischen Tradition, dass er an seinen traditionellen protestantisch-bürgerlichen Idealen festhalten musste.

Es ist nur der eine Bachofen, dem die Liebe der Neuromantiker wie Schuler, Klages und Bäumler gilt. Sie kennen nur den Bachofen des Irrationalismus, der Hingegebenheit an die Natur, den Bejaher der ausschliesslichen Herrschaft naturalistischer Werte von Erd- und Blutverbundenheit und machen sich die Lösung des gerade in seinen Widersprüchen liegenden Problems Bachofen dadurch sehr leicht, dass sie ihn einseitig interpretieren.

Klages, dem der „Geist" als Zerstörer des „Lebens" erscheint, wird mit der Schwierigkeit fertig, indem er Bachofens naturalistische Metaphysik für den wesentlichen Kern seiner Gedanken, seinen protestantischen Idealismus für nebensächliches Beiwerk erklärt. Er bedient sich dabei der wertenden Terminologie des Gegensatzes von Kopf- und Herzgedanken. Bäumler, der gegen Klages' Bachofeninterpretation polemisiert, nimmt aber eine noch viel unangemessenere Verstümmelung vor. Während Klages wenigstens den antiprotestantischen und antiidealistischen Bachofen sieht, erklärt Bäumler aus seiner patrizentrischen Grundhaltung heraus gerade den wichtigsten Teil des Bachofenschen Werkes, seine historischen und psychologischen Feststellungen über die mutterrechtliche Gesellschaft, für nebensächlich und allein seine naturalistische Metaphysik für bedeutsam. Er sagt, es sei ganz gewiss eine „falsche Annahme", wenn Bachofen das Weib „den Mittelpunkt und das Bindeglied der ältesten staatlichen Vereinigung" nenne. „Die Seiten des Mutterrechts" gehörten „auch zu den systematischen, d. h. zu den schwächsten Partien des Werkes"[1]. Auch dass die Monogamie nicht schon am Anfang der Menschheitsgeschichte zu finden sei, erscheint ihm sehr zweifelhaft. Das Mutterrecht als gesellschaftliche Realität ist für ihn Nebensache:

„Die chtonische Religion bleibt auch dann noch von entscheidender Wichtigkeit für das Verständnis der alten und ältesten Geschichte, wenn sich herausstellt, dass es niemals ein indogermanisches Mutterrecht gegeben hat. Bachofens Deutung ist von den Ergebnissen ethnologischer und sprachwissenschaftlicher Untersuchungen in allem Wesentlichen unabhängig, denn die Fundamente dieser Deutung liegen nicht in Hypothesen soziologischer oder historischer Art. ... Die Grundlagen der Bachofenschen Geschichtsphilosophie liegen in seiner Metaphysik. Auf die Tiefe dieser

[1]) a. a. O., S. CCLXXX.

Metaphysik kommt es an; die kulturphilosophischen (lies: soziologischen und historischen. E. F.) Irrtümer sind leicht zu berichtigen — indessen ein irrtumfreies wissenschaftliches Werk über die Anfänge des Menschengeschlechts zwar nichts zu berichtigen, aber auch nichts zu erkennen geben wird[1])."

Bachofen sei mit der Theorie, die erste Erhebung des Menschengeschlechtes dem Weibe zuzuschreiben „zu weit gegangen". Dies sei eine „falsche Hypothese". Wichtig sei freilich gar nicht die Mutter als reale gesellschaftlich oder seelisch bedeutsame Erscheinung; auch wenn wir diese falschen Hypothesen fallen lassen, „so behalten wir das Wesentliche immer noch übrig: die religiöse Kategorie der Mutter, um die Bachofen das bewusste Denken der Menschheit überhaupt und besonders die Philosophie der Geschichte bereichert hat"[2]). Es nimmt nicht wunder, wenn Bäumler die Bejahung der Sexualität, einen von Bachofen als für das Matriarchat wesentlich hingestellten Zug, als typisch „orientalisch" verdammt und die Unbefangenheit Bachofens sexuellen Tatbeständen gegenüber mit Begriffen wie dem seiner persönlichen „Reinheit" begründet.

Die Art der Interpretation Bäumlers ist durchsichtig. Die wesentlichsten, nämlich die soziologischen und psychologischen Teile des Bachofenschen Werkes werden als falsch oder unerheblich bei Seite gelassen, allein seine naturalistische Metaphysik behandelt und gepriesen. Wenn man, wie Bäumler es tut, diese Metaphysik mit extrem patriarchalischen Idealen mischt, so kommt man zu einem Gesamtbild, welches selbst die Grenzen einer einseitigen Interpretation Bachofens unterschreitet.

III

Die Sozialisten sahen zwar auch den „Mystiker" Bachofen, aber sie wandten ihre Aufmerksamkeit und Sympathie dem Ethnologen und Psychologen und damit dem Teil des Werkes zu, das seine Grösse und Bedeutung in der Geschichte der Wissenschaft ausmacht.

Bachofens Mutterrecht dürfte seine Bekanntheit im 19. Jahrhundert niemand mehr verdanken als Friedrich Engels, der es im „Ursprung der Familie" im Zusammenhange mit dem Werke Morgans ausführlich erwähnt. Er sagt, dass die Geschichte der Familie erst von Bachofens Mutterrecht an datiere. Er zitiert die wichtigsten Thesen Bachofens, kritisiert zwar den idealistischen

---

[1]) A. a. O., S. CCLXXX f.
[2]) A. a. O., S. CCLXXXI.

Standpunkt des Verfassers, der die gesellschaftlichen Verhältnisse aus der Religion ableite, fährt aber dann fort:

„Aber alles das schmälert nicht sein bahnbrechendes Verdienst; er, zuerst, hat die Phrase von einem unbekannten Urzustand mit regellosem Geschlechtsverkehr ersetzt durch den Nachweis, dass die altklassische Literatur uns Spuren in Menge aufzeigt, wonach vor der Einzelehe in der Tat bei Griechen und Asiaten ein Zustand existiert hat, worin nicht nur ein Mann mit mehreren Frauen, sondern eine Frau mit mehreren Männern geschlechtlich verkehrte, ohne gegen die Sitte zu verstossen; dass diese Sitte nicht verschwand, ohne Spuren zu hinterlassen in einer beschränkten Preisgebung, wodurch die Frauen das Recht auf Einzelehe erkaufen mussten; dass daher die Abstammung ursprünglich nur in weiblicher Linie von Mutter zu Mutter gerechnet werden konnte; dass diese Alleingültigkeit der weiblichen Linie sich noch lange in der Zeit der Einzelehe mit gesicherter oder doch anerkannter Vaterschaft erhalten hat; und dass diese ursprüngliche Stellung der Mütter, als der einzigen sichern Eltern der Kinder, ihnen und damit den Frauen, eine höhere gesellschaftliche Stellung sicherte, als sie sie seitdem wieder besessen haben. Diese Sätze hat Bachofen zwar nicht in dieser Klarheit ausgesprochen, das verhinderte seine mystische Anschauung. (Engels nennt ihn an einer anderen Stelle einen „genialen Mystiker".) Aber er hat sie bewiesen, und das bedeutete 1861 eine vollständige Revolution[1])."

Morgan, der amerikanische Ethnologe, führt 16 Jahre später den Nachweis für das Vorhandensein einer matriarchalischen Gesellschaftsstruktur an einem anderen Material und mit ganz anderen Methoden als Bachofen, und sein Werk „Ancient society" wurde von Marx und Engels gründlich studiert und lag der Engelsschen Arbeit über die Familie zugrunde. Engels sagt über die von Morgan endeckte mutterrechtliche Gens, dass sie „für die Urgeschichte dieselbe Bedeutung" habe, „wie Darwins Entwicklungstheorie für die Biologie und Marx' Mehrwerttheorie für die politische Oekonomie[2])", sicherlich das höchste Lob, das Engels spenden konnte. „Die mutterrechtliche Gens ist der Angelpunkt geworden", sagt er, „um den sich die ganze Wissenschaft dreht; seit ihrer Entdeckung weiss man, in welcher Richtung und wonach man zu forschen und wie man das Erforschte zu gruppieren hat"[3]).

Der grosse Eindruck, den die Entdeckung des Mutterrechts machte, beschränkte sich keineswegs auf Engels. Marx hatte ausführliche kritische Anmerkungen hinterlassen, die Engels in seiner Geschichte der Familie mit verwendete. Bebel stellte sich

---

[1]) A. a. O., S. XIV.
[2]) A. a. O., S. XXI.
[3]) A. a. O., S. XXII.

in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“, das mit über 50 Auflagen trotz seiner 516 Seiten zu den vielgelesensten Büchern der sozialistischen Literatur gehört, ganz auf den Boden der Matriarchatstheorie, Paul Lafargue spricht im Geiste Bachofens von der „erhabenen Rolle der Priesterin, der Hüterin des Geheimnisses (initiatrice), die die Frau in der primitiven Gemeinschaft hatte[1])“ und von der Wiedererlangung dieser Rolle durch die Frau in einer zukünftigen Gesellschaft. Während sozialistische Autoren wie Kelles — Krauz, der von Bachofen sagt, dass er „unter der Schicht der bürgerlichen Renaissance die kostbaren Elemente einer neuen gewaltig revolutionierenden Renaissance hervorgrub — der Renaissance des kommunistischen Geistes[2])“, die positive Bedeutung der Matriarchatstheorie würdigten, rückten andere sich auf Marx berufende Autoren wie Heinrich Cunow ebenso entschieden von Bachofen ab wie die Mehrzahl der übrigen Wissenschaftler. Es ist Robert Briffault, der, ohne es zu wissen, im Sinne des historischen Materialismus die Linie der Bachofen und Morgan fortsetzt und in seinen „Mothers“ 66 Jahre nach Bachofen die Frage des Mutterrechts neu zur Diskussion stellt[3]).

Was zunächst den Sozialisten ihre positive Einstellung zur Mutterrechtstheorie ermöglichte, war, worauf schon oben hingewiesen wurde, ähnlich wie bei den romantischen Schriftstellern ihre gefühls- und anschauungsmässige Distanz zur bürgerlichen Gesellschaft. Schon der Nachweis der Relativität der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, der Tatsache, dass die monogame Ehe durchaus keine ewige und keine „natürliche“ Institution war, ein Nachweis, den Bäumler für nicht geglückt oder für unerheblich hält, musste einer Theorie und Praxis, die auf die grundlegende Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ausging, ähnlich willkommen sein wie Darwins „Entstehung der Arten“.

Bachofen selbst drückt das Problem dieser von seinem eigenen politischen Standpunkt aus bedenklichen Seite seiner Theorie folgendermassen aus :

„Dem Adel der menschlichen Natur und ihrer höheren Bestimmung scheint die Ausschliesslichkeit der ehelichen Verbindung so innig verwandt und so unentbehrlich, dass sie von den meisten als Urzustand betrachtet, die Behauptung tieferer, ganz ungeregelter Geschlechtsverhältnisse als traurige Verirrungen nutzloser Spekulationen über die Anfänge des menschlichen Daseins ins Reich der Träume verwiesen wird. Wer möchte nicht

---

[1]) Zitiert bei Kelles-Krauz, a. a. O., S. 6.

[2]) A. a. O., S. 524.

[3]) Wir müssen aus Raumgründen darauf verzichten, auf die sonstige, besonders in den letzten Jahren anwachsende Literatur über das Mutterrecht einzugehen.

gern dieser Meinung sich anschliessen und unserem Geschlecht die schmerzliche Erinnerung einer so unwürdigen Kindheit ersparen ? Aber das Zeugnis der Geschichte verhindert es, den Einflüssen des Stolzes und der Eigenliebe Gehör zu geben und den äusserst langsamen Fortschritt der Menschheit zu ehelicher Gesittung in Zweifel zu ziehen. Mit erdrückendem Gewicht dringt die Phalanx völlig historischer Nachrichten auf uns ein und macht jeden Widerstand, jede Verteidigung unmöglich[1])."

Aber weit über die Tatsache hinaus, dass die Mutterrechtstheorie die Relativität der bürgerlichen Gesellschaftsstruktur aufzeigte, musste sie auch ihrem speziellen Inhalt nach die Sympathien der Marxisten gewinnen. Zunächst deshalb, weil die Entdeckung einer Periode, in der die Frau, statt Handelsobjekt und Sklavin des Mannes zu sein, Autorität und Zentrum der Gesellschaft war, eine wichtige Unterstützung im Kampf für politische und gesellschaftliche Emanzipation der Frau war. Der Kampf des 18. Jahrhunderts musste von denen wieder aufgenommen werden, die für eine klassenlose Gesellschaft kämpften. In Ergänzung dessen, was Bebel zu diesem schon von Fourier hervorgehobenen Problem in „Die Frau und der Sozialismus" ausführt, sei hier noch auf einen sozialpsychologischen Gesichtspunkt hingewiesen.

Die patriarchalische Gesellschaftsstruktur ist in ihren sozialpsychologischen Grundlagen eng mit dem Klassencharakter der bestehenden Gesellschaft verbunden. Diese beruht nicht zuletzt auf bestimmten seelischen, zum Teil in unbewussten Triebstrebungen fundierten Haltungen, die den äusseren Zwang des Herrschaftsapparates aufs wirksamste ergänzen. Die patriarchalische Familie ist eine der wichtigsten Produktionsstätten der für die Stabilität der Klassengesellschaft wirksamen seelischen Haltungen[2]). Es handelt sich hier, um nur das Wichtigste anzudeuten, um einen Gefühlskomplex, den man den „patrizentrischen" nennen könnte und für den charakteristisch ist : affektive Abhängigkeit von der väterlichen Autorität im Sinne einer Mischung von Angst, Liebe und Hass, Identifizierung mit der väterlichen Autorität gegenüber Schwächeren, strenges Überich, das Pflicht wichtiger sein lässt als Glück, und ein aus der Diskrepanz zwischen Forderungen des Überichs und der Realität stets neu produziertes Schuldgefühl, welches wiederum in Sinne der Gefügigkeit gegenüber der Autorität wirksam ist. Gerade im diesem sozialpsychologischen Tatbestand liegt ebensowohl der Grund dafür, warum die Familie fast durchgehend als Fundament oder zumindest als eine der wichtigsten Stützen der Gesellschaft betrachtet wird, wie eben andererseits dafür, warum

---

[1]) A. a. O., S. 30.
[2]) Vgl. Zeitschrift für Sozialforschung, Bd. I (1932), S. 35.

der theoretische Angriff auf die Familie, wie ihn die Matriarchatstheorie darstellt, die Sympathien sozialistischer Schriftsteller finden musste.

Besonders wichtig für unser Problem ist die Darstellung, die Bachofen wie Morgan in fast übereinstimmender Weise von den sozialen, psychischen, moralischen und politischen Verhältnissen des Matriarchats geben. Während Bachofen jene gesellschaftliche Stufe mit einer gewissen Wehmut als überwunden ansieht, sagt Morgan von einer kommenden höheren Stufe der Zivilisation: „Sie wird eine Wiederholung sein — aber in höherer Form — der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit der alten Gentes." Dieses Bild der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit der matriarchalischen Gesellschaft wird von Bachofen in seinen einzelnen Zügen ausführlich und plastisch gezeichnet.

Die die mutterrechtliche Gesellschaft beherrschenden Prinzipien sind nicht Angst und Unterwürfigkeit, sondern Liebe und Mitleid.

„Dasjenige Verhältnis, an welchem die Menschheit zuerst zur Gesittung emporwächst, das der Entwicklung jeder Tugend, der Ausbildung jeder edleren Seite des Daseins zum Ausgangpunkt dient, ist der Zauber des Muttertums, der inmitten eines gewalterfüllten Lebens als das göttliche Prinzip der Liebe, der Einigung, des Friedens wirksam wird. In der Pflege der Leibesfrucht lernt das Weib früher als der Mann seine liebende Sorge über die Grenzen des eigenen Ich auf andere Wesen erstrecken und alle Erfindungsgabe, die sein Geist besitzt, auf die Erhaltung und Verschönerung des fremden Daseins richten[1]). Von ihm geht jetzt jede Erhebung der Gesittung aus, von ihm jede Wohltat im Leben, jede Hingebung, jede Pflege und jede Totenklage[2])."

„Aber nicht nur inniger, auch allgemeinere und weitere Kreise umfassend ist die aus dem Muttertum stammende Liebe... wie in dem väterlichen Prinzip die Beschränkung, so liegt in dem mütterlichen das der Allgemeinheit; wie jenes die Einschränkung auf engere Kreise mit sich bringt, so kennt dieses keine Schranken, so wenig als das Naturleben. Aus dem gebärenden Muttertum stammt die allgemeine Brüderlichkeit aller Menschen, deren Bewusstsein und Anerkennung mit der Ausbildung der Paternität untergeht. Die auf das Vaterrecht gegründete Familie schliesst sich zu einem individuellen Organismus, die mutterrechtliche dagegen trägt jenen typisch allgemeinen Charakter, mit dem alle Entwicklung beginnt und der das stoffliche Leben vor dem höheren geistigen auszeichnet. Der Erdmutter Demeter sterbliches Bild, wird jedes Weibes Schoss den Geburten des Andern Geschwister schenken, das Heimatland nur Brüder und Schwestern kennen, und dies solange, bis mit der Ausbildung der Paternität die Einheit-

---

[1]) Man beachte, dass Bachofen hier die spezifische Qualität der mütterlichen Liebe nicht aus einer „Anlage" oder dem „Wesen" der Frau ableitet, sondern aus der Lebenspraxis, wenn auch einer biologisch bedingten.

[3]) Vorrede, a. a. O., S. 14 f.

lichkeit der Masse aufgelöst und das Ununterschiedene durch das Prinzip der Gliederung überwunden wird.

In den Mutterrechtsstaaten hat diese Seite des Mutterprinzips vielfältigen Ausdruck, ja rechtlich formulierte Anerkennung gefunden. Auf ihr ruht jenes Prinzip allgemeiner Freiheit und Gleichheit, das wir als einen Grundzug im Leben gynaikokratischer Völker öfter finden werden... auf ihr endlich das besondere Lob verwandtschaftlicher Gesinnung und einer Sympatheia, die keine Grenzen kennt, alle Glieder des Volkes gleichmässig umfasst. Abwesenheit innerer Zwietracht, Abneigung gegen Unfrieden, wird gynaikokratischen Staaten besonders nachgerühmt... besondere Strafbarkeit körperlicher Schädigung der Mitmenschen, ja der ganzen Tierwelt tritt nicht weniger charakteristisch hervor..., ein Zug milder Humanität, den man selbst in dem Gesichtsausdruck ägyptischer Bildwerke hervortreten sieht, durchdringt die Gesittung der gynaikokratischen Welt und leiht ihr ein Gepräge, in welchem alles, was die Muttergesinnung Segensreiches in sich trägt, wiederzuerkennen ist[1])."

Wichtig für die Rezeption Bachofens bei den Sozialisten ist noch ein weiterer Zug, den er als wesentlich für die mutterrechtliche Gesellschaft darstellt, die entscheidende Rolle der Fürsorge für das irdische, materielle Glück der Menschen :

„Ausgehend von dem gebärenden Muttertum steht die Gynaikokratie ganz unter dem Stoffe und den Erscheinungen des Naturlebens, denen sie die Gesetze ihres inneren und äusseren Daseins entnimmt, fühlt sie lebendiger als spätere Geschlechter die Unität alles Lebens, die Harmonie des Alls, welcher sie noch nicht entwachsen ist, empfindet sie tiefer den Schmerz des Todesloses und jene Hinfälligkeit des tellurischen Daseins, welcher das Weib, die Mutter zumal, ihre Klage widmet, sucht sie sehnsüchtiger nach höherem Troste, findet ihn in den Erscheinungen des Naturlebens und knüpft auch ihn wiederum an der Gebärenden Schoss, die empfangende, hegende, nährende Mutterliebe an... ganz materiell widmet sie ihre Sorge und Kraft der Verschönerung des materiellen Daseins[2])."

Wenn sich dieser naturalistische Materialismus theoretisch auch wesentlich vom dialektischen Materialismus unterscheidet, so enthält er doch einen sozialen Hedonismus, der seine Rezeption bei den Vertretern des historischen Materialismus verständlich macht. Eine für unser Problem instruktive Zusammenfassung der wichtig-

---

[1]) Vorrede, a. a. O., S. 14 ff. — Der hier in idealisierender Weise verwandte Begriff der Humanität ist missverständlich ; er kann angesichts der völligen Verschiedenheit der gesellschaftlichen Struktur nicht denselben Sinn haben wie der der Aufklärung. Hieraus erklärt sich auch der scheinbare Widerspruch, der zwischen dieser Schilderung und der Herrschaft des Talionsprinzips im Strafrecht (s. S. 8/9) vermutet werden könnte. Dass man, soweit es sich um Verbrechen und Strafe handelt, in naturalistischen Vergeltungsvorstellungen fühlte, schliesst nicht aus, dass ausserhalb der Rechtssphäre ein Geist der Lebensbejahung herrschte.

[2]) A. a. O.

sten Prinzipien der matriarchalischen Gesellschaft, in der Bachofen, über das bisher schon Dargestellte hinausgehend, besonders den politischen Charakter dieses Materialismus zum Ausdruck bringt, gibt er in seiner Analyse des Dionysoskultes :

„Durch seine Sinnlichkeit und die Bedeutung, welche er dem Gebote der geschlechtlichen Liebe leiht, der weiblichen Anlage innerlich verwandt, ist er zu dem Geschlechte der Frauen vorzugsweise in Beziehung getreten... Der dionysische Kult... hat alle Fesseln gelöst, alle Unterschiede aufgehoben, und dadurch, dass er den Geist der Völker vorzugsweise auf die Materie und die Verschönerung des leiblichen Daseins richtete, das Leben selbst wieder zu den Gesetzen des Stoffes zurückgeführt... an der Stelle reicher Gliederung macht sich das Gesetz der Demokratie, der ununterschiedenen Masse und jene Freiheit und Gleichheit geltend, welche das natürliche Leben vor dem civilgeordneten auszeichnet und das der leiblich-stofflichen Seite der menschlichen Natur angehört. Die Alten sind sich über diese Verbindung völlig klar, heben sie in den entschiedensten Aussprüchen hervor und zeigen uns in bezeichnenden historischen Angaben die fleischlische und politische Emanzipation als notwendige und stets verbundene Zwillingsbrüder. Die dionysische Religion ist zu gleicher Zeit die Apotheose des aphroditischen Genusses und die der allgemeinen Brüderlichkeit, daher den dienenden Ständen besonders lieb... Nicht um in den Armen eines Einzelnen zu verwelken, wird das Weib von der Natur mit allen Reizen, über welche sie gebietet, ausgestattet : das Gesetz des Stoffes verwirft alle Beschränkungen, hasst alle Fesseln und betrachtet jede Ausschliesslichkeit als Versündigung an ihrer Göttlichkeit[1]. “

Indem Bachofen hier ausdrücklich auf den klassenmässigen Hintergrund der matriarchalischen Struktur und auf den Zusammenhang zwischen sexueller und politischer Emanzipation hinweist, bedarf es von unserer Seite her kaum mehr eines Kommentares zu der sich hieraus ergebenden Stellungnahme der Sozialisten. Andererseits aber ist das Problem der Beziehung zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der in ihr herrschenden Sexualmoral zu wichtig und zu kompliziert, als dass nicht wenigstens einige andeutende Bemerkungen notwendig wären.

Auf der einen Seite wäre es gewiss falsch zu behaupten, dass Einschränkungen im Bereich des Sexuellen rein aus dem Wesen der Klassengesellschaft zu erklären sind und dass eine klassenlose Gesellschaft eine Wiederholung jener von Bachofen dargestellten regellosen und uneingeschränkten Geschlechtsbeziehungen notwendigerweise mit sich bringen müsste. Andererseits dürfte es feststehen, dass eine den sexuellen Genuss entwertende und einschränkende Moral eine wichtige Funktion für den Bestand der Klassengesell-

[1]) A. a. O., S. 39 ff.

schaft hat und dass der Angriff auf diese Moral, den Bachofens Theorie faktisch bedeutete, ein weiterer Grund für die Art seiner Rezeption bei den Sozialisten sein konnte. Zur Erläuterung, nicht zum Beweis dieser These seien die folgenden Gesichtspunkte erwähnt.

Die Sexualität bietet eine der elementarsten und stärksten Befriedigungs- und Glücksmöglichkeiten. Wäre sie in den Grenzen, wie sie aus der Notwendigkeit der produktiven Entfaltung der Persönlichkeit, nicht aber aus den Zwecken der Beherrschung der Massen bedingt sind, zugelassen, so würde die Erfüllung dieser einen wichtigen Glücksmöglichkeit notwendigerweise zu einer Verstärkung der Ansprüche auf Befriedigung und Glück in anderen Lebenssphären führen, Ansprüche, die, da ihre Sättigung materielle Mittel erforderte, zur Sprengung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung führen müssten. Hiermit eng verknüpft ist eine weitere gesellschaftliche Funktion der Einschränkung sexueller Befriedigung. Indem der Sexualgenuss als solcher zu etwas Sündhaftem erklärt wird, muss diese moralische Verfemung, da ja sexuelle Wünsche eine dauernd wirksame Strebung in jedem Menschen darstellen, zu einer ständig arbeitenden Produktionsstätte von — wenn auch häufig unbewussten bzw. auf andere Inhalte übertragenen — Schuldgefühlen führen. Diese aber sind von entscheidender gesellschaftlicher Bedeutung. Sie sind die Ursache, dass das Leiden als gerechte Strafe für eigene Schuld empfunden statt auf Mängel der gesellschaftlichen Organisation zurückgeführt wird. Sie bewirken endlich eine affektive Einschüchterung, die wiederum eine Einschränkung der intellektuellen und besonders der kritischen Fähigkeiten bedeutet, eine Einschränkung, die mit der gefühlsmässigen Bindung an die Repräsentanten der gesellschaftlichen Moral verknüpft ist. Es ist dabei nicht zu vergessen, dass es nicht entscheidend ist, ob die Sexualität tatsächlich mehr oder weniger unterdrückt ist oder nur mit dem Makel des Nicht-moralischen belastet wird, was schon durch die Tabuisierung der Sexualität den Kindern gegenüber erfolgt. In jedem Falle bleibt die entwertende Stellungnahme zur Sexualität eine ständige Produktionsstätte von Schuldgefühlen.

Endlich sei auch noch auf einen weiteren Gesichtspunkt hingewiesen. Die analytische personalpsychologische klinische Forschung konnte wenn auch erst in Ansätzen zeigen, dass die Zulassung bzw. Unterdrückung der Sexualbefriedigung von wichtigen Folgen für die Trieb- und Charakterstruktur ist[1]). Auf der einen

---

[1]) Vgl. diese Zeitschrift, Bd. I (1932), S. 253 ff.

Seite ist die Bildung des „genitalen Charakters“ durch den Wegfall von — dem Prinzip der optimalen Entfaltung der Persönlichkeit heteronomen — Sexualeinschränkungen bedingt; zu den unbestreitbaren Qualitäten des genitalen Charakters gehört eine seelische und intellektuelle Selbständigkeit, deren gesellschaftliche Relevanz nicht bewiesen zu werden braucht. Auf der anderen Seite führt die Unterdrückung der genitalen Sexualität zur Entstehung bzw. Verstärkung solcher Triebtendenzen, wie der analen, sadistischen und latent — homosexuellen, die für die Triebbasis der bestehenden Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind.

Es war die Absicht der bisherigen Ausführungen, die Tatsache zu erklären, warum die Mutterrechtstheorie mit soviel geistiger und seelischer Anteilnahme von zwei extrem verschiedenen politischen Richtungen rezipiert wurde. Wir versuchten zu zeigen, dass die Bedingung hierfür in den Widersprüchen bei Bachofen selbst liegt und dass die Neuromantiker ihre Sympathien — zum Teil unter Ausmerzung des anderen Bachofen — dem Metaphysiker, die Sozialisten — wenn auch bei klarer Kenntnis des „Mystikers“ Bachofen — dem Entdecker und Bewunderer demokratisch freiheitlicher Gesellschaftsstrukturen zuwandten. Darüber hinaus aber kann die Analyse der Rezeption Bachofens zeigen, welche Schwierigkeiten auch heute der unbefangenen wissenschaftlichen Bearbeitung des Mutterrechtsproblems gegenüberstehen. Wenn es auch gewiss nicht Aufgabe des Soziologen oder des Psychologen sein kann, in den Streit um die Mutterrechtstheorie in ihren Einzelheiten einzugreifen, so darf er doch wohl auf Grund seiner Einsicht in die gesellschaftliche Bedeutung dieser Theorie zu dem Verdacht kommen, dass, soweit die Mutterrechtstheorie weitgehende Ablehnung gefunden hat, dies zum Teil von affektiven und apologetischen Momenten bestimmt ist. Beim heutigen Stand der Ethnologie ist es gewiss leicht, eine Reihe von Einzelbehauptungen der Vertreter der Mutterrechtstheorie sachlich zu widerlegen. Wenn aber der Ethnologe aus ausserwissenschaftlichen Motiven gegen die Theorie voreingenommen ist, so erhält die sachliche Kritik anstelle einer positiven Funktion die negative, durch Einzeleinwände die Theorie zu „erschlagen“; eine solche „kritische“ Haltung dient oft erkenntnisfeindlichen Zwecken nicht weniger gut als dogmatische Ablehnung, ja oft besser, denn sie ist schwerer durchschaubar.

IV

Wie es auch mit den einzelnen Ergebnissen der Mutterrechtsforschung bestellt sein mag — dass es gesellschaftliche Strukturen gibt, die man als matrizentrisch bezeichnen kann, dürfte feststehen.

Es seien im folgenden über die eigentliche Absicht dieses Aufsatzes hinaus einige Andeutungen gemacht, warum die Beschäftigung mit den schon vorliegenden und gewiss noch mehr mit den zukünftigen Ergebnissen der Mutterrechtsforschung für das Verständnis der sozialen Struktur der Gegenwart und ihrer Wandlungen wichtig und fruchtbar ist.

Zu den gesellschaftlichen Produktivkräften gehören die libidinösen Strebungen der Menschen. Infolge der Plastizität und Veränderbarkeit dieser Strebungen passen sie sich weitgehend — wenn auch in gewissen Grenzen — der gegebenen ökonomischen und sozialen Situation ihrer Gruppe an. Die den Mitgliedern einer gesellschaftlichen Gruppe gemeinsame psychische Struktur stellt zugleich eine unentbehrliche Stütze bei der Erhaltung der gesellschaftlichen Stabilität dar. Diese Struktur wirkt allerdings im Sinne der Stabilität nur solange, als die Widersprüche zwischen der psychischen Struktur und den ökonomischen Bedingungen ein gewisses Mass nicht überschreiten. Ist dies der Fall, so wirken die psychischen Kräfte im Sinne der Auflösung und Veränderung der bestehenden Ordnung ; dabei ist allerdings nicht zu vergessen, dass sich die psychischen Strukturen verschiedener Klassen in dieser Hinsicht je nach ihrer Rolle im gesellschaftlichen Prozess völlig verschieden und auch entgegengesetzt verhalten[1]). Wenn auch der Einzelne durch seine individuelle Konstitution und seine individuellen Lebensschicksale, besonders die frühkindlichen, sich von den Mitgliedern der gleichen Gruppe psychisch unterscheidet, so ist doch ein grosser Sektor seiner psychischen Struktur ein Produkt der Anpassung an die Situation seiner Klasse und der Gesamtgesellschaft, in der er lebt. Die Kenntnis der Bedingtheit dieser für eine bestimmte Klasse und Gesellschaft typischen Struktur und damit der in einer bestimmten Gesellschaft wirksamen psychischen Produktivkräfte ist noch weniger weit fortgeschritten als die der ökonomischen und sozialen Struktur. Der Grund liegt zum Teil darin, dass der Forscher selbst durch die für seine gesellschaftliche Situation typische psychische Struktur geprägt ist und dass er nur den Geist begreift, dem er gleicht. Er wird leicht in den Fehler verfallen, seine eigene psychische Struktur wie die seiner Gesellschaft für eine natürliche oder „menschliche“ zu halten und zu übersehen, dass ganz andere Triebstrukturen als Produktivkraft unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen wirksam gewesen sind und noch wirksam werden können. Die Bedeutung des Studiums matrizentrischer Kulturen für die

[1]) Vgl. zu diesem Problem die oben zitierten Aufsätze im I. Jahrgang dieser Zeitschrift.

Sozialforschung liegt darin, dass in ihnen ganz andere psychische Strukturen sichtbar werden, als sie dem Beobachter unserer Gesellschaft geläufig sind und dass die Einsicht in solche anderen Möglichkeiten eine wichtige Bereicherung der Forschung darstellt. Dies gilt ganz besonders für das, was wir als „matrizentrischen“ Komplex im Gegensatz zum „patrizentrischen“ bezeichnen möchten. Diese Behauptung sei im folgenden andeutungsweise illustriert; dabei sollen nur Problemstellungen aufgezeigt, nicht Lösungen gegeben werden.

Unter patrizentrischem Komplex ist eine psychische Struktur verstanden, in der die Beziehung zum Vater bzw. seinen psychologischen Äquivalenten die zentrale Objektbeziehung darstellt. Freud hat in seiner Konzeption des (positiven) Ödipuskomplexes einen der entscheidenden Züge dieser Struktur entdeckt, wenngleich er ihn auch infolge des oben angedeuteten Mangels an Distanz zu „seiner“ Gesellschaft in seiner Allgemeingültigkeit überschätzt. Die sexuellen Impulse des Knaben, die sich auf die Mutter als das erste und wichtigste weibliche Liebesobjekt beziehen, lassen ihn den Vater als Rivalen empfinden, eine Konstellation, die erst dadurch ihre charakteristische Bedeutung erlangt, dass der Vater in der patriarchalischen Familie gleichzeitig auch die Funktion der das Leben des Kindes beherrschenden Autorität hat. Diese Doppelrolle des Vaters, abgesehen von der physiologischen Unmöglichkeit der Erfüllung der kindlichen Wünsche, bewirkt, wie Freud weiter gezeigt hat, dass der Wunsch, an die Stelle des Vaters zu treten, bis zu einem gewissen Grade zu einer Identifizierung mit dem Vater führt : der Vater wird als Träger moralischer Forderungen introjiziert, und diese Introjektion stellt eine mächtige Quelle der Gewissensbildung dar. Da dieser Prozess aber nur teilweise gelingt, führt die Rivalität mit dem Vater zur Ausbildung einer ambivalenten Gefühlshaltung, charakterisiert einerseits durch den Wunsch, von ihm geliebt zu werden, andererseits durch mehr oder weniger offene trotzige Auflehnung gegen ihn.

Der patrizentrische Komplex wird aber auch durch die psychischen Vorgänge, die sich im Vater selbst abspielen, formiert. Auch von seiner Seite besteht eine Eifersucht gegen den Sohn, die zum Teil in der Tatsache begründet ist, dass die Lebenslinie des Vaters im Verhältnis zu der des Sohnes eine relativ absteigende ist. Wichtiger ist eine andere, eine sozial bedingte Quelle der Eifersucht des Vaters, die auf die von sozialen Pflichten noch relativ freie Lebenssituation des Kindes. Es ist klar, dass diese Eifersucht umso grösser ist, je stärker der auf dem Vater lastende Druck ist.

Noch wichtiger für die Einstellung des Vaters zum Sohn und

für die Formation seiner psychischen Struktur dürfte ein anderer gesellschaftlich und ökonomisch bedingter Tatbestand sein. Der Sohn ist entweder — unter gewissen ökonomischen Verhältnissen — der Erbe des väterlichen Vermögens oder, wo nichts zu vererben ist, in desto höherem Masse der künftige Ernährer des Vaters für den Fall einer durch Alter oder Krankheit bedingten Erwerbsunfähigkeit. Er stellt eine Art Kapitalsanlage dar, und die für seine Aufzucht und Erziehung investierten Beträge spielen, ökonomisch gesehen, eine ähnliche Rolle, wie die Beiträge zu einer Alters- oder Invaliditätsversicherung. Hierzu kommt noch, dass der Sohn für das soziale Prestige des Vaters eine wichtige Rolle spielt, dass er es durch sozial anerkannte Leistungen erhöhen, wie auch durch Erfolglosigkeit bis zur Zerstörung schwächen kann. (Auch eine ökonomisch oder prestigemässig erfolgreiche Heirat des Sohnes spielt die gleiche Rolle für den Vater wie andere soziale Leistungen.) Diese soziale und ökonomische Funktion des Sohnes bewirkt, dass im Durchschnittsfall das Ziel der „Erziehung" durchaus nicht das Glück des Sohnes im Sinne der maximalen Entfaltung seiner Persönlichkeit ist, sondern die maximale Nützlichkeit für die ökonomischen und Prestigebedürfnisse des Vaters. Zwischen Glück und Nützlichkeit des Sohnes besteht so zwar häufig ein objektiver Widerstreit, der aber dem Vater gewöhnlich nicht bewusst wird, da die gesellschaftliche Ideologie beide Ziele für ihn identisch sein lässt. Der Tatbestand wird noch dadurch kompliziert, dass sich der Vater häufig mit seinem Sohne identifiziert und von ihm nicht nur das sozial Nützliche, sondern gleichzeitig auch die Erfüllung seiner eigenen unbefriedigt gebliebenen Wünsche und Phantasien erwartet. Diese sozialen Funktionen des Sohnes sind entscheidend für die Liebeseinstellung des Vaters. Er liebt den Sohn unter der Bedingung, dass dieser die an ihn geknüpften Erwartungen befriedigt. Ist dies nicht der Fall, kann die Liebe bis zum Umschlagen in Hass und Verachtung geschwächt werden[1]).

Die Bedingtheit der väterlichen Liebe führt typischerweise zu zwei Konsequenzen: zunächst zum Verlust jener seelischen Sicherheit, wie sie durch die Gewissheit eines unbedingten Geliebtwerdens geschaffen wird; weiterhin zur Verstärkung der Gewissensinstanz bzw. zu einer Haltung, in der Pflichterfüllung zum Zentrum des Lebens wird, weil nur diese wenigstens ein Minimum von Liebes-

---

[1]) Auf dieser Konstellation beruht es auch, dass für die patrizentrische Struktur ein Lieblingssohn charakteristisch ist, d. h. derjenige Sohn, der die Erwartungen des Vaters am meisten befriedigt. Die Vorstellung des Lieblingssohns findet sich bei vielen patrizentrisch strukturierten Völkern und Religionen und spielt dort eine grosse Rolle.

sicherheit garantieren kann. Allerdings wird auch die maximale Erfüllung der Gewissensforderung nicht die Produktion von Schuldgefühlen verhindern, da diese Erfüllung immer hinter den idealen Forderungen zurückbleibt.

Demgegenüber trägt die Liebe der Mutter zum Knaben typischerweise[1]) einen ganz anderen Charakter, vor allem darum, weil in den ersten Lebensjahren diese Liebe eine unbedingte ist. Die Fürsorge der Mutter für das hilflose Kind ist nicht abhängig von irgend welchen moralischen oder sozialen Verpflichtungen, die das Kind zu übernehmen hätte, noch nicht einmal von der Verpflichtung der Gegenliebe. Diese Unbedingtheit der mütterlichen Liebe ist in der Lebenspraxis begründet, wie sie sich aus der biologischen Sitution ergibt. Sie mag verstärkt werden durch Züge, die aus dem gleichen Grunde anlagemässig in der Frau vorhanden sind. Auf der anderen Seite wird sie in viel geringerem Masse durch die soziale Situation gestört, da die Mutter nicht die ökonomische Funktion hat, Mehrer und Bewahrer von Vermögen und Prestige zu sein. Die Gewissheit einer von keinen Bedingungen abhängigen Liebe der Mutter (oder ihrer psychologischen Äquivalente) hat zur Folge, dass die Erfüllung von moralischen Forderungen eine geringere Rolle spielt, da sie ja nicht erst die Befriedigung des Bedürfnisses nach Liebe ermöglicht.

Diese Züge weichen allerdings erheblich von dem konventionellen Bild der Mutter in der gegenwärtigen patrizentrischen Gesellschaft ab. Diese kennt im wesentlichen nur Mut und Heldentum des Mannes (bei dem diese Eigenschaften in Wirklichkeit in hohem Masse mit dem Narzismus verknüpft sind), während die Gestalt der Mutter im Sinn des Sentimental-Schwächlichen umgedeutet wird. An Stelle der mütterlichen Liebe, die an sich nicht nur dem eigenen Kinde, ja nicht einmal nur dem Kinde, sondern dem Menschen überhaupt gilt, tritt im Bild der Mutter das spezifisch bürgerliche Eigentumsgefühl hervor. Diese Veränderung der Figur der Mutter ist ein Ausdruck für die gesellschaftlich bedingte Störung der Mutter-Kind Beziehungen von Seiten sowohl der Mutter wie des Kindes. Eine weitere Folge dieser Störung — zugleich auch Ausdruck des Ödipuskomplexes — ist eine Einstellung, in der an Stelle des Wunsches nach der Liebe der Mutter der Wunsch tritt, Beschützer der Mutter zu sein, die „hochgehalten" und „über alles" gestellt wird. Nicht mehr die Mutter hat die Funk-

---

[1]) Wenn hier von väterlicher oder mütterlicher Liebe gesprochen wird, so sind diese Begriffe im Sinne eines „Idealtypus" gebraucht. Es versteht sich, dass die Liebe eines bestimmten Vaters oder einer bestimmten Mutter häufig aus den verschiedensten Gründen nicht diesem Idealtypus entspricht.

tion des Schützens, sondern sie muss beschützt und „rein" erhalten werden. Diese Reaktionsbildung auf die Zerstörung der ursprünglichen Beziehung zur Mutter erstreckt sich auch auf die sie repräsentierenden Symbole wie Land, Volk, Erde u. s. w. und spielt in den extrem patrizentrischen Ideologien der Gegenwart eine wichtige Rolle. Die Mutter und ihre psychologischen Äquivalente sind in diesen nicht verschwunden, aber sie haben ihre Funktion gewechselt : aus der Schützenden ist sie zur Schutzbedürftigen geworden. Dem entspricht auch die Stellung der Frau in diesen Systemen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der patrizentrische Typ durch einen Komplex charakterisiert ist, in dem strenges Überich, Schuldgefühle, gefügige Liebe gegenüber der väterlichen Autorität, Herrschlust gegenüber Schwächeren, Akzeptieren von Leiden als Strafe für eigene Schuld und gestörte Glücksfähigkeit dominierend sind. Der matrizentrische Komplex hingegen ist durch ein Gefühl optimistischen Vertrauens in eine unbedingte mütterliche Liebe, geringeres Schuldgefühl, geringere Stärke des Überichs und stärkere Glücks- und Genussfähigkeit gekennzeichnet — bei gleichzeitiger Idealbildung im Sinne der Entwicklung der mütterlichen Qualitäten des Mitleids und der Liebe zu Schwachen und Hilfsbedürftigen[1]).

---

[1]) Der patrizentrische Typ ist verwandt mit dem „analen Charakter" und dem „Zwangscharakter" der analytischen Terminologie, während der matrizentrische Typ dem oralen Charakter verwandt ist. Er ist jedoch ganz verschieden vom oral-sadistischen Charaktertyp, den man als parasitären bezeichnen könnte und für den die Tatsache charakteristisch ist, dass er nur nehmen und haben, nie aber geben will. Dieser reagiert auf ein Versagen seiner Wünsche mit Wut, nicht wie der matrizentrische mit Trauer. Trotz dieser Verwandtschaft besteht jedoch ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Typenbildung im Sinne der praegenitalen Charakterstrukturen und der hier vorgeschlagenen. Jene bedeuten gleichzeitig eine praegenitale Fixierung im oralen oder analen Sinn und stehen in einem prinzipiellen Gegensatz zum reifen, „genitalen Charakter". Der durch die dominierende Objektbeziehung charakterisierte Typ dagegen steht nicht im Gegensatz zum genitalen Charakter. Der matrizentrische Typ *kann* ein oraler, d. h. praegenital fixierter Charakter sein ; dann ist er mehr oder weniger passiv, unselbständig und hilfsbedürftig. Er kann aber auch ein „genitaler" Charakter sein, d. h. mit andern Worten psychisch erwachsen, aktiv, ungehemmt und unneurotisch. Die hier gewählte Typenbildung lässt diesen Unterschied der Reife unberücksichtigt und betrifft nur die inhaltliche Färbung der Charakterstruktur. Eine ausführlichere Darlegung hätte sich natürlich gerade mit den Unterschieden zwischen dem genitalen und praegenitalen Charakter innerhalb der patrizentrischen bezw. matrizentrischen Struktur zu befassen. Eine eingehende Auseinandersetzung mit den analytischen Kategorien kann an dieser Stelle nicht erfolgen (vgl. dazu W. Reich, Charakteranalyse, Wien 1933) ; wir glauben aber, dass eine Typenbildung, die weder von der „erogenen Zone", noch von der klinischen Symptomatologie ausgeht, sondern von der Art der Objektbeziehung, gerade für die Sozialforschung fruchtbare Möglichkeiten eröffnet. Das Verhältnis dieser Typen zu denen der Schizothymen und Cyclothymen (Kretschmer), integrierten und desintegrierten (Jaensch) und introvertierten und extravertierten (Jung) kann an dieser Stelle nicht behandelt werden.

Während beide Typen in jeder Gesellschaft erscheinen dürften — bedingt vor allem durch die individuelle Familienkonstellation der Kindheit —, so scheint es doch, dass sie als durchschnittlicher Typ jeweils für verschiedene Gesellschaftsformationen charakteristisch sind. Der patrizentrische Typ dürfte in der bürgerlich — protestantischen Gesellschaft dominierend sein, während für das katholische Mittelalter wie auch für den europäischen Süden der matrizentrische Komplex eine relativ grosse Rolle spielen wird. Wir stossen hier auf ein Problem, das von Max Weber in fruchtbarer Weise behandelt worden ist, nämlich des Zusammenhangs zwischen dem bürgerlichen Kapitalismus und dem Protestantismus bzw. seinen Abkömmlingen, wie des Zusammenhangs zwischen dem Katholizismus und dem Wirtschaftsgeist der katholischen Länder. Bei allen Einwänden, die gegen einzelne Thesen Webers in der beträchtlichen Literatur zum Teil mit Recht erhoben worden sind, gehört doch die Feststellung dieses Zusammenhanges zum gesicherten Gut der Wissenschaft. Max Weber hat das Problem bewusstseinspsychologisch behandelt. Ein volles Verständnis des Zusammenhangs wird aber nur durch eine Analyse der Triebstruktur möglich sein, die sich als Basis des kapitalistisch — bürgerlichen Geistes ebenso wohl wie des protestantischen erweist. In diesem Zusammenhang sei nur darauf hingewiesen, welche Rolle der patrizentrische bzw. der matrizentrische Komplex in dieser Triebstruktur spielt.

Wenn auch der Katholizismus in seinem väterlich — männlichen Gott, wie in seiner männlichen Priesterhierarchie viele patrizentrische Züge aufweist, so ist doch andererseits die bedeutende Rolle des matrizentrischen Komplexes in ihm unverkennbar. Die gnadenreiche heilige Jungfrau und die Kirche selbst bedeuten psychologisch die grosse Mutter, die alle ihre Kinder in ihrem Schosse birgt, ja Gott selbst dürften, wenn auch unbewusst, gewisse mütterliche Züge zugeschrieben werden. Der einzelne „Sohn der Kirche“ kann der Liebe der mütterlichen Kirche sicher sein, solange er ihr Kind ist oder wenn er in ihren Schoss zurückkehrt. Diese Kindschaft wird sakramental bewirkt ; gewiss spielen moralische Forderungen eine grosse Rolle, aber durch einen komplizierten Mechanismus wird erreicht, dass sie zwar das gesellschaftlich notwendige Schwergewicht haben, dass aber der einzelne Gläubige unabhängig von der moralischen Sphäre eine Gewissheit des Geliebtwerdens haben kann. Schuldgefühle produziert der Katholizismus in nicht geringem Masse, doch liefert er gleichzeitig das Mittel, von diesen Schuldgefühlen frei zu werden ; der Preis, der dafür gezahlt werden muss, ist die affektive Bindung an die Kirche und ihre Diener.

Der Protestantismus hat die matrizentrischen Züge des Christen-

tums radikal ausgemerzt. Mütterliche Aequivalente wie die Gestalt der heiligen Jungfrau oder die Kirche oder alle mütterlichen Züge Gottes sind verschwunden. Im Mittelpunkt der Theologie Luthers[1]) steht der Zweifel oder auch die Verzweiflung darüber, dass der sündige Mensch doch eben keine Sicherheit des Geliebtwerdens haben könne, und für diesen Zweifel gibt es nur eine Heilung, den Glauben[2]). Diese Heilung erweist sich im Calvinismus und vielen anderen protestantischen Richtungen sogar als ungenügend und wird entscheidend durch die Rolle der Pflichterfüllung ergänzt, die „innerweltliche Askese", und durch die Notwendigkeit des „Erfolgs" im bürgerlichen Leben als einzigen Beweises der göttlichen Liebe und Gnade[3]).

Der Protestantismus ist gewiss in seiner Entstehung durch dieselben sozialen und ökonomischen Faktoren bedingt, welche die Entstehung des „Geistes" des Kapitalismus möglich gemacht haben. Er hat gleichzeitig, wie jede Religion, die Funktion, die für eine bestimmte Gesellschaft notwendige Triebstruktur immer

---

[1]) Luther persönlich ist psychologisch gesehen ein extrem patrizentrischer Typ. Sein Leben ist von der ambivalenten Einstellung gegen den Vater erfüllt; sie drückt sich darin aus, dass er immer gleichzeitig eine Vaterfigur findet, der seine Liebe, und eine andere, der sein Hass und seine Auflehnung gilt. Er steht dem Lebensgenuss und einer Kultur, in welcher der Genuss eine zentrale Rolle spielt, weitgehend verständnislos gegenüber und ist dafür selbst einer der grössten Hasser. Er ist dem zwangsneurotischen, homosexuellen Typ verwandt; damit ist freilich nicht gemeint, dass er zwangsneurotisch oder homosexuell im klinischen Sinn gewesen ist.

[2]) Die volle Bedeutung der „Rechtfertigung durch den Glauben" lässt sich ganz nur aus dem zwangsneurotischen Zweifel- und Denkmechanismus verstehen; an dieser Stelle müssen wir uns mit einem Hinweis begnügen.

[3]) Die jüdische Religion hat in Bezug auf unser Problem einen recht komplizierten Charakter. Sie trägt deutlich den Stempel einer Reaktion gegen die vorderorientalischen matrizentrischen Religionen, und ihr Gottesbegriff ist wie der des Protestantismus ein rein väterlich männlicher. Die Begriffe Pflicht, Lohn und Strafe bilden die Grundlagen ihrer Moral. Auf der anderen Seite aber ist die Gestalt der grossen Mutter nicht ausgemerzt worden, sondern hat sich in der Idee des heiligen Landes, das „von Milch und Honig" fliesst, erhalten. Der hier entscheidende Gedanke der jüdischen Religion lautet: Wir haben gesündigt, sind von Gott mit der Vertreibung aus dem Lande bestraft worden, werden aber wieder in das Land zurückkehren dürfen, wenn wir genug gelitten und Busse getan haben. Dieses Land, das in den prophetischen Schilderungen wie auch in der talmudischen Literatur alle Qualitäten des üppigen, fruchtbaren, nichts versagenden Bodens hat, übernahm die Rolle der grossen Mutter matriarchalischer Religionen. In der Konzeption des Messianismus, in dem Glauben an die einstige Rückkehr in das Heilige Land (eine Zeit, die in der talmudischen Literatur charakterisiert ist durch das gleichzeitige Scheinen der Sonne und des Mondes, also des männlichen und des weiblichen Gestirnes, durch die Schmerzlosigkeit des Gebärens und durch das Aufhören der Notwendigkeit der Arbeit) hat sich die Idee einer bedingungslos liebenden Mutter erhalten. Für die seelische Struktur der Juden dürfte gerade dieses Stück des matrizentrischen Komplexes von entscheidender Bedeutung sein. Man könnte -grob gesprochen- den Protestantismus auch als Judentum ohne Messianismus, d. h. eben als ein radikales patrizentrisches System bezeichnen. In einer religiösen Bewegung der ostjüdischen Massen des 17. und 18. Jahrhunderts, dem Chassidismus, haben die matrizentrischen Züge einen besonders deutlichen und starken Ausdruck gefunden.

wieder zu reproduzieren und zu verstärken. Der patrizentrische Komplex, jene Haltung, in der Pflichterfüllung und Erfolg zu den zentralen Motoren des Lebens gehören, während Glück und Lebensgenuss eine sekundäre Rolle spielen, stellt eine der mächtigsten Produktivkräfte dar, die für die ungeheuren wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen des Kapitalismus bedingend waren. Er hat es ermöglicht, dass die ausschliessliche Hingabe aller Energie für wirtschaftlich nützliche Arbeit, die bis dahin, wie bei den Sklaven, durch Mittel der physischen Gewalt erzwungen werden musste, „freiwillig" erfolgte, indem der äussere Zwang verinnerlicht wurde. Die Verinnerlichung des Zwangs fand am stärksten in der herrschenden Schicht der bürgerlichen Gesellschaft Platz, die der eigentliche Träger des spezifisch-bürgerlichen Arbeits- und Berufsethos war. Sie hatte aber, im Gegensatz zum äusseren Zwang, zur Folge, dass die Erfüllung der Gewissensforderung eine Befriedigung bot, die zur Verfestigung der patrizentrischen Struktur wesentlich beitrug[1]).

Die Befriedigung dieses Bedürfnisses war aber doch nur eine sehr beschränkte, da auch Pflichterfüllung und wirtschaftlicher Erfolg keinen genügenden Ersatz für die verloren gegangene Fähigkeit zum Lebensgenuss und für die innere Sicherheit des unbedingten Geliebtwerdens boten und da andererseits die durch den Kampf Aller gegen Alle bedingte Isoliertheit und Liebesunfähigkeit sich als schwerer seelischer Druck äussern mussten, der im Sinn der Zerstörung der patrizentrischen Struktur wirkt. Die entscheidenden Faktoren, die zur Auflösung der patrizentrischen Struktur führen, liegen in den ökonomischen Veränderungen begründet.

War die patrizentrische Struktur der psychische Motor für die wirtschaftlichen Leistungen der bürgerlich- protestantischen Gesellschaft gewesen, so trugen diese auch wiederum die Bedingungen in sich, die eine Zerstörung der patrizentrischen Struktur und eine Erneuerung matrizentrischer Züge bewirken. Das Anwachsen der Produktivkräfte lässt zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit einen Zustand als realisierbar erscheinen, der in aller bisherigen Geschichte nur Inhalt von Märchen und Mythen sein konnte : den Zustand, wo alle Menschen ausreichend und kontinuierlich mit den für ihr reales Lebensglück notwendigen Gütern versorgt werden und dies nur einen verhältnismässig kleinen Aufwand an Arbeit des Einzelnen erfordert, wo also die Entfaltung der menschlichen

---

[1]) Wenn hier von Arbeitsgesinnung und Arbeit die Rede ist, so ist die spezifisch bürgerliche Arbeitsgesinnung gemeint, also ein ganz bestimmtes, konkretes Phänomen. Die Arbeit hat noch ganz andere psychische Funktionen, die in unserem Zusammenhang nicht behandelt werden mussten : sie ist ein Ausdruck sozialer Verantwortlichkeit wie auch schöpferischen aktiven Verhaltens. Es gibt ein Arbeitsethos, in dem diese Seiten die dominierenden sind.

Anlagen, nicht die Beschaffung der als Bedingung der Kultur notwendigen wirtschaftlichen Güter den Hauptinhalt des menschlichen Energieaufwandes ausmachen. Wenn auch schon die fortgeschrittensten französischen Aufklärungsphilosophen der patrizentrischen Gefühls- und Denkstruktur entwachsen sind, so wird doch zum eigentlichen Träger neuer matrizentrischer Tendenzen jene Klasse, bei der die Antriebe zu einem ganz der Arbeit gewidmeten Leben im wesentlichen von einem ökonomischen und nur zum Teil von einem verinnerlichten Zwang ausgehen. In dieser Gefühlsstruktur lag auch eine der Bedingungen für die Wirkung des marxistischen Sozialismus bei der Arbeiterklasse, insoweit diese Wirkung auf der Eigenart ihrer Triebstruktur beruhte. Sein soziales Programm hat als seelische Basis[1]) überwiegend den matrizentrischen Komplex. Der rationale Gedanke, dass bei einer entsprechenden Organisation der Wirtschaft die Produktivkräfte es erlauben, jeden Menschen unabhängig von seiner Stellung im Produktionsprozess ausreichend mit den zu seinem Wohlbefinden notwendigen Gütern zu versehen und dies ausserdem mit viel weniger Arbeit, als bisher nötig war, der Gedanke ferner, dass jedes menschliche Wesen Anspruch auf Lebensglück hat und dass dieses Glück in der „harmonischen Entfaltung der Persönlichkeit" liegt, sie appellierten alle an die matrizentrischen Kräfte. Sie waren der rationale wissenschaftliche Ausdruck dessen, was unter anderen ökonomischen Bedingungen nur die phantastische Form annehmen konnte : die Mutter Erde gibt allen ihren Kindern das für sie Notwendige, unabhängig von deren Verdiensten. In diesem Zusammenhang zwischen den matrizentrischen Tendenzen und den sozialistischen Ideen liegt der eigentliche Grund, warum die matriarchalischen Gesellschaften jenen „materialistisch - demokratischen" Charakter haben, wie er von Bachofen bis Briffault beschrieben wird, und warum die sozialistischen Autoren der Mutterrechtstheorie mit so viel Wärme und Sympathie gegenüberstanden.

Die Weltwirtschaftskrise brachte eine neue Erschütterung der patrizentrischen Struktur mit sich. Die persönlich unverschuldete Arbeitslosigkeit vieler Millionen Menschen steht im Widerspruch zu einer Ideologie, die besagt, dass der Sinn und die Rechtfertigung des Lebens Arbeit sei. Das Dasein der Arbeitslosen verliert im Rahmen dieser Ideologie und der ihr zugrunde liegenden Triebstruktur jeden Sinn und jede Rechtfertigung. War im aufsteigenden

[1]) Es bedarf wohl kaum des besonderen Hinweises darauf, dass eine solche psychologische Fragestellung nur auf psychische Produktivkräfte sich bezieht, aber weder den Sozialismus als ein psychologisches Phänomen „erklären", noch gar an Stelle der rationalen Diskussion seiner Theorie psychologische Deutung setzen will.

Kapitalismus der patrizentrische Komplex durch die positiven Möglichkeiten der Wirtschaft und den Sozialismus bedroht, so bringt die Krise eine Gefährdung von der negativen Seite. Die zur Drosselung der Produktivkräfte führenden gesellschaftlichen Widersprüche wirken im Sinne einer rückläufigen psychischen Entwicklung, im Sinn der Verstärkung des patrizentrischen Komplexes, wie er bei den im Kampf gegen den Marxismus entstandenen Bewegungen sich vorfindet. An Stelle der Forderung nach einem allen Menschen zustehenden Lebensglück stellen ihre ideologischen Repräsentanten wieder die Pflicht in den Mittelpunkt des Wertsystems, wobei allerdings, durch die ökonomische Situation bedingt, diese Pflicht in erster Linie keinen wirtschaftlichen Inhalt mehr hat, sondern den des heroischen Handelns und des Leidens für die Gesamtheit. Das Prinzip einer streng hierarchischen Gliederung des Volkes und der Menschheit, begründet auf moralischen und biologischen Verdiensten, ist ein typischer Bestandteil dieser patrizentrischen Ideologien. Der patrizentrische Komplex bedeutet für diese Bewegungen eine ebenso wirksame psychische Produktivkraft wie der matrizentrische für den Sozialismus. Es sei aber daran erinnert, dass eine solche Produktivkraft zwar aus den Inhalten und den Mechanismen des seelischen Apparates zu verstehen ist, dass aber ihr Auftreten zu einer bestimmten Zeit und in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation von der ökonomischen und gesellschaftlichen Realität bedingt wird.

Wie schon oben gesagt, sollten diese Bemerkungen über die Rolle des patrizentrischen Komplexes für den Zusammenhang zwischen Religion und Gesellschaft und für bestimmte politische Bewegungen nicht mehr bieten als Problemstellungen und sollen zeigen, dass die Verwendung jener psychologischen Kategorien für das vollständige Verständnis der sozialen Struktur einer bestimmten Gesellschaft und ihrer Wandlungen fruchtbar ist.

La signification sociopsychologique de la théorie du droit maternel.

Cet article étudie surtout les raisons de l'accueil favorable réservé à la théorie du droit maternel de Bachofen par des milieux de tendances aussi divergentes que le socialisme et le néoromantisme. Il montre qu'il y a chez Bachofen des tendances correspondant d'une part à la philosophie romantique et d'autre part à la critique de la société patricentrique. L'une ou l'autre de ces tendances se trouve être à la base des sympathies exprimées pour la théorie de Bachofen, selon l'orientation spirituelle ou politique de son public. Au delà de cette question, l'auteur cherche à démontrer que la connaissance du „complexe matricentrique", fondée sur l'étude des civilisations matriarcales, enrichit la doctrine des motifs psychiques qui sont à la base de la société moderne.

The social and the psychological significance of the mother-right theory.

This paper concerns itself mainly with the reason why Bachofen's mother-right theory met with so positive a reception by two such opposed circles as the Socialists and the New Romantics. It shows that in Bachofen there were present tendencies of romantic philosophy as well as statements leading to a criticism of the patricentric society — and that according to one's spiritual and political affiliations this or that aspect of Bachofen was made the basis for sympathy with the theory. It is also shown that the extensive knowledge of „matricentric complexes" obtained from study of matriarchal cultures, afford fruitful possibilities for the understanding of the psychological impulses lying at the root of modern society.

Zur Theorie der Planwirtschaft.

Von
Kurt Mandelbaum und Gerhard Meyer.

Vobemerkung des Herausgebers.

Wegen der Unfähigkeit, die Erzeugung und Verteilung der zum Leben auf seiner gegenwärtigen Entwicklungsstufe notwendigen Mittel vernünftig zu regeln, ist die Menschheit gegenwärtig dazu gezwungen, auf einem unermesslich viel tieferen materiellen und geistigen Kulturniveau zu existieren, als es auf Grund ihrer Schätze an Rohstoffen und ihrer hohen technischen Fähigkeiten möglich wäre. Nicht bloss das Elend des weitaus grössten Teils aller Menschen, sondern auch die Gefahr neuer Kriege, von denen jeder an Schrecklichkeit den vorhergehenden noch überbietet, gehen daraus hervor, dass der ökonomische Apparat, welcher in der vergangenen Epoche von den Menschen geschaffen wurde, ihnen über den Kopf gewachsen ist.

Dass die Menschen die ökonomischen Verhältnisse, d. h. ihre gegenseitigen Beziehungen bei der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens, heute einer sinnvollen Regelung nicht zu unterziehen vermögen, die dem Grad der Einsicht auf anderen Gebieten entspräche, lässt sich nicht bloss aus theoretischer Ohnmacht erklären. Vielmehr drückt das Vorhandensein der Nationalökonomie als einer in sich geschlossenen Sonderdisziplin, welche sich immer weniger von gesamtgesellschaftlichen Problemstellungen bestimmen lässt, den tiefer liegenden Sachverhalt aus, dass die gegenwärtigen Machtverhältnisse einer Regelung zugunsten der Mehrzahl der Menschen entgegengesetzt sind. Es handelt sich um eine Frage der Praxis, deren Lösung den Inhalt der unmittelbar vor uns liegenden Geschichte bilden wird. Von ihrem Ausgang hängt das Glück der kommenden Generationen ab.

Wenn aber die Theorie für sich allein das Problem nicht lösen kann, so bilden doch die intellektuellen Anstrengungen, welche bei dem Kampf um Herbeiführung und Gestaltung einer vernünftigen Wirtschaft richtunggebend sind, ein notwendiges Moment der vorwärtstreibenden Praxis. Dies gilt nicht bloss im Hinblick darauf, dass die Entwicklungstendenzen der gegenwärtigen Gesellschaftsform zu erforschen sind, sondern im Anschluss daran auch für den Nachweis, dass und wie Planwirtschaft möglich ist. Dabei ist vor allem an die grossen Erfahrungen anzuknüpfen, welche die Menschheit gegenwärtig mit planwirtschaftlichen Versuchen macht; auf sie vor allem müssen heute Problemstellung und Terminologie bezogen bleiben.

Der nachfolgende Aufsatz stellt den Versuch einer theoretischen Vorarbeit für solche konkrete Analysen bestehender oder geforderter Planwirtschaft dar. Er will die grundsätzlich möglichen Formen und Aufgaben zureichender Wirtschaftsplanung skizzieren. Mit einer solchen Aufgabe

ist nach dem Stand der fachlichen Diskussion eine Kritik der liberalistischen Einwände notwendig verknüpft. Wenn einer solchen Kritik hier Raum gegeben wird, so geschieht dies nicht im Glauben, dass diese Einwände bei den entscheidenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einen besonders wichtigen Faktor bildeten. Die liberalistische Wirtschaftstheorie, deren Argumente auch bei den innersozialistischen Kontroversen eine grosse Rolle spielen, ist gegenwärtig für die Politik keines grossen Landes mehr ausschlaggebend. Einige ihrer Vertreter behaupten sogar, sie habe auch in der Vergangenheit nie wirklich Anwendung gefunden. Dass dies aber in der Zukunft geschehen werde, steht gewiss nicht zu erwarten. Das „laissez faire, laissez passer !" war in der Tat gegenüber der Bevormundung durch den französischen Absolutismus und gegenüber der Grundbesitzerklasse in England in früheren Jahrhunderten eine fortschrittliche Devise der Industrie. Die damals beschränkt gültige Ansicht, dass die Entfesselung der privaten Initiative und das Absehen von jeder gesellschaftlichen Regelung der Wohlfahrt des Ganzen am besten dienen werde, die Meinung, dass die Interessen der auf sich selbst gestellten ökonomischen Einzelsubjekte zum Glück der Allgemeinheit zusammenstimmen müssten, ist im heutigen Augenblick, da mindestens die europäische Gesellschaft infolge sich widerstreitender ökonomischer Interessen am Rande des Untergangs steht, ausschliesslich zum metaphysischen Dogma geworden. Soweit es als thema probandum festgehalten wird, führt es fortgesetzt zur Ausbildung scheinwissenschaftlicher Methoden und Probleme. Den Vertretern entscheidender Industriezweige und vielen praktischen Politikern, die früher dem Liberalismus zugehörten, hat es jedoch die innere Verwandtschaft dieser über die sozialen Unterschiede hinwegsehenden harmonistischen Metaphysik mit der totalitären Staatsauffassung — eine Gleichheit, die in einem anderen Aufsatz des vorliegenden Heftes nachgewiesen wird, — leicht gemacht, den ideologischen Übergang vom Liberalismus zum kapitalistischen Etatismus zu finden. Das liberalistische Dogma, dass die freie Konkurrenz auf Grund der wirtschaftlichen und psychischen Ungleichheit der Menschen einen bestmöglichen Wirtschaftszustand herbeiführen müsste, ist so falsch, dass Einschränkungen dieses Prinzips schon in der Vergangenheit häufig deshalb vorgenommen werden mussten, damit der Schrecken, den es für weite Schichten aller Erdteile von Anfang an bedeutete, für das Gesamtsystem nicht verderblich wurde. Die Grundforderung des Liberalismus, die freie Initiative des Unternehmers, die private Verfügung über die ökonomischen Mittel der Gesellschaft, lässt sich heute nur durch eine ungeheure Steigerung der Machtsphäre des Staates aufrechterhalten, so dass die Praxis der totalitären Staatsauffassung zur Zeit die wirkliche Folge der liberalistischen Oekonomik darstellt, eine Folge, wie sie zahlreiche ihrer Anhänger bereits gezogen haben.

Die im folgenden Aufsatz mitenthaltene Widerlegung von Beweisgründen, welche die heute noch liberalistischen Theoretiker gegen eine bewusste Beherrschung der wirtschaftlichen Vorgänge anführen, geschieht im Hinblick darauf, dass nicht bloss die ohnmächtige liberalistische Strömung, sondern die faktischen Vertreter der gegenwärtigen Gesellschaftsform in ihrer heutigen Phase sich dieser Argumente noch immer gegen die notwendige Neuordnung

bedienen. Zu wählen haben die Menschen gegenwärtig keineswegs zwischen einer liberalistischen Wirtschaft und der totalitären Staatsordnung, denn die eine geht notwendig in die andere über, eben deshalb, weil diese die liberalistische Forderung des Weiterbestehens der privaten Verfügung über die wichtigsten gesellschaftlichen Hilfskräfte heute am besten erfüllt. Zu wählen haben die Menschen vielmehr zwischen diesem individualistischen Moment, das freilich in seiner heutigen Gestalt nur für ganz wenige Individuen wirkliche Befriedigung bedeutet, und einem anderen Ziel der liberalistischen Theorie, nämlich dem Leben der Allgemeinheit, das heute in der Tat mit dem Glück aller Individuen zusammenfallen könnte, aber gebieterisch eine Veränderung der Wirtschaftsweise verlangt. Manche Nichtökonomen lassen sich durch die unrichtige Verkoppelung der beiden Prinzipien unter dem einen Titel des Liberalismus darüber täuschen, dass nicht bloss das Prinzip der Unternehmerinitiative, sondern auch dieser Grundsatz des allgemeinen Glücks, der Freiheit und Gerechtigkeit von der liberalistischen Theorie in ein anderes Lager, freilich in das entgegengesetzte, übergegangen ist. Die echten Liberalen werden, je nachdem sie das eine oder das andere Prinzip vorziehen, sich immer mehr zu einer der beiden kämpfenden Gruppen bekennen müssen, die um die Aufrechterhaltung oder Veränderung der bestehenden Gesellschaftsform miteinander kämpfen. In diesem Klärungsprozess können auch die folgenden ökonomisch-theoretischen Beiträge zur Theorie der Planwirtschaft eine Rolle spielen.

Max Horkheimer.



Es machen sich gegenwärtig in aller Welt planwirtschaftliche Bestrebungen geltend, die mehr oder weniger deutlich auf eine ökonomische und politische Neubefestigung der herrschenden Gesellschaftsordnung hinauslaufen. Zur kritischen Überprüfung der Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Systemstabilisierung wird die klare Umreissung der sozialistischen Konzeptionen vermutlich von grösserem Wert sein als der Vergleich mit einem System liberaler Marktordnung. Eine positive Darstellung des sozialistischen Zielbildes ist überdies umso unentbehrlicher, als sich die modernen Planwirtschaftsbewegungen häufig zugleich als die Erfüllung sozialistischer Erwartungen ausgeben. Selbstverständlich kann es sich bei den folgenden Ausführungen über die Struktur der sozialistischen Wirtschaft nur um einen Ausschnitt aus einem viel umfassenderen Problemkreis handeln. Die entscheidenden Fragen des ökonomischen und besonders des politischen W e g e s zum Sozialismus sollen nur am Schluss dieses Aufsatzes gestreift werden. Die Erfordernisse der Übergangswirtschaft im engeren Sinne, das heisst jene Massnahmen, die eine sozialistische Regierung als erste Ansätze zu einer neuen Ordnung treffen müsste, lassen wir ganz unerörtert[1]); ebenso den in der marxistischen Literatur mit

[1]) Damit fallen auch die besonderen Probleme der russischen Planwirtschaft aus dem Rahmen des Aufsatzes. Die in diesem Zusammenhang besonders aktuelle Frage des sozialistischen Aussenhandels, des Verhältnisses zur kapitalistischen Umwelt, soll ebenfalls vernachlässigt werden.

dem Begriff der „zweiten Phase“ des Sozialismus gemeinten Zustand, in dem das Verteilungsprinzip „jedem nach seinen Bedürfnissen“ voll zur Geltung kommen könnte. Zwischen diesen beiden Stufen muss jedoch eine besondere Epoche sozialistischer Wirtschaft gedacht werden, die einer theoretischen Behandlung bedarf.

Wir wollen im folgenden zeigen, dass und wie eine solche Wirtschaft möglich ist. Die besonders von liberaler Seite gegen ihre Durchführbarkeit erhobenen grundsätzlichen Einwände werden sich als nicht stichhaltig erweisen. Die oft sehr scharfe Entgegensetzung unterschiedlicher Typen sozialistischer Planwirtschaft berührt ebenfalls nicht die prinzipielle Möglichkeit des einen oder des anderen Vorschlags, sondern höchstens „technische“ Vorzüge oder Mängel der verschiedenen Lösungen.

I. Begriff und Typen der Planwirtschaft.

Es gilt zunächst, über den Begriff der Planwirtschaft Verständigung zu erzielen[1]). Soll ihre Definition die aktuellen Probleme in sich aufnehmen, so muss sie zwei Elemente enthalten : Planwirtschaft ist sowohl durch ein charakteristisches Ziel wie durch eine charakteristische Methode ausgezeichnet. Für die Fassung des mit Planwirtschaft gemeinten Zieles genügt es, auf bestimmte Schäden der kapitalistischen Marktwirtschaft zurückzugreifen. Dieser sind typische Störungen eigentümlich, deren wichtigste die konjunkturellen Krisen und Depressionen bilden. Alle Planwirtschaftsbestrebungen der Gegenwart zielen nun einfach auf eine störungsfreie Wirtschaft oder genauer : auf ein störungsfreies Wachstum der Wirtschaft hin. Insofern jene Krisen nicht partielle Bewegungen im System sind, sondern von vornherein oder durch bestimmte Generalisierungsprozesse hindurch als Umbruchstellen des Gesamtablaufs der Wirtschaft erscheinen, muss jede planwirtschaftliche Regelung ihr Augenmerk notwendig auf die Gestaltung des totalen Wirtschaftsprozesses richten. Es wäre demnach verfehlt, in jedem bewussten Eingriff in den Marktmechanismus schon eine planwirtschaftliche Massnahme zu erblicken. Solche Eingriffe betrafen bislang nur einzelne Gebiete und stellten der Absicht oder dem Erfolg nach immer bloss partikulare An- oder Einpassungen dar. Unter Planwirtschaft — jetzt als Methode gefasst — kann sinnvollerweise nur ein System von Vorkehrungen verstanden werden, durch das der gesamte Verlauf des Wirtschaftsprozesses reguliert wird. Eine solche Regulierung ist offensichtlich nur möglich auf Grund eines bewussten Planes. In diesem Zusammenhang bekommt der Begriff der Planwirtschaft, der oft dem Bedenken begegnet, dass jeder Wirtschaft irgendeine Planung zugrunde liege, einen genügend klaren Inhalt. Wir verstehen darunter die bewusste, planorientierte Gestaltung des totalen Wirtschaftsablaufs im Dienste der Krisenverhütung und Wachstumsstetigkeit.

Über die Mittel und Organisationsformen, deren sich die Regulierung

---

[1]) Vgl. hierzu die Sammelbesprechung „Neuere Literatur über Planwirtschaft“ (G. Meyer) in dieser Zeitschrift, Jahrgang I (1932), S. 379 ff. Ferner : Emil Lederer, Artikel „National Planning“ in „Encyclopaedia of Social Sciences“.

bedienen müsste, ist damit noch nichts ausgesagt. Der geforderte totale Charakter der Planung verlangt zum Beispiel nicht unbedingt, dass alle wirtschaftlichen Einzelvorgänge direkt zu determinieren wären. Im Grenzfall einer „universalen“ direkten Planung würde sich die Gesamtwirtschaft als ein einziger Grosshaushalt darstellen. Es muss aber als durchaus offene Frage gelten, ob sich die Planwirtschaft nicht auch indirekter Mittel bedienen könnte, so dass die marktmässige Verknüpfung der Wirtschaftseinheiten in mehr oder minder grossem Umfange erhalten bliebe. Eingriffe erfolgten dann nur an zentralen Stellen des Kreislaufs, soweit die Verwirklichung des zugrunde gelegten Planes das erfordert. Diese Differenzierung ist für die Diskussion der Planwirtschaft von grosser Bedeutung. Jedoch ist es sinnlos, allgemein von Wirtschaftsplanung zu sprechen, vielmehr müssen deren spezifische gesellschaftliche Voraussetzungen mitgedacht werden.

Kapitalistische Planwirtschaft.

Wenn wir nur die historisch relevanten Möglichkeiten ins Auge fassen, ist zwischen kapitalistischer und sozialistischer Planwirtschaft zu unterscheiden. Das wesentliche Kriterium im ersten Fall ist die Beibehaltung der privaten Verfügung über die Produktionsmittel und damit auch über die freien Arbeiter. Wiederum lassen sich in diesem Rahmen verschiedene Unterformen, und zwar zunächst nach dem Organisationsprinzip, auseinanderhalten. Mitten in die Problematik der kapitalistischen Planwirtschaft führen bereits jene Vorschläge hinein, die eine Ausschaltung der Konkurrenz durch Zusammenfassung der einzelnen Wirtschaftszweige beinhalten, mag man bei diesen Zusammenschlüssen nun an dauernde Zwangsvereinigungen oder an reine Selbstverwaltungskörperschaften denken. Solche Konzeptionen, die in den Vereinigten Staaten heute sehr verbreitet sind und ebenso in weiten Gebieten Mitteleuropas eine grosse Rolle spielen (Korporativsystem), laufen praktisch auf eine Stärkung der monopolkapitalistischen Tendenzen hinaus[1]). Sie lassen das konjunkturpolitische vordringliche Problem des Ausgleichs zwischen den einzelnen Produktionszweigen ungelöst oder packen es höchstens von der technisch-organisatorischen Seite her an. Erst da, wo eine wirtschaftliche Zentralinstanz mit Anordnungsmacht geschaffen wird, kann eine planmässige Gestaltung des Wirtschaftsablaufs in Angriff genommen werden. Beachtlicher sind daher jene Projekte, die eine zentrale Kontrolle und Lenkung der Investitionstätigkeit, vornehmlich mit den Mitteln der staatlichen Kreditpolitik, befürworten. Können diese Versuche erfolgreich sein ?

Die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen durch rechtzeitige und richtig dosierte Anwendung kreditpolitischer Mittel die Investitionen derart zu lenken, dass ein ungestörtes Wirtschaftswachstum gesichert ist, soll als prinzipiell gegeben einmal unterstellt werden. Die erste kritische Frage gegenüber einer solchen Konjonkturpolitik im Kapitalismus betrifft aber bereits die Vollständigkeit und Neutralität des Materials, auf das eine

---

[1]) Vgl. F. Pollock, Bemerkungen zur Wirtschaftskrise, in dieser Zeitschrift Jahrgang II (1933), S. 321 ff.

Kreditzentrale, die mit selbständigen Unternehmern zu tun hätte, bei ihrer regulierenden Tätigkeit angewiesen ist. Es ist anzunehmen, dass dieses Material überall da, wo Besitzinteressen im Spiel sind, interessenmässig gefärbt ist, ja, dass es die wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die zu treffen sind, bereits enthält und vorwegnimmt. Wäre diese Schwierigkeit behoben, so bliebe immer noch höchst problematisch, ob die Zentrale auch fähig wäre, ihre Entscheidungen gegenüber den privaten Wirtschaftsleitungen durchzusetzen. Wenn es zum Beispiel richtig ist, dass ein bestimmter Typ des technischen Fortschritts, solange er unreguliert ist, an erster Stelle zu den Ursachen der konjunkturellen Dynamik zählt, dann muss die Zentrale immer wieder auf die Zurückdrängung und zeitliche Verteilung solcher Fortschritte hinarbeiten und zwar gerade auch dann, wenn sie rentabel sind. Soll die Kreditpolitik hier nicht nur Palliativmittel sein, so müsste sie zu einer qualitativen Kreditkontrolle vorschreiten. Hier aber stehen den Unternehmern mannigfache Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung, insbesondere die Selbstfinanzierung, die kaum zu unterbinden ist, weil bei der Bewertung der Abschreibungen, der Generalunkosten oder der Lagervorräte immer erhebliche und schwer kontrollierbare Spielräume bestehen. Solche Ausweichmöglichkeiten beruhen letzten Endes auf der individuellen Verfügungsmacht über die Produktion. Wenn diese auch nur beschränkt erhalten bleibt, ist eine Harmonisierung von Privat- und Gesamtinteresse, also eine „sachrichtige" Planung undurchführbar. Erst im sogenannten „Generalkartell", das das individuelle Eigentum zwar nicht als Rentenquelle, wohl aber als Anordnungsmacht aufhöbe, wäre unter irgendeinem System des Gewinnausgleichs die Verwirklichung eines Wirtschaftsplanes möglich. Aber es handelt sich dabei eher um einen theoretischen Grenzfall als um eine praktische Chance.

Mit diesem Aufweis der Bedingungen und Grenzen einer Planung im Kapitalismus fällt zugleich ein Licht auf jene Bewegungen, die in sozialreformerischer Absicht für den Einbau planwirtschaftlicher Regulative in das gegenwärtige Marktsystem eintreten. Wir denken dabei an die Programme der Wirtschaftsdemokratie und den neuerdings vieldiskutierten de Man-Plan[1]). Durch zentrale Überwachung einzelner Produktionszweige oder durch ihre Übernahme in die öffentliche Hand soll hier allmählich eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft in die Wege geleitet werden. Vielfältige Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass alle Kontrollen der privaten Industrie wenig erfolgreich sind, solange Risiko und Anordnungsmacht nicht zusammenfallen. Partielle Verstaatlichungen mögen aus Gründen rationellerer Produktion oder besserer Versorgung da und dort zweckmässig sein, aber sie sichern längst nicht einen geregelten Wirtschaftsablauf. Häufig liegen solche Massnahmen, die das kapitalistische Eigentum zu beschränken bestimmt sein sollen, gleichzeitig im gesamtkapitalistischen Interesse. Und solange die ökonomischen und politischen Grundlagen der Klassenordnung erhalten bleiben, fördert jede formale Unterstellung von Wirtschaftsvorgängen unter öffentliche Kontrolle allzu

---

[1]) Vergleiche hierzu die Besprechungen in dem vorliegenden Heft dieser Zeitschrift sowie den Schlussabschnitt dieses Aufsatzes.

leicht nur die Kumulierung privater Macht über Staat und Wirtschaft zugleich[1]). Der sozialistische Charakter irgendeiner institutionellen Regelung ist daher an ihrer organisatorischen Form nicht ablesbar. Primär entscheidend ist die gesellschaftliche Machtverteilung.

Sozialistische Planwirtschaft.

Um eine höhere Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, der individuellen Bedürfnisse und ihrer Befriedigungsmöglichkeiten durchzusetzen, erstrebt der Sozialismus die Beseitigung des „Kapitalverhältnisses“ und die bewusste, rationale Gestaltung des sozialen Gesamtgeschehens. Die Voraussetzung dafür ist das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Mit ihrer Vergesellschaftung wäre die Basis der Klassenherrschaft beseitigt und die ökonomische Machtgrundlage für eine planmässige Wirtschaftsleitung hergestellt. Als endgültige Erfüllung des sozialistischen Ziels darf wohl erst die „zweite Phase“ gelten, so dass alle Einrichtungen und Prozesse der von uns ausschliesslich behandelten ersten Phase immer auch dem Kriterium unterliegen, ob sie die Annäherung an jenen zukünftigen Zustand fördern oder hemmen.

Wir versuchen zunächst, die verschiedenen sozialistischen Vorschläge zu sichten und nach bestimmten Typen zu ordnen. Dabei knüpfen wir an eine bereits angeführte Differenzierung an : Planwirtschaft kann sich entweder direkter Mittel bedienen, so dass der Markt mit seinen Funktionen durch den Wirtschaftsplan und die an ihm orientierten Anweisungen ersetzt wird, oder sie arbeitet — zum Teil wenigstens — mit indirekten Methoden, behält also den Reaktionsmechanismus des Marktes bis zu einem gewissen Grade bei und versucht nur, ihn in bestimmter Weise zu lenken bzw. umzuformen. Un diese Scheidung durchzuführen, bedarf es einiger terminologischer Klarstellungen.

Wir wollen von Markt überall da reden, wo Angebots- und Nachfrageparteien bestehen, ganz gleichgültig, ob und wie diese organisiert sind. Da Angebot und Nachfrage sich sinnvollerweise nur auf knappe Güter und Leistungen beziehen, gibt es notwendig Preise, seien diese nun freie, d. h. aus dem automatischen Wirken der Konkurrenz heraus gebildete, monopolistische oder autoritär nach irgendwelchen Prinzipien festgesetzte Preise (Taxen), seien sie beweglich oder starr. Da die Entscheidungen der beiden Marktparteien nicht von einer dritten Stelle einheitlich diktiert werden, sind mengenmässige Diskrepanzen möglich. Diese Diskrepanzen werden tendenziell entweder durch Schwankungen der Preise und entsprechende Anpassungen auf der Angebots- und Nachfrageseite oder aber, bei fixierten Preisen unter Ausschaltung der Marktkinetik durch Mengenregulierung ausgeglichen. Verwaltung liegt da vor, wo von irgendeiner Zentrale gleichzeitig der produzierenden und der aufnehmenden Stelle eine ganz bestimmte Produktmenge normiert wird, sei es mit oder ohne Veranschlagung in einer Recheneinheit, gleichgültig, ob bei der Entscheidung der Zentrale irgendwelche Kosten- oder Nützlichkeitsberechnungen mitgespielt haben. Markt ist in dem oben umschriebenen Sinne nicht denk-

---

[1]) Vgl. den letzten Abschnitt in Paul Hermberg, Planwirtschaft. Berlin, 1933.

bar, ohne dass der Nachfragende mit Kaufkraft ausgestattet ist, über die er frei verfügt. Die Form dieser Kaufkraft und ihre Benennung ist belanglos; es kommt nur darauf an, dass Preise und Kosten in den gleichen Einheiten berechnet sind. Nennt man jene Kaufkraft Geld, so sind jedenfalls nur zwei Funktionen wesentlich : das Geld ist gleichzeitig Kaufmittel, Anweisung auf einen aliquoten Teil des wertmässigen Gesamtprodukts, und Verrechnungsmittel, nicht aber notwendig Mittel der Wertaufbewahrung und (privaten) Kapitalbildung. Zahlgeld ist stets zugleich auch Zählgeld. Aber es gibt Recheneinheiten, die an keine Kaufmittelfunktion geknüpft sind. In einem solchen Falle wollen wir bei einem System, in dem es überhaupt keine Kaufkraft gibt, die den einzelnen Produkten in irgendeiner Einheit aufgeprägten Rechnungsgrössen als blosse Quasipreise bezeichnen. Hiervon seien die sogenannten Verrechnungspreise unterschieden, die zwar selber keine Marktpreise sind, die aber in irgendeiner Weise, vorwärts oder rückwärts, auf Grund von Marktpreisen berechnet worden sind und bei der Kostenkalkulation der einzelnen Produktionsstufen veranschlagt werden müssen.

1. Reiner Verwaltungssozialismus.

Verwaltungssozialismus nennen wir eine sozialistische Wirtschaft, die unmittelbar Naturalien beschafft und verteilt und in der ein Wirtschaftsplan — statt der Geldpreise — berufen ist, Produktion und Bedarf in Einklang zu halten[1]). Dieser Plan muss bestimmen, was und wieviel produziert werden soll und was jeder einzelne konsumieren darf. Er setzt eine statistische Erfassung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten sowie eine entsprechende Bedarfsstatistik voraus. Freie Konsumwahl steht den einzelnen Individuen nicht zu, weil die Ausübung dieser Freiheit das Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Konsumgütermarkt wieder in Gang setzen und damit erneut zur Bildung von Preisen führen würde. Die Zuteilung der Konsumrationen, über deren Ausmass und Zusammensetzung diktatorisch oder demokratisch, auf jeden Fall aber zentralistisch entschieden wird, könnte so geschehen, dass jeder Einzelne Bezugsscheine, lautend auf bestimmte Quantitäten genau bezeichneter Güter ausgehändigt erhält. Die Entscheidung über die Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte und Produktionsmittel auf die verschiedenen Beschaffungszweige muss dem Konsumplan entsprechen und seine Durchführung ermöglichen. Manche Verwaltungssozialisten sind der Meinung, dass es in einer solchen Wirtschaft eine Rechnung mit Einheiten, die Aufwand und Erfolg ziffernmässig zu veranschlagen und miteinander zu vergleichen erlauben, nicht geben kann und dass sie auch gar nicht notwendig ist, weil der Grad der

---

[1]) Aus der verwaltungssozialistischen Literatur seien genannt : Otto Neurath, Wirtschaftsplan und Naturalrechnung (und viele andere Schriften dieses Verfassers); N. Bucharin, Programm der Kommunisten, Leipzig, 1918; Felix Weil, Gildensozialistische Rechnungslegung, Archiv für Sosialwissenschaft, Bd. 52; für Spezialprobleme auch Tschajanoff, Zur Frage einer Theorie der nichtkapitalistischen Wirtschaftssysteme, Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 51, und Eugen Varga, Die Kostenberechnung in einem geldlosen Staat, Kommunismus, II. Jahrgang, Heft 9/10.

„Erfreulichkeit“ verschiedener Konsum- und Produktionskombinationen unmittelbar zu beurteilen sei. Andere halten eine spezifische Naturalrechnung (mit Quasipreisen) für möglich und unentbehrlich. Gewöhnlich will man diese Rechnung auf objektive Faktoren (Arbeitsstunden, Energieeinheiten usw.) basieren. Aber auch diejenigen Vertreter der subjektiven Wertlehre gehören hierher, die in Fortführung von Wiesers Theorie des natürlichen Wertes eine sozialistische Ordnung für denkbar halten, in der ohne irgendwelche Preise der Nutzenkalkül der Wirtschaftszentrale den einzelnen Wirtschaftselementen Bedeutungsgrössen zuzuordnen erlaubt[1]). Durch die Beziehung auf den zentralen „Bewerter“ ist ein derartig enger Zusammenhang zwischen allen einzelnen Wirtschaftsprozessen gegeben, dass allenfalls ein Unbeschäftigtsein einzelner Faktoren, nicht aber sich generalisierende Systembrüche möglich sind.

2. Modifizierter Verwaltungssozialismus.

Eine Modifizierung des „reinen Verwaltungssozialismus“ bedeuten bereits die Vorschläge von Marx und Engels[2]), „Der einzelne Produzent erhält von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundsoviel Arbeit geliefert hat (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds) und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumptionsmitteln soviel heraus, als gleichviel Arbeitsstunden kosten[3]). “ Das Arbeitszertifikat, das Marx hier vor Augen hat, ist ein Mittel der Güterverteilung in einer Ordnung mit Konsumfreiheit. Der ausdrücklich hervorgehobene abstrakte Charakter dieser Anweisung erlaubt Bedarfsvariationen des Einzelnen, so dass es hier bei den Konsumgütern schon ein Angebot und eine Nachfrage gibt, freilich ein Angebot ohne Konkurrenz der Produzenten und eine Nachfrage, die auf „feste Preise“ (Taxen) stösst und keinen Einfluss auf sie hat. Diskrepanzen zwischen den faktisch produzierten Mengen und den Bedarfswünschen der mit Kaufkraft ausgestatteten Konsumenten sind prinzipiell möglich. Die Zentrale wird dann mengenmässige Änderungen der Gesamtproduktion vornehmen. Im ganzen übrigen Bereich der Wirtschaft herrscht verwaltungsmässige Regelung und Abrechnung nach Arbeitsstunden. Variationen der grundlegenden Daten (Konsumbedarf, Technik usw.) und entsprechende Neuverteilung der Produktionsmittel werden uno actu für den ganzen Block der integrierten Produktionsstufen durch die Planbehörde bewältigt. Fehldirektiven werden nicht durch eine Marktkinetik ausgeglichen, sondern durch neue Verfügungen der Zentrale behoben. Mit der Marktkinetik entfällt aber zugleich die heute so wichtige Problematik der zu grossen, zu kleinen und vor allem der zeitlich zu späten

---

[1]) Vgl. die Arbeiten von Carl Landauer, zuletzt : Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft, München und Leipzig, 1931, S. 114 ff.

[2]) Die wichtigsten Stellen zur Charakteristik der Marx-Engelsschen Position finden sich in den „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ sowie im Antidühring.

[3]) K. Marx, Randglossen, a. a. O., S. 26.

und nicht koordinierten Teilanpassungen. Das Wachstum der Wirtschaft ist grundsätzlich in dieser Konzeption eine Angelegenheit der Wirtschaftsverwaltung[1]).

3. Reiner Marktsozialismus.

Im reinen Marktsozialismus bleibt generell das Marktprinzip, ja sogar die Konkurrenz aufrecht erhalten[2]). Der Markt wird hier als eine Organisationsform angesehen, die mit verschiedenen sozialen Bedingungen verträglich ist und nur unter der spezifischen Voraussetzung des privaten Kapitaleigentums die Klassengegensätze und Krisen reproduziert. Von hier aus wird das Bild einer sozialistischen Konkurrenzwirtschaft entworfen, in der relativ selbständig geleitete, aber in öffentlichem Eigentum stehende Unternehmungen auf Märkten ein- und verkaufen und — evtl. unter dem Stachel von Absatztantiemen — miteinander in Wettbewerb stehen. Es gibt Arbeits-, Boden- und Kapitalmärkte. Die einzelnen Betriebe müssen an eine Zentralstelle Grundrenten und Zinsen abführen. Diese Summen bilden zusammen mit den durch Besteuerung aufgebrachten Beträgen sowie mit etwaigen privaten Sparsummen das Kapitalangebot, um das die Betriebe nach ihren Marktaussichten konkurrieren. Jedoch ist hier beim Kapitalmarkt die Stelle, wo die zentrale Leitung, die im wesentlichen eine scharfe Konjunkturpolitik beinhaltet, in den sonst nahezu geschlossenen Marktautomatismus beherrschend eingreift. Die mit der Planzentrale in engstem Zusammenhang stehende staatliche Kreditbank führt eine qualitative Kreditpolitik durch und zwar gegebenenfalls im Gegensatz zu den durch die Preis- und Rentabilitätskonstellationen anscheinend gebotenen Marktnotwendigkeiten. Gesamtwirtschaftlich unerwünschte Kapitalinvestitionen werden durch Verweigerung der Kredite oder durch diskriminative Zinserhöhung unterbunden. Dieser Politik liegt die Auffassung zugrunde, dass die entscheidenden Wirtschaftsstörungen sich aus bestimmten intensiven und extensiven Wachstumsprozessen ergeben und gerade auch dann erfolgen, wenn die Betriebsleiter auf Preisänderungen wirtschaftlich rational reagieren. Die marktsozialistische Regulierung beruht ganz ebenso wie die verwaltungssozialistische auf einem Gesamtplan, der alle wertmässigen und naturalen Grössen in sich vereinigt. Denn eine Wirtschaftspolitik, die die gefährlichen Fernwirkungen z. B. technischer Fortschritte ausschalten will, muss vor allem die Sachform der Produkte, das mengenmässige Ineinandergreifen der einzelnen Produktionszweige in Rechnung stellen. Mit dem Kapitalbedarf soll zugleich die Kapitalbildung zentral reguliert werden. Dem Gesamtplan liegt also jeweils eine generelle Entscheidung über das Tempo des Wachstums, d. h.

---

[1]) Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, Wien, 1923, hat versucht, einige der von Marx und Engels gegebenen Hinweise theoretisch auszubauen.

[2]) C. Landauer, a. a. O.; ferner E. Heimann, Mehrwert und Gemeinwirtschaft, Jena, 1922; derselbe, Sozialismus und Kapitalismus, Potsdam, 1931; derselbe, Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung, ebenda 1932. Da es uns im Text auf die Herausarbeitung des Typus ankommt, sehen wir von den Modifikationen des reinen Marktsozialismus, die auch diese Autoren vertreten, vorerst ab.

über die Verteilung der Produktion auf Gegenwarts- und Zukunftsgüter, zugrunde. Diese Entscheidung könnte hier trotz gewisser Interessendifferenzierungen relativ neutral getroffen werden, während sie gegenwärtig in den Klassengegensatz hineingezogen ist. Der gesamtwirtschaftliche Erfolg dieser Planwirtschaft verlangt offenbar eine Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums. Die Ausweichmöglichkeiten der privaten Unternehmer sind erst bei Gemeineigentum nicht mehr gegeben.

4. Modifizierter Marktsozialismus.

Mehrere Modifikationen und Einschränkungen dieses extremen Falls einer sozialistischen Konkurrenzwirtschaft führen in die Richtung des Verwaltungssozialismus. Man kann von einer quantitativen oder sphärenmässigen und einer qualitativen Einschränkung sprechen, insofern der freie Konkurrenzmarkt als Ausgangspunkt gewählt wird. Die Annäherung an die Verwaltungswirtschaft erfolgt bei verschiedenen Autoren zunächst einmal durch „Herausnahme" bestimmter Sphären aus dem Marktverkehr, weil das konjunkturpolitisch für nötig gehalten wird. Während es bei dem reinen Marktsozialismus oft zweifelhaft erscheinen könnte, ob ein manipulierter Kapitalmarkt oder eine kapitalzuteilende Verwaltung vorliegt, ist bei anderen Vorschlägen ganz eindeutig das letztere der Fall[1]). Mehr noch : die Produktionseinheiten sollen auch nicht befugt sein, auf dem Markt Produktionsmittel zu kaufen. Man muss dann von einer direkten Realkapitalzuteilung sprechen (oder eine enge Integration der Konsumgüterindustrien und ihrer Vorstufen annehmen). Konsumgüter- und Arbeitsmärkte bleiben dagegen bestehen. In den Sphären ohne Marktverkehr herrscht verwaltungsmässige Regelung, aber diese ist nach vorn und rückwärts an Märkten orientiert und arbeitet daher mit Verrechnungspreisen für Kredit und Produktionsmittel. Noch einen Schritt weiter gehen die Autoren, die überhaupt nur noch Konsumgütermärkte kennen[2]). Obwohl in diesem Fall die einzelnen Produktionen nicht direkt nach den Schwankungen der Preise und Einnahmen, sondern nach Weisungen der Zentrale variiert werden, gibt es auch hier noch Preise, nach denen sich die Planstelle richten kann. Aber es sind — mit Ausnahme der Konsumgutpreise — im Sinne einer modifizierten Zurechnungstheorie bezw. einer mathematisch formulierten Knappheitstheorie auf dem Papier abgeleitete Verrechnungspreise.

Wir kommen mit diesen Verrechnungspreisen bereits zu den qualitativen Modifikationen des Marktmechanismus, die in Etappen über Monopolmärkte und manipulierte Märkte zu den zentral völlig normierten Taxmärkten und schliesslich zur Verwaltung hinführen. Manche Vorschläge

---

[1]) Vgl. Walter Schiff, Die Planwirtschaft und ihre ökonomischen Hauptprobleme, Berlin, 1932. Aehnlich P. Hermberg, a. a. O., S. 34 ff.

[2]) Kläre Tisch, Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen. Wuppertal-Elberfeld 1932 ; H. D. Dickinson in : The Economic Journal, Vol. XXXXIII, 1933, 170, S. 237 ff. Gegen Dickinson : Maurice Dobb, Economic Theory and the Problems of a Socialist Economy, ebenda, 172, S. 588 ff.

ersetzen die freie Konkurrenz durch syndikatmässige Zusammenfassung der einzelnen Produktionszweige. Hier ist eine Loslösung der Preise von den Kosten und eine Diskriminierung der Abnehmer nach Schichten und Gebieten durchführbar[1]). Von einer Preisfestsetzung durch die einzelnen Monopole, die durch die Zentralstelle beaufsichtigt wird, bis zu einer zentralen Regulierung aller Preise ist theoretisch nur noch ein Schritt. Diese behördlich festgesetzten Taxen wird man sich in der Regel als ziemlich starre und nur nach ganz bestimmten Prinzipien variierbare Preise vorstellen müssen, und hier kommt ein neues Element in die Modifikation des Marktes hinein. Entweder werden die Taxen nach dem Kostenprinzip oder aber „willkürlich" nach irgendwelchen anderen Gesichtspunkten fixiert. Im ersten Fall kann die Kostenaddierung mit „echten" Preisen oder aber mit „willkürlichen" Taxen für Arbeitsleistungen usw. vorgenommen werden. Immer aber kommt es hier darauf an, die marktmässige Kinetik mit ihren Preisschwankungen und daran orientierten Produktionsschwankungen möglichst auszuschalten[2]). Der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage muss dann auf andere Weise als bei den üblichen Märkten geschehen. Die Taxregulierung schliesst sinnvollerweise eine bewusste Produktionsmengenregulierung in sich und enthält implizit eine planwirtschaftliche Konjunkturpolitik; sie stellt einen bedeutenden Schritt zur Verwaltungswirtschaft hin dar, so dass oft Unklarheit darüber besteht, ob Verrechnungs- und Taxpreise bei weiterbestehenden Märkten noch als „echte" Preise zu bezeichnen seien. Jedenfalls ergibt sich so eine geschlossene Kette, die vom Marktsozialismus zu verwaltungsmässigen Formen der sozialistischen Planwirtschaft führt.

II. Hauptprobleme der sozialistischen Planwirtschaft (Analyse und Antikritik).

Die theoretische Untersuchung der verschiedenen Vorschläge soll wiederum an die Frage anknüpfen: Markt oder Verwaltung? Die damit gestellten Probleme lassen sich in roher Weise gliedern in Produktivitäts-probleme im weiteren Sinne des Wortes, worunter vor allem die Frage der Rechenhaftigkeit und der Planmässigkeit der Wirtschaft zu verstehen sind, und in die aus der Forderung der Freiheit und Gerechtigkeit entstehenden zusätzlichen Aufgaben, welche eine sozialistische Ordnung zu lösen hat.

1. Rechenhaftigkeit.

Seit Max Weber und Mises ist es einer der Haupteinwände gegen die Durchführbarkeit des Sozialismus, dass hier eine Wirtschaftsrechnung unmöglich sei und die sozialistische Wirtschaft daher „versumpfen" müsse, Was ist eigentlich mit Rechenhaftigkeit, mit „formaler Rationalität" gemeint? Fürs erste muss negativ festgestellt werden, dass wirtschaft-

---

[1]) Derartige Modifikationen finden sich auch bei Heimann.

[2]) Vergleiche hierzu vor allem Georg Klein, System eines idealistischen Sozialismus, Wien-Leipzig, 1931; ferner Schiff, a. a. O. Bei Klein sind die organisatorischen Probleme (z. T. in Anlehnung an die Webbs) besonders ausführlich behandelt.

liches Rechnen und Wirtschaften nicht identisch sind. Von den subjektiven Werttheoretikern wird diese Scheidung durch die Konzeption des Nutzenkalküls allzu leicht verwischt. Neurath hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, dass Wirtschaften vor allem eine Entscheidung über die Verwendungszwecke von knappen Mitteln, über den Vorrang der einen oder der anderen Konsumkombination darstellt. Diese Entscheidung muss sich notwendig auf Gebrauchswerte selbst beziehen und ist auch im Verwaltungssozialismus strengster Observanz durchaus möglich. Die Lage ist hier im Grunde gar nicht anders als beim Konsumenten der modernen Marktwirtschaft. Allerdings orientiert sich dessen Entscheidung an Preisen. Diese stellen für ihn die „objektiven" Beschaffungswiderstände dar, die für den Verwaltungssozialismus durch die jeweiligen Produktionsmöglichkeiten direkt gegeben sind. Das eigentliche Rechnungsproblem entsteht erst in der Produktionssphäre, dort nämlich, wo die Frage gestellt wird, ob bei gegebenem Zweck die Mittel so rational, so sparsam wie möglich eingesetzt worden sind. Dies ist keine Frage der blossen Entscheidung mehr, sondern eine „Feststellungsfrage". Hier ist in der Tat Rechnung notwendig. Ihre Bedeutung kann nicht, wie es im verwaltungssozialistischen Schrifttum gelegentlich geschieht, durch den Hinweis auf die Mängel der kapitalistischen Kostenrechnung verringert werden. Denn die Kritik betrifft doch nur die kapitalistischen Bedingungen und die kapitalistische Ausrichtung der Kostenrechnung, nicht das Prinzip der Rechnung überhaupt, sei diese eine geldwirtschaftliche oder nicht. Auch die Leitung einer sozialistischen Gemeinwirtschaft hat, solange der Bedarf die vorhandenen Mittel überschreitet, ein Interesse daran, zu wissen, wie sie die vorhandenen Produktionsfaktoren am zweckmässigsten verteilt, selbst wenn der Bedarf inhaltlich bereits fixiert ist. Denn es gibt für die meisten Produktionen verschiedene Produktionsverfahren mit ganz verschiedener Zusammensetzung der Elemente, die wiederum in verschiedenem Grade knapp sind. Vor allem muss die Leitung berechnen können, ob eine technische Erfindung wirklich ein ökonomischer Fortschritt ist. Selbst wenn sie aus bestimmten Gründen davon absieht, die jeweils ergiebigste Produktionsmethode zu wählen, wird es nützlich sein, das Ausmass der Abweichung zu kennen. Es gibt daher auch Theoretiker des reinen Verwaltungssozialismus, die eine Wirtschaftsrechnung für erforderlich halten. Nun setzt jede Kostenrechnung notwendig eine Recheneinheit voraus. Es ist einleuchtend, dass Geldpreise diesem Erfordernis Genüge leisten. Wenn es im Verwaltungssozialismus keine in Einheiten abstrakter Kaufkraft ausgedrückten Preise gibt, was kann dann an deren Stelle treten? Jeder Aufwand kann als Verbrauch knapper objektiver Mittel oder, im Sinne der opportunity cost- und Grenznutzentheorie, als entgangener Nutzen betrachtet werden. Es fragt sich, ob man in diesen beiden naturalen Sphären, der „technischen" und der psychologischen, eindeutige und anwendbare Masstäbe besitzt. Wir wollen auf das Problem der subjektiven Nutzkomputation hier nicht ausdrücklich eingehen, zumal da diese Lösung in der Literatur gewöhnlich nur subsidiär herangezogen wird. Sie erscheint uns schon theoretisch, vor allem aber praktisch kaum möglich. Im Vordergrund des Interesses stehen die Versuche, zu objektiven Recheneinheiten zu gelangen, besonders die Versuche

der Berechnung nach aufgewandten Arbeitsmengen. Die Veranschlagung nach diesem Prinzip liegt auch dem „modifizierten Verwaltungssozialismus“ (mit Arbeitszertifikaten) zugrunde.

Vorweg sei ein üblicher Einwand ausgeschaltet : die Arbeitsstundenrechnung könne „die verkehrswirtschaftliche Preisrechnung nicht ersetzen, weil die Frage der Wirtschaftsrechnung ist, nicht wieviel Arbeitsstunden aufgewendet sind, sondern ob sie in der richtigen Richtung aufgewendet sind[1])“. Unter dem Eindruck der in der Geldwirtschaft tatsächlich vorhandenen Verkoppelung von preisorientierter Konsumentenschätzung und ebenso preisorientierter Kostenkalkulation der Unternehmungen werden in diesem Einwand die Probleme der Nützlichkeitsentscheidung und der Kostenberechnung konfundiert. Das zitierte Argument trifft die (auch von Marx scharf kritisierten) Arbeitsgeldsysteme von Gray, Proudhon u. a., bei denen individualistische Marktwirtschaft vorausgesetzt ist, nicht aber die verwaltungssozialistische Lösung. Was produziert werden soll, ist in diesem letzten Fall grundsätzlich schon über alle Wahlfreiheit der Konsumenten hinweg durch die Zentrale vorentschieden. In dem aufgestellten Plan sind alle Produkte gleich nützlich. Von daher kommt also den Arbeitsleistungen keine verschiedene Nützlichkeit mehr zu. Wichtig ist nur noch, das Produkt mit möglichst wenig Aufwand an Arbeitsstunden herzustellen. Wenn Marx erklärt, dass in der sozialistischen Gesellschaft die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren[2]), so ist damit jener Einwand implizit bereits erledigt. Die individuelle Arbeit ist hier gesellschaftlich notwendig im doppelten Sinne, in dem Marx dieses Wort gebraucht : sie ist von der Zentrale angeordnet worden sowohl unter Berücksichtigung der gesellschaftlich gewollten optimalen Technik wie auch im Hinblick auf den gesellschaftlich verfügten Bedarf.

Aber es fragt sich jetzt, ob die Arbeitsmengen untereinander technisch vergleichbar sind und ob sich auch wirklich alle Kosten in dieser Einheit ausdrücken lassen. Das vieldiskutierte Problem der Umrechnung von qualifizierter in durchschnittliche Arbeit bietet prinzipiell für die normalen Fälle nicht die oft vermuteten Schwierigkeiten. Qualifizierte Arbeit erscheint, zumal nach Brechung des Bildungsmonopols, als Kombination durchschnittlicher Arbeit mit der aufgehäuften Arbeit, die in der Ausbildung der Qualifikation investiert ist und die unter Annahme einer bestimmten Ausnutzungsdauer der Qualifikation für bestimmte Zeiteinheiten berechnet werden kann. Was die Naturleistungen anlangt, so scheint uns die ricardianische Methode der Ausschaltung des Bodenelementes aus der Produktionskostenrechnung richtig zu sein. Gewiss ist auch in der sozialistischen Wirtschaft der Grund und Boden für die Wahl der Standortsverteilung und der Intensität der Bodenbearbeitung von Belang. Aber diese „Aufwände“ lassen sich stets als Arbeitsersparnis berechnen, wenn die Grenzkosten auf Arbeit reduziert werden können. In die Grenzkosten

---

[1]) Heimann, Kapitalismus und Sozialismus, S. 29. Vgl. auch : Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung, S. 18.

[2]) a. a. O., S. 25.

aber geht keine Aufwandsgrösse für den Boden ein, solange eine weitere Intensivierung überhaupt noch Mehrerträge erbringt. Grössere und in der Regel ganz übersehene Schwierigkeiten macht jedoch die Umrechnung des Sachkapitals — der produzierten Produktionsmittel — in Arbeitsmengen. Man kann das Sachkapital nicht einfach durch einen theoretischen oder historischen Regressus in Arbeit „auflösen". Denn es ist nirgends im Kreislauf eine Stelle anzutreffen, an der Arbeit ohne Unterstützung von Maschinen (an deren Herstellung wieder Maschinen beteiligt sind) tätig ist[1]). Indessen ist unter gewissen Voraussetzungen, wenn auch keine Auflösung, bei der jährliches Gesamtprodukt und Sozialprodukt gleichgesetzt würden, so doch eine Umrechnung möglich : nämlich wenn man Stellen findet, an denen aus der Kombination eines Produktionsmittels (Maschine, Saat, etc.) mit lebendiger Arbeit eine bestimmte Menge desselben Produktionsmittels hervorgeht, so dass eine Aequivalenz zwischen einer bestimmten Menge Arbeit und einer bestimmten Menge Produktionsmittel herstellbar ist.

So bleibt schliesslich das Zinsproblem. Bereits in der heutigen Wirtschaft ist der Zins, wie in strenger Deduktion nachgewiesen werden kann, zur Erhaltung des Sachkapitalbestands nicht erforderlich ; dasselbe gilt für den Fall einer sozialistischen Wirtschaft. Ein Problem entsteht überhaupt erst bei der Erweiterung dieses Bestandes, sei es zur Erstellung neuer Arbeitsplätze für zuwachsende oder freiwerdende Arbeiter, sei es zum Zwecke der Durchführung kapitalbindender technischer Fortschritte, sei es bei Übergang zur Konsumtion mehr kapitalintensiv erzeugter Produkte. Nehmen wir einmal an, für jeden Produktionsplan sei die Kostenberechnung in Arbeitsstunden möglich, und überlegen wir, welche Fragen bei einer Entscheidung der Zentralstelle, die den Kapitalbestand in irgendeiner Weise betrifft, auftreten. Bei dieser Überlegung muss sich zeigen, ob durch die Vernachlässigung des Zinses die Rationalität der Planentscheidung leidet. Jede Vergrösserung des Kapitalbestandes bedeutet für eine bestimmte Zeit eine Einschränkung der bestehenden oder sonst möglichen Versorgung. Es ist dies ein „Aufwand", der unmittelbar in Arbeitsstunden berechnet werden kann : und zwar muss notwendig die Summe der Produktionskosten des zusätzlichen Sachkapitals gleich sein der Arbeitsmenge, investiert in jenen Konsumgütern, auf die während der Aufbauzeit verzichtet werden muss. Desgleichen ist feststellbar, ob und um wieviel die Produktion nach einer Umstellung ergiebiger geworden ist (in Arbeitskosten je Stück). Die Entscheidung darüber, ob eine Ausweitung des Kapitalstocks erwünscht ist, beinhaltet nun die Abwägung der Vorzüge der neuen Konsumversorgung gegenüber der alten und des Opfers, das mit der vorübergehenden Absteuerung von Produktivkräften zur Produktionsmittelherstellung verbunden ist. (Die Bindung von Produktivkräften für die blosse Reproduktion des neuen Sachkapitals braucht nicht zuzüglich veranschlagt zu werden, da voraussetzungsgemäss die Gesamtversorgung bei gleichbleibender Arbeitszeit verbessert ist). Es

---

[1]) Vgl. Fritz Burchardt, Die Schemata des stationären Kreislaufes bei Böhm-Bawerk und Marx, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 34 Jena, 1931.

ist klar, dass es sich hierbei um eine „Wohlfahrtsentscheidung“ der Zentralstelle handelt. Der psychologische Nutzen kann grundsätzlich nicht berechnet werden, ebensowenig wie in der Marktwirtschaft. Aber die Kostenrechnung kann auch im Verwaltungssozialismus einen quantitativen Überblick geben über das Ausmass, in dem Aufwandseinheiten gebunden oder freigesetzt, anderen Verwendungszwecken entzogen oder gewidmet werden können. Dasselbe gilt dann, wenn die Einführung einer anderen Produktionstechnik mit einer qualitativen Veränderung des Gesamtkonsums verknüpft ist. Man wird dann fragen und berechnen können, mit welchem Arbeitsaufwand die neue Konsumkombination bei alter Technik zu produzieren wäre und mit welchem bei neuer. Die Differenz zusammen mit der Summe der Kapitalbildungskosten gibt genügenden Anhalt für die Entscheidung. Die Kostenberechnung in der heutigen Wirtschaftsordnung bietet grundsätzlich kein anderes und besseres Orientierungsmittel. Es kann also auch in der Verwaltungswirtschaft festgestellt werden, ob und in welchem Ausmass jeweils ein technischer Fortschritt vorliegt. Die Zentralstelle hat nur noch über die Durchführung zu bestimmen. Spielt nun bei diesen Wachstumsprozessen der Zins irgendeine Rolle ? Als Kostenbestandteil ist der Zins auch heute für die Durchsetzung und Lenkung technischer Fortschritte nicht entscheidend. Er markiert jeweils nur eine Untergrenze. Ebensowenig hat er in der kapitalistischen Marktwirtschaft die „Funktion“, die Kapitalien in einer dem Bedarf der Konsumenten entsprechenden Weise auf die einzelnen Produktionszweige zu verteilen. Vielmehr besorgt das schon die Kinetik der Marktpreise mit Gewinnen und Verlusten. In der Verwaltungswirtschaft wird das von der Zentralstelle direkt entschieden. Und wenn heute durch die Einrechnung von Zinsen in den Produktionspreis die Nachfrage der Konsumenten nach kapitalintensiv erzeugten Produkten und damit indirekt nach der „Kapitaldisposition“ beschränkt wird, so ist selbstverständlich auch diese Ausgleichsfunktion im Verwaltungsplan schon mitenthalten.

Nun gibt es noch eine andere Funktion des Zinses, und hier stossen wir in der Tat auf ein neues Problem rationaler Verwaltung ; auch für Zustände eines relativen Gleichgewichts muss man stets, wenn man nicht die Erreichung eines höchstmöglichen technischen Standes ausdrücklich unterstellt, eine ganze Reihe möglicher Produktionsmethoden annehmen, die mehr oder weniger kapitalintensiv sind ; ihre Auswahl wird im Kapitalismus durch die jeweilige Höhe von Lohn und Zins, durch die relative Knappheit von Arbeit und Kapital bestimmt. Diejenige Produktionsmethode wird angewandt, bei der die Nettogrenzproduktivität des Kapitals mit dem Zins identisch ist. Dahin drängt die Konkurrenz. Es kann hier offen bleiben, ob sich dieser Mechanismus heute genügend durchsetzt. Aber das damit aufgegebene Problem ist auch für die Verwaltungswirtschaft gestellt, wenn in den einzelnen Produktionszweigen gleichzeitig mehrere verschieden kapitalintensive Produktionsmethoden möglich, also die Produktionskoeffizienten variabel sind. Nehmen wir an, die Produktionsaufgabe sei hinsichtlich der Konsumgüter genau festgelegt ; dann kann man für jedes einzelne Produkt eine ganze Reihe von Kombinationen von Sachkapital und Arbeit angeben, mit denen die gewünschte Menge produ-

ziert werden könnte. Ist die verfügbare Gesamtarbeitsmenge bekannt, so muss es eine bestimmte Verteilung der Arbeit auf die einzelnen Zweige geben, bei der die Gesamtsumme des zusätzlich benötigten Kapitals ein Minimum ist[1]). Es ist nun zu fragen, ob die für diesen Kapitalbedarf etwa benötigte Neukapitalbildung tragbar erscheint, und daraufhin ist die Produktionsaufgabe zu überprüfen. Man kann auch umgekehrt Konsumplan und zur Verfügung stehende Kapitalmenge als gegeben annehmen und nach dem Minimum an notwendiger lebendiger Arbeit fragen, oder endlich, wenn Kapital und Arbeit gegeben sind, feststellen, welche möglichen Konsumkombinationen damit herstellbar wären, und aus diesen die am meisten wünschenswerte auswählen. Ist die Entscheidung getroffen, dann ist zugleich die Verteilung der Kapitalien bestimmt. Im allgemeinen wird die Zentrale die bestehenden Möglichkeiten durch sukzessive Variierung der drei Hauptelemente eingrenzen und dabei nicht stets von neuem die Gesamtordnung in Frage stellen, sondern von einer gegebenen Basis aus Zusatzprobleme entscheiden. Die Kostenrechnung mit Arbeitsmengeneinheiten reicht also ohne besondere Zinsveranschlagung aus, um die sparsamste Verteilung der Produktionsfaktoren zu bestimmen. Deren Beschaffung selber ist dann ein Problem, dessen Lösung durch die Kostenrechnung erleichtert, aber grundsätzlich nur durch eine gleichzeitige Gesamtentscheidung über die Tragbarkeit der Aufwände und die Erwünschtheit des Ergebnisses bewältigt werden kann. In der freien Marktwirtschaft wird diese Entscheidung dem Willen vieler Einzelner überlassen, zum Teil auch durch den Mechanismus des Marktes mehr oder minder kräftig erzwungen. In der Verwaltungswirtschaft wird sie bewusst und von einer Stelle getroffen. Darin liegt der Grundunterschied — nicht aber in der grundsätzlichen Möglichkeit oder Unmöglichkeit formaler Rationalität der Wirtschaftsrechnung.

Angesichts der üblichen Stellungnahme in der Literatur lag uns daran, wenigstens die Denkbarkeit einer solchen Naturalrechnung zu betonen. Natürlich hat diese Berechnung der Arbeitsaufwände grosse praktische Schwierigkeiten, die das System recht schwerfällig gestalten würden. Immerhin werden die meisten der für diese Rechnung erforderlichen Daten auch bei jedem anderen Naturalplan, ohne den selbst der Marktsozialismus nicht auskommt, benötigt[2]).

---

[1]) Das Minimum an Gesamtkapitalaufwand bei Vollbeschäftigung ist dann gegeben, wenn in keinem Produktionszweig die zusätzliche Einführung einer (kleinen) Kapitalmenge eine grössere Ersparnis an lebendiger Arbeit ermöglicht als in den anderen. Man verteilt also Kapital und Arbeit nach dem Prinzip der gleichen Einsparungsrate, jeweils bezogen auf den komplementären Faktor.

[2]) Es wurde bisher vorausgesetzt, dass im Verwaltungssozialismus nur mit „naturalen", z. B. mit technischen Einheiten gerechnet werden kann, da es weder Markt noch Preise gibt. Vielleicht ist aber auch ein reiner Verwaltungssozialismus mit Konsumrationierung denkbar, in dem man mit Geltungsgrössen („Preisen") für Produkte und Produktionsfaktoren rechnet. Wenn man auch für die staatlichen Verteilungsstellen Nachfragekurven aufstellen kann und eine bestimmte Wertsumme des Volkseinkommens, weiter die gegebenen technischen Möglichkeiten sowie die Mengen und Qualitäten der vorhandenen Produktionsfaktoren zugrunde legt, so könnte es ebenso wie für die Fälle mit individueller Konsumfreiheit (und effektiven Konsumgü-

Die wenigen neuen Probleme, welche die Systeme des *modifizierten Verwaltungssozialismus* mit Arbeitszertifikaten unter dem Gesichtspunkt der Kostenrechnung bieten, sind mit dem der fixen Preise überhaupt identisch und sollen unten behandelt werden. Hier möge nur noch eine Frage gestreift werden, die das spezielle Gebiet der Kostenrechnung schon überschreitet, aber im Zusammenhang mit dem Problem der Zinsrechnung steht. Der Zins hat, wie erwähnt, auch die Funktion, die Nachfrage nach kapitalintensiv produzierten Gütern einzuschränken. Im Verwaltungssozialismus geschieht das mit der Entscheidung über Konsumplan und Kapitalbildung. Bei Arbeitsgeld aber kann die Zentrale ein Interesse daran haben, die kapitalintensiven Konsumbedarfe niedrig zu halten, ohne die Nachfrage wieder direkt zu rationieren oder den Zufall des Zuerstkommens bei knappgehaltenem Angebot entscheiden zu lassen. Bei Preisbemessung nach den im Produkt enthaltenen Arbeitsmengen würden die Konsumenten der mit relativ grossem Kapitalaufwand erzeugten Güter gegenüber den anderen Konsumenten bevorzugt werden, da sie die Lasten der Kapitalbildung zu einem unverhältnismässigen Teil auf diese anderen abschieben könnten. Daraus lässt sich das Prinzip ableiten, auf die Preise der Konsumgüter entsprechend der grösseren oder kleineren Kapitalintensität sowohl der Konsumgüterproduktion selber wie der sie beliefernden Produktionsmittelindustrien Aufschläge zu erheben. Bei diesem Aufschlag handelt es sich aber keineswegs um einen Kostenfaktor, der in Rechnung gestellt werden muss, sondern nur um eine von vielen Methoden zur Beeinflussung der Bedarfsverteilung. Daher fällt es auch nicht ins Gewicht, dass für diese Berechnung die Kapitalintensität der das Sachkapital für die Produktionsmittelindustrien selber liefernden Industrien nicht berücksichtigt wird. Übrigens dürften auch im Marktsozialismus die besonders kapitalintensiven Konsumbedarfe nicht der freien Entscheidung des Einzelnen überlassen bleiben, sondern irgendeinem Rationierungsprinzip zu unterwerfen sein.

Die Probleme der marktsozialistischen Rechnung, die abstrakte Kaufkraft und Rechnungseinheiten kennt, liegen auf einer ganz anderen Ebene. Die Frage ist hier nicht, ob man rechnen kann, sondern ob die Rechnung vollständig und richtig sein kann. Mises und Halm erklären immer wieder, dass im Marktsozialismus eine Preisbildung der Produktionsmittel unmöglich sei und dass sich daher auch der für richtige Kostenrechnung unentbehrliche Zins nicht herausbilden könne. Denn da das Eigentum an Produktionsmitteln, also auch die Nachfrage danach, in einer Hand konzentriert sei, könne von Markt und Marktpreis hier nicht gesprochen werden. Mit Recht ist ihnen entgegnet worden, dass mit dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln eine Dezentralisierung der Produktionseinheiten verträglich ist[1]). Erzeugung von und Bedarf an

---

termärkten) ein eindeutig bestimmbares statisches System simultaner Gleichungen geben. Hier wäre weder Markt noch Kaufkraft vorhanden. Es liegen Quasipreise vor, die den Verrechnungspreisen im oben bezeichneten Sinne nahestehen. Praktisch ist diese Möglichkeit wohl nur von geringem Belang.

[1]) Vgl. vor allem Heimann, Kapitalismus und Sozialismus, S. 19 ff. und 226 ff.

Produktionsmitteln sind dann getrennt ; es besteht ein echtes Marktverhältnis, bei dem sich Parteien gegenüberstehen, die gegensätzlich interessiert sind, da die Höhe der Leistungsziffern und vielleicht auch die Tantiemen von einem möglichst vorteilhaften Kauf und Verkauf abhängig sind. Auf das daran geknüpfte Zinsargument gehen wir erst später ein. An dieser Stelle soll zunächst die Antikritik gegen die liberale Position noch weitergeführt werden.

Max Weber, Mises und andere behaupten, dass man nur mit „echten" Preisen rechnen könne. Als Grundvoraussetzung für die Bildung echter Preise sehen sie den Marktkampf an. Es steht also die Möglichkeit und Brauchbarkeit von Verrechnungspreisen zur Diskussion. Wäre es nun nicht seltsam, wenn gerade ein Vertreter der Zurechnungstheorie wie Mises eine Konzeption missbilligen sollte, die nur einen Konsumgütermarkt kennt, im übrigen aber lediglich auf dem Papier abgeleitete Verrechnungspreise ? Man braucht nicht einmal wirklich marktmässig gebildete Löhne, um von der Kostenseite her die Kostenfaktoren aufzurechnen. Denn das Prinzip der blossen Verrechnung kann auch so weit getrieben werden, dass man mit „marktrichtigen" Löhnen und Zinsen rechnet, aber die Einkommensgestaltung, die personelle Verteilung, völlig von der funktionellen lostrennt[1]). Allerdings setzen Verrechnungspreise voraus, dass es irgendwo einen effektiven Markt gibt. Auf Grund einer umfassenden Berechnung sowohl der Nachfrage- und Angebotselastizitäten wie der Zusammenhänge zwischen den einzelnen Elementen der Bedarfs- und Kostenfaktoren müsste es prinzipiell möglich sein, bei einer Störung auf der Nachfrage-oder Angebotsseite die Bedingungen eines neuen (labilen oder stabilen) Gleichgewichts zu finden und entsprechend die Produktion so rasch wie möglich umzustellen. Die praktischen Schwierigkeiten einer solchen Berechnung dürften allerdings gross sein. Indessen würde unter den allgemeinen Bedingungen der sozialistischen Wirtschaft (geringere Einkommensdifferenzierung, Beherrschung der Wachstumsprozesse) die Aufgabe leichter und gleichzeitig das statistisch erfassbare Material umfassender und durchsichtiger sein als heute[2]).

Wir haben vorläufig noch angenommen, dass die Preise „marktrichtig", d. h. als Ergebnis der vorliegenden Knappheitsverhältnisse berechnet worden seien. Es gilt aber auch zu prüfen, was es in einem materialen Sinne mit dem Begriff der „echten", der „richtigen" Preise auf sich hat.

---

[1]) Ebenda, S. 47 ; ganz ähnlich Dickinson.

[2]) Wir unterstellten im Text entsprechend der üblichen Auffassung, dass Marktsozialismus und Geldpreisrechnung irgend einen effektiven Markt voraussetzen. Gewöhnlich werden Marktsozialismus und individuelle Konsumfreiheit eng miteinander verkoppelt, so dass als Minimum das Bestehen von Konsumgütermärkten betrachtet wird, auf denen sich die einzelnen Konsumenten und die staatlichen Verteilungsstellen gegenüberstehen. Indessen kann die Marktzone auch zwischen den Verteilungsstellen und den Produktionseinheiten liegen, bei rationierten oder unrationierten Gratislieferungen an die Konsumenten. Gemäss unseren Ausführungen gäbe es hier einen geschlossenen Kreislauf mit Nachfragemonopol des Staates. Dieses System könnte an beliebig vielen Stellen Märkte einschalten ; allerdings müssten nicht nur Zinsen und Renten, sondern auch die Löhne an die staatliche Zentralstelle abgeführt werden.

Man versteht darunter gemeinhin die „frei" gebildeten Preise und setzt diese den beweglichen Preisen der freien Konkurrenz gleich. Alle anderen seien für die Kosten- und Erfolgsrechnung und demnach für rationale Produktionsorientierung unbrauchbar. Offenbar können jedoch die einzelnen Betriebe auch mit manipulierten Preisen, mit Monopolpreisen oder Taxen (einschliesslich Steuern) rechnen. Aber wiederum : kann man mit ihnen richtig rechnen ? Gegen die Monopolpreise wird ein doppelter Vorwurf erhoben : sie seien erstens nicht eindeutig bestimmbar, und sie seien zweitens nicht „wirtschaftliche" Preise, weil sie die Produktion in eine „falsche" Richtung drängen und die wirtschaftspolitischen Entscheidungen irreführen. Auf diese Frage, mit der sich besonders Marschak kritisch beschäftigt hat[1]), ist hier nur kurz einzugehen, obwohl die neuerdings stärker bearbeitete Problematik einer völlig monopolistisch durchorganisierten Wirtschaft für die Theorie der Planwirtschaft recht wichtig ist. Mag die Auseinandersetzung darüber, ob sich bei einer derart organisierten Wirtschaft automatisch Tendenzen zu einem stabilen Gleichgewicht herausbildeten und durchsetzten, positiv oder negativ entschieden werden, jedenfalls ist sicher, dass durch zusätzliche Regelungen einer Zentrale ein stabiles Gleichgewicht geschaffen werden kann. Auch die liberale These, dass die Gesamtversorgung bei monopolistischer Regelung notwendig geringer sei als bei freier Konkurrenz und dass darum eine mit Monopolpreisen arbeitende sozialistische Wirtschaft die Versorgung verschlechtern müsse, scheint uns theoretisch schwach begründet. Man kann gegen die kapitalistischen Monopole solche und andere Einwände erheben. Aber zwischen ihnen und den — man könnte sagen — formalen, instrumentalen Monopolen einer sozialistischen Planwirtschaft bestehen grosse Unterschiede. Nicht notwendig müssen z. B. alle Monopole den grösstmöglichen Gewinn erstreben. Die sozialistischen könnten eindeutig auch an das Grenzkostenprinzip gebunden werden.

Indessen gilt die Kritik nicht einmal so sehr den Monopolpreisen als vielmehr den eigentlichen Taxen. Für diese ist sowohl autoritäre Festsetzung wie relative Starrheit gegenüber der Kinetik der Nachfrage und des Produktionsausfalls wesentlich. Es wird eingewandt, dass die Zentralstelle zur Orientierung Preise nicht verwenden könne, die sie selber erst künstlich festgesetzt habe und durch besondere Manipulationen zur Geltung zu bringen versuche. Aber dieses Argument entfällt, wenn die Preisfixierung nicht völlig willkürlich, sondern in Orientierung an die Bedarfswünsche (Konsumgüterpreise) und unter Berücksichtigung aller sonstigen Knappheitsdaten erfolgt. Die Befugnis der Zentrale, alle möglichen Preise, die vielleicht untereinander ganz unvereinbar sind, festzusetzen und festzuhalten, darf nicht zu dem Schluss verleiten, dass diese Möglichkeit sich tatsächlich durchsetzen müsse. Vielmehr ist für die einzelnen Produktionsstufen und -zweige eine Fixierung der Preise nach den Kosten durchführbar. Solche Kostenpreistaxen würden bei Veränderung der Preise der Kosten-

---

[1]) Vgl. Jakob Marschak, Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft. Zur Misesschen These von der Unmöglichkeit sozialistischer Wirtschaftsrechnung. Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 51.

faktoren natürlich verändert werden müssen. Es kommt nun alles darauf an, dass diese Grundpreise nicht völlig „willkürlich" angesetzt werden. Wenn das der Fall wäre, würde in aller Regel ein Ungleichgewicht im Sinne einer Minderbeschäftigung des einen oder des anderen Produktionsfaktors entstehen, selbst wenn die übrigen Preise nach dem Kostenprinzip aufgebaut wären. Unter mehr oder minder grossen Reibungsverlusten müssten dann Korrekturen erfolgen. Es ist aber eine ganz andere Lösung möglich : dass man nämlich die Mengenverhältnisse der zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren mitreguliert, z. B. bei zu hohem Lohn und zu niedrigem Zins die Kapitalbildung bewusst forciert. Das heisst aber : bei einer derartigen zentralen Konstituierung von Taxen (auch von Lohn- und Zinstaxen) sind in Anpassung an die technischen und die Bedarfsstrukturen auch die Produktionsmengen, mindestens aber das Mengenangebot von Kapital und Arbeit, festzulegen[1]). In diesem Fall macht man keine Eingriffe in bestehende Knappheitsverhältnisse, sondern schafft bewusst neue. Selbstverständlich darf eine solche Fixierung von Preisen und Mengen nur eine gesamtplanwirtschaftlich orientierte sein. Man kann dieses Ergebnis geradezu aus einer Kritik der heutigen Preismanipulationen, Valorisationen usw. ableiten. In der Tat ist gegenüber den meisten gegenwärtig vorgenommenen Eingriffen zu sagen, dass sie willkürlich sind und Störungen nach sich ziehen. Aber das gilt, weil sie jeweils nur partielle Gebiete betreffen und diese aus dem Kreislauf herausheben wollen, weil sie niemals die Produktion wirklich erfassen, oder wenn sie es zu tun versuchen, durch die individuellen Gewinninteressen sabotiert werden.

Bei der relativen Starrheit der Taxen können sich die einzelnen Betriebe hinsichtlich der Ausdehnung oder Einschränkung ihrer Produktion natürlich nicht an einer Preiskinetik orientieren ; aber sie sind darum nicht notwendig richtungslos, weil die mengenmässigen Aufträge, eventuell differenziert für verschiedene Preisstellungen, zur Orientierung durchaus genügen. Ein Problem tritt nur bei der Konsumgüterindustrie auf, und hier handelt es sich nicht eigentlich um ein Rechnungs-, sondern um ein Anpassungsproblem. Wenn die Preise starr sind und eine Bedarfsverschiebung eintritt, dann fragt sich, wie die Nachfrage nach zu knappen Gütern zu beschränken ist und wie der Mechanismus der Anpassung an diesen Bedarf funktionieren kann. Man müsste schon die zu knappen Güter vorübergehend rationieren oder den Zuerstkommenden ausliefern. Die meisten Schwierigkeiten werden aber durch eine vernünftige Vorratspolitik leicht zu beheben sein. Dabei hat die relative Starrheit von Preisen und Produktion den Vorteil, dass sie vorübergehende Bedarfsverschiebungen mit den Reibungen einer mehr oder minder starken oscillatorischen Kinetik zu einem guten Teil auszuschalten erlaubt. Übrigens kann man in der Konsumgutsphäre, d. h. bei den Auslieferungsstellen der Konsumgüter, sehr wohl mit gewissen Aufschlägen und Abzügen von den Produktions-

[1]) Vgl. den Artikel „Preistaxen" von L. Mises im Hw. d. Staatsw., 4 Aufl., Bd. VI S. 1055 ff., wo die Möglichkeit einer sozialistischen Taxwirtschaft zugegeben wird.



preisen arbeiten, wodurch der Absatz einer einmal produzierten Menge gesichert und doch in der Produktionssphäre an dem Prinzip der Kostenpreise festgehalten wird.

Der Nachweis der grundsätzlichen Möglichkeit einer Preisrechnung im Marktsozialismus, der natürlich nicht die Forderung in sich schliesst, es dürfe nur nach dem Kostenprinzip produziert werden, soll noch durch eine kurze Bemerkung zum Zinsproblem ergänzt werden. Bisher haben wir stillschweigend Zinsrechnung angenommen. Da diese ja nicht privaten Zinsbezug bedeutet, ist an und für sich gegen eine solche Rechnung sowie gegen die Zahlung von Zinsen an die staatliche Zentralbank nichts einzuwenden. Es fragt sich nur, ob sie notwendig ist, und, wenn ja, ob der Zins einheitlich sein muss. Die erste Frage ist durch die Ausführungen über den Verwaltungssozialismus noch keineswegs entschieden. Denn dort war die Bestimmung der Produktionsaufgabe und der Höhe der Realkapitalbildung von einer Stelle aus zu erledigen. Hier aber konkurrieren viele Betriebe und indirekt alle Konsumenten mit verschiedener Intensität um die verfügbare Kapitaldisposition. Vom Standpunkt des Einzelnen her gesehen wird daher der Zins — abgesehen vom Grenzfall der reinen Statik — zu einem echten Kostenfaktor. Will man die Einschränkung des Kapitalbedarfs nicht durch den Zins vornehmen, dann müsste man wieder rationieren, also verwalten. Aber wir sehen keinen praktischen Vorteil gegenüber einer generellen Zinsrechnung. Mit ihrer Befürwortung ist nicht gesagt, dass eine Zinsdiskriminierung nicht möglich, erlaubt oder rationell sein könnte. Die Methode der qualitativen Kreditpolitik, die im „reinen Marktsozialismus" im Mittelpunkt steht, kann geradezu als eine Abart diskriminativer Zinspolitik betrachtet werden[1]).

2. Planmässigkeit.

Die vorhergehenden Erörterungen haben die engere Problematik der Kostenrechnung gelegentlich schon überschritten und die aus der Kosten- und Preisrechnung resultierenden Anpassungsprozesse gestreift. In der Marktwirtschaft haben die Preise ausser ihrer Orientierungsfunktion tendenziell auch die Wirkung, auf den verschiedensten Märkten Angebot und Nachfrage mengenmässig auszugleichen. Die Frage der Planmässigkeit ist nichts anderes als die Frage nach den Möglichkeiten, an allen erforderlichen Stellen ein Gleichgewicht herzustellen und zu bewahren. Da die Erfahrung gezeigt hat, dass weder die liberale noch die monopolkapitalistische Wirtschaft die partiellen Anpassungsprozesse zu einem generellen und dauernden Gleichgewicht hat zusammenordnen können, ist zu fragen, ob und auf welche Weise einer mit unbedingter Verfügungsgewalt ausgestatteten Zentralstelle der Ausgleich von Bedarf und Deckung, die Herstellung der Proportionalität der einzelnen Produktionszweige und ihre zeitliche Aufein-

[1]) Vgl. zur Zinsfrage im Sozialismus auch Maurice Dobb, Russian Economic Development since the Revolution, London, 1928, und neuerdings (davon abweichend) a. a. O., S. 595 ff. D. begründet hier mit sehr schönen Argumenten Zinsdiskriminierungen ; nur sieht er darin unnötigerweise eine Durchbrechung des Marktsozialismus.

anderstimmung gelingt. Zugrunde liegt überall ein Generalplan, der die gesamte Wirtschaft umfasst. Die Unterscheidung von strengem Verwaltungssozialismus und allen anderen mehr oder weniger marktsozialistischen Typen bedeutet aber schon eine wichtige Modifikation dessen, was unter Generalplan zu verstehen ist. Im reinen Verwaltungssozialismus ist der Plan in seinem Gesamtumfang eine bindende direkte Norm. Bei den übrigen Typen wird wenigstens ein Teil der Direktiven auf die Konsumenten delegiert. Der Plan enthält dadurch ein „stochastisches" Element: es bestehen von vorneherein gewisse Spielräume. Die zentralen Eingriffe müssen darum in einem besonderen Sinne elastisch sein. Das rahmenmässig geplante Gleichgewicht soll durch den mehr oder minder automatischen Marktmechanismus nicht nur durchgesetzt, sondern zum Teil erst inhaltlich bestimmt werden.

Betrachten wir unter dem Gesichtspunkt der Planmässigkeit zunächst den Verwaltungssozialismus, so ist eigentlich aus der Gesamtkonstruktion schon selbstverständlich, dass bei rationaler Planaufstellung, ausreichender Kontrolle und Macht der Zentralstelle ernsthafte Störungen kaum entstehen können. Partielle Fehlproduktionen sind durchaus möglich, woraus Beschäftigungslosigkeit in Vor- und Nachstufen entspringen kann. Aber derartige Fehler können nie eine Generalisierung erfahren; sie lassen sich relativ leicht isolieren und durch neue Planung überwinden. Zum Teil ist dies eine Frage der Elastizität des Planes, auf die bei der ursprünglichen Planaufstellung Rücksicht zu nehmen wäre, und vor allem eine Frage gewisser Reserven, die es in jeder Wirtschaft geben muss. Natürlich gibt es auch im Verwaltungssozialismus wirkliche Gleichgewichtsprobleme. Man hat die Macht, bestimmte Umänderungsprozesse, die sich im Marktsozialismus und noch hemmungsloser in der kapitalistischen Marktwirtschaft durchsetzten, einfach zu verhindern. Aber wenn man sich für eine Änderung entschliesst, dann treten analoge Probleme auf wie in der Marktwirtschaft, nur die Mittel zu ihrer Bewältigung sind andere. So muss bei Einführung arbeitsparender technischer Fortschritte auch im Verwaltungssozialismus zugleich mit dem Bau der neuen Maschinen die Arbeitsplatzausrüstung für die durch sie ersetzten Arbeiter beschafft werden. Auch für den verwaltungssozialistischen Gesamtplan ist die ständige Beschäftigung des einmal hergerichteten und noch nicht veralteten Apparates der Dauergüterindustrien ein ernsthaftes Problem; nicht minder der moralische Verschleiss des fixen Kapitals und anderes mehr.

Beim Marktsozialismus in seinen verschiedensten Formen ist wegen der z. T. indirekten Methoden, der Dezentralisierung gewisser Produktionsentscheidungen, prinzipiell eine grössere Störungsmöglichkeit gegeben. Vielleicht kommt man am besten zu Feststellungen darüber, welche Prozesse besonders gefährlich und welche planwirtschaftlichen direkten oder indirekten Eingriffe demgemäss notwendig sind, wenn man von dem Grenzfall einer in ihren Einheiten selbständigen Produktion ausgeht und fragt, was die Zentrale tun muss, um die Planmässigkeit des Gesamtablaufs zu sichern. Unter diesem Gesichtspunkt wären vor allem Bedarfsverschiebungen (originärer und abgeleiteter Natur), Schwankungen in der Produktion der Rohstoffe (Ernteschwankungen), Wachstum der Bevölkerung,

Erfindung neuer Güter und besonders die Einführung technischer Fortschritte mannigfacher Art (arbeitsparende, kapitalsparende usw.) zu untersuchen. Die Störungen, die von der Konsumseite her eintreten können, sollten nicht überschätzt werden. Die relative Egalisierung der Einkommen im Sozialismus wird die Stabilität der Bedarfsrichtungen erheblich fördern. Ferner haben viele Konsumgüter, zwischen denen der Bedarf jeweils schwankt, verwandte Vorproduktionen, so dass die Fernwirkungen an einem früheren Punkte aufhören als bei Störungen, die von der Angebotsseite her nahezu alle Zweige und Stufen erfassen. Immerhin können schon bei so einfachen Prozessen wie Nachfrageverschiebungen Kapitalprobleme auftreten, und es besteht dann die Gefahr von Überinvestitionen in einzelnen Produktionszweigen. Daher könnte die Zentralstelle bereits hier gezwungen sein, die Verfügung über die kinetischen Gewinne, den Ausbau und Abbau bestimmter Produktionsstätten entweder in eigene Hand zu nehmen oder doch streng zu überwachen.

Die entscheidenden Probleme ergeben sich erst bei der Regulierung des Wachstums. Hier sind unter den Bedingungen der marktmässigen Massenproduktion und der Kreditwirtschaft selbst bei völlig rationalem Verhalten der Einzelnen eine ganze Reihe von verschiedenartigen Disproportionalitäten denkbar. Generelle Rezepte versagen hier naturgemäss. So hat z. B. das Prinzip der „Kaufkrafthebung um jeden Preis" einen viel begrenzteren Anwendungsbereich, als vielfach angenommen wird. Prinzipiell wird in jedem Falle die Aufgabe darin bestehen, entweder die Störungsprozesse ganz zu unterbinden oder ihre Generalisierung auf die Gesamtwirtschaft unmöglich zu machen oder aber, was schliesslich auf dasselbe hinausläuft, konterkarrierende Prozesse in Gang zu setzen. Um das unseres Erachtens wichtigste, schon beim Verwaltungssozialismus erwähnte Beispiel anzuführen : arbeitsparende technische Fortschritte setzen Arbeiter frei, so dass die Ordnung des Gesamtgefüges von der Einkommensseite her gefährdet wird. Die rechtzeitige Überleitung der freigesetzten Arbeiter auf neue Arbeitsplätze ist, wie die reifsten Darstellungen der Freisetzungstheorie zeigen, keineswegs das Ergebnis eines automatischen Anpassungsprozesses durch Freisetzung von Konsumentenkaufkraft, sondern eine Frage der Kapitalbildung, der Herstellung eines zusätzlichen Kapitalstocks, an dem die freigewordenen Arbeiter wieder beschäftigt werden können[1]). Nur durch Zufall entsprechen sich jeweils, wenn nicht besondere Regelungen getroffen werden, Kapitalbildung und Kapitalbedarf ; auch der Zins hat keine genügende regulierende Kraft. Die Planzentrale wird also von vornherein den mit einem technischen Fortschritt nicht nur unmittelbar, sondern auch mittelbar verbundenen Kapitalbedarf veranschlagen und danach die Durchführung der Fortschritte, die sich heute massieren und auf bestimmte Konjunkturphasen konzentrieren, zeitlich je nach den Kapitalbildungsmöglichkeiten

[1]) Alfred Kähler, Die Theorie der Arbeiterfreisetzung durch die Maschine, Leipzig, 1933 ; Hans Neisser, Lohnhöhe und Beschäftigungsgrad im Marktgleichgewicht, Weltwirtschaftliches Archiv, Oktober, 1932, S. 415 ff. ; eine kurze Zusammenfassung findet sich auch bei Heimann, Sozialistische Wirtschaftsordnung usw., S. 30 ff.

verteilen müssen. Die antizipatorische Bereitstellung zusätzlicher Arbeitsplätze erfordert dabei stets auch eine Übersicht über die beim neuen Stand der Versorgung wahrscheinlichen bezw. möglichen privaten und öffentlichen Bedarfe. Selbstverständlich kommt für die Anpassung an technische Fortschritte prinzipiell auch eine Verkürzung der Arbeitszeit in Frage. Da sich eine solche aber kaum auf einige wenige Industrien beschränken lässt und da andererseits jede generelle Arbeitszeitregelung mannigfaltige Umstellungen in den Arbeitsprozessen wie in der Zusammensetzung der Produktion voraussetzt, wird dieser Ausweg keineswegs immer zu beschreiten sein.

Mit welchen Mitteln kann die Zentrale diese und mannigfache andere Aufgaben der Wachstumsregulierung planmässig bewältigen ? Nach den Vorschlägen des „reinen Marktsozialismus" soll alles Wesentliche durch das Kreditmonopol der Zentralbank, die der Planstelle als Exekutive dient, geleistet werden. Der Terminus Kredit oder Kreditpolitik ist hier im weitesten Sinne aufzufassen. Gemeint ist die quantitative und qualitative Leitung der Investitionstätigkeit, deren ungeordneter Gang heute die entscheidenden Störungen verursacht. Wir haben oben gezeigt, dass eine solche Wachstumsregelung von einer Kreditzentrale her bei privater Kapitalbildung und Kapitalverfügungsmacht auf unüberwindbare Schwierigkeiten stösst. Aus dieser Kritik sind bestimmte Konsequenzen für ein sozialistisches Kreditmonopol zu ziehen. Grundsätzlich müsste die Verfügung über die Kostenüberschüsse (wovon gewisse Leistungsprämien abzuziehen sind) den Produktionseinheiten des Marktsozialismus entzogen und der Zentrale unterstellt sein. Trotzdem könnten natürlich bei der Verteilung der Anlage- und Betriebskapitalien diejenigen Produktionszweige und Betriebe, in denen sich besondere Überschüsse ergeben haben, vornehmlich berücksichtigt werden, und es wäre wohl auch unbedenklich, den Betrieben einen gewissen finanziellen Spielraum für kleinere Verbesserungen des Arbeitsprozesses zu geben. Aber die eigentliche Investition dürfte niemals ohne Mitwirkung der Zentrale erfolgen. Dabei ist es relativ gleichgültig, ob die Planstelle selbst die Anlagen bauen lässt und sie dann einer Arbeitsgruppe in Regie überlässt oder ob sie dieser die notwendigen Investitionskredite zur Verfügung stellt. Immer aber ist Produktionskontrolle notwendig. In wichtigen Fällen wird man von selbst zu einer Fixierung von Mengen und Preisen gedrängt. Wird die Anlagetätigkeit der Zentrale überantwortet, so ist für Veränderungen der Produktionsmengen durch die Betriebseinheiten, sofern das Prinzip möglichst niedriger Produktionskosten innegehalten wird, nur eine ziemlich geringe Spanne gegeben. Es wird nun zu erproben sein, in welchem Ausmass eine direkte Lenkung notwendig und in welchem eine bloss indirekte ausreichend ist. So oder so wird die Regelung umso starrer sein müssen, je mehr man zu den Grundindustrien (einschliesslich der Maschinenindustrie) vorstösst. Zweckmässigerweise wären hier wenigstens die Hauptzweige straff monopolistisch zu organisieren. Die Monopole müssten in ihrem eigenen Bereich eine gewisse Leistungskonkurrenz der Betriebe gewährleisten, aber die Zentralstelle hätte nur noch mit den grossen Einheiten zu verkehren, deren Investitionspolitik und Marktverbindungen zu überwachen und direkt oder indirekt zu

regulieren. In der Regel müssten die Monopole gehalten sein, nach Grenzkosten zu kalkulieren. Der Zentrale steht es frei, aus konjunktur- und sozialpolitischen Gründen Subventionen oder Belastungen zu verfügen. Ein Unterfall davon ist die oben erwähnte Zinsdiskrimination. Die notwendigerweise sehr straffe Investitionskontrolle (die in wichtigen Fällen auch über die Reinvestierung der Amortisationssummen mitentscheiden müsste) braucht dabei keineswegs in der Form eines Befehls zu erfolgen. Oft wird ein Druck mit marktmässigen indirekten Mitteln genügen, eine bewusste Veränderung der Daten, die die rational wirtschaftenden Produktionseinheiten in ihrem Verhalten determinieren.

Die Befugnisse der Zentrale werden also grösser sein müssen, als es im allgemeinen den Vertretern des reinen Marktsozialismus vorschwebt. Die Planungsprobleme der Taxwirtschaft sind in früherem Zusammenhang schon behandelt worden. So bleibt nur noch übrig, gegenüber den radikalen Vertretern des Verwaltungssozialismus die Planmässigkeitsfunktion der eingebauten Marktprozesse anzudeuten. Der kapitalistische Marktverkehr führt zu Fehlproduktionen, zahllosen partiellen und generellen Krisen und „wastes in industry". Aber die Kritik trifft im Grunde gar nicht den Marktprozess selber, sondern die kapitalistischen Bedingungen, unter denen er heute abläuft. Durch das Gegenspiel der Marktparteien, durch die Kommunikation aller Märkte, sowohl von der Seite der Einkommensverausgabung wie von der Seite der Produktionsfaktoren her, sind in der Marktwirtschaft immer starke Gleichgewichtskräfte wirksam. Die Schwierigkeit entsteht selbst bei freier Konkurrenz dadurch, dass manche Störungen nicht durch blosse statische Anpassungsvorgänge bewältigt werden, sondern Entwicklungsprozesse notwendig sind, die unter kapitalistischen Voraussetzungen nicht automatisch in der richtigen Richtung, Schnelligkeit und Grösse erfolgen. Bei Gemeineigentum an den Produktionsmitteln lassen sich aber Elemente einbauen, die die Gleichgewichtigkeit des Marktablaufs verstärken bezw. erst gewährleisten, z. B. öffentliche Kapitalbildung und qualitative Kreditpolitik[1]). Eine vorsichtig eingeschränkte indirekte Regelung, also Dezentralisierung bestimmter Befugnisse, ist überdies technisch auch insofern zweckmässig, als sie vor bürokratischer Überlastung der Zentrale bewahrt und als die Regulierungen (sogar bei dem etwas komplizierteren Fall des Taxsozialismus) prompter und gleichzeitig umfassender erfolgen können. Sonderregelungen für einzelne Produktionszweige werden, wenn Preise und Kosten marktmässig bekannt sind, behutsamer vorgenommen, wodurch die Sachlichkeit der Entscheidungen gegenüber den Ansprüchen der verschiedenen Gruppen gefördert werden kann.

Im ganzen dürften die Unterschiede zwischen Markt- und Verwaltungssozialismus hinsichtlich der Planmässigkeit relativ gering sein. Inhaltlich

---

[1]) Ganz generell versucht man, die „Daten" des Marktes besser aufeinander abzustimmen. Darunter ist allerdings gegebenenfalls auch die Form des Marktzusammenhanges selbst mitzuverstehen. Bestimmte Daten-Kombinationen sind unter Umständen nur bei Veränderung auch der „Mechanismen" (Versteifung oder Auflockerung) möglich.

sind die Probleme grösstenteils dieselben. Den verschiedenen Methoden sind spezifische Vor- und Nachteile eigen. Aber in jedem Fall kann unter sozialistischen Voraussetzungen das Gleichgewicht des Wirtschaftsprozesses gesichert werden.

3. Produktivität.

Mit der Rechenhaftigkeit und Planmässigkeit der sozialistischen Wirtschaft ist zugleich auch ihre „Produktivität" im wesentlichen gesichert. Der Sozialismus hätte unter dem Gesichtspunkt mengenmässiger Ergiebigkeit gegenüber der heutigen Ordnung mit ihren grossen Fehlproduktionen auch dann noch einen Vorsprung, wenn man die planwirtschaftlichen Verwaltungskosten (Bürokratie) nicht gering veranschlagte und sich das Tempo des intensiven Wachstums der Wirtschaft (kraft technischer Fortschritte) etwas verlangsamt dächte. Von einer Belastung durch die sozialistische Bürokratie sollte man indessen nie auf dem Hintergrund einer liberalen, sondern der heutigen, weitgehend bürokratisierten monopolkapitalistischen Ordnung sprechen. Die objektiven Chancen einer Steigerung der Ergiebigkeit liegen in vieler Hinsicht, auch abgesehen von der Krisenvermeidung, im Sozialismus günstiger als in der gegenwärtigen Wirtschaft. Es besteht grössere Freiheit bei der Bestimmung der optimalen Betriebsgrösse und der Wahl der Standorte. Die relative Egalisierung der Einkommen fördert die Massenproduktion und zwar nicht nur im reinen Verwaltungssozialismus, sondern praktisch auch im Marktsozialismus, zumal wenn die Einebnung der Einkommensunterschiede durch Preisdiskriminierungen bei den Konsumgütern verstärkt wird. Entscheidend ist natürlich die Frage der technischen Fortschritte, deren Regulierung im Mittelpunkt stehen soll. Liberale Autoren pflegen von einer Wahl zu sprechen, die zwischen Fortschritt und kapitalistischer Dynamik einerseits und Stetigkeit der Versorgung und Beschäftigung andererseits zu treffen sei. Indessen kann die Erfindertätigkeit durchaus von ihren kapitalistischen Antrieben losgelöst werden. Und die Lenkung der ökonomisch-technischen Fortschritte bedeutet nicht ihre Bremsung, sondern nur eine zeitliche Verteilung, bei der das Durchschnittstempo der für den Konsum nutzbar zu machenden Rationalisierungen eher grösser sein wird als heute. Schliesslich ist die Produktivität des Systems abhängig von den Leistungsantrieben der an der Produktion ummittelbar Beteiligten. Den Betriebsleitern wird wohl ein gewisses Mass von Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber der Zentrale eingeräumt werden müssen. Auf sie wie auf die Betriebsangehörigen wird man sowohl durch Ehrungen wie durch Tantiemen, Prämien einwirken können. Einer derartigen Differenzierung der Einkommen steht prinzipiell nichts im Wege. Sie ist sowohl im Verwaltungssozialismus wie im Marktsozialismus durchführbar. Auf längere Sicht ist die Produktivitätssteigerung ein Problem der Erziehung, der richtigen Berufsauslese und Vorbildung. Bei Fortfall des Bildungsmonopols ist hier eine bessere Regelung möglich als unter den gegenwärtigen Bedingungen.

4. Konsumfreiheit.

Aus dem Kreis der teils ökonomischen, teils sozialpsychologischen Probleme, die mit der Forderung des Sozialismus, nicht bloss eine ergiebigere, sondern auch eine freiere und gerechtere Ordnung zu verwirklichen, gegeben sind, greifen wir zunächst die oft diskutierte Frage der Konsumfreiheit heraus.

Um Missverständnisse zu vermeiden, wird man hier einige Unterscheidungen treffen müssen. Unter formaler Konsumfreiheit haben wir schon im vorhergehenden das Recht des einzelnen Konsumenten verstanden, ein bestimmtes Geldeinkommen nach Belieben für diese oder jene Güter auszugeben. Dieses Prinzip ist eng mit dem Bestehen von Märkten und Preisen verbunden. Je nach den Preisrelationen wird bei gegebenem Einkommen von dem betreffenden Konsumenten eine verschiedene Kombination von Waren bzw. Diensten gekauft werden. Die formale Konsumfreiheit kann auf zweierlei Weise modifiziert werden : direkt und indirekt, durch Einschränkung ihres potentiellen Geltungsbereichs und durch Einschränkung ihrer faktischen Geltung. Die direkte Modifikation bzw. Aufhebung erfolgt durch eine autoritäre Rationierung und Zuweisung der Konsummengen, wie sie etwa im reinen Verwaltungssozialismus vorgesehen ist. In der Marktwirtschaft findet eine indirekte Determinierung der Ausgabengestaltung durch eine Beeinflussung der den Kaufentscheidungen zugrundeliegenden individuellen Bedarfsordnungen statt, so dass die formale Konsumfreiheit nur noch eine „formale" (im wertbetonten Sinne des Wortes) ist. Der Terminus Konsumfreiheit wird in einem ganz anderen Sinne gebraucht, wenn man darunter nicht nur die Befugnis versteht, in den durch das Einkommen gegebenen Grenzen die Dringlichkeit der Bedarfe zu ordnen und demgemäss effektive Nachfrage auszuüben, sondern die Freiheit von jenen Grenzen, die Macht zur Bedarfsdeckung selber. Dieser Begriff der materialen Konsumfreiheit bezieht sich also auf den Stand der Versorgung, sei es des einzelnen, sei es der Gesamtheit[1]). Von liberaler Seite wird zwischen formaler und materialer Konsumfreiheit gewöhnlich eine sehr enge Verbindung hergestellt. Man sagt, das Höchstmass an Versorgung des Einzelnen und bei gegebener Einkommensverteilung auch der Gesamtheit sei bedingt nicht nur durch die Freiheit der Produktion, sondern auch des Konsums. Im Sozialismus aber sei (formale) Konsumfreiheit unmöglich und schon darum auch die materiale Konsumfreiheit ausserordentlich begrenzt. Diese Doktrin ist in ihren beiden Hauptbestandteilen falsch.

Sie ist in ihren theoretischen Voraussetzungen unhaltbar oder zumindest wertlos, sofern das übliche Maximumtheorem das Bestehen der gegenwärtigen Besitz-, Einkommens- und überhaupt Wirtschaftsordnung nicht in Frage stellt. Auch die Tatsachen widerlegen sie : jedermann sieht, dass mit der recht eingeschränkten, oft sogar verfälschten formalen Konsum-

[1]) Diese Unterscheidungen finden eine genaue Entsprechung in den Begriffen, die die Problematik der politischen Demokratie zu fassen erlauben.

freiheit material für grosse Massen eine starke Unsicherheit und Mangelhaftigkeit der Versorgung verknüpft ist. Andererseits glauben wir gezeigt zu haben, dass im Sozialismus sowohl formale Konsumfreiheit möglich ist, wie auch, ganz unabhängig von den Verteilungs-formen, für die grosse Mehrzahl eine erhebliche Steigerung der materialen Konsumfreiheit dank einer Fehlproduktionen und Krisen vermeidenden Wirtschaftsplanung.

Es handelt sich also hier nur noch darum, die Vor- und Nachteile der verschiedenen formalen Prinzipien, Konsumfreiheit oder Rationierung, in einer sozialistischen Gesamtordnung zu erwägen. Liesse sich nur bei Rationierung der Massenkonsum und damit die Massenproduktion, d. h. aber die Gesamtergiebigkeit der Wirtschaft erheblich steigern und die Planmässigkeit des Wirtschaftsprozesses sichern, dann bestünde wenigstens für die von uns behandelte „erste Phase" eine Spannung zwischen formalem Zwang und materialer Freiheit. Indessen, auch im Arbeitsgeld- und im Marktsozialismus ist Krisenverhinderung möglich, und auch hier würden sich infolge der relativen Egalisierung der Einkommen für die wichtigsten Konsumgüter soziale Bedarfsnormen (d. h. eine legitime indirekte Determinierung der Konsumwahl) durchsetzen, die eine Ausweitung der Massenproduktion über das heutige Mass hinaus erlauben. Neben diesen Produktivitätserwägungen handelt es sich aber auch um ein sozialpsychologisches Problem. Wir wissen zwar nicht, ob in der sozialistischen Gemeinwirtschaft auf die Dauer das Verlangen nach individueller Freiheit der Konsumwahl erhalten bliebe. Aber jedenfalls wird für absehbare Zeit und mindestens im Bereich des über die blosse Existenzsicherung hinauszielenden kulturellen Bedarfs, der ja gerade im Sozialismus gefördert werden soll, die formale Konsumfreiheit für viele einen positiven Wert darstellen[1]). Dass die privaten Konsumentenwünsche immer auf das individuell und gesamtwirtschaftlich Richtigste abzielen und darum sakrosankt seien, ist allerdings nur ein liberales Dogma. Aber zur Vermeidung von psychologischen Reibungen wäre vermutlich auf lange Zeit eine Delegierung der Bedarfsentscheidungen auf die einzelnen Konsumenten am zweckmässigsten. Sie sollte nur soweit eingeschränkt werden, als Planmässigkeit und Ergiebigkeit der Produktion es dringend erfordern[2]).

5. Einkommensordnung.

Neben der inhaltlichen Zusammensetzung des Realeinkommens ist die Bildung und Höhe des Einkommens ein wichtiger Gegenstand des sozialistischen Wirtschafts- und Sozialplans. Wir wollen im folgenden vornehmlich

---

[1]) Generelle Rationierung könnte unter Umständen eine Steigerung von „wealth" aber eine Minderung von „welfare" gegenüber anderen Lösungen bedeuten. Vom Gratisprinzip ist im Text abgesehen. Es kann in der hier behandelten Phase nur ausnahmsweise zur Geltung kommen.

[2]) Ausserdem setzen Preisrechnung und a fortiori Markt (abgesehen von den früher erwähnten Grenzfällen) freie Einkommensverwendung der einzelnen Konsumenten voraus. Sofern durch Marktpreisrechnung die Rationalität der Wirtschaftsführung gesteigert werden kann, fördert die formale zugleich die materiale Konsumfreiheit.

nur die Möglichkeiten und Konsequenzen der in Frage kommenden Lösungen erörtern. Wiederum ist zwischen dem formalen Prozess der Einkommensbildung und dem inhaltlichen Prinzip der Einkommensbemessung zu unterscheiden. In formaler Hinsicht kann entweder marktmässige Einkommensbildung oder autoritäre Zuweisung erfolgen. Letztere ist immer im Verwaltungssozialismus gegeben, aber auch mit einem modifizierten Marktsozialismus vereinbar, wo zwischen knappheitsorientierter Lohnkostenrechnung und Arbeitereinkommen, zwischen funktioneller und personeller Verteilung grosse Differenzen bestehen können. Während die marktmässigen Einkommen notwendig in Kaufkraft gegeben werden, kann das diktierte Einkommen sowohl in Naturalform wie in Geldform (inclusive Arbeitsgeld) zufliessen. Mit diesen formalen Möglichkeiten sind ganz verschiedene Normen für die Bemessung der Lohnhöhe verträglich. Man kann zunächst — generelle Arbeitspflicht vorausgesetzt — die Wahl des Berufs und des Arbeitsplatzes völlig frei lassen und auf dieser Grundlage marktmässige Löhne (mit oder ohne Gewerkschaften) sich bilden lassen[1]).

Die Arbeiter verteilten sich auf diese Weise ziemlich automatisch entsprechend dem Bedarf auf die einzelnen Produktionszweige. Die marktmässige Einkommensbildung lässt natürlich gewisse Lohndifferenzen entstehen. Aber auch hier wird eine relativ egalitäre Einkommensverteilung das Ergebnis sein, wenn es gelingt, die Berufsvorbildung bezw. Umschulung dem Arbeitsbedarf und seinen Wandlungen anzupassen, wobei vorausgesetzt wird, dass Herstellung von Arbeitsplätzen rechtzeitig erfolgt. Nur eine Grenze der Egalisierung gäbe es : die „disutility“ der einzelnen Berufe ist verschieden gross ; man muss daher lästige Arbeiten durch höhere Löhne entgelten. Dieser Faktor setzt sich bei Marktlohnbildung von selbst durch, er ist aber auch in den zusätzlichen bezw. das Knappheitsprinzip ersetzenden Lohnbestimmungsnormen, vor allem im „Leistungsprinzip“, enthalten. Was nun die autoritäre Lohnbildung angeht, so kann diese die Lohnhöhe so bemessen, als ob es Arbeitsmarkt gäbe. Dies ist sowohl bei den berechneten Löhnen möglich wie auch bei den Lohntaxen, wenn nämlich unserem allgemeinen Taxprinzip entsprechend zugleich die Mengen der verschiedenen Arbeitsqualitäten reguliert werden. Sofern die sozialistische Lohnpolitik auch die individuelle Lohnbemessung regelt, muss sie sich entweder am Leistungs- oder am Bedürfnisprinzip orientieren. Das Leistungsprinzip, das im Grunde im Knappheits- oder Grenzproduktivitätsprinzip enthalten ist, wird überall dort vertreten, wo man Akkordlöhne, Tantiemen usw. im Interesse der Produktionssteigerung für notwendig hält. Es ist aber auch schon da akzeptiert, wo man das Arbeitseinkommen nach der Menge der geleisteten Arbeit bemisst, also vor allem im System des sozialistischen Arbeitsgeldes. Gewiss liesse sich die Gesamtsumme der Arbeitszertifikate der geleisteten Gesamtarbeit gleichsetzen, ihre Verteilung auf die einzelnen Einkommensbezieher aber völlig von der Leistung loslösen. Tatsächlich sind jedoch die meisten

[1]) Es ist wohl klar, dass marktmässige Lohnbildung im Sozialismus noch keineswegs eine Fixierung des Lohnes auf derjenigen Höhe bedeutet, die zur Reproduktion der Arbeitskraft gerade noch ausreicht.

Arbeitsgeldkonzeptionen mit einem Aequivalenzprinzip hinsichtlich Leistung und Entgelt (unter Berücksichtigung der notwendigen Sozialabzüge) verbunden worden. Überhaupt scheint der Gedanke des Arbeitsgeldes an einer bestimmten Vorstellung von Verteilungsgerechtigkeit orientiert zu sein, die man wenigstens für die erste nachbürgerliche Phase des Sozialismus für adaequat erachtet, während das Bedürfnisprinzip erst später in Kraft treten soll. Die Gründe für diese Entscheidung scheinen uns durchschlagend. Eine Verteilung nach dem Bedürfnisprinzip, z. B. eine prinzipiell egalitäre, müsste bei einer gegebenen und nur langsam zu wandelnden Arbeitsmoral mit den Anforderungen grösstmöglicher Effizienz der Arbeit ernstlich in Konflikt geraten[1]). Jedoch ist eine teilweise Berücksichtigung des Bedürfnisprinzips sowohl bei der Nominallohnbemessung wie bei der Realeinkommenspolitik (durch monopolistische Preisdiskriminierungen) möglich. Man kann darin umso weiter gehen, je mehr die Versorgung steigt und verstetigt wird. Im übrigen stehen im Sozialismus dem Arbeitenden nicht nur die marktmässig oder sonstwie bestimmten Arbeitseinkommen zur Verfügung, sondern das gesamte Volkseinkommen (abzüglich der für Kapitalbildung, Verwaltung, Reserven usw. bestimmten Fonds). d. h. auch ein Teil derjenigen Überschüsse, die wenigstens im Marktsozialismus rechenmässig als Rente und Zins von den einzelnen Betrieben an die Zentrale abgeführt werden.

Damit sind die wesentlichsten ökonomischen Probleme der sozialistischen Planwirtschaft umrissen. Wir haben uns ferner bemüht, den verschiedenen Typen, die man oft in einer ziemlich einseitigen Weise einander entgegensetzt, gerecht zu werden, indem wir versuchten, die innere Konsequenz eines jeden einzelnen herauszusarbeiten. Je nach den Voraussetzungen kann der eine oder der andere Typus unter dem Gesichtspunkt der Ergiebigkeit, der Stabilität und der Entwicklung zur höheren Phase hin verschieden zweckmässig sein. Anwendbar sind sie prinzipiell alle. Unter den heutigen Bedingungen scheint uns ein modifizierter Marktsozialismus die geringsten Schwierigkeiten zu bieten : grundsätzlich Monopole und Leistungslöhne, partiell Einbau von Taxen, Verrechnungspreisen und Rationierung des Bedarfs an Dauerkonsumgütern (Wohnungen usw.).

Wenn über diese mehr „technischen" Fragen einigermassen Klarheit geschaffen ist, wird es umso notwendiger, auf einige politische Probleme und Voraussetzungen einer sozialistischen Wirtschaft hinzuweisen. Hier liegen heute die eigentlichen Gegensätze.

---

[1]) Dies gilt auch gegenüber H. St. Jevons, Equality in the Cooperative Common Wealth, London, 1933. J. s Hauptargument für egalitären Kommunismus ist, dass die Verschiedenheit der Arbeitseinkommen zu dauernden und gefährlichen Rivalitäten führen müsse. Seine Befürchtungen müssen aber entsprechend auch für seine eigene Lösung Anwendung finden. Indessen können derartige Spannungen kaum das System gefährden.

III. Sozialismus und Privateigentum.

Die Entwürfe einer sozialistischen Wirtschafts- und Sozialordnung unterscheiden sich sehr erheblich nach dem Umfang, in dem die Sozialisierung der Produktionsmittel vorgesehen wird. Wir fragen, zunächst unter Vernachlässigung der Durchsetzungs- und Anfangsprobleme, ob die ökonomische und vor allem auch politische Stabilität der sozialistischen Ordnung durch Konzessionen an das Privateigentum bedroht wird. Solche programmatischen Konzessionen pflegt man heute als besonders „realistisch" hinzustellen. Es gäbe dann also im Sozialismus — nicht nur in der Übergangswirtschaft — ausser den Arbeitern, Angestellten, Beamten und Betriebsleitern noch eine Schicht von selbständigen Unternehmern und Handwerkern, von Bauern und sonstigem Kleinbürgertum mit Eigenbesitz[1]). Dass die Zulassung grösserer Unternehmerschichten — etwa aller bisher nicht monopolistischen Klein- und Mittelunternehmer — im Sozialismus unmöglich ist, dürfte von vorneherein feststehen. Die Planzentrale könnte ihnen gegenüber ihre Politik kaum oder nur mit grossen Schwierigkeiten durchsetzen. Die Sozialisierung der Banken, der Rohstoff-, Kraft- und Transportindustrien reicht noch keineswegs aus, um die Ausweich- und Sabotagemöglichkeiten genügend einzudämmen. Ausserdem lässt man eine Schicht bestehen, die, von weiteren Sozialisierungsaktionen ständig bedroht, alles daran setzen muss, sich durch offenen und versteckten Angriff zu schützen, eine Schicht, die durch die Verfügung über Sach- und Geldkapital auch politische Macht besitzt, selbst wenn eine Arbeiterregierung am Ruder ist. Gewöhnlich wird daher die Forderung, eine Sphäre mit Privateigentum zu erhalten (wenigstens für den echten „Sozialismus") auf das sogenannte Arbeits- oder Kleineigentum eingeschränkt, auf alle jene Fälle also, wo das Eigentum sich nur auf den eigenen Arbeitsplatz erstreckt und keine Ausbeutung fremder Arbeitskräfte stattfindet. Vor allem ist dabei an Bauern und Handwerker gedacht, Schichten, die in den grossen Ländern heute noch Millionen von Menschen umfassen[2]). Selbst diese Lösung ist — zumindest auf die Dauer — bedenklich und zwar schon z. T. aus ökonomischen Gründen. Zunächst geht der Streit um die technische Notwendigkeit bezw. Überlegenheit von Kleinbetrieben besonders in der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft. Man kann heute schon die Triftigkeit der Argumente für landwirtschaftliche Kleinbetriebe mit guten Gründen bestreiten und überdies darauf hinweisen, dass Kleinbetrieb nicht notwendig

---

[1]) In der Regel handelt es sich bei diesen Vorschlägen gleichzeitig um marktsozialistische Pläne. Indessen ist diese Verknüpfung nicht notwendig. Zwar wird man, wenn kleines und mittleres Eigentum erhalten bleiben soll, eine marktsozialistische Lösung vorziehen müssen, da hier die Aneinanderschaltung von öffentlicher and privater Sphäre leichter möglich ist. Doch kann man sich durchaus Marktsozialismus ohne jegliches Sondereigentum an Produktionsmitteln vorstellen.

[2]) Heimann hat die Theorie des sozialistischen Arbeitseigentums neu zu begründen gesucht. Vergleiche vor allem seinen Aufsatz : „Sozialismus und Mittelstand". Neue Blätter für den Sozialismus, 3.Jahrgang Heft 7. Potsdam 1932. Seine Berufung auf Marx dürfte kaum zutreffen.

auch Kleinbesitz voraussetzt. Das zweite ökonomische Problem betrifft die Vereinbarkeit von Kleinwirtschaft und Wirtschaftsplanung. Die in den kleinen Einheiten gemachten Investitionen, technischen Fortschritte und Gewinne bereiteten kaum ernsthafte Schwierigkeiten. Aber die Ausschaltung der aus technischen Gründen für die Landwirtschaft typischen „endogenen" Zyklen von Über- und Unteranpassungen erfordert eine scharfe Produktionskontrolle. Diese aber ist mit massenhaften Kleinwirtschaften unvereinbar. Entweder muss man grössere Produktionseinheiten schaffen, und das heisst den Grund und Boden faktisch sozialisieren, oder aber eine straffe Vergenossenschaftlichung durchführen, die fast auf dasselbe hinausläuft. Indessen setzen hier schon die politischen Probleme ein.

Ob die Genossenschaften funktionieren, hängt stärker von dem Willen der Genossen ab, als das bei Gemeinbetrieben der Fall ist. Wenn unter den Trägern der Gesamtplanwirtschaft in der ökonomischen und politischen Zentrale die Bauernschaft nicht vertreten ist, so bekommen die Genossenschaften notwendig den Charakter eines Kampfwerkzeuges entweder der Planzentrale gegen die Bauern oder der Bauern gegen die Zentrale. Differenzen zwischen Einzelgruppen und Zentrale werden gewiss in keiner sozialistischen Ordnung fehlen. Aber es besteht ein qualitativer und quantitativer Unterschied zwischen den Spannungen mit einer Masse von Einzeleigentümern einerseits und mit den Gruppen des sozialistischen Sektors andererseits. Bei jenen wird zwangsläufig die Intensität der Abwehr oder des Angriffs durch rationale und irrationale Auswirkungen der Eigentümerposition verstärkt werden. Ist das Gefüge der sozialistischen Ordnung von aussen oder innen auch durch andere Kräfte ökonomischer oder politischer Natur bedroht, so kann das Vorhandensein breiter Massen relativ selbständiger oder sich selbständig fühlender Eigentümer die Gefahr beträchtlich verstärken. Die Schwierigkeiten werden sich erst recht geltend machen, wenn die Kleineigentümer bei der Leitung und politischen Sicherung der Planwirtschaft mitbeteiligt würden. Für eine erfolgreiche, stetige Durchführung der sozialistischen Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist eine möglichst homogene Gruppe als Machtträgerin wesentlichste Voraussetzung. Diese Homogeneität wäre durch das Nebeneinander von institutionell und psychologisch ganz verschiedenen Gruppen recht erheblich gestört. Sozialistische Planwirtschaft, Planwirtschaft überhaupt verlangt eine starke Bereitschaft zu rationaler Bewältigung der sozialen Probleme. Es ist dies eine Haltung, die typischerweise nur solchen Schichten möglich ist, die in Grossorganisationen zu leben gewohnt sind : bestimmten Unternehmerschichten und Teilen des Proletariats. Von allen sozialen Schichten sind daher diejenigen, die faktisch, traditionell oder durch sonstige psychologische Zwischenglieder an persönliches Sondereigentum gebunden sind und diese Position zu retten suchen, für ernsthafte Planwirtschaft die ungeeignetsten — was nicht ausschliesst, sondern vielmehr nahelegt, sie als Stützen einer Pseudoplanwirtschaft zünftlerisch- feudalistischen Stils zu werben. Solche Gruppen scheinen uns z. B. für Planwirtschaft weit weniger disponiert als etwa die Bürokratie. Diese pflegt nach aller Erfahrung keine selbständige soziale Macht zu bilden, sondern schliesst sich der jeweils ausschlaggeben-

den Schicht an. Sie ist dann für eine bestimmte Ordnung selber konservativ, für deren Einzelinhalte im ganzen mehr oder minder reformatorisch eingestellt. Da aber die für die Durchführung einer Politik noch als notwendig erachteten „Grenzschichten" jeweils ausschlaggebend sind, würde der Einfluss selbst zahlenmässig nicht allzu grosser Mittelstandsgruppen auf die Bürokratie relativ stark sein und so das Schwergewicht der anti- oder asozialistischen Elementen noch verstärken. Über kurz oder lang müssten diese verschiedenen, ohne institutionelle Änderungen nur begrenzt beeinflussbaren Attituden entweder den Schwung der ökonomischen und sozialen Aufbauarbeit lähmen oder aber die Arbeiter dazu drängen, die Millionen von Kleineigentümern direkt oder indirekt ebenfalls in „Arbeiter" zu verwandeln.

Ihr ganzes Gewicht bekommt die Frage des Einbaus von grösseren Privateigentumssphären indessen erst, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt des W e g e s zum Sozialismus betrachtet. Dass die Arbeiterschaft nicht notwendig und immer „spontan" Träger sozialistischer Zielvorstellungen ist, mag richtig sein, aber sie ist doch wenigstens nach ihrer sozialen Position mehr oder minder stark für den Sozialismus disponiert. Die Mittelschichten aber sind dies keineswegs. Im Gegenteil, sie müssen alle „Sozialisierungen" mit Ausnahme vielleicht derjenigen, von der sie unmittelbaren Vorteil erwarten können (Verkehr, Kraft, Banken), als Einbruch in das Prinzip des Privateigentums und als Bedrohung ihrer eigenen Position auffassen und bekämpfen. Und selbst wenn ihr ökonomisches Interesse (im engeren Sinne) für ein Bündnis mit den Arbeitern spräche, so bestehen doch traditionell starke Hemmungen gegen die Förderung einer Klasse, die dem sozialen Rang nach unter ihnen steht und deren Heraufkommen die eigene Vorrangstellung beseitigte. Wer daher mit den Mittelschichten Sozialismus zu verwirklichen unternimmt und ihnen dafür machtmässige und programmatische Konzessionen nicht bloss vorübergehender Natur zugesteht, erreicht bei noch so gutem Glauben bestenfalls einige Sozialisierungen ohne Sozialismus — Formalsozialismus. Dieser aber ist in der heutigen Epoche in Wirklichkeit politisch und ökonomisch korporativ aufgezogener Monopolkapitalismus mit staatskapitalistischen Einbauten. Das ist das Gegenteil derjenigen gesellschaftlichen Organisation, deren oekonomische Möglichkeit der vorliegende Aufsatz darzulegen versuchte : der klassenlosen Gesellschaft mit planorientierter gesellschaftlicher Produktion und Verteilung.

Contributions à la théorie de l'économie dirigée.

Cet article débute par quelques brèves considérations sur la notion même de l'économie dirigée et sur les limitations inévitables d'une économie dirigée du type capitaliste. Les auteurs cherchent ensuite à démontrer que dans les conditions actuelles une économie dirigée socialiste est parfaitement possible au point de vue économique. Ils étudient les principaux types d'essais de solutions, différenciant entre les deux types fondamentaux („Verwaltungssozialismus" et „Marktsozialismus") ainsi que pour chaque type entre les formes pures et les formes modifiées. Il n'y a pas d'opposition

irréductible entre ces deux types ; l'article montre au contraire l'existence de relations entre eux. Dans une exposition objective des problèmes essentiels, il examine en détail la question de savoir si et comment on peut établir des calculs économiques dans les différentes conditions et assurer un développement sans crises de l'économie. L'analyse est complétée par des recherches sur la productivité d'une économie dirigée socialiste et sur les principes de l'intégration de l'individu, en tant que consommateur et bénéficiaire de revenus, dans l'économie planée. Il résulte de l'étude que les objections de principe soulevées par la critique libérale ne se justifient aucunement. Les différences existant entre les divers types sont purement de nature „technique", et les véritables oppositions dans la théorie du socialisme ne résident pas du tout dans le mode d'organisation de l'économie dirigée, mais dans les conditions sociologiques et politiques préalables. Pour terminer, les auteurs critiquent sévèrement l'introduction dans le socialisme d'un „secteur d'économie privée".

Contributions to a Theory of Economic-Planning.

After a short exposition of the concept of economic planning, and of the definite limits to capitalist planning, it is shown how on the basis of present-day suppositions, socialist planning is economically possible. A typology of the most important solutions offered distinguishes between „administrative" and „market" socialism, and between the pure and modified forms in both types. Between these two main types there does not exist an opposition that cannot be bridged — indeed passages of contact run from one to the other. A positive analysis of the main problems offered in reply to a criticism treats in detail of the problem of whether and how under several suppositions we can economically calcutate and ensure a planned economic society free from crises. There then follow investigations into the productivity of a socialistically planned society, and into the principles governing individuals as consumers and income receivers in the totality of economic life. It is seen that the basic objections raised by liberal criticism do not meet the case. The differences between the types are only of a technical nature. The essential antitheses in the theory of socialism is not to be sought in the kind of organization of the planned economy, but in fundamental sociopolitical suppositions. Finally concessions towards a private economy section under socialism receive a thorough criticism.

Besprechungen.

Philosophie.

Rothacker, Erich, *Geschichtsphilosophie. R. Oldenbourg. München u. Berlin* 1934. *(*156 *S.; RM.* 6,50*)*

Böhm, Franz, *Ontologie der Geschichte. J. C. B. Mohr. Tübingen* 1933. *(*140 *S.; RM.* 7.20*)*

Kafka, Gustav, *Geschichtsphilosophie der Philosophiegeschichte. Ein Längsschnitt durch die Geschichte der abendländischen Philosophie als Beitrag zu einer Philosophie der Geistesgeschichte. Junker u. Dünnhaupt. Berlin* 1933. *(VI u.* 66 *S.; RM.* 3.20*)*

Simon, Paul, *Die Geschichte als Weg des Geistes. Badersche Verlagsbuchhandlung. Rottenburg a. N.* 1933. *(*43 *S.; RM.* 1.20*)*

Krakowski, Edouard, *Contre le fatalisme historique. Le retour au culte des héros. Editions Victor Attinger. Paris und Neuchatel* 1933. *(*63 *S.; Schw. Frcs.* 4.50*)*

Was Rothacker unter dem Titel Geschichtsphilosophie vorlegt, ist ein Konvolut aller möglicher Begriffe und Thesen, die in den letzten Jahrzehnten im Zusammenhang mit dem Problem der Geschichte aufgetreten sind: „Kulturen als Lebensstile", „Verhalten", „Haltung", „gelebte Welten", „Bauplan", „existenzielle Reduktion", „Rasse", „Volksgeist" usw. Das Ganze ist eingetaucht in ein verschwommenes Philosophieren über Leben und Welt, das sich von jeder sachlichen Konkretion fernhält, mit Vorliebe in die Aesthetik und Biologie ausweicht (während von der Geschichte in dem Buche kaum je die Rede ist) und es, sobald eigene Ergebnisse verkündet werden sollen, nur zu grossen Belanglosigkeiten bringt. So z. B. das „fundamentale Schema für menschliches Verhalten zur Aussenwelt überhaupt": „Das menschliche Leben ist eine unausgesetzt pulsierende Folge von Stellungnahmen zu dem erlebten Gegenspieler, den wir Welt nennen. Wo dieses Leben von aussen zermalmt wird, da liegt allerdings ein unmissverständlicher Kausalzusammenhang von Ursache und Wirkung vor; wo es sich aber hält..., da ist sein Grundverhalten nur nach dem oben entworfenen Modell zu verstehen: es folgt nicht nur kausalen Anstössen der wirklichen Umgebung, sondern es antwortet (wenn immer mit kausalen Vermittlungen) auf erlebte Situationen". Auch was wir schliesslich über das „Gefüge des Volksgeistes" erfahren, sind nur dunkle Andeutungen folgender Art: ein Kulturstil findet seine „Wahrheit und den Beweis seiner Fähigkeit, dem Leben selber Sinn und Form zu geben, nur in der Bewährung als gestaltendes Prinzip und ideeller Leitfaden eines leiblich-seelisch-sittlich-geistigen

Lebensstiles eines Volkes". — Ein Schlusskapitel „Im dritten Reiche" befragt die „Staat und Volk erneuernde Bewegung nach ihrem Beitrag zur theoretischen Auffassung des geschichtlichen Lebens" ; R. wertet diesen Beitrag sehr hoch. — Soweit man bei dieser Geschichtsphilosophie überhaupt von einer geschichtsphilosophischen Grundorientierung sprechen kann, lässt sie sich etwa in dem Programm einer universalen existenziell-anthropologischen Reduktion sehen, das R. entwirft : alle geschichtlichen Phänomene „in den Menschen und seine Uraktionen" zurückzuleiten.

„Ontologie" wird bei Böhm (im Sinne der Rickertschen Abhandlung über die „Logik des Prädikats") als ein Problembezirk innerhalb der transzendentalphilosophischen Orientierung verstanden : B. fragt nach der „ontologischen Möglichkeit von Geschichte überhaupt", nach den „Bedingungen des Bewusstseins, unter denen der Charakter der Geschichtlichkeit überhaupt begriffen werden kann". Gegen die Fragestellung Diltheys und seine Idee einer Kritik der historischen Vernunft verteidigt B. die transzendental-kritische Methode : da die „apriorischen Bedingungen der Geschichtlichkeit selbst... nicht wiederum geschichtlich sein können", zugleich aber alles Geschichtliche abhängig ist von einem es setzenden Bewusstsein, besteht der Versuch einer transzendentalen Konstruktion der Geschichte zu Recht. Er findet seinen Ansatzpunkt in der „Kritik der Urteilskraft", in der Kant bereits die Konstruktion eines „vortheoretisch selbständigen" (d. h. nicht aus den Kategorien des Verstandes ableitbaren), metalogischen Seins in Angriff genommen hat. Und ein solches irrationales Sein ist auch das geschichtliche : es sind „aussertheoretische Spontaneitäten", die seinen Aufbau bedingen. Die die geschichtliche Welt konstruierende Synthesis hat demnach nur eine nicht-konstitutive Gültigkeit : es ist die „kompositionelle Synthesis" der Verbindung der zeitlichen Wirklichkeit mit der zeitlosen Sinnhaftigkeit zur geschichtlichen Totalität. „Geschichtlich ist... eine Sinnwirklichkeit dann, wenn sie neben ihrer zeitlos geltenden Deutung zugleich in das Ganze der geschichtlichen Welt kompositionell synthetisch eingeordnet erscheint". Das „Schema" der transzendentalen Theorie der Geschichte ist das „Sollen", das der Konstitutionsform der zeitlosen „Gültigkeit" die Anwendung auf die zeitlich-geschichtliche Wirklichkeit ermöglicht. — B.s Buch ist unseres Wissens der erste Versuch einer Anwendung der transzendentalen Methode auf das Problem einer Ontologie der Geschichte. Er verdient als solcher Beachtung, — gerade weil er so klar die Grenzen der transzendentalen Konstruktion des Geschichtlichen zeigt. Über die materiale Struktur des Geschichtlichen kann und will sie nichts aussagen, und was sie als apriorische Konstitution des Geschichtlichen herausstellt, trifft nur ganz abstrakte und allgemeine Charaktere (die das Geschichtliche weitgehend auch mit anderem Seienden teilt), — die spezifische Dimension des geschichtlichen Seins wird nirgends erreicht.

Kafkas Buch hält nichts von dem, was der anspruchsvolle Titel vorgibt. K. will den Nachweis einer „zyklischen Struktur des historischen Geschehens" erbringen und durch ihn die Berechtigung einer (analogiemässig) „biologischen Deutung der Geistesgeschichte" erweisen. Er findet in Altertum, Mittelalter und Neuzeit jeweils eine durch fünf Epochen gegliederte Struktur : die Periode des Aufbruchs, die kosmozentrische und anthro-

pozentrische Periode, die Periode der Integration und die Periode der Desintegration. Sofern K. hierbei über die oberflächlichsten traditionellen Gliederungen der Lehrbücher und Kompendien hinausgeht, muss er — um die schematische Einteilung aufrechterhalten zu können — zu puren Gewaltsamkeiten greifen (so beim Mittelalter die Einordnung Augustins, den er als „Repräsentant einer kosmozentrischen Periode" ansieht). Als „Unterbau" der so „strukturierten" Geistesgeschichte wird dann plötzlich (ohne die geringste innere Verbindung) die individuelle Periodizität (unter Aufnahme der von Charlotte Bühler aufgestellten Perioden) angesprochen : den fünf Perioden der Geistesgeschichte sollen entsprechen : Frühkindheit, Spätkindheit, Pubertät, Reife und Greisenalter. Zum Schluss wird das Ganze durch einen „religiösen Überbau" gekrönt : die „Unruhe des Gefühls", die durch den Anblick der ständigen zyklischen Wiederkehr des historischen Geschehens erzeugt wird, wird aufgehoben durch den Trost : „die Entwicklung der Seele... verläuft in einer aufsteigenden Linie..., die in der Vergangenheit auf den Sündenfall, in der Zukunft auf die ewige Seligkeit hinweist".

Die kleine Schrift von Paul Simon erörtert die Frage nach Sinn und Wesen der Geschichte am Leitfaden des augustinischen Personbegriffs : in der Mitte der Geschichte steht der Mensch als personales und das heisst als geistiges Sein, in der Dreieinheit von intelligentia, memoria, voluntas. Von diesem Boden aus werden die modernen irrationalistischen und naturalistischen Geschichtsauffassungen abgelehnt und ihnen die katholische Deutung der Geschichte entgegengestellt : die Geschichte als der Weg des Geistes im Handeln der Ideen-schauenden und Werte-verwirklichenden sittlichen Person. Die anspruchslose Arbeit steht an Sauberkeit und Niveau beträchtlich über den heute kursierenden neuen Geschichtsbildern.

Krakowski hält die gegenwärtige Weltkrise für eine „suite logique" der „abdication de nous-mêmes en présence du phénomène volontaire dont nous avons détourné notre volonté". Der allgemeine historische Fatalismus, dessen bezeichnendster Ausdruck der durch Hegel und Marx um seine ursprünglichen Impulse gebrachte Sozialismus sei, habe die menschliche Energie tötlich gelähmt. Zur Rettung aus der Not appelliert K., unter Berufung auf Bergson und Sorel, an die Intuition gegenüber dem Verstand, an die freie schöpferische Energie gegenüber den materiellen Kräften und der Übermacht der Massen. Nur die grossen Individuen, die Heroen, können nach seiner Meinung noch den Glauben an eine bessere Zukunft aufrechterhalten. K. ist bereit, den Heroismus selbst in der entarteten Form der Diktatur noch als wertvoll für die Entwicklung der Menschheit zu ertragen. Er definiert den Heros als den Menschen „qui tranche sur la moyenne en ce qu'il peut se sacrifier allègrement à des causes que l'humanité en général vénère". Dass bei dem von ihm gemeinten Heroismus die wirklichen Sachen der Menschheit nicht gerade am besten aufgehoben sind, zeigt die Rechtfertigung, die K. auch dem bloss nationalistischen Heroismus angedeihen lässt : dass solcher Heroismus mit der nationalen Sache die Sache der Menschheit wenigstens „vorbereiten" will.

Herbert Marcuse (Genf).

Cortés, Donoso, *Der Staat Gottes. Eine katholische Geschichtsphilosophie. Aus dem spanischen Original übersetzt und herausgegeben von Ludwig Fischer. Badenia Verlag. Karlsruhe* 1933. *(XII u.* 405 *S.; RM* 5.—, *geb. RM.* 6.—*)*

Das grosse wissenschaftliche Verdienst dieser neuen deutschen Ausgabe des Hauptwerks eines Meisters der Gegenrevolution im 19. Jahrhundert wird etwas geschmälert durch die wenig glückliche Veränderung, die der Herausgeber an dem Titel des Werkes aus eigener Machtvollkommenheit vorgenommen hat. Im Original lautete der Titel zugleich anspruchsloser und aufschlussreicher : Ensayo sobre el catolicismo, el liberalismo y el socialismo considerados en sus principios fundamentales (Madrid 1851). Hier kommt mit grosser Deutlichkeit zum Ausdruck, dass dieses Werk, das ursprünglich als Beitrag für eine „Gegen-Enzyklopädie" gegen den modernen revolutionären Geist gedacht war, viel weniger eine religiöse und philosophische als eine politische Auseinandersetzung mit den beiden Hauptgruppen der damaligen revolutionären Bewegung, dem Liberalismus und dem Sozialismus, bezweckte. Hieraus und aus der grossen Ähnlichkeit der damals durch die Revolution und Konterrevolution in Frankreich und anderen europäischen Ländern geschaffenen Lage mit der heutigen europäischen Situation erklärt sich auch die in der Tat erstaunliche Zeitgemässheit dieser vor acht Jahrzehnten erschienenen Streitschrift, die der Herausgeber von seinem theologischen Standpunkt aus als einen Beweis für die „divinatorische Begabung" des Verf. dieses „durch und durch übernatürlichen Werkes" anführt. Ganz besonders eindrucksvoll erscheint in diesem Zusammenhang vor allem jene ausserordentliche Einseitigkeit, mit der C. in seiner Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spielarten des damaligen Liberalismus und Sozialismus den ersteren nur verächtlich beiseiteschiebt, dagegen den Sozialismus und von ihm wiederum die Lehre Proudhons, als den im Grunde allein ernstzunehmenden und darum radikal zu vernichtenden Hauptfeind behandelt. Wie heute der Marxismus so erscheint damals der Proudhonismus seinem energischsten Gegner als „die Personifikation von drei verworfenen Jahrhunderten", durch deren radikale Vernichtung zugleich alle anderen Spielarten des Liberalismus und Sozialismus mit zur Strecke gebracht werden sollen. Karl Korsch (London).

Conze, Eberhard, *Der Satz vom Widerspruch. Zur Theorie des dialektischen Materialismus. Selbstverlag Hamburg* 1932-33. *(26 Lieferungen ; RM.* 10.—*)*

C. macht den Versuch, „die Methode des historischen Materialismus auszudehnen auf das logische Denken, seine Gesetze und Kategorien". Er will zeigen, wie „das Sein des Menschen die Grundlage auch seines logischen Bewusstseins ist und wie die Seinsgrundlagen und Verwirklichungsbedingungen des logischen Denkens im praktischen und gesellschaftlichen Leben des Menschen liegen". In dieser Absicht werden der Satz vom Widerspruch und der ihn tragende Satz der Identität, also die klassischen Axiome der traditionellen Logik, untersucht. Nach einer ausführlichen Interpretation

der verschiedenen Fassungen dieser Axiome soll der „Grund der Geltung" des Satzes vom Widerspruch aufgewiesen werden. Dieser Aufweis soll seine logische Verbindlichkeit auf „bestimmte Subjekte und Gegenstandsgebiete einschränken".

C. findet, dass die „Evidenz" dieses Axioms schliesslich auf eine bestimmte menschliche Praxis zurückführt: „die den Satz vom Widerspruch tragende Praxis ist eine Praxis der Arbeit".

Der letzte Paragraph gibt dann die eigentliche „soziologische Deutung" des SvW, indem er die ihm zugrundeliegende Praxis als „gesellschaftliche Arbeit des vergesellschafteten Menschen" konkretisiert : es soll gezeigt werden, dass die „Eigenschaften des logischen Denkens selbst" und die „psychischen und ethischen Eigentümlichkeiten, die es voraussetzt, nur in der Gesellschaft und durch die Vergesellschaftung entstehen können".

C.s Interpretation und Kritik der traditionellen Logik ist im wesentlichen geleitet durch den marxschen Begriff der Entfremdung. Die traditionelle Logik steht insofern unter der Herrschaft der Entfremdung, als in ihr die Gegenstände des Denkens und seine Gesetze „als vorgefunden" erscheinen, „ohne dass ihre Wechselwirkung mit dem praktisch tätigen und arbeitenden Menschen" berücksichtigt wird. Diese Logik nimmt die Objekte des Denkens nicht als „Umweltdinge", d. h. so wie sie in voller Konkretion im praktisch-alltäglichen Verhalten wirklich sind, sondern als blosse „Gegenstände", wie sie die Abstraktion von den Umweltdingen zu Objekten der reinen Theorie macht. Nur in der Form abstrakter Gegenständlichkeit erscheinen die Umweltdinge in den Urteilen der traditionellen Logik, und aus diesem Urteilsdenken sollen die Normen des Denkens überhaupt gewonnen werden. Damit ist aber das wahre Verhältnis zwischen Umweltsdenken und Gegenstandsdenken auf den Kopf gestellt, denn „das Umweltverhalten des Menschen ist nicht auf sein Verhalten zur Gegenstandswelt zurückzuführen". C. unterscheidet den „Satz" als Ausdruck konkreten Umweltdenkens vom „Urteil" des abstrakten Gegenstandsdenkens und sagt : „die traditionelle Logik verlangt, dass die Aussagesätze als Urteile deutbar seien. Umgekehrt sind die Urteile als besondere Formen von Sätzen zu deuten, ist die Logik des Urteils auf die Logik des Satzes zurückzuführen und die logische Betätigung des Menschen als Spezialfall seiner sozialen aufzufassen".

Der Versuch einer Anwendung des historischen Materialismus auf die Logik ist ein grosses Wagnis, da Vorarbeiten so gut wie ganz fehlen und es sich um ein vom gesellschaftlichen „Unterbau" sehr entferntes Gebiet der Theorie handelt, zu dem ein Zugang nur durch eine ganze Reihe von Vermittlungsstufen gewonnen werden kann. Die Unsicherheit eines ersten Schrittes in Neuland des Materialismus kommt in C.s Buch deutlich zum Ausdruck : nicht immer sind die notwendigen „Vermittlungsstufen" durchschritten ; die stellenweise allzu „direkte" Interpretation ist in Gefahr, vom dialektischen in den mechanistischen Materialismus zurückzufallen. Jedoch schon in der vorliegenden Form zeigt sich die grosse Fruchtbarkeit des historischen Materialismus : die erstarrte logische Theorie wird überall aufgelockert und auf ihre ursprünglichen Antriebe hin destruiert (wir verweisen besonders auf C.s Interpretation des Nominalismus und Pragmatismus). Herbert Marcuse (Genf).

Haldane, J. B. S., *The Causes of Evolution. Longmans, Green & Co. London, New-York* 1933. *(235 pp.; 7 s. 6 d.)*

This book is an excellent and welltimed survey of all the important researches bearing on the subject, and of the account of the evolutionary process which they make it possible to construct. The Darwinian Theory of Natural Selection involved Lamarckian assumptions as to the nature of hereditary variation which have been disproved by later genetic research, and this fact has been exploited by obscurantists to discredit the whole theory of Evolution. Haldane shows that such an attitude is entirely unjustified, and that the same researches provide ample evidence of the appearance of variations, even in a pure strain, on which selection can work.

Passing to the consideration of the actual working of selection, the author shows how quite small changes in environment may alter the relative survival value of a species; he also describes the way in which, though unable itself to produce new types, selection, if it should favour a number of previously rare types, will greatly increase the probability of their combining to form a new one. He sounds a welcome challenge to the dogma of the Survival of the Fittest, by showing that intra-specific competition may easily favour the dominance of types less well adapted to the external environment than those they replace, and that such a process may very likely have been responsible for the extinction of many species.

E. E. Irvine (London).

Jennings, H. S., *The Universe and Life. Yale University Press. Newhaven* 1933. *(94 pp.; $ 1.50)*

The author presents an epic theme in the compass of a nutshell. Any attempt to develop in 94 pages the bearing of a certain body of knowledge on the nature of things in general, and on the problems of religion and ethics, is bound to be very condensed in form; but this book displays striking inequalities of treatment. The argument that the existence of consciousness must be recognised, since it is known to us by direct introspection, hardly seems to require such elaborate presentation, while more difficult points, such as the attribution of consciousness to animals, and the proposition that consciousness ceases with death, do not receive the consideration which so formal an approach had led one to expect. The author is an adherent of the doctrine of emergence, and it is this doctrine which colours the world-picture which he presents. The unprofessional philosopher will find this a stimulating and provocative work.

E. E. Irvine (London).

Hobson, John A., *Rationalism and Humanism. Watt & Co. London* 1933. *(48 pp.; sh. 1.—)*

H. opposes the anti-intellectualism of a world that is turning to mysticism and the glorification of emotion and instinct, and argues that not less

but more reason is necessary. What is required is a synthesis of rationalism and humanism so that reason is applied to every field of social life in the service of humanity. J. Rumney (London).

Berdiaeff, Nicolas, *Esprit et liberté. Essai de philosophie chrétienne. Editions „Je sers". Paris* 1933. *(*379 *S.; frs. fr.* 24.—*)*

B. betrachtet seine Untersuchung als einen Beitrag zur „Existenzphilosophie" und Philosophie des Lebens, aber alle Philosophie des Lebens hat für ihn „une source et une nourriture religieuse"; die „religiöse Anthropologie" ist ihr Zentralproblem. Dieser Einstellung entspricht die „Geschichtsphilosophie" B.s. Alle historischen Geschehnisse, die im „monde naturel" stattfinden, haben symbolische Realität; sie sind nur der Reflex des monde spirituel. Die völlige Entwertung des geschichtlichen Seins muss gerade für eine Untersuchung von Geist und Freiheit verhängnisvoll werden: beide Probleme sind von Anfang an als Fragen religiöser Existenz angesetzt, als Grundfragen des christlichen Daseins. In der Durchführung zeigt sich ein Mangel an exakter Begrifflichkeit. Die ständige Beteuerung der Einzigartigkeit geistigen Seins, das sich jeder Frage nach seiner Realität wesensmässig entziehe und für die jedes Kriterium der Wahrheit sinnlos werde, ist auch für eine religionsphilosophische Untersuchung ungenügend. Allzuschnell wird alles gleich „Mysterium", von dem nur der schon „Wissende" reden kann. So bleiben für die Bestimmung des geistigen Seins bloss vage Prädikate wie Leben, Tiefe, Einheit aller Gegensätze, Unendlichkeit, mouvement embrasé usw. — Bei der Explikation der Freiheit als der entscheidenden Seinsbestimmung des Geistes macht B. einige Versuche begrifflicher Besinnung (so die Abgrenzung des Freiheitsproblems vom Problem der Willensfreiheit, die Andeutung eines dialektischen Zusammenhangs zwischen Freiheit und Notwendigkeit u. a.), aber die Berufung auf den „irrationalen" Charakter der Freiheit verhindert auch hier ein Durchhalten der aufgeworfenen Fragen. Hans Berth (Berlin).

Allgemeine Soziologie.

The Sociological Review, Journal of the Institute of Sociology. Published quarterly. The Le Play House Press, 35, *Gordon Square, London, W. C.* 1. *(Annual subscription* 1. 1. 0; *single copies* 5 *s. plus postage).*

The Sociological Review which for twenty-five years has been the only British Quarterly devoted exclusively to Sociology, has recently made changes in its direction and policy. The Editorial control is now in the hands of a Board consisting of Professor A. M. Carr-Saunders, Mr. Alexander Farquharson and Professor Morris Ginsberg, whose names will be familiar to all who are acquainted with sociological thought and research.

The intention of the Board is to make the Review fully representative of all aspects of sociological enquiry in Great Britain. In particular, it

is hoped to cover four main divisions, namely : comparative social institutions, the application of biology and psychology to social problems, contemporary social conditions and social philosophy including methodology.

In the two numbers already published under the new auspices, the influence of this policy is manifest in the articles and book reviews. Of outstanding interest we may mention articles by Edward Westermarck on „Exogamy", Christopher Dawson on „Prevision in Religion" and T. H. Marshall on „Social Class" in the January issue, and by Karl Mannheim on „The Crisis of Culture" and G. G. Leybourne on „The Future Population of Great Britain" in the April number.

J. Rumney (London).

Bulletin de l'Institut français de Sociologie, séance du 8-II-33. Félix Alcan. Paris 1933.

Leemans, Victor, *F. Toennies et la sociologie contemporaine en Allemagne. Préface de René Maunier. Thèse. Félix Alcan. Paris* 1933. *(X et* 125 *p. ; frs. fr.* 15.—*)*

Dans le Bulletin, MM. Bouglé, Fauconnet et Mauss préparent une réponse à une réforme éventuelle du programme de sociologie dans les écoles normales primaires. Certains partis politiques se sont déclarés dès le début plus ou moins hostiles à l'enseignement de cette discipline dans les écoles du 2e degré. Faut-il les calmer en acceptant de distraire de la sociologie l'enseignement de la morale et de l'instruction civique, comme le propose M. Fauconnet, ou bien, selon M. Bouglé, en adoptant la maxime bismarckienne du Quieta non movere ? Telle est la question qui se pose et qui n'a pu être résolue.

Quant au „Toennies" de M. Leemans, il donne l'impression d'être écrit par un militant des jeunesses catholiques ou un partisan de la Jugendbewegung. Ce qui a attiré l'auteur, ce qui l'a „séduit et envoûté", comme dit excellemment son professeur et préfacier, M. Maunier, c'est en effet beaucoup moins la sociologie de Tönnies, trop „matérialiste", trop „rationaliste" et trop irréligieuse à son gré, que les ratiocineries communautaires ou sociétaires de Freyer, Dunkmann et Spann. Or il se trouve justement que ces pseudo-sociologues étaient tous trois les promoteurs des „mouvements de jeunes" Allemands ou Autrichiens dont ils systématisaient les idéologies communautaires, mais pas précisément les continuateurs et les propagateurs de la pensée de Tönnies. Sur ces efforts de propagation et de continuation de la sociologie scientifique par Plenge, lequel a pourtant fait modifier à l'auteur le plan déjà arrêté de sa thèse, L. ne nous donne qu'un schéma, d'ailleurs illisible sans un vaste commentaire ici absent. Enfin l'élaboration positive de cette sociologie, par von Wiese et d'autres, a complètement échappé à notre auteur qui n'a pu l'apercevoir qu'à travers sa lunette déformante. Par ex., il y a un contre-sens à vouloir traduire par „Institutions" les Gebilde de von Wiese, à voir dans sa catégorie dite Beziehung ou dans Gemeinschaft et Gesellschaft de Tönnies des Normalbegriffe au lieu de

Grundbegriffe. De même, les Verhältnisse de Tönnies ne sont pas des „liens“, mais des situations ; les Verbundenheiten ne sont pas des „entités sociales“, mais des liens tout court ; les Bezugsgebilde sont des idéologies à caractère finaliste, etc. La grande différence entre Tönnies et von Wiese est que l'un voit dans la Société entière une volonté immense à l'exemple de Schopenhauer ou un Corps social à l'exemple de Hegel, l'autre, von Wiese, une simple relation de distance ou de distancement entre les hommes. C'est une différence „d'objet“ ou d'optique, mais non de méthode ; et c'est pourquoi Plenge ne réussira pas à les accorder sans renoncer à sa propre méthode qui lui est encore commune avec eux. Car il n'y a pas deux méthodes scientifiques, il n'y en a qu'une seule, malgré toutes les vaticinations „phénoménologiques“ de Husserl à Freyer et de Dilthey à Sombart, et L. a tort de les considérer comme des sociologies ou des „méthodes“.

M. Tazerout (Nantes).

L'Individualité. Exposé fait au Centre international de synthèse à Paris par MM. Caullery, P. Janet, C. Bouglé, J. Piaget, L. Fèbre. Félix Alcan. Paris 1933. *(III et* 156 *p. ; frs. fr.* 15.—*)*

„Partant, dit le préfacier, M. Henri Berr, directeur du Centre de synthèse, de la remarque qu'un certain concept d'individualité, dégagé de l'expérience interne et externe, a pris en logique un caractère absolu, nous avons voulu, du concept, retourner à la réalité.“ — Ce retour a consisté dans l'étude minutieuse, suivie de discussion, de l'individualité chez les animaux et les plantes, chez l'individu humain, dans les groupes sociaux, chez les enfants des écoles, finalement dans l'histoire. D'une séance finale réservée aux interventions et discussions, „une idée d'ensemble s'est dégagée : c'est que le problème fondamental de l'individualité réside dans la recherche des causes qui réalisent l'unification d'éléments variés“. L'individualité elle-même est cet „effort de synthèse par lequel le divers se trouve unifié et organisé“ en vue de réaliser son „maximum d'être“. — Ce maximum se réalise :

a) dans la nature, par la „fusion du soma et du germen“, sauf cas de dissociation ; — b) dans le moi, par des „réflexes“ d'abord inexistants dans la conscience, mais qui par adaptation les uns aux autres, au moyen de „conduites intellectuelles“ qui les relient, peuvent finalement entrer en relation ; — c) dans la société, par la libération progressive et automatique de l'individu à mesure qu'il fait partie de groupes de plus en plus nombreux, dont la possibilité pour lui de les satisfaire tous reviendrait purement et simplement à se confondre avec chacun d'eux ; — d) dans la vie en général, par une „réflexion rationnelle qui échappe à la fois à l'individu en tant qu'égocentrique et à la société en tant que coercitive, pour se fonder sur la double constitution de la conscience personnelle et des rapports sociaux de coopération“ ; — e) enfin dans l'histoire, par un compromis tacite entre „les hommes d'humanité moyenne“ dans un milieu donné, et celui ou ceux qui dépassent ce type par la double „tendance de repliement et d'expansion“. L'individualité maximale doit réunir au moins les cinq conditions ci-dessus.

M. Tazerout (Nantes).

Schmitt, Carl, *Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit. Hanseatische Verlagsanstalt. Hamburg* 1933. *(46 S.; RM.* 1.—*)*

Der wesentliche Inhalt der Schrift lässt sich dahin zusammenfassen : Die Weimarer Verfassung existiert nicht mehr. An ihre Stelle ist das Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33 getreten. Ihm kommt die Bedeutung einer vorläufigen Verfassung zu. Die legal erworbene Macht ist völlig frei in der weiteren Gestaltung. Die liberal-demokratische Zweiteilung von Staat und Gesellschaft, staatlicher Machtausübung und Organisationsfreiheit in der nichtstaatlichen Sphäre ist durch ein dreigliedriges Staatsgefüge ersetzt. Die organisatorischen Grundlinien sind mit dem Dreiklang Staat, Bewegung, Volk gegeben. Das Berufsbeamtentum braucht nicht mehr wie bisher die ihm unmöglich gewordene Aufgabe zu erfüllen, staatstragende Schicht zu sein und den Staatswillen politisch zu integrieren. Diese auf Hegel beruhende Konzeption ist mit dem 30.1.1933 beiseitegeschoben. „An diesem Tage ist, so kann man sagen, Hegel gestorben".

Der Führer allein bestimmt das staatliche Handeln. Der Begriff der Führung ist etwas spezifisch Deutsches, das mit Diktaturen anderer Völker garnichts zu tun hat. „Er ist im Begriff unmittelbarer Gegenwart und realer Präsenz. Aus diesem Grund schliesst er auch, als positives Erfordernis, eine unbedingte Artgleichheit zwischen Führen und Gefolgschaft (im Text gesperrt) in sich ein. Auf der Artgleichheit beruht sowohl der fortwährende untrügliche Kontakt zwischen Führer und Gefolgschaft wie ihre gegenseitige Treue. Nur die Artgleichheit kann es verhindern, dass die Macht des Führers Tyrannei und Willkür wird ; nur sie begründet den Unterschied von jeder noch so intelligenten oder noch so vorteilhaften Herrschaft eines fremdgearteten Willens. Artgleichheit des in sich einigen deutschen Volkes ist also für den Begriff der politischen Führung des deutschen Volkes die unumgänglichste Voraussetzung und Grundlage". Artgleichheit ist überdies auch unbedingte Voraussetzung für richtiges Funktionieren des ganzen Staatsapparates.

Es bleibt völlig ungeklärt, welche Art der Artgleichheit als unbedingtes Erfordernis angesehen wird. Der Beweis für das Erfordernis der Artgleichheit beschränkt sich auf ein einfaches „also", das, wie das oben wiedergegebene Zitat zeigt, unmittelbar an das Postulat angeschlossen ist. Sch. ist allem Anschein nach unter die Anhänger einer Wissenschaft aus dem Glauben gegangen.

Hugo Marx (Zürich).

Uexküll, J. v., *Staatsbiologie. Anatomie-Physiologie-Pathologie des Staates. Hanseatische Verlagsanstalt. Hamburg* 1933. *(79 S.; RM.* 1.50*)*

Der Staat ist für U. ein „vielgestaltiges Wabenwerk von Umweltzellen" ; seine Aufgabe ist es, „die Naturprodukte in nutzbare Gegenstände zu verwandeln und dem Bedürfnis entsprechend zu verteilen". Er besteht wie jeder andere Organismus aus „Organen" : Erzeugungsorganen, Ordnungsorganen und einem Tauschmittelorgan. Ein Erzeugungsorgan ist z. B. „die

Menschenkette, die das Getreide in Brot verwandelt". Es gleicht einem Baum, der seine festen Wurzeln (den Acker), seinen Stamm (Bauernhof, Mühle, Bäcker) und seine weitverzweigten Äste (die verschiedenen Abnehmer des Brotes) hat. — Die Primitivität, zu der die naive Uebertragung der Biologie auf die Gesellschaftstheorie durch diesen auf seinem Spezialgebiet bedeutenden Gelehrten führt, ist schwer vorstellbar : „Jeder Brief, den wir absenden, jedes Telegramm, das wir erhalten, jede Eisenbahnfahrt sollte uns mit tiefer Dankbarkeit dem Staat gegenüber erfüllen... Freilich wer kein Auge hat für den Wert der ihm gemachten Geschenke, der bleibt arm im grössten Reichtum... Und für alle seine Gaben verlangt der Staat nichts anderes, als dass der einzelne an seiner Stelle innerhalb einer Menschenkette seine Arbeit tut". — Für die ökonomischen Einsichten dieses Biologismus diene folgendes Beispiel : „ Es besteht für Leistung und Gegenleistung in jedem Augenblick ein festes Verhältnis... Für die Innehaltung dieses Verhältnisses sorgt automatisch der durch das Tauschmittel ausgedrückte Preis, der sofort sinkt, wenn eine Überzeugung eintritt — oder steigt, wenn eine Untererzeugung vorhanden ist". — Ungleich treffender sind die Erkenntnisse über Funktion und Bedeutung der Ideologie im gegenwärtigen Staate : Da die Erfüllung der Organisationsregeln des Staates heute dem „persönlichen Interesse meist schnurstracks zuwiderläuft", muss der einzelne durch einen „inneren Imperativ" dazu bewogen werden, seine persönlichen Wünsche beiseitezustellen und zu gehorchen. „Dazu dient das Gewissen... Es liegt daher im Interesse des Staates, dass das Gewissen von den einzelnen gepflegt werde, damit sie immer bereit sind, ihre Pflichten im Staate zu erfüllen. Aus diesem Grunde unterstützt der Staat die Kirche...". Die gesellschaftlichen Kämpfe seien organische „Krankheiten" des Staates, die durch ziemlich einfache Heilmittel (wie z.B. Beseitigung der fremdrassigen „Parasiten") behoben werden können. Adolf Berger (München).

Djordjevitsch, Jean, *Les rapports entre la notion d'état et la notion de classes sociales. L. Rodstein. Paris* 1933. *(422 S. ; frs. fr.* 55.—*)*

D.s Buch gibt eine systematische Darstellung der marxistischen Staatstheorie : Erörterung ihrer Grundbegriffe, Bestätigung ihrer Richtigkeit durch die Geschichte, Auseinandersetzung mit ihren hauptsächlichsten Kritikern. Besonders eindringlich wird der demokratische Revisionismus abgelehnt : auf dem Boden der Klassengesellschaft kann die Demokratie nichts anderes sein als ein „instrument des intérêts des classes dominantes". Die Konzeption der „Wirtschaftsdemokratie" ist eine blosse Utopie : sie macht die unhaltbare Voraussetzung einer Trennung ökonomischer und politischer Verhältnisse. Den Klassencharakter hat die kapitalistische Demokratie mit dem korporativen Staat gemeinsam ; dieser ist in seinem eigentlichen Inhalt nur die „consécration de l'asservissement économique, social et politique des classes laborieuses". Diesen beiden jüngsten Formen des kapitalistischen Klassenstaates stellt D. die wahre „dialektische" Aufhebung des Staates gegenüber : die Diktatur des Proletariats. Sie bildet tatsächlich nicht eine blosse Abwandlung der früheren Formen des Staates, sondern

„un nouveau type d'état de classes" : die letzte Form des Staates vor der Konstitution des klassenlosen Gesellschaft. In der Interpretation dieses Uebergangs vom Klassenstaat über die Diktatur des Proletariats zur klassenlosen Gesellschaft stellt sich D. auf den Boden des Leninismus.

Obgleich das Buch nichts wesentlich Neues bringt, ist es durch das umfangreiche vorgelegte Material und die gute Berücksichtigung der neuesten geschichtlichen Entwicklung ein wichtiges Dokument für den Stand der marxistischen Staatstheorie. Werner Frank (Genf).

Schulz, F. O. H., *Untergang des Marxismus. I. Engelhorns Nachf. Stuttgart* 1933. *(*371 *S.; RM.* 4.50, *geb. RM.* 6.—*)*

Dieses Buch eines ehemaligen Marxisten gründet seinen „Anspruch auf Geltung" darauf, dass es ebensowohl ein „Bekenntnis —" als ein „Erkenntnisbuch" sei. „Die Geschichte lehrt, dass diejenigen Menschen, die sich aus dem marxistischen Denken ideell befreit haben, insgesamt ihren Anker in den Grund eines Idealismus senken, der sich in staatenbildenden Energien umsetzt". Nicht unähnlich wie mit solchen „Bekenntnissen" des Autors verhält es sich auch mit seinen „Erkenntnissen". Er kennt von der theoretischen und geschichtlichen Gesamterscheinung des Marxismus allenfalls die Parteigeschichte und auch diese nur oberflächlich und in ihren letztvergangenen Phasen. Infolge dieser ungenügenden Sachkenntnis bewegen sich seine Ausführungen in einer blossen Wiederholung längst bekannter und von anderen Kritikern innerhalb und ausserhalb des marxistischen Lagers weit besser formulierter und begründeter Angriffe. Trotz dieser Belanglosigkeit besitzen aber die Be- und Erkenntnisse Sch.' als ein Beitrag für die vollständige Erfassung der letzten Phasen der sozialdemokratischen Parteigeschichte eine gewisse Bedeutung. Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang die von dem Verf. in zwei Kapiteln seines Buches liebevoll geschilderte Hofgeismarer Bewegung der Jungsozialisten von 1923 und nach deren formeller Überwindung im Jahre 1925 für die spätere Periode der „religiöse Sozialismus". Es ist gewiss kein Zufall, dass gerade in den „Neuen Blättern für den Sozialismus" noch 1932 das letzte, dem hier besprochenen unmittelbar vorhergehende Buch von Sch. als das Werk eines Mannes bezeichnet wurde, der „eine neue Bresche in die Mauer des doktrinären Marxismus geschlagen" und „die Aufgabe unserer Zeit und die Aufgabe des Marxismus erkannt" habe.

Karl Korsch (London).

Gouhier, Henri, *La jeunesse d'Auguste Comte et la formation du positivisme : I. Sous le signe de la Liberté. Vrin. Paris* 1933. *(*301 *p.; frs. fr.* 32.—*)*

J'ouvrais avec méfiance le nouveau livre de M. Gouhier. Celui qu'il avait en 1932 consacré à la vie d'A. Comte m'avait déplu (pour ne pas dire davantage) ; j'avais été choqué par la manière enjouée, par l'ironie facile (l'ironie est le défaut que doit s'interdire tout biographe d'A. Comte),

comme si l'auteur avait recherché des mérites littéraires plus que la rigueur[1]). Je n'en suis donc que plus à l'aise pour reconnaître le caractère rigoureusement scientifique du premier tome du grand ouvrage que M. Gouhier prépare. Sans doute il continue à aimer les fleurs de rhétorique. Reconnaissons que ce défaut est l'envers peut-être d'un style facile et agréable, qui rend une indiscutable érudition fort supportable.

M. Gouhier a toujours conçu l'histoire de la philosophie plus comme une histoire des esprits (ou même des hommes) que comme une histoire des idées. (Cf. Avant-propos de ce livre et tout le livre du même auteur sur Malebranche.) Il rattache les systèmes à leurs créateurs et à leur époque plus qu'il ne s'efforce d'en dégager la signification authentique ou la valeur de vérité. On leur préfère une autre méthode : cette méthode biographique n'en est pas moins légitime, en particulier dans le cas d'A. Comte.

Le premier tome est consacré à la jeunesse d'A. Comte depuis les années de lycée à Montpellier jusqu'en août 1817. Plus importants que les événements de cette période sont les enseignements que l'auteur en tire. Des trois problèmes posés dans l'avant-propos, un seul est abordé dans ce tome. En effet en ce qui concerne l'hypothèse historique selon laquelle la religion positiviste serait liée à la religion révolutionnaire, en ce qui concerne aussi l'unité de la pensée d'A. Comte, la jeunesse d'A. Comte ne nous apprend rien. Mais il n'en va pas de même en ce qui concerne la question traditionnelle des relations avec Saint-Simon. En effet, M. Gouhier apporte la démonstration de cette proposition, trop souvent méconnue, que la pensée d'A. Comte existe déjà avant la rencontre de l'autre „Messie positiviste". Il a déjà subi les influences qui devaient l'orienter, il a déjà puisé dans les milieux qu'il a traversés, les idées directrices de son système. Encontre, à la fois mathématicien et philosophe, lui a montré pour la première fois réunis les deux personnages qu'il a voulu être simultanément : pédagogue et philosophe. D'autre part, beaucoup des polytechniciens de sa génération avaient en tête, semble-t-il, deux grandes idées, créer une philosophie des sciences naturelles et une politique scientifique. Ainsi, avant la rencontre avec Saint-Simon, A. Comte possédait déjà les idées essentielles de son système, qu'il aurait, prétend-on, empruntées à Saint-Simon : philosophie des sciences, politique positive, régénération sociale fondée sur l'une et sur l'autre, sens de la relativité (p. 227 et 239-43). Il faudrait donc chercher ailleurs l'influence de Saint-Simon si elle existe, de même qu'il faudrait apercevoir la véritable originalité de Comte dans la réalisation géniale d'ambitions alors banales.

Regrettons seulement que le caractère de Comte soit jusqu'à présent aussi peu dessiné. Sans doute M. Gouhier compte-t-il achever le portrait dans les tomes suivants. Raymond Aron (Le Havre).

---

[1]) Sans parler des doutes que M. Gouhier semblait suggérer au sujet de la santé mentale d'A. Comte.

The Social and Political Ideas of some Representative Thinkers of the Victorian Age. Edited by F. J. C. Hearnshaw. Harrap. London 1933. *(pp.* 271 ; 8 *s.* 6 *d.)*

This is the final volume of a series of nine, „covering the whole process of European thougth from St. Augustine to Matthew Arnold". The persons treated are Carlyle, Spencer, Maine, de Tocqueville, Marx, Green, Matthew Arnold, Bagehot and Taine, and there is an Appendix on the predecessors of Bagehot. Professor Hearnshaw writes on Spencer, stressing his political individualism and treating his view of the organic nature of society rather as a regrettable inconsistency. Professor Dover Wilson writes with authority on Arnold, but without convincing us that his political theories were of any great importance. The two best essays are those of H. J. Laski on de Tocqueville and A. D. Lindsay on Green. Both bear the stamp of their origin as lectures, in that they are comprehensive without being exhaustive. Both are admirably lucid, and sympathetic without being partial, except that Lindsay is, perhaps, inclined to slur over Green's difficulties in reconciling the freedom of the individual judgment with the supremacy of the common good.

C. H. Driver contributes two essays, one on Bagehot and one (the Appendix) on the development of the psychological approach to politics before Bagehot. In the latter he pays particular attention to T. R. Edmonds. Without introducing anything that is either original or controversial, he has written an excellent analytical account of this branch of methodology which helps to identify the trend of thought exemplified by the other thinkers discussed in this volume and to relate it to another great Victorian, Darwin, who does not appear among them. He is able to expose the common element in the diverse theories of Spencer, Marx, Bagehot, Arnold and, to some extent, Maine, namely the concept of a cultural evolution, a social heritage, which is conditioned by the psychological life of the individual and apart from which the individual is a meaningless abstraction. The most provocative essay is that of J. L. Gray on Marx. He writes as a philosopher, omits all consideration of the purely economic doctrines and finds the core of Marx's system in the use of the Hegelian dialectic and in the doctrine of historical materialism. Both of these he subjects to severe criticism, though admitting the value of the latter as expressing the adaptability of man in a social, and not individualist, form. Marx's socialism was the faith of an idealist. It is not implied in his system. His reasoning is fundamentally a priori. And yet „he created the beginnings of a scientific outlook in social studies" by giving a rational, and not an ethical, basis to the doctrine of revolution.

T. H. Marshall (London).

Psychologie.

Fleming, Sandford, *Children and Puritanism. Yale University Press. New Haven* 1933. *(*236 *S.;* $ 2.50*)*

Die Arbeit beschreibt die Stellung der Kinder im Leben und in den Anschauungen des neuenglischen Puritanismus von 1620 bis 1847. Auf eine Darstellung der Geschichte und der dogmatischen Entwicklung der Neuengland-Kirchen folgt eine ausführliche Beschreibung der Einstellung der Kirche zu den Kindern, speziell zum Problem der Mitgliedschaft der Kinder in der Kirche, der Bücher und Predigten für Kinder und der religiösen Erziehung, Unter reichlicher Benützung der zeitgenössischen Dokumente wird dann die Reaktion der Kinder auf den religiösen Appell der Kirche beschrieben, im besonderen die religiösen Zusammenkünfte der Kinder und Jugendlichen und ihre seelischen Reaktionen. Zum Schluss werden die Veränderungen, die im 19. Jahrhundert vor sich gingen, kurz behandelt.

Der Verf. zeigt vor allem zwei Tatsachen mit grosser Klarheit auf. Zunächst die, dass die Kirche die Kinder nicht als von den Erwachsenen psychologisch verschieden, sondern höchstens als verkleinerte Erwachsene betrachtete und dementsprechend von einer religiösen Erziehung, die der seelischen Besonderheit des Kindes angepasst war, keine Rede gewesen ist. Zweitens, dass dementsprechend dieselben Mittel der religiösen Beeinflussung, die man bei den Erwachsenen als die entscheidenden ansah, auch den Kindern gegenüber angewandt wurden. Die Bücher und die endlosen Gottesdienste boten Kindern wie Erwachsenen die gleichen Gedanken an Tod, Verderbtheit des Menschen und die Furchtbarkeiten der Hölle als Triebfedern ihres Gefühlslebens. Dass Kinder von 8 Jahren nachts laut weinend sich als Sünder bekannten und sich auch durch beruhigende Worte der Eltern darum nicht trösten liessen, weil Gott sie wohl nach einem so sündigen Leben nicht mehr begnadigen werde, war nichts Seltenes und wurde als ein Zeichen der religiösen Begabung des Kindes angesehen. Indem das Buch die religiöse Erziehung der Kinder zum Gegenstand hat, gibt es ein besonders deutliches Bild von den seelischen Antrieben, die natürlich in noch viel stärkerem Masse bei den Erwachsenen massgebend waren : Angst, Zweifel, seelische Unterwerfung, Trotz und Schuldgefühl. Der Verfasser bietet so einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Triebstruktur des Puritanismus und damit indirekt auch zur Analyse der bürgerlich-protestantischen Gesellschaft. Erich Fromm (Genf).

Rank, Otto, *Erziehung und Weltanschauung. Eine Kritik der psychologischen Erziehungs-Ideologie. Ernst Reinhardt. München* 1933. *(*183 *S.; RM.* 3.80, *geb. RM.* 5.80*)*

Dieses Buch ist schwer referierbar, da es eine klare Linie nicht aufweist. Dagegen ist eine Fülle erwägenswerter Gedanken vorhanden. Die Erzie-

hung zerfalle in eine kollektive und individuelle. In den Zeiten der Primitiven sei die individuelle Erziehung am Anfang gestanden, die kollektive in Form der Männerweihe habe nur kurze Zeit gedauert, sei aber umso eindrucksvoller gewesen, da sie sich der Mystik bedient habe. Dann sei das Individuum weitgehend Kollektivwesen geblieben. Späterhin sei die Erziehung eine religiöse gewesen ; das sei die soziale Stufe des Sexualzeitalters (Patriarchat). Die dritte Stufe, die heutige, sei die individuelle der psychologischen Ideologie. Was dies ist, wird nicht recht klar. Sicher aber ist, dass zwar ausserordentlich viel von Ideologie die Rede ist, die kapitalistische Ideologie aber, in deren Bereich das heutige Bürgertum aufwächst und von dessen Erziehung doch das Buch handelt, nicht erwähnt wird. Überhaupt scheint das Buch in grosser Distanz von der Realität geschrieben zu sein : „ ... diese im 19. Jahrhundert aufblühende Weltideologie des Humanismus wurde bald durch kleinere Gruppeninteressen verdrängt, die sich schliesslich innerhalb der einzelnen nationalen Gemeinschaften zum Klassenkampf verschärften, wie er das 19. Jahrhundert beherrschte. Der Weltkrieg ist als Gegenwirkung darauf zu verstehen, da er wenigstens die einzelnen Völker vorübergehend einigte — ja sogar grössere Bündnisse schuf — und in seinen Folgen wieder dem humanistischen Ideal der Menschenverbrüderung zuneigte.“ Karl Landauer (Amsterdam).

Grünberg, Sidonie Matsner und **Benjamin C. Grünberg,** *Parents, Children and Money. The Viking Press. New York* 1933. *(*219 *S. ;* $ 1,75*)*

Die Autoren behandeln das pädagogische Problem, wie sich Eltern am richtigsten in Geldangegelegenheiten ihren unerwachsenen Kindern gegenüber verhalten. Es wird erörtert, ob und in welcher Höhe die Kinder Taschengeld erhalten sollen, in welcher Weise auf ihre Ausgaben Einfluss genommen werden soll, ob und wie sie zum Sparen veranlasst werden sollen, weiterhin ob es zweckmässig ist, dass das Kind versucht, selbst Geld zu verdienen, wie es sich zum Leihen und Borgen einstellen soll und endlich, welchen Einfluss das Geld auf die Beziehungen innerhalb der Familie hat. Das Buch geht theoretisch nicht tief genug, um die Erforschung dieses wichtigen sozialpsychologischen Problems wesentlich zu bereichern.

Erich Fromm (Genf).

Piéron, Henri, *Le Développement mental et l'intelligence. Félix Alcan. Paris* 1933. *(*95 *p. ; fr. frs.* 10.—*)*

Isaacs, Susan, *Social Development in young Children. Routledge. London* 1933. *(XII &* 480 *p. ; sh.* 15.—*)*

Dans la première de ces quatre conférences données à l'Université de Barcelone en 1926 M. Piéron expose chez le tout petit enfant quels obstacles, physiques surtout, peuvent conduire à des arrêts de développement. S'en référant aux travaux de Piaget, il signale aussi l'importance de l'élément social dans le développement de la pensée. Dans le chapitre suivant, P. passe en revue les différentes mesures de l'intelligence (Binet,

Simon, Terman, Yerkes, etc.). Celles-ci n'ont vraiment de valeur que pour les enfants qui sont encore à l'âge scolaire. Pour l'adolescent et l'adulte, l'évolution de l'intelligence doit être surtout qualitative (profils psychologiques) et elle ne doit plus se faire en fonction de l'âge. P. résume les efforts de Rossolimo, Vermeylen et d'autres pour parvenir à une évaluation analytique des fonctions mentales. Tout en reconnaissant les difficultés que soulève l'emploi des tests, l'auteur se montre optimiste quant à leur valeur pratique.

Mme Isaacs écrit son livre qu'elle divise en deux, une part psychologique et une part pédagogique, pour des lecteurs au courant de la psychanalyse. La grande expérience que Susan Isaacs a des enfants, sa connaissance étendue de la littérature psychologique, son sens critique donnent à ce livre une grande valeur. Piaget avait fait remonter le début des processus de coopération à l'âge de 7-8 ans, l'auteur montre par de nombreux exemples à l'appui, que cette coopération est à l'œuvre dès les premières années. Le développement social de l'enfant déborde du reste le cadre de la coopération d'autres facteurs tels que l'hostilité, les sentiments de culpabilité et de responsabilité, la sexualité aussi y jouent un rôle important. Or tous ces sentiments complexes existent déjà dans les relations émotives qui lient l'enfant à la mère. Susan Isaacs insiste sur les manifestations précoces de la sexualité chez l'enfant. Les parents ne doivent pas simplement les admettre, car elles créent une anxiété spontanée qu'il est nécessaire d'apaiser. La meilleure œuvre de prophylaxie est de renseigner largement et intelligemment les parents sur tous ces faits.

Raymond de Saussure (Genève).

Kellogg, W. N., und **L. A. Kellogg,** *The Ape and the Child. A study of environmental influence upon early behavior. McGraw-Hill Book Company, Inc. New York and London* 1933. *(XIV u.* 341 *S.; $* 3.—, 12 *s.* 6 *d.)*

Ein halbjähriger Schimpanse wird mit einem 9 Monate alten Kind unter identischen Bedingungen erzogen. Der Versuch wird 9 Monate lang durchgeführt. Die Entwicklung der beiden Individuen wird durch die Experimentalsituation nirgends eingeengt. Der Versuch führt zu einer Fülle von Ergebnissen, die mit vorbildlicher Lebendigkeit und Exaktheit dargestellt werden. Aus der Fülle der Anregungen, die von dem reichhaltigen Material ausgehen, kann lediglich folgendes zusammenfassend herausgehoben werden :

Die Entwicklung des zwei Monate jüngeren Schimpansen überschneidet die des Kindes innerhalb kurzer Zeit. Er beherrscht mit seinem Bewegungsapparat seine Umwelt schneller als das Kind, lernt darum auch schneller alle Anstandsregeln, die der Mensch für notwendig hält. Das Essen mit dem Löffel z. B. fällt ihm leichter als dem Kind. Dagegen ist er in all seinen Handlungen viel unmittelbarer von seinen Pflegeeltern abhängig, an die er viel mehr, viel „äusserlicher" zumindest, gebunden scheint. Er ist unglücklich, wenn er sie aus der Sicht verliert. Er ist in weitaus geringerem Masse imstande, sich mit sich selbst zu beschäftigen. Man

beobachtet bei ihm keine Neigung zum Spiel mit seinen Fingern, er hat keine Ansätze zu einer Lallsprache. Seine paar Laute entwickelt er allein im aktiven Erleben an den Objekten der Umgebung.

Während das Kind in den ersten Zeiten sein Verhalten in der Umwelt nachahmt, ihn also gewissermassen als Führer anerkennt, kehrt sich das Verhältnis später in einer Beziehung um : Besonnenes Verhalten lernt der Affe vom Menschen. Einen Gegenstand von allen Seiten betrachten, ihn nach einander in Kontakt mit verschiedenen Dingen der Umwelt bringen, ihm also verschiedene Bedeutungen abgewinnen, darin ist der Mensch dem Tier von Anfang an überlegen. Diese „meditative" Veranlagung also, die einhergeht mit einem Mangel an ursprünglichem motorischem Verankertsein in der Umgebung, hat schon im ersten Lebensjahr der Mensch vor dem Anthropoiden voraus. Gustav Bally (Zürich).

Bevington, Sheila, *Occupational Misfits. A Comparative Study of North London Boys Employed and Unemployed. With a Foreword by Charles S. Myers. Allen & Unwin. London* 1933. *(*102 *S. ; sh.* 6.—*)*

Miss Bevington hat mit Hilfe des National Institute of Industrial Psychology 400 Jugendliche des Bezirkes Tottenham untersucht, um festzustellen, auf welche soziologischen, psychologischen usw. Unterschiede beruflicher Erfolg oder Misserfolg zurückzuführen sei. Als „beruflich erfolgreich" werden dabei diejenigen 16- bis 18-Jährigen angesehen, die seit Verlassen der Schule stets Arbeit gehabt hatten, als „beruflich gescheitert" diejenigen, die zur Zeit der Untersuchung erwerbslos waren. Es zeigt sich, dass soziologische Umstände (Beruf des Vaters, Zahl der Geschwister), intellektuelle Unterschiede (Grad der Schulbildung) und Unterschiede der beruflichen Tüchtigkeit (Höhe der Arbeitsverdienste) für den beruflichen Erfolg oder Misserfolg nicht entscheidend waren, wohl aber Unterschiede des Charakters, wie sie in den Schulzeugnissen für Betragen, in der Plausibilität der für Stellenwechsel angeführten Gründe, in der Berufsstabilität und in den zukünftigen Berufsaussichten in Erscheinung treten. Weitere Ergebnisse der Untersuchung sind : Wenn ein Beruf ohne Berufsneigung ergriffen wird, so schädigt dies die ganze weitere Berufslaufbahn. Die von Lehrern und Eltern den Jugendlichen erteilte Berufsberatung ist äusserst mangelhaft ; am Schlusse der Arbeit werden Vorschläge zur Verbesserung gemacht. — Die Arbeit enthält zahlreiche tabellarische Übersichten ; sie zeichnet sich durch Sorgfalt und Vorsicht aus, mit der die zahlenmässigen Befunde analysiert werden. Otto Lipmann (Berlin).

Mac Curdy, J. T., *Mind and Money. Faber. London* 1933. *(*319 *p. ;* 10 *s.* 6 *d.)*

Dans la crise actuelle, les facteurs économiques qu'étudient les spécialistes ne sont pas seuls en jeu, il y a des facteurs psychologiques qui doivent être mis en évidence, et ceci d'autant plus que, par le suffrage universel, chaque citoyen peut influer sur le sort économique du pays. Ici l'antagonisme

des partis joue un rôle néfaste. Capitalistes et socialistes s'accusent réciproquement au lieu de s'unir et étudier en commun et en toute objectivité les problèmes. — Puis Mac Curdy retrace les grandes lignes des travaux modernes sur la psychologie du groupe. Il fait un tableau de la situation économique actuelle en Allemagne, aux États-Unis et dans l'Empire britannique, dénonçant les principaux facteurs psychologiques de la crise. Dans un dernier chapitre, l'auteur montre comment il pense que l'on pourrait éviter certaines catastrophes en unissant mieux l'étude psychologique à celle des problèmes économiques.

Raymond de Saussure (Genève).

Psycho-analysis Today. Its Scope and Function. Edited by Sandor Lorand. Allen & Unwin. London 1933. *(*370 *p.; sh.* 18.—*)*

Ce livre contient une série d'articles sur les principaux problèmes de la psychanalyse. Son mérite est d'être rédigé par une série de médecins particulièrement qualifiés. La place nous manque pour analyser la pensée de chacun d'eux, mais une liste choisie des articles et de leurs auteurs donnera une juste idée de l'intérêt de ce volume. Ferenczi : L'influence de Freud sur la médecine. Alexander : Développement de la psychologie du moi. Meyer : Mécanisme des rêves et leur interprétation. Nunberg : Les bases théoriques du traitement psychanalytique. Lorand : Formation du caractère et psychanalyse. Williams : Le développement de l'hygiène mentale. Brill : La sexualité et son rôle dans les névroses. Oberndorf : Relations entre enfants et parents. Klein : Les premiers stades du développement de la conscience chez l'enfant. Kardiner : Hystéries et phobies. Laforgue : Les schizophrénies. Hinsie : La paranoïa. Jelliffe : Psychanalyse et médecine interne. Roheim : Psychanalyse et anthropologie. Jones : Psychanalyse et religion. Wittels : Psychanalyse et littérature. Schilder : Psychanalyse et criminologie. Raymond de Saussure (Genève).

Kankeleit, Otto, *Die schöpferische Macht des Unbewussten. Ihre Auswirkung in der Kunst und in der modernen Psychotherapie. Mit Beiträgen von Blunk, Claudius, Hermann Stehr, Emil Abderhalden, C. G. Jung, Graf H. Keyserling, Alfr. Kubin u. a. Walter de Gruyter u. Co. Berlin u. Leipzig* 1933. *(*89 *S.; RM.* 4.50*)*

Egeydi, Henrik, *Die Irrtümer der Psychoanalyse. Eine Irrlehre mit einem genialen Kern. Wilh. Braumüller. Wien und Leipzig* 1933. *(*86 *S.; RM.* 2.80*)*

Das Buch von Kankeleit steht in psychologischer Beziehung ganz im Banne von C. G. Jung. Der Autor will sich einreihen in die Schar derer, die der seelischen Hilfe bedurften, da sie vom schöpferischen Prinzip des Unbewussten abgeirrt waren, welche gesundeten, als ihre Seele in seelischem Erdreich wieder Wurzel schlug. Das Individuum erhält erst einen Sinn, wenn es Instrument der Art ist, und so reiht sich dies Buch ein in eine Reihe früherer rassenhygienischer Arbeiten des Autors. Zu dem eigentlich interessierenden Prozess, wie nun dieses Unbewusste sich zum Bewussten und

anderen Menschen Verständlichem und Nacherlebbarem gestaltet, kann man hier nichts erfahren.

Der Untertitel der Schrift von Egelydi charakterisiert das Büchlein trefflich : einerseits — andererseits, und mit Superlativen wird nicht gespart. Trotz reichlicher Zitate ist die Kenntnis Freuds sehr oberflächlich. An Stelle der ursprünglichen psychoanalytischen Methode benütze Freud jetzt die freie Assoziation zur Eruierung der unbewussten verdrängten Traumen. Die schonend und diplomatisch mitgeteilte Deutung all dieser Konflikte solle zur Heilung führen. In der Tat aber werden die freien Assoziationen die Ursache einer hypnotischen Relation, und so sei die Psychoanalyse in Wirklichkeit eine missgedeutete Psychometamorphose.

Karl Landauer (Amsterdam).

Révész, Géza, *Das Schöpferisch-Persönliche und das Kollektive in ihrem kulturhistorischen Zusammenhang. J. C. B. Mohr. Tübingen* 1933. *(*58 *S. ; RM.* 2.40*)*

Die Schrift stellt sich die Aufgabe, zur „Klärung der Frage nach dem persönlichen und kollektiven Anteil in der individuellen Schöpfung" beizutragen. Der Verf. kommt zum Ergebnis, dass sich „die Frage nach dem Verhältnis des persönlichen und kollektiven Anteils an einem individuellen Werk...nur durch eine historische Betrachtungsweise beantworten" lässt. Das Resultat der Untersuchung ist dürftig genug : „eine genaue Analyse der Faktoren zeigt...dass ohne grosse Persönlichkeit geschichtliches Geschehen gar nicht entfesselt werden kann, denn sie ist es, die die kollektiven Kräfte sowohl sublimiert als auch entbindet. Gleichzeitig aber steckt in ihr sehr viel vom Kollektiven". „In grossen Zügen gesehen besteht also in dieser Wechselbeziehung das Verhältnis des Schöpferisch-Persönlichen zum Kollektiven..." Friedrich Winkl (München).

Heidbreder, Edna, *Seven Psychologies. The Century Company. New-York* 1933. *(*450 *S. ; $* 3.—*)*

Verf. will weder eine erschöpfende Studie über einzelne psychologische Systeme noch eine vollständige Darstellung der amerikanischen Psychologie geben. Das Buch soll vielmehr den gebildeten Laien mit den wichtigsten Strömungen der amerikanischen Psychologie bezw. der in Amerika wichtigsten europäischen psychologischen Schulen bekanntmachen. Die sieben psychologischen Systeme, die H. darstellt, sind : der Strukturalismus, die Psychologie von William James, Funktionalismus, Behaviorismus, Psychoanalyse, dynamische Psychologie und Gestaltpsychologie. Jedes System wird in seiner historischen Entwicklung dargestellt und Nachdruck auf den Beitrag gelegt, den es für die gesamte Entwicklung der Psychologie liefert. Verf. ist sparsam in der Verwendung technischer Ausdrücke, so dass er im grossen und ganzen die gestellte Absicht erreicht, wenn auch gewiss zu einer Reihe von Einzelfragen kritische Anmerkungen gemacht werden können. Ein Literaturverzeichnis zu jedem Kapitel erhöht den didaktischen Wert. Erich Fromm (Genf).

Geschichte.

Hampe, Karl, *Das Hochmittelalter. Geschichte des Abendlandes von 900-1250. Propyläenverlag. Berlin* 1933. *(X u.* 346 *S.; RM.* 12.—, *geb. RM.* 15.—*)*

Wieruzowski, Helene, *Vom Imperium zum nationalen Königtum. Vergleichende Studien über die publizistischen Kämpfe Kaiser Friedrichs II. und Königs Philipps des Schönen mit der Kurie. R. Oldenbourg. München* 1933. *(*241 *S.; RM.* 9.—*)*

Günther, Franz, *Der deutsche Bauernkrieg. R. Oldenbourg. München* 1933. *(XIII u.* 494 *S.; RM.* 17.—, *geb. RM.* 18.50*)*

Ernst, Fritz, *Eberhard im Bart. Die Politik eines deutschen Landesherrn am Ende des Mittelalters. W. Kohlhammer. Stuttgart* 1933. *(X u.* 244 *S.; RM.* 9.—*)*

Hampe ist einer von den wenigen mittelalterlichen Historikern, die nicht nur forschen, sondern auch die Ergebnisse ihrer Forschungen lesbar darstellen können. In diesem Bande behandelt er, in Erweiterung seiner Darstellung in der Propyläen-Weltgeschichte, nicht nur die Kaisergeschichte der Salier und Staufer und hebt nicht mehr nur einzelne markante Herrscherfiguren hervor, sondern er fasst seine verschiedenen Arbeiten zu einem grossen, geschlossenen und einheitlichen Bild zusammen, wobei er allerdings ebenso wie in seinen früheren Schriften auf wirtschaftliche Probleme nicht eingeht.

H. Wieruzowski, eine Meineckeschülerin, weist eindringlich nach welche Veränderungen sich in der Zeit von Friedrich II. bis zu Philipp dem Schönen in der Entwicklung vom Imperium zu dem von nationalen Kräften getragenen Königtum durchgesetzt haben — eine Entwicklung, die dem mittelalterlichen Universalismus das für den Nationalstaat bahnbrechend wirkende Argument entgegenstellte, dass die Natur der Menschheit eine Vielheit von Staaten verlange.

Franz Günther legt jetzt als Ergebnis achtjähriger Forschungsarbeit eine modernen Ansprüchen genügende zusammenfassende Darstellung des Bauernkrieges vor, die auf einer ebenso gründlichen wie umfassenden Bearbeitung des in vielen Archiven zerstreuten urkundlichen Materials beruht. Er betrachtet den deutschen Bauernkrieg als das grösste Naturereignis der deutschen Geschichte, das er weder feiert noch als Rebellion verurteilt, noch zu einer religiösen Bewegung umdeutet; er sucht zu erklären und zu verstehen.

Der Hallerschüler Fritz Ernst untersucht einen besonderen Entwicklungsabschnitt eines der vielen innerhalb der universaleren Reichswelt sich ausbildenden staatlichen Mikrokosmen und beweist im einzelnen, wie sehr auch der württembergische Partikularfürst gleich den anderen Landesherren das Bestreben hat, seinem Territorium eine einheitliche und abgerundete Form nach aussen zu geben, Macht und Recht gegen Kaiser und territoriale Nachbarn zu erweitern und zu umgrenzen und auch nach innen hin sein Land verfassungsmaessig, administrativ, finanziell und militärisch zu konsolidieren. Walter Schwartz (Frankfurt a. M.).

Nordstroem, Johan, *Moyen Age et Renaissance. Essai historique. Librairie Stock. Paris* 1933. *(238 S.; frs. fr.* 20. *—)*

Petit-Dutaillis, Ch., *La monarchie féodale en France et en Angleterre. Xe-XIIIe siècle. La Renaissance du Livre. Paris* 1933. *(XVII u.* 477 *S.; frs. fr.* 40.*—)*

Nordstroem liefert in seinem Buch eine Kritik der traditionellen, insbesondere von Burckhardt vertretenen Auffassung der Renaissance. Er ist der Ansicht, dass keineswegs die italienische Renaissance das Erbe der antiken Kultur in Europa zum Wiederaufleben brachte ; das Wesentliche dieser Arbeit sei bereits im Laufe der vorhergehenden Jahrhunderte geleistet worden. Im Lichte der modernen Forschung sei es immer schwieriger, die herkömmliche Einteilung der geschichtlichen Perioden in Mittelalter und Renaissance aufrechtzuerhalten. Die Auffassung, dass erst die italienische Renaissance die moderne Auffassung von Natur und Mensch geschaffen und so die Grundlage für die moderne Wissenschaft und Kunst gelegt habe, sei falsch, man müsse die italienische Renaissance als ein Moment der kontinuierlichen Entwicklung der europäischen Zivilisation betrachten. Nach der Periode des Verfalls und der Anarchie, die auf die Auflösung des Karolingerreichs folgte, seien in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts in den zivilisierten Ländern Europas die Anzeichen eines neuen Lebens aufgetaucht. Die Tatsache, die nach N. vom Standpunkt der weiteren Entwicklung der europäischen Kultur vor allem entscheidend wirkte, war der Aufschwung der Städte und das Auftreten des Bürgertums. An dieser Veränderung des kulturellen Lebens nahm Frankreich den grössten Anteil. N. behandelt die klassischen Studien des mittelalterlichen Frankreich und die scholastische Philosophie des XIII. und XIV. Jahrhunderts ; diese sei allmählich dazu gelangt, eine wissenschaftliche Methode auszuarbeiten, dank der Philosophie und Theologie voneinander abgegrenzt wurden, so dass sich eine unabhängige Erforschung des Menschen und der Natur entwickeln konnte. Auch inbezug auf die Naturwissenschaft, die Literatur und Kunst habe die Renaissance nur das Werk, das im Mittelalter begonnen wurde, fortgesetzt.

Petit-Dutaillis hat sich das Ziel gesetzt, die Entwicklung der monarchischen Gewalt in Frankreich unter den ersten Kapetingern und die gleichzeitige Geschichte der Königsgewalt in England im Zusammenhang zu behandeln. Die Geschichte Frankreichs und Englands ist in jenem Zeitraum dadurch eng miteinander verquickt, dass die englischen Könige aus den Häusern Wilhelms des Eroberers und der Plantagenets über grosse französische Besitzungen verfügten und dass ferner die Verwaltungsmethoden der normannisch-englischen Monarchie von den Kapetingern z. T. übernommen wurden. P.-D. verweilt ausführlich bei den Beziehungen zwischen der monarchischen Gewalt und der Kirche, deren klare Darstellung ein besonderer Vorzug des auch sonst auf Grund einer hervorragenden Kenntnis des Stoffes geschriebenen Buches ist. Seine Ausführungen lassen erkennen, welchen Einfluss die Stellung der Kirche darauf hatte, dass die monarchische Gewalt sich in England und Frankreich verschieden entwickelte, dass sie hier einen starken Zuwachs an Autorität erhielt, während sie in

England vor den Forderungen des Adels zurückweichen musste. P.-D. beschränkt sich darauf, die Entwicklung der Königsgewalt und ihrer Organe zu schildern, was z. T. daraus zu erklären ist, dass sein Buch im Rahmen der Reihe „Evolution de l'Humanité" erscheint, in der die feudale Gesellschaft und Wirtschaft von anderen Autoren gesondert behandelt werden. Daher wird bei ihm die allgemeine gesellschaftliche Rolle der Kirche in jener Zeit, die ihre politische Wirksamkeit ermöglichte, ebensowenig klar sichtbar wie die Entwicklung der einzelnen Schichten der feudalen Gesellschaft, die für die Geschichte der Monarchie bestimmend war. P.-D. begnügt sich hier mit Andeutungen, während er z. B. den persönlichen Eigenschaften der einzelnen Monarchen einen verhältnismässig breiten Raum widmet und diese persönlichen Eigenschaften z. T. (wie im Falle Johanns o. L.) als für die geschichtliche Entwicklung in erster Linie entscheidend ansieht.

Albert Dorner (Basel).

Pascal, R., *The Social Basis of the German Reformation. Martin Luther and his times. Watts & Co. London* 1933. *(IX u.* 246 *S.;* 7 *s.* 6 *d.)*

Bestrebt, die Widersprüche im politischen und gedanklichen Verhalten Luthers zu erklären, stiess P. auf die gesellschaftlichen Hintergründe, aus denen Luther und die Reformation erwuchsen. Hierbei genügt es nicht, so stellt der Cambridger Dozent fest, von „der Zeit" Luthers als von etwas Festem und Einfachem zu sprechen. „Die Gesellschaft befand sich damals in rascher Bewegung. Sie bestand aus einer Reihe von Gruppen, von Klassen mit bestimmten Interessen und bestimmten moralischen und metaphysischen Auffassungen, die miteinander um die gesellschaftliche Führung kämpften. Dieser Krieg ging auf allen Gebieten vor sich, in der Metaphysik wie im praktischen Leben. Für das Verständnis Luthers ist es grundlegend wichtig, zu sehen, dass er einer dieser Gruppen angehört und dass er ihren Kampf führt und leitet." P. kommt mittels Untersuchung der ökonomisch-sozialen Voraussetzungen der Reformation und mittels Untersuchung der Theologie und Politik Luthers zu dem Ergebnis, dass Luther (unbewussterweise; auf diesen Umstand legt P. grossen Nachdruck) in Ideologie und Praxis als Vertreter bestimmter mittlerer Schichten des damaligen deutschen Bürgertums wirkte, von Schichten, die sich politisch hinter die absolutistisch fürstliche Zentralgewalt stellten.

P.s Buch behandelt Luthers Theologie, seinen Konflikt mit dem Papst, die Gründung der lutherischen Kirche, die Entwicklung von Luthers politischen Theorien — unter ausführlicherer Schilderung seiner Stellung zu den Bauern und zum Bauernkrieg —, Luthers ökonomische Auffassungen und endlich seinen Platz in der zeitgenössischen Kulturentwicklung.

Dem Buche P.s, das übrigens auf sorgfältigem Studium der Quellen beruht, kommt wegen seiner sozialwissenschaftlichen Orientierung in der unübersehbaren Lutherliteratur ein hervorragender Platz zu. Eine Neuauflage würde gewinnen, wenn der Verf. seine Auffassungen an den Geschichtsstudien F. Mehrings und vor allem an Fr. Engels' klassischer Analyse der Bauernkriege überprüfte.

K. A. Wittfogel (London).

Kretschmayr, Heinrich, *Geschichte von Venedig. Band* 3. *Perthes A. G. Stuttgart* 1934. *(XV u.* 687 *S.; RM.* 24.—*)*

14 Jahre nach dem zweiten ist nun der dritte Band dieses ausgezeichneten Werkes erschienen. Er ist in sechsjähriger Arbeit hergestellt worden, nachdem das fast vollendete Manuskript im Juli 1927 bei dem Brand des Wiener Justizpalastes zugrunde gegangen war. Es gibt kein Kulturgebiet aus der venetianischen Geschichte, das der Verf. nicht eingehend verfolgt hätte. Die Politik sowohl wie die verschiedenen Künste, der Betrieb der Wissenschaften ebenso wie die Darstellung der Entwicklung von Landwirtschaft, Industrie und Handel sind sachkundig ausgeführt. Und bei all dieser Einzelarbeit scheint doch der Zusammenhang überall gewahrt. Dieser dritte und letzte Band behandelt den Niedergang von Venedig. Seine Ursachen werden, obgleich der Verf. der materialistischen Geschichtstheorie zweifellos ganz fernsteht, keineswegs in idealistischer Weise gedeutet, sondern vornehmlich in der Wirtschaftsgeschichte aufgezeigt. „Für den Ausfall des Handels in der Wirtschaft von Venedig gab es keinen Ersatz". Aus K. s Schilderung geht hervor, dass dieser Ausfall im wesentlichen aus der Entwicklung der Produktivkräfte zu erklären ist. Nach der Umsegelung des Kaps der Guten Hoffnung und der Herstellung eines unmittelbaren Seeverkehrs von Indien nach den Atlantischen Küsten war der alte Orienthandel, „die Hauptquelle venetianischen Reichtums", nicht mehr zu retten.

Angesichts der Gefahr, dass die Geschichtsschreibung gegenwärtig weitgehend in Mythologie versinkt, mutet eine solche Leistung bürgerlicher Geschichtsschreibung wie eine Erinnerung aus verflossener Zeit an.

M. Hochberger (Zürich).

Schnabel, Franz, *Deutsche Geschichte im* 19. *Jahrhundert. Bd. II: Monarchie und Volkssouveränität. Herder. Freiburg i. B.* 1933. *(X u.* 414 *S.; RM.* 7.40, *geb. RM.* 9.80*)*

Oncken, Hermann, *Das deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges.* 2 *Teile. J. A. Barth. Leipzig* 1933. *(X u. V u.* 870 *S.; RM.* 33.—*)*

Windelband, Wolfgang, *Grundzüge der Aussenpolitik seit* 1871. *Zentralverlag G. m. b. H. Berlin* 1933. *(*109 *S.; RM.* 2.40*)*

Dietrich, Richard, *Die Tripolis — Krise* 1911/2 *und die Erneuerung des Dreibundes* 1912. *Diss. Konrad Triltsch. Würzburg* 1933. *(*116 *S.)*

Die auswärtige Politik Preussens 1858 — 1871. *Diplomatische Aktenstücke, herausgegeben von der Historischen Reichskommission unter Leitung von Erich Brandenburg, Otto Hoetzsch, Hermann Oncken; bearbeitet von Christian Friese, Rudolf Ibbeken und Herbert Michaelis. Abt.* 1 *u.* 2. *Gerhard Stalling. Oldenburg* 1933. *(*858 *u.* 776 *S.; RM.* 45.50, *geb. RM.* 49.— *und RM.* 42.—, *geb. RM.* 45.50*)*

Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen; herausgegeben von Albert Brackmann. R. Oldenbourg. München 1933. *(VI u.* 279 *S.; RM.* 6.—*)*

Holstein, Friedrich von, *Lebensbekenntnis in Briefen an eine Frau. Eingel. u. hrsg. von Helmut Rogge. Ullstein Verlag. Berlin* 1932. *(LV u.* 357 *S.; RM.* 9.—, *geb. RM.* 12.—*)*

Pourtalès, Graf Albert, *Ein preussisch — deutscher Staatsmann; herausgegeben von Albert von Mutius. Einführung und Anmerkung von Hermann Oncken. Propyläenverlag. Berlin* 1933. *(*190 *S.; RM.* 4.—, *geb. RM.* 5.—*)*

In dem ersten Bande seines grossangelegten Geschichtswerkes hat Schnabel, der zur Elite der gegenwärtigen deutschen Historiker gehört, die Grundlagen untersucht, auf denen das 19. Jahrhundert ruht. Bd. II schildert die Auseinandersetzung zwischen Monarchie und Volkssouveränität, in der Sch. mit Ranke die leitende Tendenz des 19. Jahrhunderts erkennt. Der Kampf der aufbrechenden staatsbürgerlichen Kräfte des liberalen Bürgertums gegen die alten, starken konservativen Mächte um die Durchsetzung neuer staatlicher Verfassungs- und Lebensformen steht im Zentrum der Darstellung. In der Überwindung des vom Absolutismus her überlieferten Polizeistaates und in der Durchführung des staatsbürgerlichen Prinzipien angepassten Rechtsstaates findet Sch. die eigentliche politische Leistung des Liberalismus. Freilich weiss auch er, dass die entscheidenden Leistungen des liberalen Bürgertums nicht auf politischem, sondern auf geistigem, technischem und wirtschaftlichem Gebiete liegen. Aber die Behandlung dieser Dinge scheint den folgenden Bänden vorbehalten zu sein.

Oncken verliert sich nicht an Spezialprobleme, sondern erfasst den ganzen Komplex der aussenpolitischen Fragen, mit denen das deutsche Reich von 1871 bis zum Weltkrieg zu ringen hatte. Ja noch mehr : er baut die Vorgeschichte des Weltkrieges in den universellen Zusammenhang der mit dem europäischen Gesamtgeschehen verflochtenen deutschen Geschichte ein. Die abendländische Machtgeltung des mittelalterlichen Kaiserreiches, sein Zerfall in partikulare Autonomien, das Zusammenfügen der staatlich zerrissenen europäischen Mitte zu einem Nationalstaat und das 1871 einsetzende Ringen dieses neuen Reiches um die Behauptung und Sicherung seiner wiedergewonnen europäischen Existenz, schliesslich die Katastrophe des Weltkriegs erscheinen vor dieser Perspektive als ein „sinnhafter und zweckerfüllter Zusammenhang von durchgreifender Einheit".

Windelband entwickelt kurz und klar Grundzüge und Probleme der Aussenpolitik von Bismarck bis zur Gegenwart. Seine Fähigkeit, aussenpolitische Zusammenhänge und Linien übersichtlich darzustellen, kommt auch in dieser kleinen Schrift zur Geltung, der eine Reihe von Vorträgen zugrunde liegen, die er im Auftrage der Reichszentrale für Heimatdienst gehalten hat.

Dietrich hat die Tripolis-Krise von 1911/12, die in den bekannten grösseren Darstellungen der Vorgeschichte des Weltkrieges meist eine summarische Behandlung erfährt, zum Gegenstand einer Spezialstudie gemacht. Er will die Verbindungen aufweisen, die zwischen dem Tripoliskonflikt und der letzten Erneuerung des Dreibundes bestehen. Der

Verf. stützt sich hauptsächlich auf deutsche und österreich-ungarische Akten. Da italienische Akten nicht herangezogen worden sind, kann von einer erschöpfenden Behandlung des Tripoliskonfliktes nicht die Rede sein.

Im Jahre 1928 bildete sich unter dem Vorsitz von Meinecke die Historische Reichskommission zu dem Zwecke, die Quellen zur Geschichte des deutschen Reiches und seiner unmittelbaren Vorgeschichte herauszugeben. Die Kommission sah es als eine ihrer ersten Aufgaben an, das gesamte Aktenmaterial der zur Reichsgründung hinführenden auswärtigen Politik Preussens zu edieren. Die Publikation wird demnach die Epoche von der Neuen Aera bis zum Frankfurter Frieden umspannen. Es ist geplant, das umfangreiche Aktenmaterial auf 12 Bände zu verteilen. Ein grosser Teil des nach den Grundsätzen moderner Editionstechnik herausgegebenen diplomatischen Materials ist schon in früheren Publikationen zum Druck gelangt ; doch bringt diese Edition darüber hinaus sehr viel neues Material. Namentlich veröffentlicht sie nicht nur die preussischen Akten und die der deutschen Mittelstaaten, sondern sie zieht auch, soweit es ihr möglich ist, die diplomatischen Urkunden und Papiere der Archive von Wien, London, Moskau, Paris, Rom, Turin, vom Haag, Kopenhagen, Stockholm und Turin heran, so dass ein möglichst geschlossenes Gesamtbild entsteht.

In 19 verschiedenen Beiträgen des Sammelwerkes „Deutschland und Polen" werden der Komplex der deutsch-polnischen Probleme, die Vorgeschichte des deutschen Ostraumes, die historisch-geographischen Grundlagen des deutsch-polnischen Verhältnisses, die Entwicklung der politischen Beziehungen beider Staaten und Nationen zu einander in dem wechselvollen Geschehen vom Mittelalter bis zur Nachkriegszeit, schliesslich auch die kulturellen und geistigen Berührungen beider raumpolitisch eng nebeneinander lebender Völker untersucht. Dieses Buch geht, wie der Herausgeber im Vorwort ausführt, von der Tatsache aus, dass Deutschland und Polen über ein Jahrtausend in engen politischen und kulturellen Verbindungen gelebt haben, und will sich dementsprechend, anstatt die Geschichte „zur Erregung von Gegensätzen und Leidenschaften missbrauchen zu lassen", „in den Dienst des Verständnisses der so erwachsenen Berührungen" stellen.

Friedrich von Holstein ist eine der problematischsten Figuren des wilhelminischen Zeitalters, die man nicht einfach als Sonderling abtun kann. Es ist daher im Interesse der historischen Forschung sehr zu begrüssen, dass Helmut Rogge in einem dicken Bande die Briefe der Öffentlichkeit übergibt, welche H. von seinen Kindertagen bis zu seinem Sterbelager seiner Kusine Ida von Stülpnagel geschrieben hat. Erst diese Briefe vermitteln uns ein deutliches, von allem legendären Beiwerk befreites Bild des Menschen H. Darüber hinaus enthält die Publikation auch interessantes Material zur Vorkriegsgeschichte. Insbesondere zeigen die Briefe, in welchem Masse H. eine anglophile Politik befürwortete, wie er offen und heimlich gegen die verfehlte Flottenpolitik, die „unsinnigen und friedensgefährlichen" Bestrebungen des Flottenvereins eintrat und in Zeitungen die Meinung verbreitete, dass Deutschland mit der Möglichkeit

eines anglo-franko-russischen Krieges zu rechnen habe, solange die Engländer die deutsche Flottenpolitik als die Hauptgefahr betrachten müssten. Ein abgerundetes Holsteinbild wird sich die Öffentlichkeit aber erst machen können, wenn das in dem Archiv des Herrn von Schwabach noch ruhende Material ediert wird.

Graf Albert Pourtalès, ein preussisch-deutscher Politiker französischer Herkunft, gehörte zu dem Kreise der preussischen Wochenblattspartei, die in den Jahren nach der Revolution von 1848 im Sinn eines liberalen Konservatismus auf den Fortgang der preussisch-deutschen Staatsverhältnisse einzuwirken versuchten. In aussenpolitischer Hinsicht stiess P.'s Gruppe stets auf die Gegnerschaft Bismarcks, besonders in der Frage des Krimkrieges, ebenso in der preussischen Frankreichpolitik, die P. als Vorgänger Bismarcks in der Pariser Gesandtschaft eine kurze Zeit lang zu beeinflussen vermochte. Die von Albert von Mutius veröffentlichten Briefe und Aufzeichnungen P.s bilden besonders für die preussische Märzkrise des Jahres 1854 wie auch für die Vorgeschichte der neuen Aera eine neue unsere Kenntnisse erweiternde Quelle von persönlichem und intimem Reiz.

Walter Schwartz (Frankfurt a. M.).

Charpentier, Armand, *Historique de l'affaire Dreyfus. Fasquelle. Paris* 1933. *(336 S.; frs. fr. 20.—)*

Herzog, Wilhelm, *Der Kampf einer Republik. Die Affäre Dreyfus. Dokumente und Tatsachen. Europa-Verlag. Zürich* 1933. *(XIII u.* 983 *S.; Schw. fr.* 7.40, *geb. Schw. fr.* 9.50*)*

Charpentier gibt eine gedrängte, alle wesentlichen Einzelheiten berücksichtigende Darstellung der Affäre Dreyfus, wobei er sich auf den eigentlichen Fall, das Fehlurteil und dessen Geschichte beschränkt. Die politischen Hintergründe und Auswirkungen erwähnt Ch. nur chronikartig und nur soweit dies notwendig ist, um die einzelnen Phasen des Kampfes um Revision und Rehabilitierung zu schildern. Ein besonderes Kapitel widmet Ch. der Besprechung der Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes und des Nachlasses des Obersten von Schwartzkoppen. Auf Grund dieser Materialien kommt Ch. zur Feststellung, „dass diejenigen, welche in Frankreich die Vorkämpfer der Revision des Prozesses von 1894 waren, bis auf einige Einzelheiten klar gesehen hatten und dass die am 12. Juli 1906 vom Kassationshof gefällte Entscheidung in ihrer Gesamtheit der Wahrheit entspricht".

Herzog hatte sich in seinem vom Verlag ausgezeichnet ausgestatteten Buch das Ziel gesetzt, den „ungeheuren Komplex der „Affäre", die über ein Jahrzehnt hindurch die Welt erregte, wissenschaftlich mit den Mitteln der dokumentarischen Forschung" zu erschliessen und „in der Darstellung der Bewegung wie der grossen Figuren der „Affäre" einen Beitrag zu einer Biographie Frankreichs um 1900 zu geben." Beiden Aufgaben ist H. nicht gerecht geworden.

H. teilt sein Buch in zwei grosse Abschnitte ein. Im ersten behandelt er in Essayform u. a. den französischen Nationalismus sowie die wichtigsten

Persönlichkeiten des Prozesses, im zweiten gibt er eine „Chronik der Tatsachen". Diese ist sehr ungleichmässig ausgefallen. Ihr Hauptteil ist der wörtliche Abdruck von Aufsätzen Zolas, von Berichten über den Zola-Prozess und von Auszügen aus der Aktenpublikation „Die grosse Politik der europäischen Kabinette" und aus dem Schwartzkoppenschen Nachlass ; dagegen werden die Verhandlungen vor dem Kassationshof 1899, der Revisionsprozess in Rennes und die späteren amtlichen Untersuchungen, die schliesslich zu dem endgültigen Freispruch von 1906 führten, nur summarisch, zum Teil in wenigen Zeilen erwähnt. — Auch über die politischen Auswirkungen gibt die „Chronik" keine zusammenhängende Übersicht.

In der Affäre Dreyfus sieht H. „die Auseinandersetzung zwischen den Republikanern und allen Feinden der Republik, die sich steigert bis zum Bürgerkrieg für den Sieg des Rechts um die Macht". Und an einer anderen Stelle : „Zwei Frankreich stehen sich wieder wie 1789 als Feinde gegenüber, der Adel, das Militär und das beide aushaltende Kapital auf der einen Seite und auf der andern Seite eine Gruppe kühner bürgerlicher Intellektueller mit einigen Sozialisten und einem Teil der wieder betrogenen, nach Wahrheit und Gerechtigkeit verlangenden Massen... Von neuem bricht eine Revolution aus, durch die Tat eines einzelnen Mannes, eines Schriftstellers". Die faktische Front im Kampf um Dreyfus verlief ganz anders : einerseits gehörte ein Flügel der bürgerlichen Republikaner zu den Gegnern der Revision, andererseits kämpfte ein Teil des Kapitals für sie, während bürgerliche Politiker die Führung dieses Kampfes innehatten und beibehielten. Tendenzen, die Legalität zu sprengen, kamen von Seiten der extremen Gegner der Revision und führten zu deren missglückten Putschversuchen. Die Art, in der H. diese Kämpfe schildert, bringt es mit sich, dass er nicht die Ursachen schildert, warum, wie er selbst sagt, „die politische und gesellschaftliche Struktur... durch die „Affäre" im Grunde nicht verändert" wurde. Albert Dorner (Basel).

Soziale Bewegung und Sozialpolitik.

Reisig, Hildegard, *Die Lehren vom politischen Sinn der Arbeiterbildung. Ein Rückblick auf das politische Denken der deutschen Arbeiterbewegung von den 40er Jahren bis zum Weltkrieg. Hermann Beyer & Söhne. Langensalza* 1933. *(*190 *S. ; RM.* 5.40*)*

In dem von Hans Freyer angeregten Buch soll „keine Geistesgeschichte, keine Systemanalyse getrieben werden, ... denn die Frage der Bildung soll nur dort aufgesucht werden, wo sie eine Funktion im organisierten politischen Kampf für die Emanzipation des Proletariats hat". Unter diesem Gesichtspunkt werden im ersten Teil vier Vorstufen und Entwicklungsformen der modernen Arbeiterbewegung, nämlich „Wilhelms Weitlings kommunistische Organisation der Arbeiter in der Schweiz (1840-1843)", „Der Kommunistenbund unter Marx und Engels (1847-1851)", „Die Arbeiterverbrüderung unter Stefan Born (1848-1850)" sowie „Der Vereinstag deutscher Arbeitervereine und die Fortschrittspartei (Schulze-Delitzsch) (1863-1868)"

betrachtet. Im zweiten Teil wird „Die Rolle der Bildung in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Weltkrieg" behandelt und in einem Schlussabschnitt „Das pädagogische Denken der verschiedenen marxistischen Parteirichtungen in der Gegenwart" gestreift. — Die 1932 beendete Schrift lässt in fast allen Teilen Vertrautheit mit den Quellen und einschlägigen Darstellungen erkennen.

Zur Abrundung der Untersuchung wäre es wünschenswert gewesen, wenn auch auf die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die fast immer mit der geistigen Entwicklung der politischen Organisationen der Arbeiterbewegung in engem Zusammenhang gestanden hat, ein Blick geworfen worden wäre. Die Beziehung zwischen den Bildungsideen der proletarischen Bewegungen und der ökonomischen Situation der Arbeiterschaft wird von R. nicht aufgewiesen. Erich Trier (Frankfurt a. M.).

Halévy, Elie, *Sismondi. Félix Alcan. Paris,* 1933. *(*146 *S.; fr. frs.* 15.*—).*

Das kleine Bändchen — das zehnte in der von C. Bouglé herausgegebenen Textkollektion „Réformateurs sociaux" —, ist eine gediegene, in wenige übersichtlich geordnete Kapitel (Contribution des peuples libres; Critique de la chrématistique; Vices de la société économique moderne; Vue d'histoire économique et sociale; Les remèdes) gedrängte Auswahl von Texten, die uns die Ideenwelt S. s veranschaulicht. Die kurze Einführung Halévys zeigt prägnant das Verhältnis der Lehren S. s zur klassischen Ökonomie, insbesondere zur harmonistischen Gleichgewichtslehre J. B. Says, sowie die wachsende Bedeutung von S.s Krisentheorie für die Gegenwart. Man vermisst vielleicht den Hinweis darauf, dass die verschiedenen in der Arbeiterbewegung der Gegenwart und auch sonst verbreiteten Unterkonsumtionstheorien (z. B. L. Boudins, H. Cunows, K. Kautskys, Rosa Luxemburgs, der C. G. T. in Frankreich usw.) trotz ihrer marxistischen terminologischen Verschleierung in Wirklichkeit eine Renaissance der Sismondischen Krisentheorie bedeuten.

Henryk Grossmann (Paris).

Pinloche, A., *Fourier et le socialisme. Félix Alcan. Paris* 1933. *(*200 *S.; frs. fr.* 15.*—)*

In der ersten Septemberhälfte des vorigen Jahres hat man, in kleinem Kreise, das hundertste Jubiläum der Gründung der Fourierschen „phalanstères" gefeiert. Diesem Anlass verdankt das vorliegende Buch seine Entstehung, und aus gedachtem Kreise ist es hervorgegangen. Es ist ein apologetischer Versuch; seinem Verf. ist vor allem angelegen, Fouriers Verdienste im Gegensatz zur Schule Saint-Simons auf der einen, im Gegensatz zum Marxismus auf der anderen Seite zu unterstreichen. Der subjektive Einschlag ist unverkennbar und angenehm der Freimut, mit dem er zum Vorschein kommt. Der Verf., heute professeur honoraire à la faculté de lettres von Lille, leugnet nicht, es seien eigene Erfahrungen der harten Jugendzeit gewesen, die sein Herz der Lehre Fouriers erschlossen haben.

„Nous nous sentions peut-être plus portés vers l'illustre „sergent de boutique" par nos propres souvenirs de „garçon de boutique" ayant connu comme lui toutes les duretés du prolétariat commercial, et, plus tard, le sort réservé à l'intrus, malgré les promesses des Droits de l'Homme, qui ose encore se frotter aux fils barbelés de certaines citadelles de privilégiés sociaux." Im Rahmen objektiver Argumentationen ist es der Geist der kapitalistischen Initiative, den er den Saint-Simonisten zum Vorwurf macht, indessen ihn Marx vor allem der materialistischen Ideen wegen, die er dem Klassenkampfe anvertraut, abstösst. Sind die Saint-Simonisten „gros brasseurs d'affaires, soutenus par la puissance des banques", so ist, was den Marxismus auszeichnet, nach Meinung des Verf., Intoleranz und, schlimmer noch, „la haine, dirigée contre quiconque ne souscrit pas intégralement". Diese letztere Kluft drastisch zu machen, hat P. einige Auszüge aus dem kommunistischen Manifest dem Buch beigegeben. Dessen wertvollster Teil jedoch ist in der Blütenlese aus Fouriers eigenen Schriften und den Schriften seiner Anhänger zu erblicken. Bekanntlich ist der ideale Gesellschaftszustand nach Fouriers Überzeugung in der Natur angelegt ; er lässt sich im Verfolg ihrer aufmerksamen Pflege und Wartung finden. Jedes gewaltsame Vorgehen des Menschen ist nur imstande, die Spuren zu verwischen, die in ihr Arkadien geleiten können. Der Autor hat sich bemüht, einen Aufriss dieser Lehre zu geben, in dem ihre oft utopischen und pittoresken Elemente zugunsten der konstruktiven zurücktraten. Der utopische Kern allerdings, welcher der Vorstellung einer gegen die Politik indifferenten Arbeit am Aufbau der Gesellschaft anhaftet, tritt in diesen Proben nur um so drastischer hervor. Ohne den Studien von Gide, Bouglé, Bourgin und anderen Abbruch zu tun, behauptet die sorgfältige Arbeit als Einführung in Fourier ihren Wert. Walter Benjamin (Paris).

Mönig, Roman, *Heinrich von Treitschkes und Bismarcks Systeme der Sozialpolitik. Eine philosophisch-ökonomische Untersuchung über die apologetische Funktion des deutschen Liberalismus. Robert Noske. Leipzig* 1933. *(*170 *S.; RM.* 6.50*)*

Craemer, Rudolf, *Der Kampf um die Volksordnung. Von der preussischen Sozialpolitik zum deutschen Sozialismus. Hanseatische Verlagsanstalt. Hamburg* 1933. *(*302 *S.; RM.* 6.80*)*

Schuhmann, Walter und **Ludwig Brucker,** *Sozialpolitik im neuen Staat. Verlag für Sozialpolitik. Berlin* 1934. *(*557 *S.; RM.* 12.—*)*

Richter, Lutz, *Die faschistische Arbeitsverfassung. Carl Heymann. Berlin* 1933. *(*32 *S.; RM.* 1.40*)*

Niegisch, Helene, *Die Auffassung der frühliberalistischen deutschen Nationalökonomen von der Armenfrage. Carl Heymann. Berlin* 1934. *(*116 *S.; RM.* 5.—*)*

Franzen-Hellersberg, Lisbeth, *Jugendpflege und Jugendrecht im neuen Staat. J. C. B. Mohr, Tübingen* 1934. *(*45 *S.; RM.* 1.50*)*

Wie in der Sozialpoltik des neuen Deutschland Elemente aus ständischer und absolutistischer Vergangenheit eingebaut sind, so werden aus der Ideengeschichte der Sozialpolitik die Gedankensysteme hervorgesucht,

die zur Fundierung der Gegenwart dienen können. So sind jetzt eine Reihe sozialpolitischer Schriften entstanden, die die Autorität der Vergangenheit heranziehen, um das Handeln der Gegenwart zu begründen.

Für dieses Bestreben ist namentlich die Schrift Mönigs kennzeichnend. In den Wirtschaftstheoretikern der vergangenen liberalistischen Epoche sieht er durchwegs Apologeten des Kapitalismus. „Weder Kant noch Marx" können Gegengewicht sein, weder der heroische Idealismus des Kantschen Staatsbegriffs noch der revolutionäre Materialismus, sondern der Gedanke der nationalen Macht, wie ihn Treitschke und Bismarck geformt haben. Das Eindringen der englischen Wirtschaftswissenschaft hat auch in Deutschland zu einer Verteidigung der Ökonomik über ihre politischen und sozialpolitischen Grenzen hinaus geführt. Die Romantik war die erste grundlegende Reaktion auf deutschem Boden gegen die Herrschaft der klassischen Wirtschaftslehre. Dieselbe historische Funktion hat später der Verein für Sozialpolitik gegen die Apologie des Manchestertums und der Grenznutzenschule übernommen. Treitschke hat als Konsequenz seiner starken Betonung des staatlichen Machtgedankens im Primat der Aussenpolitik die Grenzen für Mass und Inhalt der Sozialpolitik erkannt. „Höher als die augenblicklichen Forderungen der sozialen Ethik steht die innere Konsequenz des Machtgedankens." Bismarck hat sich den historischen Notwendigkeiten gebeugt, denen sich Treitschke entgegenstemmte, hat mit der Begründung der deutschen Sozialpolitik die Einheit zwischen Staat und Gesellschaft herzustellen gesucht. So hat die Überbetonung des Machtgedankens den einen zur Ablehnung, den andern zur Schaffung der Sozialpolitik geführt. Für die Gegenwart zieht der Verf. den Schluss, dass erst die Verbindung des Machtgedankens mit sozialer Ethik eine politisch-sozialorganische Einheit verbürgt.

Auch für Craemer ist der „Kampf um die Volksordnung" der Weg von der preussischen Sozialpolitik zum deutschen Sozialismus. Der Ursprung deutscher Sozialpolitik ist für ihn der Erlass Friedrich Wilhelms III. aus dem Jahr 1828. Königliche Erlässe, Einsicht des deutschen Unternehmertums, frühzeitige sozialpolitische Erkenntnis von Männern wie Adam Müller, Rodbertus und Wichern haben nach C. verhindert, dass das deutsche Proletariat so ausgestossen war wie das englische. Lassalle wird zuerkannt, dass erst sein Versuch, den Staat dem Proletariat zu verbünden, die Wende zur wirklichen Sozialpolitik gebracht hat. Von ihm geht der Weg über die Kathedersozialisten und Max Weber zu Rathenau und Naumann. Aber die Voraussetzung für die deutsche Sozialpolitik sei doch durch Bismarck, durch die Einigung Deutschlands geschaffen worden, so wie die Sozialpolitik der Republik sich in Wirklichkeit durch den Verlust der politischen Hoheit nie wesentlich über die alte Wilhelminische Sozialpolitik erheben konnte. Erst die grosse Wirtschaftskrise hat klar gemacht, dass Sozialpolitik staatlich allein zu begründen ist. In Spann und Spengler vollzieht sich die Verjüngung der deutschen sozialpolitischen Tradition, in der nationalsozialistischen Bewegung die Erfüllung der deutschen Sozialpolitik. In der Sozialpolitik, die sich selbst überwinden und in den deutschen Sozialismus übergehen wird, „geht die Aufgabe aus Bismarcks Ansatz über die Form des Bismarckschen Staates hinaus".

Leichter machen es sich Schuhmann und Bruckner. Hier enthebt die politische Phraseologie der Notwendigkeit historischer Begründung. „Die Arbeiterbewegung ist keine Frage des Magens, sondern der Seele, keine Frage der Klasse, sondern der Nation.“ Die Sozialpolitik wird nur mehr „ausgerichtet“ auf das allgemeine, nationale Wollen. Keine schwächliche Liebe humaner Weltverbesserer, sondern „den guten Volkskern züchten“, ist die Aufgabe. Was aber nach dieser Einleitung als „neue Sozialpolitik“ entwickelt wird, ist nichts anderes als das alte System von Gesundheitsschutz im Betrieb, Arbeitszeitregelung, Mutterschutz, Sonntagsruhe, Urlaub, Arbeitsaufsicht. Nur dass der Schutz der Arbeitskraft der Wehrfähigkeit des Volkes, der Mutterschutz der rassischen Aufbesserung zu dienen hat. Grundsätzlich andere Wege freilich werden im Arbeitsrecht beschritten : der Arbeitsvertrag als Treue- und Vertrauensverhältnis, das Arbeitsehrengericht, die Schaffung eines Arbeitspasses, an Stelle der vertraglichen Lohnregelung die amtlich festgelegte, der staatliche Tarif an Stelle des Tarifvertrages, die vom Betriebszellenobmann der N. S. B. O. eingesetzten Betriebsräte, die Arbeitsgerichte, deren Beisitzer nur aus den Reihen der nationalen Arbeitsfront genommen werden dürfen.

Nicht an deutscher Vergangenheit, sondern an italienischer Gegenwart will Richter das deutsche Arbeitsrecht orientieren. Einer genauen Wiedergabe des Textes der Carta del Lavoro in italienischer und deutscher Sprache wird eine im wesentlichen juristische Erläuterung angehängt, die bei aller positiven Einstellung zur italienischen Arbeitsverfassung doch auch kritisch ist. Die Carta wird nicht als Verfassung, sondern als grundlegende Kundgebung des Regimes gewertet. Von ihrer Durchsetzung heisst es, dass sie sich erstaunlich rasch und leicht im Volk selbst vollzieht, wobei die Presse planmässig Dienste leiste und Gegeneinflüsse unterdrückt würden. Es scheint dem Verf. wichtig, dass in Italien der Ausdruck Arbeitsrecht in der öffentlichen Diskussion durch die Ausdrücke Kollektiv- oder Korporationsrecht ersetzt wird. — Die Darstellung soll der Entwicklung in Deutschland Wege weisen.

Helene Niegisch untersucht die Auffassung einer wenig bekannten Gruppe frühliberalistischer Nationalökonomen zur Armenfrage. In den ersten drei Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts, der Zeit grösster wirtschaftlicher Rückständigkeit, standen auch die liberalistischen Schriftsteller, ob sie nun vorwiegend am Sozialprinzip orientiert waren wie Weber, Lotz, Jakob, Sartorius oder vorwiegend am Individualprinzip wie Luder und Hufeland, zum erstenmal dem Problem der Armut gegenüber. Die Rechtspflicht des Staates zur Fürsorge wird von den meisten noch nicht anerkannt. Aber es ist nach N. nicht die pessimistische Auffassung von Malthus, sondern die optimistische von Smith, die diese Frühliberalen und ihre Stellung zur Fürsorge bestimmt-im ganzen ein nicht uninteressanter Beitrag zur Wirtschaftsideologie des Frühkapitalismus.

In ein zentrales soziales Problem der Gegenwart greift dagegen Lisbeth Franzen-Hellersbergs Schrift über Jugendpflege und Jugendrecht im neuen Staat. Die Verf. hat vor 2 Jahren die sozialpsychologische Literatur der Gegenwart durch eine ausgezeichnete Untersuchung über die jugendliche Arbeiterin bereichert. Von der wissenschaftlichen Objektivität und metho-

dischen Exaktheit der ersten Arbeit aber ist diese weit entfernt. Scheint doch der Verf. die Frage, die für die Neugestaltung der Jugendpflege vor allem zu klären ist : „Welche Gedanken der nationalsozialistischen Weltanschauung sind geeignet, in der Jugendpflege und Erziehung eine sinnvolle Kritik am Vergangenen einzuleiten und gleichzeitig richtunggebend für neue Prinzipien zu werden ?“ Mit Schärfe kennzeichnet sie die Unklarheit des Ziels, die Unsicherheit des Wollens, die verminderte Verantwortung aller Instanzen, die Hoffnungslosigkeit der Fürsorgeerziehung als das Ergebnis einer „bankrotten Demokratie“. Um zu einer neuen Jugendpflege für die neue Volksgemeinschaft zu gelangen, erscheint es der Verf. zunächst notwendig, das individualistische Bildungsideal zu überwinden. Der „bildungsbeflissenen“ und sentimentalen S. P. D.-Jugend, dem Unheil, das Volks- und Arbeiterbildung gestiftet haben sollen, wird die die körperliche Qualität des Menschen in den Vordergrund rückende Hitlerjugend rühmend entgegengehalten. Die Reform der Jugendämter und ihrer Aktenerledigung, die Schaffung eines neuen Typus des Fürsorgers täten not. Jugendschutzstellen, deren Träger die privaten Jugendbünde sein sollen, hätten die amtliche Jugendfürsorge zu ergänzen, ein Reichsjugendamt die zentrale beratende und beurteilende Instanz zu sein. Richtige fürsorgerische und sozialpädagogische Erkenntnis wird in ihrem Wert durch Schlagworte, die bei einer früher ernst zu nehmenden Wissenschaftlerin verwundern, gemindert.

Käthe Leichter (Wien).

Les Services sociaux. Bureau International du Travail. Genève 1933 *(724 S. ; Schw. fr.* 17.50*)*

Die neue Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamtes bringt eine Übersicht über die sozialen Aufwendungen in 24 Ländern. Es ist auf diese Weise über die verschiedenen Arten der Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege, der billigen Wohnungsbauten, der Familienzuschüsse, des bezahlten Urlaubs und über das Verhalten des Unternehmers bei Erkrankung des Arbeitnehmers ein Material zusammengetragen worden, durch welches das Buch zu einer kleinen Encyklopädie auf diesem sozialpolitischen Spezialgebiet wird.

Andries Sternheim (Genf).

Klein, Philipp, *Some Basic Statistics in Social Work. Columbia University Press. New-York* 1933. *(XIV u.* 218 *S. ; $* 3.50*)*

Das Werk analysiert den Wert der sozialen Arbeit („social work“) für die gegenwärtige Gesellschaft und behandelt zugleich ausführlich die Methoden, wie diese Bedeutung so exakt wie möglich festgestellt werden kann. Hier stösst K. auf eine grosse Lücke in der sog. „soziologischen Statistik“, soweit diese sich mit Einrichtungen der Sozialarbeit befasst. Immerhin wurde ein statistisch zulänglicher Versuch mit dem Studium der soziologischen Bedeutung der in den Vereinigten Staaten vorhandenen „Family Agencies“ unternommen, Institutionen, die eine wichtige soziale Funktion zu erfüllen haben. Die Untersuchung beschränkt sich auf einige Teile der Stadt New-York, wobei viel Material herbeigeschafft wird. — Die Bedeutung

des Buches liegt hauptsächlich in dem Versuch einer Theorie über den Wert der sozialen Arbeit.

Da die Schrift bereits 1928, also vor dem Beginn der Wirtschaftskrise, begonnen und bis zur Gegenwart fortgesetzt wurde, sind die Darstellungen besonders wertvoll. So wird z. B. gezeigt, dass — obwohl die „Family Agencies" sich immer mehr mit Misständen und schwierigen Verhältnissen aller Art in der Familie befassen — ihre Hauptaufgabe darin besteht, den unter der Krise leidenden Familien beizustehen.

Andries Sternheim (Genf).

Epstein, Abraham, *Insecurity : A Challenge to America. A study on social insurance in the United States and abroad. Introduction by Frances Perkins, U. S. Secretary of Labor. Harrison Smith and Robert Haas New-York* 1933. *(XV & 680 pp.; $ 4.—)*

This book appeared in the United States at a psychological moment, since it almost coincided with the introduction of the „new deal". The United States have hitherto lagged behind the countries of Europe in their social legislation, for the good reason that social insecurity has never, until the coming of the present depression, been considered a really serious problem. There was a general feeling that people should make their own provision for the risks of life, and the only form of social protection that has gained a serious footing in the United States is compensation for industrial accidents. The present depression, however, has opened people's eyes to the fact that the workers of the United States are subject to the same risks as the citizens of other countries, and there has been a growing demand in particular for some form of unemployement insurance.

Mr. Epstein will assuredly hasten this development with his admirable book. He finds it necessary to devote the first 190 pages to a plea in favour of the idea of social insurance in general, and he demolishes the claim that private insurance, company welfare plans or philanthropic and haphazard relief are adequate. He passes on to an examination of unemployment, only to discover that, whatever other steps may be taken, there is always the problem of the unemployed persons who are out of work through no fault of their own, and who need some assistance during their periods of involuntary idleness. He then argues in favour of unemployment insurance as against the unemployment reserves schemes which are to be found in the Wisconsin Act and in a large number of other American proposals. Finally, he has chapters on insurance against sickness, invalidity and old age pensions, workmen's compensation, and subsidies for mothers and children. The book contains a mass of facts concerning not only the situation in the United States, but also existing legislation in other countries.

D. Christie Tait (Genève).

Yoder, Dale, *Labor Economics and Labor Problems. McGraw-Hill Book Company. New-York* 1933. *(X und* 630 *S.; $ 3.50)*

Der Verf. versteht unter Ökonomie der Arbeit das Studium der Umstände, die sich auf die Funktion des Arbeiters im gegenwärtigen ökonomischen

Leben beziehen. Unter den vielen Problemen, die von Y. behandelt werden und die bereits auf die breite Konzeption dieses Werkes hindeuten, nennen wir : den Arbeiter als menschliche Persönlichkeit, der Hintergrund der Ökonomie der Arbeit in seiner sozialen Struktur, die Art der kapitalistischen Industrie, die Unsicherheit, Vorschläge zur Stabilisierung der Arbeit. Die Behandlung der verschiedensten mit dem Arbeitsproblem zusammenhängenden Faktoren geht viel tiefer als die meisten Arbeiten auf diesem Gebiet, da der Autor die Rolle des Arbeiters nicht nur als eine rein ökonomische ansieht, sondern als im Zusammenhang mit den verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Lebens stehend. In seinen Betrachtungen sind auch die Resultate anderer sozialer Wissenschaften mitverwertet worden. Die vielen theoretischen Ausführungen werden von einem hauptsächlich dem amerikanischen Wirtschaftsleben entnommenen Tatsachenmaterial belegt.

Andries Sternheim (Genf).

Bloodworth, Jessie A., *Social Consequences of Prolonged Unemployment. Bulletins of the Employment Stabilization Research Institute, University of Minnesota, vol. II, Nr. 5. Minneapolis* 1933.

Grimm, Viktor, *Unser täglich Brot gib uns heute. Soziologische Studie in der Arbeitslosenkrise. Richard Schoetz. Berlin* 1933. *(*128 *S.; RM.* 5.—*)*

Die Schrift von Bloodworth gibt in kurzer Fassung eine Analyse von 500 Arbeitslosenfällen, die aus einer grösseren Anzahl Angestellter und geschulter und ungeschulter Arbeiter ausgewählt wurden. 373 Personen waren zwischen 18 und 45 Jahre, die übrigen 127 älter. Aus den vielen interessanten Bemerkungen heben wir besonders hervor, dass — soweit es sich um Familienernährer handelte — das Einkommen der anderen Familienmitglieder bei Dauerarbeitslosigkeit am allerstärksten herangezogen wurde. Bevor die öffentliche Arbeitslosenhilfe in Anspruch genommen wird, leben die meisten Familien noch von ihren Spargeldern oder von Kredit. Von den öffentlich unterstützten Personen waren 61,9 % ein Jahr oder länger arbeitslos, ehe sie von dieser Hilfsmöglichkeit Gebrauch machten.

Grimm gibt zunächst eine Übersicht über die Lage der Arbeiterklasse in der ersten Epoche des Industrialismus, dieser Geschichte des Hungers und seiner physischen Folgen. Es wird dann die Lebenslage in den letzten 80 Jahren, besonders ihre allmähliche Verbesserung gezeigt. Beide Rückblicke sind reichlich mit Material belegt. Ein weiteres Kapitel behandelt eine aktuelle Frage : die Folgen der Arbeitslosigkeit und ihr Einfluss auf den Lebensstandard. Für G. steht es fest, dass die Arbeitslosigkeit eine ganz auffällige Besserung des Gesundheitszustandes der Arbeiter mit sich gebracht hat. Es lässt sich ein deutlich erkennbares Absinken des Krankenbestands feststellen. Wer nicht arbeitet, braucht nach G.s Meinung auch weniger Nahrung. Die durch die Ruhe gewonnene Kräfteersparnis bildet einen gewissen Schutz gegen viele Krankheiten ; so sei die Tuberkulose-Sterblichkeit bei Arbeitslosen geringer als bei den in Arbeit Stehenden. Die erstaunliche Schlussfolgerung G.s lautet, dass die Menschen gegenwärtig zuviel und

zwar zu ihrem blossen Vergnügen ässen und dass eine Rationalisierung der Ernährungsmethode dazu führen könne, sich der Krise anzupassen, ohne dass das Existenzmininum unterschritten werde.

Andries Sternheim (Genf).

Spezielle Soziologie.

Laun, Rudolf, *Der Wandel der Ideen Staat und Volk als Äusserung des Weltgewissens, Barcelona* 1933. *Bruno Cassirer. Berlin* 1933. *(XXX u.* 463 *S.; Rm.* 20.—*)*

Dieses grossangelegte Werk ist die als beste Arbeit anerkannte Monographie, welche auf Grund eines Preisauschreibens der katalonischen Institutio Patxot „über den Einfluss des gegenwärtigen internationalen Rechts und der diesbezüglichen Einrichtungen auf das innere öffentliche Recht" eingegangen ist. Das Werk erscheint zweifellos als ein wichtiger Beitrag zur politischen und völkerrechtlichen Lehre vom Verhältnis zwischen Staat und Volk. In diesem Sinne enthält es zahlreiches Material, welches trotz der etwas breitgeratenen Zusammenstellung beachtenswerte Auskünfte gibt über die modernen Rechtsgrundsätze des Minderheitenschutzes, die Bestrebungen, welche zu einer Abschwächung des Souveränitätsdogmas in der Staatenpraxis führen sollen, sowie auch über die rechtstheoretischen Ausführungen jener, welche, wie z. B. Politis, Duguit, Krabbe eine souveränitätsfeindliche Grundlegung der Völkerrechtstheorie erstreben. Als Einführung ist somit die Schrift recht geeignet, wenn wir auch andererseits betonen möchten, dass sie wenig Neues zu der bestehenden Kenntnis der Dinge hinzufügt, da ja auch die eigenen rechtstheoretischen Gedanken des Verfassers über den autonomen Charakter des Rechts bereits in früheren Schriften von ihm dargelegt worden sind. Auf keinen Fall ist aber mit diesem Werk der Zusammenhang von Völkerrecht und Landesrecht in seinen inhaltlichen manigfaltigen Ausgestaltungen erschöpfend dargestellt. Grosse Gebiete wie z. B. das Verkehrsrecht, das so wesentliche Sanktionsrecht des Völkerbundes sind beiseite gelassen bzw. nur gestreift.

Paul Guggenheim (Genf).

Modern Theories of Law. Oxford University Press, Humphrey Milford London 1933 *(*229 *S.;* 8 *s.* 6 *d.)*

Es war eine glückliche Idee der London School of Economics, in einem Sammelbande die wesentlichsten modernen Grundlegungen der Rechtsphilosophie und Rechtstheorie durch zuständige Referenten dem angelsächsischen Publikum vorzuführen. Dass hiebei die nicht-englischen Theorien in den Vordergrund gestellt worden sind, verdient besondere Beachtung. So in erster Linie die knappe kritische Analyse, die Morris Ginsberg der neu-kantischen Rechtstheorie Stammlers widmet, deren lediglich formal-logischer Gehalt, ausgehend von einem „zu abstrakten

Vernunftsbegriff", zutreffend hervorgehoben wird. Recht eindringlich ist sodann auch der knappe Überblick Laskis über Duguits Staatslehre und deren zentrale Idee der sozialen Solidarität. Wertvoll aus dem doppelten Grunde, weil, neben der Herausarbeitung dieser im Grunde anti-normativen, ausschliesslich das Individuum als Realität anerkennenden Theorie, der Schnittpunkt aufgezeichnet wird, in welchem Laskis eigene Auffassung von derjenigen Duguits abzweigt. Laskis Bestreben, jenseits des Begriffes der sozialen Solidarität ein materielles Kriterium für den Gerechtigkeitsbegriff herauszufinden, wird hiebei deutlich. Die psychologistische Doktrin des in West-Europa wenig bekannten polnischen Rechtssoziologen Leo Petraszycki findet in A. Meyendorff einen an äusseren Dingen haftenden Darsteller. Andererseits gibt Lauterpacht in klarem Aufbau einen guten Überblick über Kelsens reine Rechtslehre, wobei er eine bemerkenswerte Kritik an Kelsens Leugnung des Naturrechts übt und auf die zahlreichen, von der reinen Rechtslehre nicht genügend beachteten rechtsschöpferischen Ermächtigungen des Richters im Rahmen des positiven Rechtes hinweist. Begrüssenswert sind ebenfalls die Ausführungen Sir Maurice Sheldon Amos über die soziologisch-eklektische Doktrin des bekannten amerikanischen Juristen Roscoe Pound, die insbesondere für die Interpretationslehre dank ihrer starken Berücksichtigung des Gesichtspunktes weitgehender Interessensabwägung bedeutungsvoll erscheint. Das moderne katholische Naturrecht findet in einer Darstellung über den Franzosen F. Gény eine auf englische Verhältnisse berechnete Beurteilung. Vielleicht am aufschlussreichsten sind die drei Aufsätze, welche den modernen englischen und amerikanischen rechtsphilosophischen Strömungen gewidmet sind, insbesondere die Mitteilungen über die beiden Rechtsschulen Sir Henry Maines und Austins. Symptomatisch erscheint uns hiebei insbesondere die Haltung des erst-genannten Autors, dessen unfassende rechtshistorische und rechtsvergleichende Interessen so recht symptomatisch sind für die weltoffene Haltung des englischen Liberalen in der Mitte des 19. Jahrhunderts, die aber andererseits begleitet ist von einem mangelnden erkenntnistheoretischen Interesse am Recht, was ja auch heute noch wesentlich sein dürfte für die angelsächsische Einstellung zur rechtsphilosophischen Problematik.

Paul Guggenheim (Genf).

Bonger, Willem Adriaan, *Problemen der Demokratie. P. Noordhoff N. V. Groningen-Batavia* 1934. *(VI u.* 175 *S.; Hfl.* 2.50*)*

Dies ist einer der ersten Versuche holländischer Soziologen, das Problem der Demokratie vielseitig zu beleuchten. Nach einer Begriffsbestimmung von Demokratie und Autokratie folgen Ausführungen über die Psychologie der Demokratie und der Autokratie, die soziologische Bedeutung der Demokratie, die an ihr geübte Kritik, die Demokratie im Staatsleben, in der Industrie und innerhalb der Arbeiterbewegung. B. ist ein eindeutiger Anhänger der Demokratie und glaubt nicht an die Ansteckungsgefahr autokratischer Auffassungen für eine Reihe demokratischer Staaten wie die

skandinavischen Länder, Frankreich, die Schweiz, Belgien, England und Holland, „welche geblieben sind, wie sie waren".

Leider fehlt ein Abschnitt über die Möglichkeit einer sozialen Demokratie in der gegenwärtigen Gesellschaft. Es wird dargestellt, dass Demokratie eine auf Selbstverwaltung gegründete Kollektivität bedeutet ; nur wird nicht angegeben, inwieweit die sozialen Gegensätze die Auswirkung der demokratischen Institutionen beeinträchtigen. Zwar spricht B. über den Unterschied von Demokratien mit homogenen und heterogenen Zusammenstellungen und weist dabei hin auf „die soziale Ungleichheit, welche sich natürlich jedesmal trotz der politischen Gleichberechtigung durchsetzt", doch wird dieser Gedanke, einer der Kernpunkte zur Beurteilung des Wertes der Demokratie, nicht weiter verfolgt. Leider fehlt auch eine nähere Untersuchung, inwieweit demokratische Grundsätze sich gegenüber autokratischen Methoden faktisch aufrecht erhalten lassen.

Andries Sternheim (Genf).

Cole, G. D. H. und **Margaret Cole,** *The Intelligent Man's Review of Europe To-Day. Victor Gollancz, Ltd. London* 1933. *(*864 *S.; sh.* 6.—*)*

Diese „Europa-Übersicht" enthält u. a. folgendes : Eine Geschichte Europas von Karl dem Grossen bis zum September 1933, wirtschaftsgeographische und wirtschaftspolitische Querschnitte durch das Europa vor und nach dem Kriege (mit zahlreichen Tabellen, Karten, Diagrammen illustriert), Übersichten über die politische Verfassung und wirtschaftliche Struktur der einzelnen europäischen Länder, über die Tätigkeit von Völkerbund und internationalem Arbeitsamt, sowie über die Geschichte des Abrüstungsproblems, eine Analyse der Arbeiterbewegung, Auseinandersetzungen mit Faschismus und Sowjetismus u. a. m. Selbstverständlich sind Fehler unterlaufen, manche Einzelheit kann man für überflüssig halten, manches wiederum vermissen, in der oder jener Beziehung hätte man sich den Aufbau anders gewünscht. Das alles ändert jedoch nichts daran, dass im grossen und ganzen das Buch ein gelungener Wurf ist, zumal wenn man bedenkt, dass diese Art eines politisch-wirtschaftlichen Nachschlagewerkes in fortlaufender Darstellung, nicht in Lexikonform, hier so ziemlich zum erstenmal für die Nachkriegszeit versucht worden ist.

Als entscheidend für ihren eigenen Standpunkt heben die Verf. in ihren Schlussbetrachtungen hervor : die Notwendigkeit einer durchgängigen, nicht partiellen Verwirklichung des Sozialismus, die Unmöglichkeit einer organisierten und krisenlosen kapitalistischen Wirtschaft, das strategische Erfordernis der Gewinnung der Mittelschichten, die sie nicht für notwendig faschistisch oder kapitalistisch halten, für einen sozialistischen Offensivfeldzug. Diese Schlussfolgerungen sind dem Buch eigentlich mehr als Nachwort beigegeben, die Darstellung enthält, soweit möglich, kaum Werturteile.

W. Grundal (Paris).

Recovery through Revolution; a Symposium. Edited by D. Schmalhausen. Covici. New York 1933. *(pp.* 504 ; $ 3.75*)*

Dr. Schmalhausen, who has edited a number of symposia, has gathered together in the present collection authoritative articles on the internal social and political situation in most countries of the world, from China to South America. Many of the articles are very able expositions by well-known specialists on their subject. Such are those of G. D. H. Cole and Professor Laski on England, of Carleton Beals on Mexico, of Louis Fischer on Russia, of Gaetano Salvemini on Fascist Italy, of H. N. Brailsford on India, of Max Nomad on Poland, of V. F. Calverton on America. The German situation is adequately treated by Ludwig Lore. Although one or two of the articles, such as that on France and that on China, are insufficiently informed, the general level of excellence is considerably higher than is generally the case in collective works of the kind. The tone is one of careful objectivity and analysis and the book is singularly free from evidences of partisanship. The writers vary widely in the point of view afforded by their political opinions, but in general refrain from obtruding them on their descriptive and historical accounts.

The work affords in a form convenient for reference a survey of the present crucial situation in all countries. It brings out the fact of the similarity of that situation in all parts of the world. Everywhere there is the same great economic depression and misery ; everywhere the mechanism of capitalistic enterprise is out of gear ; everywhere is the same tendency to abandon „constitutional guarantees" and to throw aside the pretences of democracy in order to invoke force and violence for the maintenance of power. In every country there is the same obliteration of middle and moderate parties, and the same tendency is shown for all contests of power, economic control, and opinions to resolve into a struggle between extremists. Liberalism and social democracy are seen everywhere gravitating, if they have not already completed the evolution towards Fascism.

Robert Briffault (Paris).

Strachey, John, *The Menace of Fascism. Victor Gollancz Ltd. London* 1933. *(*280 *pp.; sh.* 5.—*)*

Mr. John Strachey's analysis of Fascism is the clearest and soundest which has appeared. He effectually disposes of the psychological explanations put forward by several able radical writers, which represent the phenomenon as a middle-class delusion, the product of bewilderment, or as a „youth movement", the fruit of ignorance and of the blank outlook of post-war generations. Those may be factors in the development of Fascism, but, Mr. Strachey insists, it is primarily a definite policy of capitalist power at bay, promoted, supported, and financed by threatened capitalistic interests. Without such support, neither middle-class pauperisation nor youthful restlessness would have brought about the Fascist coups d'états in Italy and in Germany, and secured the triumph of Fascist tendencies in all the countries where it represents to-day, overtly or tacitly, the domi-

nant policy. The means of control over the exploited classes which constitutional democracy afforded were adequate so long as capitalist society was safe from serious menace ; they are inadequate to resist the forces which are now in revolt against it. The pretenses of constitutional democracy have never been but a disguise for domination by force and economic power. Fascism consists in throwing off that disguise. It is the open declaration of class war, taking the place of the pretence of armed peace.

Mr. Strachey shows that Fascism cannot be regarded as an Italian, or German, or Polish phenomenon. Every country where the capitalist regime is menaced by social and intellectual revolt must inevitably, whether it desires it or no, resort to the methods of Fascist violence. England is no exception. In a very interesting chapter, Mr. Strachey, who was lately secretary to Sir Oswald Moseley, analyses the gravitation of English politics towards Fascism, the betrayal of the socialist and labourite parties, the growth of authoritarianism and ultra-nationalism. He gives at the same time an autobiographical account of the evolution of his own mind towards the logic of Communism. The only portion of the book in which Mr. Strachey's realism fails him is that in which he seeks optimistic comfort in the pious hope of a resistance against social trends which he has shown to be inevitable.

The author analyses very ably and thoroughly the claims put forward for the organising success of Fascism in Italy and Germany. Fascism has no economic or social remedies to offer for the breakdown of capitalist society. The only prospect it holds out is that of war.

There is no book more timely, and none better on the timeliest of themes.

Robert Briffault (Paris).

Tempel, Wilhelm, *Aufbau der Staatsgewalt im fascistischen Italien. 2. verm. u. verb. Aufl. C. L. Hirschfeld. Leipzig* 1933. *(VIII u.* 166 *S.; RM.* 3.50*)*

T. gibt eine klare und gründliche, überall auf die Quellen zurückgehende und bei aller Zustimmung zugleich kritisch selbständige staatsrechtliche Untersuchung über die Entwickelung des Problems der Gewaltenteilung im vorfaschistischen und im faschistischen Italien. Daran schliesst sich als Anhang eine sehr brauchbare Zusammenstellung der wichtigsten einschlägigen Gesetze, die in dieser Auflage u. a. durch eine vollständige Übersetzung der „Dottrina Fascista" von Berlutti erweitert ist. Leider ist der Text dieser interessanten populären Einführung in den Gedankenkreis des Faschismus in Anhang IX und X in verschiedene Teile auseinandergerissen und überdies das der amtlichen italienischen Veröffentlichung von Augusto Turati beigegebene Vorwort weggelassen, so dass der Leser nur schwer erkennen kann, welche Bedeutung er diesem Dokument im Rahmen einer staatsrechtlichen Studie beilegen soll. Es wäre zu wünschen, dass diese Publikation und andere jetzt nur im Anhang ausführlich mitgeteilte Dokumente (Carta del Lavoro, Gesetze über den körperschaftlichen Nationalrat) auch im Buche selbst nicht nur beiläufig mitbehandelt würden. — Das

sachliche Hauptergebnis der Untersuchung besteht in der richtigen These, dass im heutigen italienischen Staat unter Beiseiteschiebung der noch von der „Achtzehnerkommission" des Jahres 1925 unter Vorsitz Gentiles empfohlenen Gewaltenteilung nach Montesquieuschem Muster durch Funktionsverschiebungen der vorhandenen und Schaffung zusätzlicher neuer Staatsorgane eine neuartige Form der Gewaltenordnung getreten ist, die von der „allumfassenden obersten Exekutivgewalt" gekrönt wird, als deren wichtigste Bestandteile für die staatliche Zentralgewalt der Regierungschef und der „Grosse Rat des Faschismus", für die heute zentralisierte ehemalige Selbstverwaltung der Regierungschef mit seinen 96 Präfekten erscheinen. Weniger unbestreitbar erscheint seine mehrfach aufgestellte Behauptung über den noch im heutigen Regierungssystem Italiens verbliebenen demokratischen Einschlag. Man wird wohl besser von einem „plebiszitären" Einschlag sprechen, wie dies auch der vom Verf. S. 70 erwähnte offizielle Sprachgebrauch tut („Riforma plebiscitaria del 1928"). In ähnlicher Richtung liegt auch eine beim Verf. hervortretende, von seinen eigenen Ausführungen gelegentlich selbst widerlegte Überschätzung der in den Provinzen und Gemeinden mehr formell als praktisch fortbestehenden Selbstverwaltung. Karl Korsch (London).

Die Erziehung im nationalsozialistischen Staat. Vorträge gehalten auf der Tagung des Pädagogisch-psychologischen Instituts in München (1.-5. *August* 1933). *Armanen-Verlag. Leipzig* 1933. (158 *S.; RM.* 3.80)

Rein, Adolf, *Die Idee der politischen Universität. Hanseatische Verlagsanstalt. Hamburg* 1933. (39 *S.; RM.* 1.50)

Mannhardt, J. W., *Hochschulrevolution. Hanseatische Verlagsanstalt. Hamburg* 1933. (112 *S.; RM.* 2.20)

Die Vorträge „Die Erziehung im nationalsozialistischen Staat" geben z. T. mehr als bloss polemische Auseinandersetzungen mit der autonomen, katholischen und marxistischen Erziehungslehre und als allgemeine Hinweise auf die grundsätzliche Geisteshaltung der nationalsozialistischen Pädagogik: in einigen Referaten wird zu Einzelfragen des Erziehungswesens Stellung genommen. Beispielsweise legt Friedrich Hiller (Dessau) in seinem Vortrag „Der organisatorische Aufbau der deutschen Schule" einen Plan für die Neugliederung der schulischen Einrichtungen vor. Er will die Oberstufe in zwei Abteilungen aufgliedern, von denen die eine die wissenschaftlich ausgerichteten und die andere die mehr praktisch veranlagten Schüler erfasst. Diese beiden Zweige, die „Lehrschule" und die „Berufsschule" sollen völlig gleichgesetzt werden, so „dass auch denjenigen, die die Berufsschule mit Erfolg durchlaufen haben, der Weg zur Hochschule eröffnet wird". Für die Lehrerbildung verlangt H. u. a., „dass unsere sämtlichen Lehrer, zum mindesten diejenigen bis zum 45. Lebensjahr, in Kurse für Jugendertüchtigung... abkommandiert werden, damit sie eine Ahnung vom Wehrsport bekommen". Anregungen für die Gestaltung des zukünftigen Geschichtsunterrichts will Karl Alexander v. Müller in seinem Referat

„Deutsche Tugenden — deutsche Erbübel" geben, indem er versucht, die deutsche Geschichte als „eine Projektion des deutschen Charakters in den geschichtlichen Ablauf" darzustellen. Der Vortrag von W. Pinder „Die deutsche bildende Kunst im neuen deutschen Staat" verbindet freimütige Kritik an manchen Vorgängen in der Kunstpolitik der letzten Monate mit grundsätzlichen Ausführungen über den Zusammenhang von Kunst und Politik. Weitere Berichte beziehen sich auf „Die Erziehung zum deutschen Menschen" (J. Bauer), „Die Grundlagen und Zielgedanken der nationalsozialistischen Kulturpolitik" (E. Rothacker), „Die geistigen Wurzeln der nationalsozialistischen Revolution" (H. Schemm), „Rassenpflege und Schule" (M. Stämmler).

Den Strukturwandel der deutschen Hochschule glaubt Rein durch drei Typen bezeichnen zu können. Er unterscheidet die theologische Universität vom 14.-17. Jahrhundert, die philosophisch - humanistische im 18. und 19. Jahrhundert und die sich in der Gegenwart herausbildende politische Universität. Seine Schrift will die Forderung nach der Realisierung der politischen Universität begründen. Dass diese Aufgabe zu einer Auseinandersetzung mit dem Wissenschaftsbegriff des liberalen Zeitalters auffordert, ist verständlich. Mit Recht fragt R., ob „in der Liberalisierung der Wissenschaft nicht auch, trotz der Negation, eine wesentlich politische Tendenz wirksam ist". R.s Postulat, von der Universität alle Strömungen auszuschliessen, „welche Existenz und Fortdauer des Staates selbst bedrohen", lässt die Frage nach der Instanz aufkommen. Die Antwort des Verf. lautet : „Es bleibt... letztlich... dem Staatsmann die Entscheidung überlassen".

Die Schrift von Mannhardt fragt, wie die deutsche Hochschule „die Umstellung von der alten auf die neue Zeit" zu vollziehen habe. Die Struktur der zukünftigen Hochschule wird in allgemeinen Zügen und in zahlreichen Einzelheiten beschrieben. Die Bedeutung der wissenschaftlichen Erkenntnis wird im Gegensatz zu anderen Darstellungen durchaus bejaht : „Kein Volk kann auf die Wissenschaft verzichten, ohne sich selbst den Todesstoss zu geben". Freilich : Freiheit der Wissenschaft kann nicht Freiheit vom Staate bedeuten" ; es müsse „die Regierung zunächst mit der völligen Freigabe der Wissenschaft etwas vorsichtig sein", denn die herrschende Wissenschaft habe „zur Zersetzung der Werte erheblich beigetragen, die jetzt neu gewonnen werden sollen, ... und die neuen Männer bei ihren Bemühungen gänzlich im Stich gelassen". Bei den praktischen Forderungen spielt die Unterscheidung von „Akademie" und „Universität" eine wichtige Rolle. Die erstere soll von Abiturienten, die an eine praktische Berufsausbildung denken oder zur Universität gehen wollen, besucht werden. Die Aufgabe dieser Akademie soll „Übermittlung von Verständnis, Können und Wissen einer- und Lebensvorbereitung in der Gemeinschaft andererseits" sein. Die Besucher der Universität sollen bereits durch die Akademie in die „historischen, theoretischen und technischen Voraussetzungen ihres Faches" eingeführt werden. Für die Erziehungsaufgabe schwebt M. vor allem die Unterbringung der Besucher in Internaten vor. Zur Universität, zu der man nach seinem Vorschlag nur nach Absolvierung der Akademie zugelassen wird, sollen lediglich die künftigen Gelehrten und

„diejenigen, die für ihren... Beruf eine wirklich wissenschaftliche Vorbildung benötigen". Weitere Ausführungen beziehen sich auf die Verankerung des Führerprinzips in der Universität. Paul Siegrist (Wien).

Christianity and the Crisis. Edited by P. Dearmer. Victor Gollancz, Ltd. London 1933. *(pp.* 616 *; sh.* 5.—*)*

Dawson, Christopher, *Enquiries into Religion and Culture. Sheed and Ward. London & New York* 1933. *(pp. X &* 346 *;* 8 *s.* 6 *d.)*

The first of these volumes consists of thirty-two articles, each by a different author, with a preface by the Editor, Dr. Percy Dearmer. The authors are scholars and men of authority in the Church of England and the Free Churches in England : they stand, taking them as a whole, for a broad and tolerant, but definitely religious and ecclesiastical view of the present world crisis. The second volume includes fifteen papers by the finest of the younger Catholic scholars in England, with an introduction in which Mr. Dawson explains that they all have reference to his constant preoccupation with the critical post-war situation and its dangers for civilisation. Both volumes profess themselves sociological, at least in part, and are largely so in content if not in method and treatment. They may therefore be taken as giving an adequate view of anything that all the principal Christian churches in England have to say about the present world situation and the main problems involved in it.

Christianity and the Crisis contains (in addition to some general studies) three main sections : (1) a description of the present chaos — intellectual, moral, social, economic and literary : (2) a study of Christianity as a social religion : and (3) suggestions towards a Christian solution of current problems, economic, civic and international. No reader could neglect the earnest note that can be felt in every page of the volume. Criticism here seems appropriate on two general grounds only : the first being the sociological theory of the book, the second — strictly in relation to that, and not in any theological sense — its Christianity.

There is no consistent sociological theory apparent anywhere in the book, though several contributors use the word „sociology" and nearly all have risen superior to a merely traditional outlook on society. This lack of sociological and historical foundations causes a tendency to over- simplify the problem and to suggest that Christianity possesses a secret remedy capable of immediate application. But the remedies there suggested have nothing specifically Christian about them ; they are the current coin of thought in Western Europe among serious and moderate people, Christian or not.

And this leads to the second field of criticism. What is this Christianity — sociologically speaking — to which we are bidden to turn for a solution ? Not one defines it in comprehensible practical social terms. Surely an essential preliminary of the task Christianity endeavours to accomplish is a sociological interpretation of the various ways in which economic and social influences in different times and places have been

moulded by and helped to mould Christian organisation, Christian doctrine and Christian worship. This, with the awareness that accompanies it, seems to the reviewer the only way of reaching or approaching a conception of essentials : if she were even partially accomphished in this book it would make it impossible to hold up the latest secular specific — e. g. credit control — as a Christian remedy, and might lead to some faint adumbration of a possible Christian Society.

There is indeed a dilemma from which it is not easy for any of the writers to escape. It is possible to argue that so far as „mercy, pity, peace and love" are apparent in our civilisation, they derive wholly from Christian sources. But if so, no wholesale condemnation of the present order is possible ; it is a mixture of good, bad an indifferent — Christian and non-Christian ; and organised Christianity has no exclusive remedy for our ills, though it may claim to possess the central inspiration upon which all must depend. It is possible, on the other hand, to hold that salvation lies only in some form of ecclesiastical organisation, with the spirit and doctrine associated with that. But if so, must not the existing churches in Western Europe stand condemned ? Is it possible that these — with their widespread acceptance of present standards — should be the means of creating a new order ?

We enter a different world when we turn to Mr. Dawson's book. Here we have the product of a mind which has given itself over for many years to profound thought on sociology and religion : to read it is to experience a gentle but full and penetrating illumination. The subjects dealt with in the papers, which were written on various occasions and most of which have already appeared in print, vary from Islamic Mysticism to Cycles of Civilisation and the Nature and Destiny of Man. The book has, however, a unity of ideas. In its treatment of the present crisis it has a good deal in common with the former book : but it stands out as superior to that in two respects. Its grasp of history is profound, and its sociological interpretation of history admirable : like Spengler (though without debt to him) Mr. Dawson sees history as a cycle or series of cycles in which cultures are born, grown and mature. Mr. Dawson's sociology of culture goes far beyond anything to be found in Christianity and the Crisis. He sees culture as an expression of life ; he understands the links between life and environment, and between instinctive animal life and the spiritual elements. He is fully conscious of devitalisation as the best definition of our modern problem ; and he knows that a return to the sources of life is the only cure. Readers interested in this position will do well to turn to Mr. Dawson's earlier works in which it is fully set forth. Alexander Farqharson (London).

Barth, Karl, *Theologische Existenz heute! Chr. Kaiser. München* 1933. *(40 S.; RM. 1.—)*

Barth, Karl, *Für die Freiheit des Evangeliums. Ebenda. (16 S.; RM. 0.50)*

Gogarten, Friedrich, *Einheit von Evangelium und Volkstum? Hanseatische Verlagsanstalt. Hamburg* 1933. *(30 S.; RM. 1.—)*

Müller, Hans Michael, *Der innere Weg der deutschen Kirche. J. C. B. Mohr. Tübingen* 1933. *(*72 *S.; RM.* 0.80*)*

Müller, Hans Michael, *Was muss die Welt von Deutschland wissen? Nationale Revolution und Kirche. Ebenda. (*48 *S.; RM.* 1.—*)*

Adolph, Heinrich, *Theologie, Kirche, Universität. Ebenda. (*22 *S.; RM.* 0.60*)*

Die Darstellung von Barth über „Theologische Existenz heute" ist auf rein theologische Sachverhalte eingestellt und soll keine aktuelle Abhandlung im üblichen Sinne sein. Dennoch ist sie ein bedeutsamer Beitrag zu wichtigen Grundfragen des geistigen und staatlichen Lebens. In ihrem Zentrum steht die eindringliche Warnung vor dem heute drohenden Verlust der theologischen Existenz, d. h. vor der Preisgabe der Existenz in der Kirche, die dem „berufenen Prediger und Lehrer" des Evangeliums zufällt. Wie leicht diese Existenz zerbröckeln könnte, will der Verf. an drei Gegenwartserscheinungen verdeutlichen : der Kirchenreform, der Bischofsfrage und der „Glaubensbewegung Deutsche Christen". Die Haltung, von der aus die Kirchenreform in Angriff genommen und vollzogen wurde, lässt nach B. erkennen, „dass die Kirche sich selber wieder einmal untreu war" und „zwischen Theologie und Politik nicht zu unterscheiden wusste". Die „Glaubensbewegung Deutsche Christen" wird von B. „unbedingt und vorbehaltslos" abgelehnt. — Dass die Forderung, gerade jetzt nicht die theologische Existenz aufzugeben, in keiner Weise als Ausweichen vor den brennenden Problemen des Tages angesehen werden kann, sondern die Stellungnahme zu ihnen in sich enthält, gehört zu den stärksten Eindrücken dieser wertvollen Darstellung.

Inhaltlich stimmt die Schrift „Für die Freiheit des Evangeliums" weitgehend mit den zuerst besprochenen Ausführungen des Verf. überein.

Friedrich Gogarten, der mit Karl Barth zu den Begründern der in sich allerdings keineswegs einheitlichen dialektischen Theologie gehört, geht in seiner Schrift von einer Grundeinstellung aus, die den Gedankengängen von Barth scharf entgegengesetzt ist. Er glaubt, dass wir keineswegs die theologische Existenz verlieren, „wenn wir meinen, uns mühen zu müssen, in Gottes Wort gebunden, in dem grossen Geschehen unserer Tage einen neuen Auftrag unseres Herrn an unsere Kirche zu erkennen". Die Schrift, die der Begründung dieser These gewidmet ist, tritt mit Nachdruck für das Bekenntnis der Kirche zur Idee des totalen Staates ein. Nach der Ansicht des Verf. „macht... der Anspruch der Kirche auf den Menschen das tiefste Recht des staatlichen Anspruchs offenbar und bestätigt ihn als den Anspruch, den der Staat von Gott dem Herrn über die irdische Existenz des Menschen erhalten hat". Die zur Verteidigung dieser Ansicht durchgeführten Betrachtungen bedürften zu ihrem völligen Verständnis der Anwendung von Kategorien der soziologischen Analyse.

Müller geht in seiner Schrift „Der innere Weg der deutschen Kirche" von der Idee der „Schöpfung" aus, deren Wesen nicht etwa mit den Mitteln der philosophischen Anthropologie oder Kulturtheorie beschrieben, sondern in der ursprünglichen religiösen Bedeutung aufgefasst wird. Das Instrument dieser im theologischen Sinn gedachten Schöpfung sei

heute der Führer. M. tritt nicht nur der wiedergegebenen kirchenpolitischen Stellungnahme von Barth, sondern der dialektischen Theologie als solcher ablehnend entgegen. Diese Haltung drückt er mit den Worten aus: „Was alles Reden vom Zorne Gottes nicht zuwege brachte, das besorgt die SA und die Vision des deutschen Sozialismus, gewiss ohne theologische Absicht, aber desto wirksamer". Welche theologische Lehre M. der dialektischen Theologie entgegensetzen will, wird allerdings aus seiner Schrift nicht klar.

In der Schrift „Was muss die Welt von Deutschland wissen?" bekennt sich M. auch als Theologe rückhaltlos zur Idee des totalen Staates. Er deutet das Wort von der „Freiheit evangelischer Kirche" so, dass es sich mit der uneingeschränkten Bejahung des souveränen Staates vereinbaren lässt. Der neue Staat müsse „in seinem Ethos überkonfessionell und eigenständig" sein, denn „die soziale und völkische Neuordnung geschieht vom Staate her, nicht von der Theologie und nicht von der Kirche her".

Adolph will zeigen, wie stark die Auffassung des liberalen Protestantismus vom Wesen der Theologie durch rationalistische und individualistische Gedankengänge bestimmt gewesen ist. Nach Meinung des Verf. ist heute die Aufgabe gestellt, „Theologie ihres formal-autonomen Charakters zu entkleiden und existentiell zu begründen". Von der Erfüllung dieser Forderung hänge das Schicksal des Protestantismus ab: „Der Protestantismus wird in Zukunft nur dann etwas zu bedeuten haben, wenn es ihm gelingt, die in ihm besonders tief eingenistete Persönlichkeitskultur zu überwinden". Heute erkenne man, „dass es im Bereich des Existentiellen in erster Linie nicht auf korrektes Denken, sondern auf wesenhafte Vollmacht, Substanzgewalt, gläubige Entscheidungskraft ankommt" und „dass der theologische Mensch mehr und mehr in den Hintergrund und der seinsmächtige Mensch an seine Stelle" zu treten habe. Die Überwindung des Rationalismus sowie die gesamte kulturelle Erneuerung erwartet A. von der völkischen Bewegung; die Frage nach den sozialen Bedingtheiten, an die ein solcher Umbruch des geistigen Seins gebunden ist, wirft er freilich nicht auf.

Erich Trier (Frankfurt a. M.).

Schwiedland, Eugen, *Zur Soziologie des Unternehmertums. C. L. Hirschfeld. Leipzig* 1933. *(52 S.; RM.* 2.20*)*

S. versucht in grossen Zügen eine Übersicht über Wesen und gesellschaftliche Bedeutung des heutigen Unternehmertums zu geben. Ohne auf die modernen Lehrmeinungen oder die ökonomische und soziologische Problematik einzugehen, fasst er die herkömmlichen Anschauungen kurz zusammen. Der Unternehmer ist nach ihm eine mit besonderer Tüchtigkeit und speziellen Fähigkeiten ausgestattete Persönlichkeit. „Weltkundigkeit und Lebensfähigkeit" ermöglichen ihm, Produktionsmittel in seiner Hand zu vereinigen und Gewinnchancen auszunützen. Seine Bedeutung beruht darauf, dass der grösste Teil der Bevölkerung unter seiner Leitung tätig ist und er die gesamte Gesellschaft mit allem versorgt. Der erwerbsstrebende Unternehmer wird im Konkurrenzkampf ständig zu höchster Anspannung, zu immer neuen Verbesserungen gezwungen. Dadurch aber wird

fortlaufend der Lebensstandard und das kulturelle Niveau der Gesellschaft gehoben. S. spricht auch von der Kehrseite : Das Erwerbsstreben kann in verantwortungslosen Egoismus ausarten. Der Konkurrenzkampf wird zum Machtkampf, in dem die staatliche Autorität untergraben und den wirtschaftlichen Zielen der Unternehmerschaft untergeordnet wird. Stärkung der Staatsautorität ist unerlässlich, um das Erwerbsstreben in gesunden Grenzen zu halten und damit das System vor schwerem Schaden, ja vor Zusammenbruch zu bewahren. Gestützt auf die traditionelle Theorie, dass nur das persönliche Erwerbsstreben beste Ausnützung aller Kräfte und Fortschritt garantiere, verwirft S. den Sozialismus und die Verstaatlichung der Wirtschaft. Vielmehr erblickt er im faschistischen Korporationsstaat die glückliche Verbindung von freier Unternehmerinitiative und staatlicher Kontrolle. Emil Grünberg (Genf).

Crime for Profit. A Symposium on Mercenary Crime. Edited by Ernest MacDougall, President of the National Institute on Mercenary Crime. The Stratford Co. Boston 1933. *(XX u.* 355 *S. ;* $ 2.—*)*

Der vorliegende Sammelband ist eine lose Aneinanderreihung von teils publizistischen Essays, teils wissenschaftlichen Beiträgen, als deren Verfasser Wissenschaftler, Rechtsanwälte, Geschäftsleute, Pädagogen und Geistliche in buntem Nebeneinander fungieren. Sein grösster Vorzug ist, dass dies Nebeneinander verschiedener Blickpunkte und Betrachtungsweisen in gewisser Weise einen Querschnitt durch die Sorgen und Interessen der geistigen Mittelschicht in U. S. A. darbietet. Der sachliche Inhalt des Bandes lässt sich schwer auf eine knappe Formel bringen. Der amerikanische Begriff des „Mercenary Crime" umschliesst gleichzeitig Eigentumsdelikt im engeren Sinne — Diebstahl, Raub, Unterschlagung —, sozusagen das Vergehen des „kleinen Mannes", einerseits, organisiertes System halblegalen Geschäftes und korrupter Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung anderseits. Behandelt man so verschieden gelagerte Komplexe neben- und durcheinander, so kann das positive Ergebnis nicht allzu fruchtbar sein. So findet man in dem Band zwar wohldurchdachte Beiträge von Sozialpolitikern und Sozialpädagogen über Strafvollzug, Kriminalität der Jugendlichen, Kleinkreditwucher, Arbeitslosigkeit und Mercenary Crime, Zusammenhang zwischen Krise und Gangstertum, aber nicht einmal den Versuch eines Gesamtüberblicks über den Gegenstand. Und was zu dem Thema Mercenary Crime im amerikanischen Sinne — Finanzschwindel, Gründergeschäft, Börsenspekulation und Börsenbetrug, finanzielle Umgarnung der Behörden, Organisation der Gangs usw. — gesagt wird, hat eigentlich fast nur noch journalistischen Anstrich und liefert abgesehen von einigen neuen Gesichtspunkten praktisch nicht viel anders denn als Illustration verwertbares Material. — Dass das „Verbrechen um des Profits willen" ein spezifisches Produkt der Gesellschaftsordnung ist, in der es sich entwickelt, kann man fast in jedem Artikel des Sammelbandes lesen, und dass es nicht zu beseitigen ist ohne „radikale Aenderung des Systems", in den meisten. Aber für die Pädagogen, Geistlichen und idealistischen

Gelehrten bedeutet diese Forderung lediglich die Notwendigkeit einer idealistischeren Charakterbildung, der Verlegung des sozialen und kulturellen Wertakzentes vom Gelde nach den geistigen Dingen hin, und die Juristen, Wirtschaftler und Politiker begreifen darunter nicht mehr als Schutzmassnahmen gegen gewissenlose Börsenmakler oder Kleinkreditwucherer, unabhängiges Berufsbeamtentum, „Verbot“ des Handels mit politischen Aemtern und Einflüssen. Im Vorwort des Herausgebers indes kann man nachlesen, dass „idealistische Predigten nicht genügen können“. Freilich verlangt auch der Herausgeber nicht mehr als Aufklärung des Publikums über die Praktiken der Bank- und Börsenjobber, aber auch das erfordert gründlichere Arbeit, als hier geleistet worden ist.

W. Grundal (Paris).

Hicks, Granville, *The Great Tradition. An interpretation of American literature since the civil war. The Macmillan Company. New York* 1933. *(X u. 317 S.; $ 2,50)*

Wäre H.' Literaturgeschichte im Stile der herkömmlichen mehr oder minder „rein literarischen“ Darstellungen gehalten, dann käme ihr seitens der Sozialwissenschaft, vom Symptomatischen abgesehen, keine Bedeutung zu. H. jedoch sieht die Entwicklung der modernen amerikanischen Literatur im Rahmen und als Ausdruck der Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft, wie diese seit dem Ende des Bürgerkrieges, von allen Hemmungen befreit, sich entfaltete. Welches ist die Stellung der Emerson, Thoreau und Whitman an der Schwelle der neuen Epoche ? Von welchem gesellschaftlichen Standort aus haben ein Bret Harte, Mark Twain und James, ein Bellamy und ein Hearn — um nur einige der in Europa bekanntesten Namen herauszugreifen — sich mit der industriekapitalistischen Welt, ihren Widersprüchen und Kämpfen, auseinandergesetzt ? Haben sie sich ihr gestellt und falls ja, auf welcher Seite ? Oder suchten sie auszuweichen, zu fliehen in eine zeitlich und räumlich entlegene, idyllischere — scheinbar idyllischere — Welt ?

Diese Fragestellung macht aus H.' Werk einen Beitrag zur Sozialgeschichte der U. S. A. von erheblichem Interesse. H.' Analyse der Schriften eines F. Norris, Jack London, Upton Sinclair, eines Dreiser, Anderson, Sinclair Lewis, O'Neil, Dos Passos und seiner Gruppe wirft Licht auf den Prozess der gesellschaftlichen Differenzierung, der sich auch in Nordamerika neuerdings so intensiv vollzieht. Solange Amerika ein der Siedlung offenes Kolonialland blieb, schien dort ungültig, was für Europa galt. Allein die jüngste Entwicklung hat bewiesen, dass Amerika keine Ausnahme von der allgemeinen Regel darstellt, d. h. dass die sozialen Gegensätze auch „die zentrale Tatsache des amerikanischen Lebens“ darstellen.

Man mag das Bedürfnis fühlen, einzelne Auffassungen und Analysen des Verf. kritisch zu modifizieren. Trotzdem unterliegt es keinem Zweifel, dass H.' Arbeit als ganzes einen überaus wichtigen Schritt zur Schaffung einer wirklich wissenschaftlichen, d. h. einer sozialwissenschaftlich gesehenen Literaturgeschichtsschreibung bedeutet.

K. A. Wittfogel (London).

Segers, Arthur, *La Chine. Le peuple, sa vie quotidienne et ses cérémonies. Editions „De Sikkel". Antwerpen* 1933. *(*242 *S.; belg. fr.* 360.—*)*

Das Buch des früheren Missionars S. behandelt keineswegs „la" Chine, sondern lediglich ein Teilgebiet innerhalb des nördlichen Chinas. Es behandelt ferner, obgleich 1932 herausgegeben, nicht die Erscheinungen des Übergangs, die für das gegenwärtige China so charakteristisch sind. Nein, wie bereits die Zöpfe auf den beigegebenen Photos erkennen lassen, sind hier Verhältnisse geschildert, die etwa 15-20 Jahre zurückliegen und zwar auch diese unter sorgsamer Vermeidung der Modernisierungstendenzen, die schon damals reichlich vorhanden waren.

So ist denn der Wert des Buches räumlich wie zeitlich begrenzt, um so begrenzter, als der belgische Missionar, wo er reflektiert, voll ist von Vorurteilen über China. Trotzdem ist das Buch als sozialwissenschaftliche Materialsammlung durchaus nicht ohne Wert. S. hat lange unter Chinesen gelebt. Es eignet ihm eine weit überdurchschnittliche Fähigkeit zur Beobachtung von Einzelheiten des Alltags, wobei ihn speziell auch die Ökonomie und Soziologie dieses Alltags, mit der er als Missionar dauernd zu tun hatte, ganz besonders interessiert. So vermittelt das Buch dem kritischen Leser eine Reihe von Einsichten, die er den konventionellen romantisch-ästhetisch-bädekerhaften Büchern ähnlicher Art nicht entnehmen kann. Die beigegebenen Photos stehen technisch grossenteils nicht auf hoher Stufe. Inhaltlich dagegen gehören sie, da sie zumeist wirkliches chinesisches Alltagsleben zum Gegenstand haben und u. a. den chinesischen Arbeitsprozess (alten Stils) in mancherlei Formen schildern, zu den interessantesten Bildern, die in Europa über die Lebensverhältnisse der chinesischen Bauern, Handwerker und Arbeiter veröffentlich worden sind.

K. A. Wittfogel (London).

Frazer, Sir James George, *The Fear of the Dead in Primitive Religion. Lectures delivered on the William Wyse Foundation at Trinity College Cambridge,* 1932-1933. *The Macmillan Co. London* 1933. *(pp.* 204 *;* 10 *s.* 6 *d.)*

As far back as 1886, Sir James Frazer published an article in the Journal of the Anthropological Society of London, on „Certain Burial Customs as illustrative of the Primitive Theory of the Soul", which is, as regards the convincing character of the evidence brought togehter, one of the most brilliant examples of his work. It proved conclusively that the customs generally observed in the lower cultures in connection with the disposal of the dead have been originally due to definite sentiments of fear of the dead person's ghost.

In his William Wyse Foundation lectures, now published in book form, Frazer amplifies the original evidence and somewhat develops its scope. He gives full consideration to seeming exceptions, which can either be shown to be only apparent, or to arise out of the subsequent development of collateral ideas. He also endeavours to indicate the various effects, either

beneficial, such as the control of human and earthly fertility, or calamitous, such as storms and disasters, disease and death itself, which are ascribed to the influence of dead men's ghosts.

The latter part of the evidence is not so definite and convincing as that first brought forward. The chief reason for this is that any supernatural being is, in primitive cultures, usually spoken of as an „ancestor", although the expression has, in most instances, a purely mythical, and not a literal sense. A very large number of people regard the moon, or some animal, or mythical being as their „ancestor". But it does not follow that when they ascribe the control of generation, fertility, rain, or the sources of disease and death to the moon or to a god, those phenomena are regarded as having their source in the influence exercised by the ghosts of dead people.

The rich collection of examples set down with his usual charm by Sir James Frazer is not accompanied by any extensive discussion or elaborate thesis. But in his preface, Frazer remarks that „there can be little doubt that the fear of the dead has been a prime source of primitive religion". It would be, however, rash, for the reasons above indicated, to look to the theory of „ancestor worship" as the main key to religious origins.

Sir James Frazer implies that the facts to which he draws attention show the universality of the belief in the immortality of the soul. But the notions of the survival of the dead, found in the lower cultures, differ considerably from a belief in the immortality of the soul as understood in more advanced theologies. That the doctrine of immortality is not a fundamental constituent of primitive ideas is shown by the otherwise improbable fact that no trace of the belief has existed in cultures so advanced as that of the Semites of Western Asia.

As with all Sir James Frazer's contributions to the history of culture, his carefully presented facts demand the close attention, and his interpretations the critical discrimination of all students of the social sciences.

Robert Briffault (Paris).

Ökonomie.

Mises, Ludwig, *Grundprobleme der Nationalökonomie. Untersuchungen über Verfahren, Aufgaben und Inhalt der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre. Gustav Fischer. Jena* 1933. *(XVI u.* 216 *S.; RM.* 9.—, *geb. RM.* 10.50*)*

M.' jüngste Veröffentlichung ist keine systematische Darlegung der ökonomischen Grundprobleme, sondern (mit einer Ausnahme) der Wiederabdruck von 8 Monographien, die der äusseren Form nach nur lose miteinander verbunden sind. Drei kleinere Abhandlungen sind der Darstellung und antikritischen Sicherung der subjektivistischen Wertlehre in österreichischer Auffassung gewidmet. Der Gedankengang ist aber in beiden Richtungen so sehr übervereinfacht, dass er dem heutigen Stand des Problems, wie ihn die neueren Arbeiten Hans Mayers oder des Kreises um die

London School of Economics schildern, nicht gerecht wird. Gerade der Gegner der Grenznutzenlehre wird stärkere und umfassendere Positionen angreifen müssen, wenn er nicht, wie M. gegenüber der Wissenssoziologie (in der Abhandlung „Die psychologischen Wurzeln des Widerstandes gegen die nationalökonomische Theorie") durch Scheinsiege über veraltete Argumente seinen eigenen Erkenntnisspielraum verengen will.

Umso interessanter sind die beiden einleitenden Arbeiten, die eine methodologische Sicherung der ökonomischen Theorie und auf dieser Grundlage der gesamten Soziologie anstreben. Von dem Versuch, das ökonomische Prinzip als eine „Kategorie" von gleicher erkenntnistheoretischer Dignität wie die Kausalität zu erweisen, führt bei M. ein direkter Weg zu der Behauptung, dass der Liberalismus keine Weltanschauung, sondern frei von Metaphysik und Wertung die a priori deduzierbare Maxime des menschlichen Handelns sei. Auch hier ist es nicht die Neuheit der Gedanken, sondern die vor keiner Folgerung zurückscheuende Methode der Deduktion, die diese Abhandlungen zu einem einzigartigen Demonstrationsobjekt sozialwissenschaftlicher Methodenkritik macht. Die „Wertfreiheit" der liberalen Marktordnung ist etwa von Robbins in seinem „Essay on the Nature and Significance of Economic Science" weit subtiler und in dem von Max Weber gewiesenen Rahmen erörtert worden. Die Begründung ökonomischer Apriori hat neuerdings Bernadelli in seinen „Grundlagen der ökonomischen Theorie" auf einer viel solideren erkenntnistheoretischen Basis versucht. M. aber bleibt das Verdienst, gerade durch seine Uebertreibungen die logischen Bruchstellen dieser Deduktion sichtbar zu machen und durch die Form seiner Polemik zu einer erneuten Auseinandersetzung über Sinn und Grenzen reiner Theorie herauszufordern. Dass diesen extremen Rationalisten die modernen Dunkelmänner der intellektuellen Reaktion mit besonderem Hass verfolgen, scheint ihm ein halbes Recht zu geben. Es ist umso mehr die Aufgabe derer, die an einer „echten Aufklärung" arbeiten, durch richtige Zuordnung von Wissenschaft zu Politik, von Ökonomie zu Soziologie und Geschichte diesem in Form und Inhalt gleich masslosen „Idealismus" die logischen Schranken zu weisen. Umfang und Form einer Rezension können dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Die positive Auseinandersetzung mit der neuen Methodologie des Liberalismus müsste einer besonderen Studie vorbehalten bleiben.

Adolf Löwe (Manchester).

Preiser, Erich, *Grundzüge der Konjunkturtheorie. J. C. B. Mohr Tübingen* 1933. *(VIII u.* 160 *S.; RM.* 5.—*)*

P. versucht eine Synthese der verschiedenen vorhandenen Konjunkturtheorien. Methodisch fordert er die Ableitung des Zyklus aus dem System der „reinen Theorie". Er fragt nach einer typischen Datenkonstellation, die die Steuerung der Wirtschaft immer wieder lahmlegt, sei es, weil die Marktlage in den Preisen nicht richtig zum Ausdruck kommt, sei es, weil besondere Umstände die Produzenten verhindern, den Preissignalen zu folgen. Zur inhaltlichen Bestimmung dieser Konstellation gelangt P. nach

einer Kritik der monetären Konjunkturtheorie durch eine eingehende Analyse des Spar- und Investitionsprozesses. Ein bestimmter Typus des Sparens — das „heteronome" Sparen, das auf eine Änderung der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmerklasse zurückgeht — führt nach ihm zu Überakkumulation und Krise. Denn während beim „autonomen" Sparen (aufgrund veränderter Einkommensverwendung) der Zins die Kapitalleitung reguliert, so dass jeweils nur den rentabelsten Unternehmungen die Sparsummen zukommen und die Produktion den Zusammenhang mit der letzten Nachfrage wahrt, setzt im anderen Fall diese Steuerung aus. Den Unternehmern fliessen durch Lohnersparnis automatisch neue Mittel zu, die sie da investieren, wo die Gewinne anfallen, ohne dass eine ähnliche Auswahl der Erweiterungspläne stattfindet, wie bei Investition von Fremdkapital. Daher geht nach P. der Kontakt mit dem definitiven Konsum verloren, der Produktionsapparat erweist sich ihm gegenüber schliesslich als zu gross. Bei Beginn des Aufschwungs finde sich immer diese Datenkonstellation des heteronomen Sparens. Der Rückschlag tritt nach P. nicht nur dann ein, wenn die Lohnquote im Aufschwung weiter sinkt, sondern auch im Falle ihres allmählichen Ansteigens. Denn es werden dann zwar weitere Fehlinvestitionen verhindert, aber es erfolgt keine Korrektur der bereits vorhandenen Überakkumulation, die bei sinkenden Gewinnen (wegen Lohnsteigerung) und anschliessender Überprüfung der Investitionsaussichten „ans Licht kommt". Das Ergebnis ist eine Zurückhaltung der Investoren, die die Investitionen über den Rückgang des Kapitalangebots hinaus sinken lässt. Der Schrumpfungsprozess hält bei immer weiteren Stillegungen an, bis sich die Wirtschaft in einem „Quasigleichgewicht" (mit Arbeitsreserven) fängt. Aber damit durch Reinvestition stillgelegter Kapitalien ein neuer Aufschwung eingeleitet wird, bedarf es nach P. besonderer Anstösse von aussen. Insofern ist die Überwindung der Depression exogen bedingt, und es ist nach ihm möglich, dass der Aufschwung einmal ausbleibt. Die typische Datenkonstellation begründet nur die Möglichkeit des im Wesen immer gleichen Zyklus. Kurt Mandelbaum (Paris).

Bordaz, Robert, *La loi de Marx sur les capitaux à la lumière des événements contemporains. L. Rodstein. Paris* 1933. *(*200 *S.; frs. fr.* 36.—*)*

Der Buchtitel ist missverständlich. Auch im Texte spricht der Verf. stets vom „loi sur les capitaux", als ob bei Marx nur ein einziges „Gesetz der Kapitalien" bestünde! Um welches Gesetz handelt es sich? Etwa um das Gesetz der fallenden Profitrate? Dieses im Zentrum der Marxschen Krisenlehre stehende Fundamentalgesetz wird vom Verf. nicht behandelt und in einer Fussnote S. 175 als „durch die Erfahrung nicht bestätigt" mit zwei Worten abgefertigt! Das Buch erörtert die wechselnde organische Kapitalkomposition, d. h. das Gesetz des steigenden Wachstums des konstanten Kapitalteils im Verhältnis zum variablen im Verlauf der Akkumulation. Marx hätte keine schlüssigen Beweise für sein Gesetz geboten (S. 69), da zu seiner Zeit industrielle Produktionsstatistiken nicht existierten. Der

Verf. will daher auf Grund eines umfangreichen modernen Materials die Richtigkeit des Gesetzes nachweisen.

Das herangezogene Material ist lückenhaft, unsystematisch, die Tabellen sind (abgesehen von offenbaren Nachlässigkeiten wie S. 106) oft unverständlich (S. 119), die Tabelle S. 123 wollte für die Periode 1899-1919 in U. S. A. den steigenden Anteil der Löhne am Produktenwert zeigen, zeigt aber das Gegenteil (sinkender Lohnteil von 36 % im J. 1899, auf 20 % im J. 1919).

Der Verf. beschränkt sich jedoch nicht auf die statistische Beweisführung. Im ersten Teil des Buches beschreitet er das Gebiet der Theorie und konstruiert aus dem Gesetz der steigenden Kapitalkomposition — eine Krisentheorie! Die steigende Produktivität als Folge der höheren organischen Kapitalzusammensetzung ist vom sinkenden Lohnanteil, daher sinkender Kaufkraft der Arbeiterklasse begleitet. Aus dem Widerspruch beider Entwicklungsreihen muss sich in einem „bestimmten Augenblick" eine Gleichgewichtsstörung ergeben (S. 55). In dieser simplistischen Weise wird die Marxsche Krisenlehre als eine Unterkonsumstionstheorie dargestellt, die nur eine Paraphrase der Sismondi'schen Krisenlehre ist (S. 55, 59). Dem Verf. entgeht, dass bei einer solchen Konstruktion die Hausse überhaupt nicht möglich wäre, die Krise dagegen eine permanente sein müsste. Die seit 35 Jahren vor allem in Deutschland und Russland geführte ältere und neuere Diskussion über die Marxsche Krisentheorie, an der sich Tugan-Baranowsky, Kautsky, Pannekoek, L. Bondin, Bulgakow, Charasoff, Lenin, R. Luxemburg, Bucharin, H. Grossmann beteiligten, ist dem Verf. unbekannt.

Dass die durch den technischen Fortschritt freigesetzten Arbeiter bei einem beschleunigten Rythmus der Akkumulation wieder in den Arbeitsprozess eingesaugt werden könnten, wird zwar S. 53-59 erwähnt, zugleich jedoch gesagt, „dass dies immer schwieriger wird". Mit dieser nichtssagenden Phrase wird die entscheidende Seite des Problems und der Nachweis dieser Unmöglichkeit übergangen.

Ad. Smith' Optimismus, meint der Verf., sei verständlich, da er 1776 die schädlichen Wirkungen des Maschinismus nicht voraussehen konnte (S. 14). Dass Montesquieu bereits 30 Jahre vor Ad. Smith die schädliche, Arbeitskräfte freisetzende Wirkung der Maschinen betonte (L'Esprit des Lois, livre 23, chap. 15), sollte dem Verf. bekannt sein. — Bei Vertiefung seiner Studien wird B. in späteren Publikationen wohl noch Besseres leisten können.

Henryk Grossmann (Paris).

Pirou, Gaetan, *La crise du capitalisme. Recueil Sirey. Paris* 1934. *(*138 *S.; frs. fr.* 15.—*)*

P. behandelt den Reflex der heutigen Krise des Kapitalismus in der französischen Diskussion. Es stehen also weniger die Tatsachen selber als vielmehr die Doktrinen zur Erörterung, und gerade darin vermag sich die schon erprobte Kraft P.s zu klarer Gliederung und sorgfältig abwägender Darstellung der Positionen erneut zu bewähren. Der Verf. stellt zunächst

die vorgebrachten Kritiken am Kapitalismus, sodann die Forderungen und Ansätze einer (partiellen) „économie dirigée“ in Frankreich zusammen. Darauf gibt er zu antikritischer und positiver Verteidigung den Liberalen das Wort. Obwohl er die erheblichen Mängel der kapitalistischen Planwirtschaftsversuche deutlich sieht, hält er sie doch in Zukunft für unausweichlich und zwar nicht als Massnahmen gegen den Kapitalismus, sondern ausdrücklich zu seiner Konsolidierung. Diese Sicht der „é. d.“ und überhaupt des Verhältnisses von Staat und kapitalistischen Mächten scheint zutreffend zu sein. P. befestigt seine für das kapitalistische System relativ günstige Prognose durch eine Untersuchung der Chancen einer sozialistischen Neuordnung. Hierbei beschäftigt er sich vor allem mit den Neosozialisten; er spricht ihnen ausdrücklich die bona fides, aber wegen der Verflechtung ihrer Bundesgenossen mit dem Finanzkapital nur einen recht engen Wirkraum im sozialistischen Sinne zu. Solange die Spaltung der Arbeiterbewegung anhalte, sei an einen sozialistischen Sieg überhaupt nicht zu denken. Auf der anderen Seite scheinen P. auch die nationalistischen Bewegungen in Italien und Deutschland keine ernsthafte Gefährdung des kapitalistischen Systems zu bedeuten, eher das gerade Gegenteil. Für Frankreich hält P. das Heraufkommen eines diktatorischen Regimes für sehr unwahrscheinlich. P.s Grundhaltung selbst ist deutlich antikapitalistisch und zugleich allen romantischen Scheinlösungen feind, allerdings so, dass eine Zuordnung zu einer der kämpfenden Gruppen kaum möglich ist. Diese offene „Voreingenommenheit“ hat indessen der ebenso aktuellen wie sachlich hervorragenden Schrift — die nach der Seite der inhaltlichen Problematik der Planwirtschaft wohl noch eine gewisse Vertiefung verdiente — im ganzen offenbar nichts von ihrem Realismus geraubt. Um so seltsamer daher die Selbstverständlichkeit, mit der die sozialistischen Kritiker des Kapitalismus mehrfach als Propheten eines zwangsläufig raschen Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung angesehen werden. Diese Verwirrung von Wunsch und Prognose ist gewiss recht häufig, aber doch alles andere als notwendig. Gerhard Meyer (Paris).

De Man, Henri, *Pour un Plan d'Action. Marcel Rivière. Paris* 1934. *(*33 *S.; frs. fr.* 2.—*)*

Buset, Max, *L'Action pour le plan. L'Églantine Bruxelles et Marcel Rivière. Paris* 1933 *(*86 *S.; frs. fr.* 7.50*).*

Le Plan du Travail. Compte rendu sténographique XXXXVIII[e] *Congrès du P. O. B. Bruxelles* 24 *et* 25 *décembre* 1933. *L'Églantine. Bruxelles* 1934 *(*160 *S.)*

Der Aktionsplan Hendrik de Mans hat sehr bald auch ausserhalb Belgiens als Symptom einer strategischen Schwenkung der reformistischen Arbeiterbewegung starke Beachtung gefunden. Die erste der angeführten Schriften enthält nach einem leicht einschränkenden Geleitwort der französischen Gruppe „Révolution Constructive“ Aufsätze de Mans, die neben dem Schlusskapitel seines neuen Buches „Die sozialistische Idee“ am besten die Grundlagen und Ziele des „Plans“ entwickeln. Die Arbeit von

Buset, dem Leiter des sozialistischen Arbeiterbildungswesens in Belgien und nächsten Mitarbeiter de Mans ist für die Propaganda bestimmt. Sie ist aber doch bemerkenswert, weil sie zum mindesten in die Auffassungen der rechtssozialistischen Träger der Planbewegung einen besonders offenen Einblick gewährt. Der Bericht über die Weihnachtstagung der belgischen Arbeiterpartei, auf der der Plan nahezu einstimmig angenommen wurde, zeigt die mit der Aktion aufgegebenen Probleme mehr von der konkreten belgischen Situation aus. Besonders oft wird hier in den Referaten und Diskussionsreden die Forderung einer friedlichen demokratischen Durchsetzung des Planes angesichts drohender faschistischer Angriffe behandelt. Trotz einer gewissen Skepsis in dieser Beziehung schliesst sich auch der bisherige Führer der Opposition, Spaak, de Man an ; fundierte politische Kritik übt nur Liebaers.

Die Hauptelemente des ein unteilbares Ganzes bildenden Planes — die technischen Einzelheiten stehen noch aus — sind etwa folgende : eine „strukturelle" Reform des belgischen Kapitalismus zu einer „économie mixte" mittels einer Nationalisierung des gesamten Banksystems sowie der bisher von privaten Monopolen beherrschten Kohle- und Elektrizitätswirtschaft und eines Teiles der Eisenindustrie ; ferner bereits zur Überwindung der heutigen Krise eine hauptsächlich mit kreditpolitischen Mitteln auf der Grundlage eines Fünfjahresplans durchzuführende Planwirtschaft. Die P. O. B. fordert alle Gruppen der Bevölkerung, insbesondere aber die Mittelschichten, zu gemeinsamem demokratischem Kampf um die Macht und zu einer auf die Ausführung des Plans beschränkten Regierungskoalition auf. Aus den zugrundeliegenden Perspektiven für die Chancen von Kapitalismus, Sozialismus und Faschismus scheinen drei Gedanken am wichtigsten : nur eine positive Offensive in der von der kapitalistischen Entwicklung selber gewiesenen Richtung kann die sozialistische Bewegung vor der Vernichtung durch irgendeine Form von Faschismus retten. Die Arbeiterschaft ist teils des Planinhalts, teils eigener Schwäche wegen auf die Hilfe der Mittelklassen angewiesen. Und schliesslich : diese Hilfe der ebenso antikapitalistischen wie antiproletarischen Mittelklassen kann zwar nicht für einen Totalangriff gegen den Kapitalismus, wohl aber mit grosser Wahrscheinlichkeit für den Kampf gegen seine Hauptfestung, das Finanzkapital und die mit ihm auf das engste verknüpften Monopole gewonnen werden, wenn man einen streng legalen, demokratischen Kurs innehält. Diese Konzentration auf einen Teilgegner geht stellenweise so weit, dass die übrigen Sphären der Wirtschaft in liberaler Weise beinahe verklärt und jedenfalls die ökonomischen und politischen Gefahren des Industriekapitalismus fast völlig übersehen werden. Aber mehr noch : lässt man die vielfachen Bemühungen, den Anschluss an die sozialistisch-proletarische Tradition zu wahren, einmal beiseite und fragt nur nach der den Planzielen adäquaten soziologischen Grundlage, so gewinnt man den Eindruck, es werde hier eigentlich die politische und ökonomische Theorie eines in sich zwar differenzierten, aber doch zusammenhaltenden Mittelstandes vertreten, d. h. einer Schicht, die die objektiven Tendenzen zu Staatskapitalismus, kapitalistischer Pseudoplanwirtschaft und stärker zentralisierter autoritärer Regierungsweise in einer antikapitalistischen

Frontstellung, die die Gewinnung bestimmter Arbeiterschichten erlaubt, für sich auszunutzen sucht. Denn vom sozialistischen Standpunkt ist beispielsweise eine Argumentation kaum noch begreiflich, die das Stehenbleiben bei der „économie mixte“ vor allem mit der Begründung rechtfertigt, dass integraler Sozialismus notwendig international und marktlos sei, wegen der Verflechtung mit kapitalistischen Ländern indessen Marktverkehr nicht aufgegeben werden könne, dieser aber wiederum an das Bestehen eines grossen privaten Sektors gebunden sei.

De Man betont selbst, dass das von ihm gegenwärtig Erstrebte kein Sozialismus sei. Es ist aber sehr fraglich, ob es auch nur eine Etappe auf dem Wege zum Sozialismus darstellt. Wie Liebaers mit Recht ausführt, handelt es sich um eine halbe Revolution. Diese aber pflegen, institutionell und kräftemässig gesehen, ihre eigene Vollendung zu erschweren, sie fördern und ermöglichen oft Tendenzen, die dem ursprünglich vielleicht wirklich Erstrebten völlig entgegengesetzt sind. (Über weitere theoretische Gesichtspunkte zur Beurteilung des Planes vergl. den Artikel zur Theorie der Planwirtschaft in diesem Heft.)

Gerhard Meyer (Paris).

Mackmurdo, A. H., *A People's Charter or the Terms of Prosperity and Freedom within a Community. Williams and Norgate. London* 1933. *(271 pp.; sh.* 6.—*)*

Macmillan, Harold, *Reconstruction. A Plea for a National Policy. Macmillan. London* 1933. *(*144 *pp.;* 3 *s.* 6 *d.)*

Edgeworth, Kenneth Essex, *The Industrial Crisis, its Causes and its Lessons. Allen and Unwin. London* 1933. *(*208 *pp.; sh.* 5.—*)*

These three books, written in each case by intelligent people without qualification for the task they undertake, are all inspired by the depressing time in which modern civilisation is struggling. All three deal in their own way primarily with economic problems. Mr. Mackmurdo's work, which consists in a collection of related essays, is, however, not merely economics, but includes what the author no doubt would consider a successful attempt at constructing a complete „sociology“. The „sociology“ is „biological“ and „physical“ in that it consists in a long series of analogies between the body, politic and economic, and the biological body and the physical universe. The fundamental science is sociology, which is essentially the application of the laws of the more so simple natural sciences to the complex social body (which is an Organism) and which, being an application of natural sciences cannot sensibly be studied by anyone without an advanced knowledge of those sciences. That of course includes most social thinkers, especially economists. Mr. Mackmurdo having thus completely absolved himself from the task of finding out what problems sociologists and economists are concerned with, and how they treat them, is thus free to make as many dogmatic utterances as he cares. This he does for some two hundred and seventy pages, in aiding himself, and perhaps the reader, with many pretty illustrations and an attractive if somewhat pompous style.

Mr. Macmillan, being an M. P. is not interested in expounding his whole „Weltanschauung“ but in the practical problems of reorganising a broken-down economy, that of England. He is convinced, and argues, that England cannot recover without a large degree of „conscious planning“, and seeks to formulate the principles of such planning. The foreigner must not be allowed to interfere, therefore we must have protection. Secondly the larger the number of separate industrial units the greater the danger from miscalculation. Dangerous miscalculations can only be avoided by nation wide organisation, the government's function being to assist those organisations by granting them statutory regulative powers. „Regulative powers amounting to monopoly must be granted to efficiently organised and integrated national industries“ (p. 21). Needless to say, there is to be an Economic Council to co-ordinate Industry, Finance, and Politics. The rest of the work consists in a slightly more detailed treatment of the individual problems involved. Plans like Mr. Macmillan's are abundant and his suffers from defects common to them all. Almost all envisage the determining of „efficiencies“ by Council rather than by the objective index of price. Prices and costs will be „kept“ and even regarded as essential but „planners“ do not realise that vast arbitrary interferences render their operation meaningless.

Lieut. Col. Edgeworth's book is analytic rather than constructive. His exposition is mostly of an elementary character though he uses in many cases the arguments of Mr. J. M. Keynes and other economists. His view of the possibilities of government intervention makes an interesting comparison with that of Mr. Macmillan. „If the control of industry ever passed into the hands of the politicians, it is safe to predict that they will engineer a greater boom followed by a more disastrous slump than any yet known in history“ (p. 190). That is, politicians undeniably have power, but it is power for evil. A. Emanuel (London).

Winkler, Wilhelm, *Grundriss der Statistik, II : Gesellschaftsstatistik. Julius Springer. Berlin* 1933. *(X u.* 290 *S. ; RM.* 19.60*)*

Der vorliegende zweite Band des „Grundrisses“ bildet mit dem vor einiger Zeit erschienenen ersten Band, der der „Theoretischen Statistik“ gewidmet war, ein „organisches Ganzes“. Das Werk gliedert den Stoff — von einer knappen „Einleitung“ abgesehen — in vier Kapitel, in denen die Bevölkerungsstatistik, die Wirtschafts-, die Kulturstatistik und die politische Statistik behandelt sind. Grundsätzlich ist gegen diese Gliederung einzuwenden, dass auf Kultur- und politische Statistik zusammen noch nicht einmal soviel Seiten entfallen, wie einem — allerdings bedeutsamen — Teilabschnitt der Bevölkerungsstatistik (der Statistik der Gestorbenen) vorbehalten sind. Obgleich es selbstverständlich ist, dass nicht alle Teilgebiete der Statistik mit derselben Ausführlichkeit behandelt werden, so geht es doch, und zumal in einem „Grundriss“, nicht wohl an, auf der einen Seite gewisse, sachlich wie methodisch wichtige und interessante Gebiete mit wenigen Zeilen abzutun, und auf der anderen Seite ein Gebiet in einer

(jedenfalls relativ) übermässigen Gründlichkeit zu behandeln. Diese „Disproportionalität" ist nur zu einem Teil didaktisch entschuldbar — sie ist im übrigen zweifellos entscheidend mit schuld an einem anderen Mangel. Diesen erblicke ich darin, dass die spezifischen (speziell-methodischen) Probleme wichtiger Teilstatistiken nur unzulänglich oder überhaupt nicht herausgearbeitet worden sind. Das gilt nicht etwa nur für die politische und kulturelle Statistik, sondern auch für verschiedene Teilgebiete der Wirtschaftsstatistik (z. B. Produktions-, Geld-, Verkehrs-, Kartellst.). Für diese Unzulänglichkeit vermag ein grosser Vorzug des Buches : die reiche Beigabe statistischen Materials in Form von Tabellen und graphischen Darstellungen, nicht völlig zu entschädigen.

Über diesen wenigen kritischen Ausstellungen — auf Einzelheiten einzugehen ist hier nicht der Ort — dürfen keinsweg die grossen Vorzüge übersehenwerden, die den „Grundriss" im übrigen auszeichnen. Die meisten Abschnitte der Bevölkerungs- und viele Teile der Wirtschaftsstatistik legen erneut Beweis ab von dem scharfsinnigen Denken, dem klaren Stil und dem unbestreitbaren und längst bekannten pädagogischen Talent W.s. Alles in allem wird man gern anerkennen, dass W. uns einen guten „modernen" Grundriss der Statistik beschert hat, mit dem sich die Wissenschaft noch in mancher Hinsicht gründlich auseinanderzusetzen haben wird.

E. Neumark (Istambul).

Muhs, Karl, *Kartelle und Konjunkturbewegung. Gustav Fischer Jena* 1933. *(132 S. ; RM.* 6.—*)*

Als die Kartelle aufkamen, erwartete man von ihnen ziemlich einhellig eine Abschwächung der Konjunkturbewegung. Dieser Kartelloptimismus war lange Zeit vorherrschend ; er ist erst durch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise gebrochen worden. In der neueren Literatur mehren sich die Stimmen, die die Kartellpolitik für Ausmass und Dauer des Wirtschaftsabstiegs seit 1929 mitverantwortlich machen. Auch M. ist der Meinung, dass die Preisüberhöhung und relative Preisstabilisierung, die die Kartelle innerhalb ihres Bereichs durchsetzen, die Anlageexpansion fördern und die Konjunkturausschläge (nach oben und unten) verstärken müssen. Seine Untersuchung vertieft geläufige Argumente und ist wegen der Systematik der Darstellung nützlich. Eine Apologie des ökonomischen Liberalismus liegt M. trotz seiner kartellkritischen Haltung fern. Er hält die liberale Phase des Kapitalismus im wesentlichen für abgeschlossen. „Ordnende Organisationsgebilde" seien unentbehrlich, seitdem die Wirtschaft wegen des Anwachsens der Betriebsgrössen und der stehenden Kapitalanlagen ein gut Teil ihrer „Wendigkeit" und Anpassungskraft verloren habe. Prinzipiell könnten die Kartelle Träger der Ordnungsfunktionen sein, die früher die freie Konkurrenz erfüllte. Aber sie waren bisher dieser Aufgabe nicht gewachsen ; ob sie sie künftig lösen werden, steht auch nach M. dahin.

Hans Baumann (Prag).

Le gérant : R. LISBONNE.

Imp. des P. U. F. — Vendôme-Paris

Geschichte :

Soziale Bewegung und Sozialpolitik :

Spezielle Soziologie :

Alle Sendungen redaktioneller Art sind mit dem Vermerk « **Zeitschrift für Sozialforschung** » zu richten an die **LIBRAIRIE FÉLIX ALCAN,** 108, boulevard Saint-Germain, Paris (6e)

Die Zeitschrift erscheint dreimal jährlich : im März, Juli und November.

Der Preis des Jahrgangs beträgt francs français 100. —, des Einzelhefts francs français 35.—.

Tous les envois rédactionnels doivent être adressés avec la mention « **Zeitschrift für Sozialforschung** » à la **LIBRAIRIE FÉLIX ALCAN,** 108, boulevard Saint-Germain, Paris (6e).

La Revue paraît 3 fois par an, en mars, juillet et novembre.

Le prix de l'année est de 100 francs français.
Le numéro : 35 francs français.

Schriften des Instituts für Sozialforschung
Herausgegeben von Max Horkheimer.
Band 4.

FRANZ BORKENAU

Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild

Studien zur Geschichte der Philosophie der Manufakturperiode

XX und 559 Seiten.
Preis : ffrs. 100.—

Auf der Grundlage eines umfangreichen, bisher zum Teil wenig bekannten Quellenmaterials stellt der Verfasser die wechselseitigen Beziehungen zwischen der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und dem modernen naturwissenschaftlichen Weltbild dar. Von Thomas von Aquino bis Descartes und Pascal werden die Zusammenhänge zwischen dem jeweiligen Idealbild der Gesellschaftsordnung und den Vorstellungen über die Natur aufgezeigt. Besonderer Nachdruck wird auf die These gelegt, dass die Mechanik als Wissenschaft der Manufakturperiode wissenschaftliche Bearbeitung des manufakturellen Produktionsprozesses ist und dass die in der Technik der Manufaktur enthaltenen Ansätze von der Philosophie zu einem kühnen allgemeinen Weltbild ausgeweitet werden. Borkenau legt die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen politischen Parteien, Staatstheorien und philosophischen Systemen, zwischen religiösen Kämpfen, theologischen Schulen und naturwissenschaftlichen Methoden fortlaufend dar. Er versucht, alle Denkformen des 16. und des beginnenden 17. Jahrhunderts dem einheitlichen Gesichtspunkt der Durchsetzung der neuen bürgerlichen Lebensformen in der Gesamtkultur unterzuordnen.

LIBRAIRIE FÉLIX ALCAN / PARIS 1934